13. Jahrgang 1965 / 1. Heft / Januar E 22019 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

RUDOLF VON ALBERTINI
Die USA und die Kolonialfrage (1917–1945)

WILHELM ALFF
Italienischer Nationalismus vor Mussolini

VOLKER R. BERGHAHN
Harzburger Front und Hindenburg-Kandidatur 1932

FORSCHUNGSBERICHT / Zeitgeschichte Norwegens

DOKUMENTATION
Die Auflagen-Kurve des Völkischen Beobachters 1920–1923

NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann und Paul Kluke

Schriftleitung:
DR. HELMUT KRAUSNICK
München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Rudolf von Albertini — Die USA und die Kolonialfrage (1917 bis 1945) 1

Wilhelm Alff . . . . . Die Associazione Nazionalista Italiana von 1910 32

Volker R. Berghahn . . Die Harzburger Front und die Kandidatur Hindenburgs für die Präsidentschaftswahlen 1932 64

FORSCHUNGSBERICHT

Hans-Dietrich Loock . . Zeitgeschichte Norwegens 83

DOKUMENTATION

Die Auflagen-Kurve des Völkischen Beobachters und die Entwicklung des Nationalsozialismus Dezember 1920 bis November 1923 *(Charles F. Sidman)* 112

NOTIZEN 119

BIBLIOGRAPHIE *1*

Bibliographie zur Zeitgeschichte, Jahrgang 11–12 (1963–1964) . . Beilage

Verfasser- und Sachtitelregister, Jahrgang 11–12 (1963–1964) . . Beilage

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 433651. Preis des Einzelheftes DM 7.– = sfr. 8.05; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 24.– = sfr. 26.40 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 19.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 38.—; für Studenten DM 33.— (zuzüglich Versandspesen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Diesem Heft liegen Prospekte des R. Oldenbourg-Verlages, München und der Deutschen Verlags-Anstalt Stuttgart bei.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

13. Jahrgang 1965 1. Heft/Januar

RUDOLF VON ALBERTINI

DIE USA UND DIE KOLONIALFRAGE (1917–1945)*

I

Es mag als symptomatisch gelten, daß mit dem Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg und ihrer maßgeblichen Beteiligung an der Friedensregelung die koloniale Frage neue Aspekte gewinnt. Bis dahin waren die asiatischen und afrikanischen Kolonien bloße Objekte europäischer Politik gewesen: man stritt um Einfluß in bestimmten Bereichen, stieß mit Konkurrenzmächten zusammen, traf Absprachen und „Kolonialausgleiche", immer aber mit einer als selbstverständlich angesehenen Verfügungsgewalt über die Kolonien. Um Neuaufteilung geht es vorerst auch im Weltkrieg. Während Deutschland in seiner Kriegszieldiskussion eine starke Erweiterung seiner afrikanischen Besitzungen auf Kosten der bisherigen Mächte anstrebt und ein „Mittelafrika" propagiert, schließen die Alliierten Geheimverträge, in denen über das türkische Reich und die deutschen Überseepositionen verfügt wird: also Annexions- und Protektoratspolitik alten Stiles. In Versailles zeigt es sich jedoch, daß die Vereinigten Staaten unter Wilson einer solchen Politik „alten Stiles" ihre Zustimmung verweigern und die Kolonialfrage unter neuen Gesichtspunkten zu regeln wünschen; die ehemalige „Kolonie" stellt nicht nur eigene Forderungen, sondern entwirft auch eine neue Konzeption der Weltpolitik, in der die Kolonialfrage schließlich zum Kriterium und Ausweis eines neuen Verhaltens in machtpolitischen Fragen wird und somit allgemeine Bedeutung erhält. Was sich bei Wilson ankündigt, verdeutlicht sich bei Franklin D. Roosevelt.

Wilsons persönliche Haltung ist mit den Schlagworten „anti-imperialistisch" oder „anti-kolonial" nicht treffend genug gekennzeichnet. Hat er doch das amerikanische Ausgreifen in den karibischen Raum und die Annexion der Philippinen zwar nicht eigentlich begrüßt, aber immerhin vorerst gutgeheißen und als notwendig erachtet. Sein religiös gefärbter Glaube an Fortschritt und Demokratie weckt in ihm ein Sendungsbewußtsein, das in der zivilisatorischen Aufgabe eine amerikanische Expansions- und Kolonialpolitik legitimiert[1]. Wie viele seiner Zeitgenossen gibt er aber diese imperialistisch-kolonialistische Haltung in den folgenden

* Eine Kurzfassung dieses Aufsatzes erschien in den Schweizer Monatsheften 44 (1964), S. 404–414.

[1] Vor allem: Ideals of America (1901–1902), Public Papers of W. Wilson hrsg. v. Baker-Dodd, 1925, S. 1, 5, 426ff. Dazu: Harley Notter, The origins of the foreign policy of Woodrow Wilson, 1938, S. 83, 103ff., 148. Arthur S. Link, Wilson the diplomatist, 1957, S. 10ff.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahren auf, nimmt gegen die „Dollardiplomatie" Stellung und tritt für baldige Gewährung von self-government an die Philippinen ein[2]. Seine liberale Mittelamerikapolitik verrät dann allerdings eine für Wilson wohl bezeichnende Ambivalenz, insofern als die nun moralisch begründete, angeblich bloß auf Errichtung oder Erhaltung rechtsstaatlicher Regime zielende Anerkennungspolitik zu neuen Interventionen im karibischen Archipel und im Falle Mexikos zu einem eigentlichen Kriege führt. Die USA verstehen sich in ihrer eigenen Kolonialpolitik als „trustees", bereit, das Territorium zu gegebener Zeit zurückzuerstatten „to whom it does really belong"[3]. Wilson betont 1915: „We do not want a foot of anybody's territory"[4]; aber noch 1917 erwirbt er käuflich die westindischen Inseln Dänemarks, und zwar mit recht massivem diplomatischem Druck und ohne stichhaltige Veranlassung[5]!

Im Ersten Weltkrieg sind die europäischen Kolonien erst relativ spät zu einem Problem amerikanischer Politik geworden; es lassen sich keine Anhaltspunkte finden, daß Wilson oder seine Berater den Kolonien im Hinblick auf den künftigen Frieden von Anfang an eine besondere Bedeutung zugemessen hätten. Oberst House weist am 15. Januar 1916 in einem Bericht aus London darauf hin, daß die von Australien und Neuseeland eroberten pazifischen Inseln und die „südafrikanischen" Gebiete in den Verhandlungen mit Großbritannien Anlaß zu Schwierigkeiten geben könnten; England scheine aber bereit, Deutschland in Asien freiere Hand zu lassen und sich selber Afrika als „sphere of influence" vorzubehalten[6]. Es geht also nicht um die Befreiung der Kolonien, sondern um einen „gerechten" Ausgleich deutscher und alliierter Ansprüche. In diesem Sinne hält House in einer Beratung mit Sir Edward Grey im Februar 1916 für deutsche Territorialverluste Konzessionen außerhalb Europas für notwendig[7]. Da sich die Amerikaner im übrigen in ihren Besprechungen mit alliierten Staatsmännern nicht auf konkrete Kriegsziele territorialer Art festlegen wollen und diesbezüglichen Gesprächen ausweichen, wird die amerikanische Haltung zum Kolonialproblem nicht ersichtlich[8]. Wilsons Erklärungen vor und nach Kriegsausbruch betrafen keine kolonialen Themen. Indem er aber von einem künftigen Frieden des Rechtes sprach, mußte sich im Moment, da sich die direkte Frage nach der Zukunft der türkischen Gebiete und der deutschen Kolonien erhob, eine Diskrepanz herausstellen und zu interalliierten Spannungen führen, umsomehr als Wilson gleichzeitig das bisherige System der Mächte durch eine internationale Organisation zu ersetzen gedachte.

[2] Das demokratische Wahlprogramm von 1912 enthält baldige Unabhängigkeit der Philippinen; Wilson erklärt z. B. am 28. Dez. 1912: „The Philippine Islands are at present our frontier, but I hope we presently are to deprive ourselves of that frontier", Notter, a. a. O., S. 205.

[3] Address in New York 20. 4. 1915, Public Papers, New democracy I, 1927, S. 305.

[4] Ebenda.

[5] Weinberg, Manifest destiny, 1935, Neuaufl. 1958, S. 402f.

[6] Notter, a. a. O., S. 470–471.

[7] Charles Seymour, The intimate Papers of Colonel House, 1926, Bd. 2, S. 201.

[8] Seymour, a. a. O., Bd. 3, S. 45, 235–237. War Memoirs of Robert Lansing, 1935, S. 277; auch: Erwin Hölzle, Das Experiment des Friedens im Ersten Weltkrieg 1914–1917, in: GWU 13 (1962), S. 485.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einige konkrete Angaben für die Art und Weise, wie man im State Department die Kolonialfrage zu regeln gedachte, bietet uns die Inquiry, eine Expertenkommission, die House im Auftrage Wilsons im September 1917 zusammengerufen hatte. Die kolonialen Belange wurden von George Louis Beer bearbeitet, der zwar keine direkte Kenntnis Afrikas und Asiens besaß, sich aber als Historiker mit britischer Kolonialpolitik beschäftigt hatte und auch wirtschaftlich versiert war[9]. Beer war ausgesprochen englandfreundlich und erhoffte sich eine neue britisch-amerikanische Zusammenarbeit[10]; er bewunderte die britische Kolonial- und Empirepolitik und hatte als amerikanischer Korrespondent der „Round Table" persönliche Beziehungen zur Milner-Gruppe britischer Imperialisten. So übernimmt er denn auch die „Kolonialschuldlüge" und kommt britischen Forderungen weit entgegen. Gleichzeitig betont er – auch dies durchaus im Sinne der britischen Kolonialideologie – die Rechte und Interessen der Eingeborenen; da sie für self-government noch nicht befähigt seien, müsse eine zivilisierte Macht – das britische Empire sei dazu besonders geeignet – ihren Schutz als trustee übernehmen. Annexion und Internationalisierung im Sinne der Kondominien in Samoa und Ägypten erachtet Beer als unzweckmäßig; er kommt daher frühzeitig zur Konzeption des Mandatsystems, zunächst in einem Brief vom 31. Dezember 1917[11], dann in einem Inquiry-Report für Mesopotamien vom 1. Januar 1918. Hier heißt es:

> „Under modern political conditions apparently the only war to determine the problem of politically backward peoples, who require not only outside political control but also foreign capital to reorganize their stagnant economic system, is to entrust the task of government to that state whose interests are most directly involved." Und
>
> „If, however, such backward regions are entrusted by international mandate to one state, there should be embodied in the need of trust most rigid safeguards both to protect the native population from exploitation and also to ensure that the interests of other foreign states are not injured either positively or negatively."[12]

Beer hat jedoch das Mandatsystem nicht etwa „erfunden", sondern stützte sich auf die Ergebnisse vielseitiger Diskussionen in Amerika und England; selbst Mitglieder der „Round Table" und Außenminister Balfour haben eine Internationalisierung und das Mandatsprinzip erwogen[13]. Beer erwähnt das Mandatsystem in

[9] George Louis Beer, African Questions at the Paris Peace Conference, hrsg. v. L. H. Gray, 1923. L. E. Gelfand, The Inquiry, American preparations for peace 1917–1919, Washington 1963.

[10] Beer hat 1917 ein Buch mit dem Titel „The English-speaking Peoples" veröffentlicht, das, wie er ausdrücklich sagt, der Propagierung dieser Idee dienen soll. In Paris verkehrte er mit Vorliebe mit Engländern.

[11] „That the state exercising sovereignty in Africa is proceeding under an international mandate and must act as trustee primarily for the natives and secondarily for the outside world as a whole", zit. bei Gelfand, a. a. O., S. 368. Das spätere Dual Mandate Lord Lugards ist hier vorausgenommen.

[12] Beer, a. a. O., S. 23 f.

[13] Henry R. Winkler, The League of Nation Movement in Great Britain 1914–1919, 1952, Kap. VIII.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seinen späteren Reports zudem nur beiläufig und schränkt seine Anwendung auch erheblich ein. So sei Togoland zu klein und daher zwischen Großbritannien und Frankreich aufzuteilen. Einzelne Regionen Deutsch-Ostafrikas sollten Kenya und Uganda angegliedert und der schwachbevölkerte Rest zu einem Mandatsgebiet erklärt werden, das unter britischer Verwaltung dem indischen Bevölkerungsüberschuß ein Siedlungsland sichern könnte; das britische Protektorat über Ägypten wird anerkannt; türkische Gebiete kommen unter Mandatsverwaltung. Aufschlußreich ist, daß Beer Deutsch-Südwestafrika der südafrikanischen Union zu inkorporieren gedenkt, zweifellos auch dies bewußt im Interesse eines größeren britischen Reichsverbandes[14]. Beer befürwortet die Übernahme eines Mandates durch Amerika – etwa für Kamerun – um die Vereinigten Staaten für künftige Kolonialpolitik mitverantwortlich zu machen und eine Interessenverbindung mit Großbritannien herzustellen[15]. Die deutschen Pazifikinseln kommen unter Mandatsverwaltung, um Japan eine Annexion und die freie Verfügungsgewalt zu verbauen[16]. So aufschlußreich die Memoranden Beers sind, so muß doch betont werden, daß ihr Einfluß auf Wilson gering gewesen ist. Die Inquiry hält – durchaus in Fortsetzung der bis dahin offiziellen Einstellung – die deutschen Kolonien für „material to bargain with", ist aber an der Formulierung von Punkt 5 der vierzehn Punkte nicht eigentlich beteiligt[17]. Wilson mißt der Frage auch noch keine primäre Bedeutung bei[18]. Punkt 5 lautet:

> „A free, open-minded, and absolutely impartial adjustment of all colonial claims, based upon a strict observance of the principle that in determining all such questions of sovereignty the interests of the populations concerned must have equal weight with the equitable claims of the government whose title is to be determined."

Antikolonial ist diese Formulierung nicht. Es geht Wilson noch immer um

[14] Beer, a. a. O., S. 60, 443.

[15] Lloyd George bietet Amerika ein Mandat über Deutsch-Ostafrika an (!), während er Südwestafrika und die pazifischen Inseln für Südafrika resp. Australien beansprucht. House will auf einen solchen „Handel" nicht eingehen. House an Wilson 30. 10. 1918, Papers Relating to the Foreign Relations of the United States (künftig zit.: Foreign Relations) 1919, Bd. 1, S. 407.

[16] Siehe die Memoranden in Beer, a. a. O., S. 456 f. Das abschließende Memorandum „Colonial Questions" vom Februar 1919, besser bekannt unter dem Namen Black Book Nr. 2, ist bei Beer in Auszügen abgedruckt, allerdings undatiert.

[17] Im Dezember 1917 hatte die Inquiry erst Vorbereitungen getroffen. Dennoch legt das Executive Committee auf Wunsch von House ein Memorandum vor; Sidney Mezes und Walter Lippmann sind dafür verantwortlich. Erster Entwurf, datiert 22. Dez. 1917, ist gedruckt in Foreign Relations 1919, Bd. 1, S. 41–53. In bezug auf die Kolonien heißt es hier bloß: „The German colonies are obvious material to bargain with" I, 45. Einen abgeänderten Entwurf mit dem Titel „A suggested statement of Peace terms" vom 2. Jan. 1918 hat House am 4. Jan. zu Wilson gebracht, und dieser Entwurf diente am 5. Jan. als Unterlage für die Formulierung der 14 Punkte. Vgl. Seymour, a. a. O., Bd. 3, S. 320–326. Dazu Gelfand, a. a. O., S. 136 f.

[18] „We have less trouble with the colonial questions. At first it was thought he might have to evade this entirely, but the President began to try his hand on it and presently the paragraph which was adopted was acceptable to us both and we hoped would be to Great Britain", Seymour, a. a. O., Bd 3, S. 329.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„impartial adjustement" der Kolonialforderungen europäischer Mächte, und Deutschland kann eine „gerechte" Berücksichtigung seiner Ansprüche erwarten[19]. Annexion ist dabei keineswegs ausgeschlossen[20]. Es geht um einen Ausgleich zwischen den europäischen Mächten, nicht wie im Zweiten Weltkrieg um einen Konflikt zwischen Kolonialmächten und Autonomiewünschen kolonialer Untertanen. Der Hinweis auf die „interests of the populations" entspricht zwar zweifellos Wilsons demokratischer Überzeugung, bietet ihm aber auch gleichzeitig Handhaben bei der Behandlung der „Claims" und kann nicht als anti-kolonialistische Proklamation verstanden werden. Vom Mandatsystem ist nicht die Rede, auch nicht in den ersten Völkerbundsentwürfen Wilsons und Houses vom Juli–August 1918. Wilson bringt in Punkt 5 zum Ausdruck, er gedenke sich nicht an bereits getroffene Verteilungspläne zu halten und strebe eine „gerechte", aus Verhandlungen mit Deutschland resultierende, von Amerika maßgebend beeinflußte Lösung an. Der Kolonialismus selbst ist nicht in Frage gestellt.

Die bekannte von House veranlaßte Interpretation der 14 Punkte durch Frank Cobb und Walter Lippmann vom Oktober 1918 führt einen Schritt weiter: es wird betont, daß der künftige Ausgleich nicht die Kolonien als solche, sondern nur die durch den Krieg aufgeworfenen Fragen, also vor allem die deutschen Kolonien, betreffe. Das ist eine Konzession an die Alliierten, die ihren „Besitz" jedem Zugriff zu entziehen wünschen und eine „Neuverteilung" strikt ablehnen. Diese Konzession ist Wilson und House wohl nicht allzu schwer gefallen, zeigt aber, daß die Amerikaner in der konkreten Behandlung der Kolonialfrage nicht frei und im Sinne ihrer theoretisch anti-kolonialen Haltung entscheiden können, sondern ihren Kriegsalliierten – den Kolonialmächten – Zugeständnisse machen müssen. Im weiteren wird die Formel „interests of the populations" genauer umschrieben; die liberale amerikanische Einstellung verdeutlicht sich, obschon die „interests" noch im Bereich zivilisatorischer Maßnahmen verbleiben und keine politischen Forderungen einschließen. So ist im Unterschied zu Erklärungen während des Zweiten Weltkrieges vom Ende der Kolonialherrschaft und der baldigen Gewährung von Selbstverwaltung noch nicht die Rede. Im letzten Absatz wird aber die Kolonialmacht nicht als „owner of its colonies", sondern als „trustee for the natives" interpretiert und die Kolonialverwaltung zum „matter of international concern" erklärt, die eine „international inquiry" erfordere; die Friedenskonferenz möge einen „code of colonial conduct binding upon all colonial powers" ausarbeiten lassen[21]. Damit wird eine Internationalisierung der Kolonialfrage postuliert, wie sie von

[19] Über die Frage der Rückgabe ist noch nicht entschieden. In einem Report der Inquiry vom 10. 5. 1918 heißt es: „As Africa is likely to be a field of detailed negotiation, in which America may have well be called upon as conciliator or arbitrator . . .", Foreign Relations 1919, Bd. 1, S. 89. In einem Memorandum des State Department vom 16. 11. 1918 wird ebenfalls die Frage gestellt: „Should the colonial possessions of Germany in Africa be disposed of in the Peace Treaty?" A. a. O., Bd. 1, S. 287.

[20] Duncan Hall, Mandates, Dependencies and Trusteeship 1948, S. 112, geht noch weiter und meint, Punkt 5 „implied annexation".

[21] Seymour, a. a. O., IV, p. 194–195.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reformern und Sozialisten in Großbritannien und Frankreich gefordert wurde, die im offiziellen Bereich aber ein Novum ist und eine neue Stellungnahme in der Kolonialpolitik ankündigt: die Kolonialmächte sollen nicht mehr frei über ihre Untertanen verfügen können, sondern als trustees fungieren und einer internationalen Kontrolle unterstehen. Von einem Völkerbundsmandat wird zwar nicht gesprochen; allein Amerika zwingt seine Alliierten zur Annahme einer „neuen" Politik.

Auf der Überfahrt nach Europa hat Wilson am 10. Dezember 1918 seine Pläne näher umrissen, ohne daß aber Beer als Berater zugezogen worden wäre. Wilson wendet sich nun gegen eine Rückgabe der Kolonien an Deutschland; unklar ist, ob er selbst von der „Kolonialschuldlüge" überzeugt werden konnte oder jetzt zu einer neuen Konzession an die Alliierten bereit ist. Gleichzeitig ist erstmals von dem geplanten Völkerbund als Mandatsträger die Rede. Die Verwaltung ehemaliger deutscher Kolonien „under mandate of the League should be entrusted to some small states"[22], selbstverständlich im Interesse der „backward peoples". Indem nicht eine Großmacht, sondern ein Kleinstaat mit der trusteeship betraut wird, soll offensichtlich das neue Prinzip unterstrichen werden und der Völkerbund gleichzeitig durch „common property" gestärkt werden.

Die weitere Ausgestaltung und Umformung des Kolonialmandats in den Pariser Verhandlungen können wir hier nicht darstellen[23]. Erwähnt sei nur, daß Wilson das Prinzip des Mandats nicht aus dem Völkerbundsplan von Smuts – der bekanntlich das Mandat für habsburgische und türkische Gebiete, nicht aber für die deutschen Kolonien vorschlägt – bezieht, daß er sich jedoch von Smuts in seiner eigenen Konzeption – der Völkerbund als Erbe der „Reiche" – bestätigt sieht und zum Teil dessen Formulierungen übernimmt[24]. Dabei wendet Wilson das von Smuts herausgestellte Selbstbestimmungsrecht mindestens indirekt auf die afrikanischen Kolonien an und nimmt gewissermaßen das in Art. 22 der Völkerbundsatzung enthaltene Prinzip, die Mandatmacht habe ihren „Schützling" auf self-government vorzubereiten, vorweg.

Bekannt ist auch, wie in Paris die Kolonial- und Mandatfrage bei den Verhandlungen des Zehnerrates zu einer schweren Auseinandersetzung zwischen Wilson und seinen alliierten Partnern, insbesondere den britischen Dominions, führt. Die Dominions fordern Annexionen und wollen sich im Interesse ihrer Sicherheit mit Völkerbundsmandaten nicht begnügen. Mit Hilfe von Smuts wird schließlich eine Kompromißformel gefunden, die Wilsons Völkerbundsmandat sicherstellt, gleichzeitig aber faktische Annexionen ermöglicht[25].

Es fällt auf, daß das in der amerikanischen Kriegszieldiskussion durchaus sekun-

---

[22] James T. Shotwell, At the Peace Conference, 1937, S. 74; Seymour, a. a. O., Bd. 4, S. 280–282.

[23] Duncan Hall, a. a. O., S. 107 ff.; D. H. Miller, The drafting of the Covenant, 1928.

[24] George Curry, Woodrow Wilson, Jan Smuts and the Versailles Settlement, American Historical Review 66 (1960/61), S. 968–986.

[25] Curry, a. a. O.; Seth O. Tillmann, Anglo-American Relations at the Paris Peace Conference of 1919, 1961, S. 90 ff.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

däre Kolonialproblem Anlaß zu einer der schwersten Krisen der Friedensverhandlungen gegeben hat. Dabei ging es nicht um eventuelle Rückgabe an Deutschland, denn Wilson hatte sich bereits vor Paris dazu negativ entschieden, und ein entsprechender Beschluß des Zehnerrates am 24. Januar 1919 konnte ohne Diskussion zu Protokoll gebracht werden. Die Diskussion entbrannte auch nicht um die Frage, ob den türkischen Gebieten und den deutschen Kolonien – oder gar den europäischen Kolonien als solchen – jetzt oder in unmittelbarer Zukunft self-government oder Unabhängigkeit gewährt werden solle. Allerdings, das von Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht und der Grundsatz für die künftige Friedensregelung (daß Völker und Provinzen nicht einfach ausgetauscht und im Interesse der balance of power einer anderen Macht übergeben werden können, sondern daß die territoriale Regelung zugunsten der betroffenen Bevölkerung erfolgen müsse) sind allgemeine Prinzipien und gelten demzufolge auch für Kolonien und nicht-europäische Völker[26]. Wilson betont denn auch in den Verhandlungen, daß das Völkerbundsmandat nur gelten solle „until the day when the true wishes of the inhabitants could be ascertained"[27]. Im Falle Südwestafrikas schließe das nicht aus, daß die Eingeborenen eines Tages ihren Anschluß an die Union wünschten. Dies müsse aber aus freiem Willen geschehen, und es sei Aufgabe der Union, einen entsprechenden Anreiz zu schaffen. In Syrien andererseits will Wilson durch eine amerikanische Kommission die Meinung der Bevölkerung erkunden. Zweifellos steht das im Gegensatz zur Haltung der europäischen Mächte und der Dominions und kündigt ein Dekolonisierungsprogramm für die Zukunft an. Begreiflich auch, daß die Kolonialvölker – vor allem Araber und Inder – sich bereits in Paris auf Wilsons Erklärung berufen und die europäischen Kolonialmächte zu Konzessionen zu zwingen versuchen. Das aber ist von Wilson selber nicht beabsichtigt gewesen. Bei der Proklamation des Selbstbestimmungsrechtes denkt er in erster Linie an die euro-

[26] Vor allem die Erklärung vor dem Kongreß am 11. Februar 1918: „Second that peoples and provinces are not to be bartered about from sovereignty as if they were mere chattels and pawns in a game, even the great game, now for ever discredited, of the balance of power; but that

Third, every territorial settlement involved in this war must be made in the interest and for the benefit of the populations concerned, and not as a part of any mere adjustment or compromise of claims amongst rival states; and

Fourth, that all well-defined national aspiration shall be accorded the utmost satisfaction . . ."

Public Papers of Woodrow Wilson, War and Peace Bd. 1, 1927, S. 182–183. Ähnlich Punkt II des Vier-Punkte-Programms in der Mount-Vernon-Ansprache vom 4. Juli 1918, a. a. O., Bd. 1, S. 233. Weiter z. B. am 22. 9. 1919 in einer Ansprache in Reno: „We did not give Germany back her colonies, but we did not give them to anybody else (!). We put them in trust in the League of Nations, said that we would assign their government to certain powers by assigning the powers as trustees, responsible to the League . . . We have put the same safeguards and as adequate safeguards, around the poor, naked fellows in the jungles of Africa that we have around those peoples almost ready to assume the rights of self-government in some parts of the Turkish Empire, as for example, in Armenia". Public Papers, War and Peace Bd. 1, S. 336. Ähnlich bereits vor dem Senat am 10. 7. 1919, a. a. O., Bd. 1, S. 543.

[27] Zehnerrat 27. Jan. 1919, Foreign Relations, 1919, Bd. 3, S. 741.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

päischen Völker und die Nationalitäten vor allem Ostmitteleuropas. Wilson hat keinen Versuch gemacht, die Kolonien direkt anzusprechen oder das Kolonialsystem als solches in Frage zu stellen. Er geht andererseits freilich nicht so weit wie Staatssekretär Lansing, der das Prinzip der Selbstbestimmung auch deswegen ablehnt, weil es bei Indern und Ägyptern Unruhe stiften könnte: „Werden sich nicht die Mohammedaner in Syrien und Palästina und womöglich in Marokko und Tripolis darauf berufen?"[28]

Es ist also nicht das Selbstbestimmungsrecht für Kolonialvölker, an dem sich die heftige Diskussion mit den Alliierten entzündet. Nicht die europäischen Kolonialmächte, die ihre Herrschaftspositionen aufrechtzuerhalten suchen, und das antikolonialistische Amerika, das baldige Unabhängigkeit für die Kolonien fordert, stehen sich in Paris gegenüber! Wilson geht es in erster Linie um ein viel allgemeineres Prinzip: Der Frieden darf nicht auf Annexionen beruhen, der europäischen „Räubermentalität" muß man entgegenwirken[29]. Werden die ehemals deutschen Kolonien den Annexionsforderungen Südafrikas und Australiens ausgeliefert, so ist das Prinzip des Völkerbundes und die durch ihn bestimmte neue Weltordnung hoffnungslos kompromittiert[30]. Annexionen müssen daher um des Prinzipes willen verhindert werden. Denn an sich würden offensichtlich weder die kleinen und dünn besiedelten Pazifikinseln noch Südwestafrika einen so hartnäckigen Widerstand Wilsons und eine eigentliche Krise in den Friedensverhandlungen rechtfertigen. Die ursprünglich sekundäre Kolonialfrage wird so wichtig, weil Wilson in ihr den von ihm angestrebten Frieden des Rechts auf die Probe gestellt sieht.

II

Für die Zwischenkriegszeit liegen kaum Äußerungen amerikanischer Präsidenten oder Staatssekretäre vor, die sich mit der Zukunft europäischer Kolonien befassen. Die Vereinigten Staaten sind nicht im Völkerbund, übernehmen keine Mandate, wünschen aber eine gewisse Mitsprache und fordern open door und Meistbegünstigung für die amerikanische Wirtschaft. Die europäischen Mächte schließen entsprechende Abkommen[31]. Die Publizistik steht zumeist den Emanzipationsbewegungen wohlwollend gegenüber. Liberaler Anti-Kolonialismus verbindet sich dabei mit einem traditionellen Mißtrauen gegen europäische Mächte. Man argumentiert,

[28] Die Versailler Friedensverhandlungen, 1921, S. 73; Memorandum 21. 9. 1918, S. 146f.

[29] Dies veranlaßt auch den Republikaner Henry White, dem Mandatprinzip zuzustimmen. Er schreibt am 10. Februar 1919 an Cabot Lodge, er habe gehört, Lodge lehne das Mandatsystem ab. Er, White, sei anderer Meinung: alle Mächte mit Ausnahme Großbritanniens, rafften zusammen was sie könnten. „The only way to stop that tendency is the proposed mandate of the League of Nations which, while giving the Government of the colonies or backward countries into the charge under such mandate of a nation which would otherwise have annexed them", Allain Nevins, Henry White, Thirty years of American diplomacy, 1930, S. 375.

[30] „If the process of annexation went on, the League of Nations would be discredited from the beginning", Foreign Relations, Peace Conference 1919, Bd. 3, S. 743.

[31] Verhandlungen mit England: Foreign Relations 1921, Bd. 2, S. 107, 114. Belgien: 1922, Bd. 1, S. 624; 1923, Bd. 1, S. 433. Frankreich: 1922, Bd. 1, S. 134f.; 1923, Bd. 2, S. 8. Holland: 1920, Bd. 3, S. 265, 274, 279, 290; 1929, Bd. 3, S. 543f.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die „Balance sheets of Imperialism"[32] ergäbe, daß jeweils nur bestimmte Wirtschaftsgruppen profitierten, die Nation als ganze aber „zahlen" müsse[33]. Afrika- und Asienspezialisten wie Raymond Leslie Buell, Lennox Mill und Rupert Emerson zeigen sich in Einzelfragen sehr kritisch, aber wenn ihnen auch für die Zukunft eine Entkolonisierung vorschwebt, so können sie doch nur bedingt als prinzipielle Anti-Kolonialisten angesprochen werden[34]. Der indischen Nationalbewegung wird selbstverständlich Sympathie entgegengebracht, aber nicht ohne Verständnis für britische Leistungen und Reformanstrengungen. Im übrigen ist das amerikanische Interesse an kolonialen Fragen gering[35]. Die amerikanische Imperialismus-Diskussion konzentriert sich auf den karibisch-südamerikanischen Bereich. Wenn einige Stimmen im und nach dem Ersten Weltkrieg einen harten Kurs und sogar eine Angliederung der noch verbleibenden europäischen Kolonien befürworten[36], so verschärft sich doch schnell die amerikanische Selbstkritik: die angeblich im Interesse von Recht und demokratischer Ordnung betriebene Interventionspolitik sei nichts anderes als die amerikanische Version eines kolonialen Imperialismus, der strategische und wirtschaftliche Zwecke verfolge, die Unabhängigkeit der karibischen Staaten verletze und auch in seinen zivilisatorischen Leistungen fragwürdig sei[37]. Es fällt dabei auf, daß die eigenen Kolonien Amerikas, Puerto Rico, die Virgin-Islands und die Kanalzone, Alaska und Hawaii, Samoa und Guam, verhältnismäßig selten erwähnt werden; die Amerikaner lieben zudem das Wort „colony" nicht, sondern sprechen von „territory", „dependency" u. a., als seien die Vereinigten Staaten nicht selber auch Kolonialmacht!

Die Philippinen erscheinen als Sonderfall. Hier kann man den Status der Kolonie zwar nicht leugnen, betont aber, daß die USA die Inseln systematisch auf die Unabhängigkeit vorbereiten. Faktisch unterscheidet sich aber diese Argumentation

[32] Grover Clark, The Balance Sheets of Imperialism, 1936.

[33] Z. B. P. Th. Monn, Imperialism and World Politics, 1927; Ch. A. Beard im Vorwort zu Melvin M. Knight, Morocco as a French Economic Venture, 1937, S. IV; Th. Roosevelt, Colonial policies of the United States, 1937, S. 202.

[34] Buell, Verfasser des Standardwerkes: The Native Problem in Africa, 1926, meint: „The intelligent governments in Africa to-day are attempting to train their populations so that eventually, even after a hundred years [!], they may be able to govern themselves", in: The struggle in Africa, Foreign Affairs 6 (1927/28), S. 40. Rupert Emerson: „The ultimate frame of reference must be a world of free peoples, each capable of taking its own peculiar place and contributing autonomously its peculiar share upon a fundamental denial of freedom upon the division of the world into master peoples and subject peoples, it can find justification only if it is working to overcome what is the essence of its own being", Malaysia, A Study in direct and indirect rule, 1937, S. 446; vgl. auch z. B. Ralston Hayden, Political progress in the Netherland Indies, Atlantic Monthly 134 (1924).

[35] So finden sich in Atlantic Monthly, Nation, Current History u. a. nur ganz wenige Aufsätze. Diejenigen in Foreign Affairs stammen meist von Autoren der betreffenden Kolonialmächte.

[36] Weinberg, Manifest destiny, a. a. O., S. 406.

[37] Diese Kritik vor allem in Nation, New Republic, Atlantic Monthly. z. B. auch J. W. Pratt, The collaps of American Imperialism, American Mercury, 1934; dergl. zudem: America's Colonial experiment, 1936, S. 312.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht wesentlich von der europäischen Diskussion. Ganz ähnlich wie Engländer und Franzosen verweisen auch die amerikanischen Politiker und Publizisten einerseits auf die wirtschaftlichen Beziehungen, von denen nicht nur das Mutterland, sondern auch die Kolonie profitiere, andererseits auf die vielfältigen zivilisatorischen Leistungen; politisch seien die Filippinos noch nicht zur Selbstregierung befähigt und müßten vorerst vom Treuhänderstaat zu sauberer Verwaltung und verantwortlichem Tun erzogen werden; die Minderheit der modern geschulten Eingeborenen sei nicht repräsentativ für das philippinische Volk, und es fehle das nationale Bewußtsein. Die Liberalen treten für Reformen im politischen und administrativen Bereich ein, halten aber Unabhängigkeit ebenfalls noch für verfrüht. Erst in der Wirtschaftskrise trennen sich die Wege: während in England und Frankreich die große Krise den Blick auf das koloniale Potential lenkt und zum Teil durch vermehrte Investierung und zollpolitische Abschließung eine Rettung aus der Not erhofft wird, gewinnen in Amerika jene Wirtschaftsgruppen die Oberhand, die sich von den philippinischen Importen bedroht glauben und zollpolitische Abwehrmaßnahmen nur nach Gewährung der Unabhängigkeit erlangen können. Damit ergibt sich die für Europa ganz undenkbare Koalition von antikolonialen Gruppen und bestimmten Wirtschaftsinteressen, die schließlich 1932/34 die Proklamation der Unabhängigkeit der Philippinen – wenn auch mit zehnjähriger Übergangs- und Anpassungszeit – erzwingt[38]. Zweifellos ist die antikoloniale Tendenz in den Vereinigten Staaten viel stärker gewesen als in Europa, ausgeprägter auch die Bereitschaft, den asiatischen Emanzipationsbewegungen mit Sympathie zu begegnen und sie ins eigene politische Kalkül einzubeziehen[39]; aber man wird doch nicht verkennen dürfen, daß es die isolationistische Neigung – die Philippinen könnten die Vereinigten Staaten in einen fernöstlichen Konflikt verwickeln – und konkrete Wirtschaftsinteressen waren, die der Entkolonisierungspolitik schließlich zum Durchbruch verhalfen.

III

Im Zweiten Weltkrieg kommt der Kolonialfrage von Anfang an eine erhebliche Bedeutung zu. Die Kolonialmächte diskutieren ihre Nachkriegskonzeptionen, erklären den „Kolonialismus" für beendet, versprechen unterentwickelten Ländern wirtschaftliche Hilfe und großzügige politische Reformen; zwischen den Alliierten berät man sich über die Zukunft der „dependent areas". Dabei geht es nicht mehr um Neuverteilung oder Annexionen, sondern um die Frage, wie dem Streben nach Unabhängigkeit entsprochen und ein Entkolonisierungsprozeß eingeleitet werden kann, ohne daß letzte Kontrollbefugnisse aus der Hand gegeben werden müssen.

[38] Beste Gesamtdarstellungen: Gabriel A. Grunder und William E. Livezey, The Philippines and the US, 1951; Georges Fischer, Un cas de décolonisation, Les États-Unis et les Philippines, 1960.

[39] Als Beispiel sei genannt Theodore Roosevelt (Sohn des Präsidenten und selbst ehemaliger Gouverneur von Puerto Rico und den Philippinen), a. a. O. Im Vorwort bemerkt Walter Lippmann, daß er erst durch Gespräche mit dem Verfasser auf die Probleme der Kolonien aufmerksam geworden sei!

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Darin allein schon tut sich – im Vergleich zum Ersten Weltkrieg – ein völlig neues weltpolitisches Denken kund. Es sind dabei wiederum die Amerikaner, die als Kriegspartner der europäischen Mächte die Alliierten zu weitestgehenden Konzessionen auffordern. Hatte Wilson vor allem das Prinzip der Nicht-Annexion und das Mandatsystem durchzusetzen gesucht, so drängen F. D. Roosevelt und seine Mitarbeiter bereits auf baldige Unabhängigkeit der Kolonien, insbesondere im Nahen Osten und in Süd-Ostasien.

Roosevelt selbst hatte wie Wilson in dieser Frage eine Entwicklung durchgemacht. Auch er hatte die Interventionspolitik in Mittelamerika gutgeheißen, ja zeitweise ihre Ausweitung gefordert, und noch 1922 im Einklang mit der republikanischen Administration die Unabhängigkeit für die Philippinen „for many years to come" abgelehnt[40]. In den folgenden Jahren aber distanziert er sich deutlich von dem bisherigen Vorgehen in Karibien, leitet als Präsident seine good neighbour-Beziehungen zu Lateinamerika ein und kommt philippinischen Forderungen bereitwillig entgegen. Die Unabhängigkeitsakte wird nun als Ausweis eines amerikanischen Antikolonialismus interpretiert und propagiert. „Our Nation covets no territory; it desires to hold no people against their will over whom it has gained sovereignty through war", und „I consider it [die Unterzeichnung der Philippinenakte] one of the happiest events in my office as President of the US."[41] Diese Erklärungen sind zweckbestimmt; sie eröffnen noch keine antikoloniale Asien-Politik der Vereinigten Staaten; erst im Moment, da für Amerika der Zeitpunkt des Kriegseintritts heranrückt und die künftigen Friedenskonzeptionen mit den Alliierten besprochen werden müssen, wird die Befreiungsideologie auch auf die Kolonien ausgeweitet und bildet sich eine antikolonialistische Politik heraus.

Amerikanische und britische Haltung stoßen zuerst in der Interpretation der Atlantic Charter zusammen. Churchill will das in Punkt 3 proklamierte „right of all peoples to choose the form of government under which they will live" nur für die dem Feinde abgenommenen Gebiete in Europa gelten lassen und sich im Empire eine von der britischen Regierung bestimmte Politik vorbehalten[42]. Roosevelt hingegen betont mit aller Deutlichkeit die Allgemeingültigkeit der Erklärung: keine Macht der Welt habe ein Recht, über andere Völker zu herrschen[43]. Diese Interpretation hat die amerikanische Regierung immer wieder zum Ausdruck ge-

[40] Frank Freidel, Franklin D. Roosevelt, Bd. 2, 1954, S. 136. Willard Range, Franklin D. Roosevelt's World Order, 1959, S. 110. Zum Thema allgemein der recht oberflächliche Aufriß von F. R. Dulles und G. E. Ridinger, The Anti-Colonial Policies of F. D. Roosevelt, in: Political Science Quarterly 70 (1955), S. 1–18.

[41] Public Papers and Addresses of F. D. Roosevelt, hrsg. v. S. L. Rosenmann, 1934/1935. Bd. 35, S. 118 und 4, S. 494.

[42] Churchill im Unterhaus am 9. 9. 1941: Die Atlantic Charter „does not qualify in any way the various statements of policy which have been made from time to time about development of constitutional government in India, Burma or other parties of the British Empire," House of Commons, Debates, Bd. 374, S. 68.

[43] 23. Febr. 1942: „The Atlantic Charter applies not only to the parts of the world that border the Atlantic but to the whole world, Public Papers; wiederum 28. 10. 1942; a. a. O., Bd. 11, S. 437.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bracht[43a]. Sie verkündet damit ein gegen die „imperialistischen Mächte" gerichtetes Befreiungs- und Dekolonisationsprogramm, das mindestens implizite den kolonialen Emanzipationsbewegungen amerikanische Sympathie zusichert. Besonders Roosevelt hat sich auf temperamentvolle Weise in diesem Sinne geäußert. Kolonialherrschaft ist für ihn Ausbeutung schlimmster Sorte; Großbritannien und Frankreich hätten in den Kolonien immense Reichtümer gewonnen, nichts für die Eingeborenen getan und seien für die unwürdigen wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse in den betreffenden Gebieten verantwortlich[44]. In der Nachkriegszeit müsse dies anders werden. Ein kurzer Aufenthalt in Gambia – auf dem Flug nach Casablanca – scheint ihm besonderen Eindruck gemacht zu haben[45]. Die Urteile Roosevelts sind dabei schablonenhaft und basieren wenig auf genauen Kenntnissen; er zieht auch nicht etwa die Verhältnisse im karibischen Raum und in den eigenen Kolonien heran. Die amerikanische Philippinen-Politik soll anderen Mächten als Vorbild dienen, und dies nicht nur im Hinblick auf die Gewährung der Unabhängigkeit, sondern hinsichtlich der zivilisatorischen Leistungen[46]. Roosevelt ist sogar stolz auf die „Hilfe", die Amerika Haiti in den Jahren der Okkupation gewährt habe, und sucht noch 1943 den Präsidenten von Haiti daran zu erinnern[47]! Man wird hier durchaus von Hypokrisie sprechen dürfen.

Der Präsident polemisiert gegen „the archaic, medieval Empire ideas" Englands und verdächtigt Churchill, diesen angeblich ausbeuterischen Imperialismus in die Nachkriegszeit hinüberretten zu wollen[48]. Dafür aber sind die USA nicht zu haben[49];

[43a] Unterstaatssekretär Summer Welles am 30. 5. 1942: „If this war is in fact a war for the liberation of peoples it must assure the sovereign equality of peoples throughout the world, as well as in the world of the Americas. Our victory must bring in its train the liberation of all peoples. Discrimination between peoples because of their race, creed or color must be abolished. The age of imperialism is ended. The right of a people to their freedom must be recognized as the civilized world long since recognized the right of an individual to his personal freedom. The principles of the Atlantic Charter must be guaranteed to the world as a whole – in all oceans and in all continents." Staatssekretär Hull am 23. Juli 1942: „We have always believed – and we believe today – that all peoples, without distinction of race, color, or religion, who are prepared and willing to accept the responsibilities of liberty, are entitled to its enjoyment. We have always sought – and we seek today – to encourage and aid all who aspire to freedom to establish their right to it by preparing themselves to assume its obligations. We have striven to meet squarely our own responsibility in this respect – in Cuba, in the Philippines, and wherever else it has devolved upon us. It has been our purpose in the past – and will remain our purpose in the future – to use the full measure of our influence to support attainment of freedom by all peoples who, by their acts, show themselves worthy of it and ready for it." Dep. of State Bulletin 1943, IX, 221, S. 173 f.

[44] Z. B. „Imperialists don't realize what they can do, what they can create! They've robbed this continent (Africa) of billions, and all because they were too shortsighted to understand that their billions were pennies, compared to the possibilities: possibilities that must include a better life for the people who inhabit this land"; Elliott Roosevelt, As he saw it, S. 86, 1946.

[45] Range, a. a. O., S. 105 f.

[46] Elliott Roosevelt, a. a. O., S. 156, 165.

[47] Range, a. a. O., S. 104.

[48] „A real old Tory, isn't he? A real old Tory, of the old school", Elliott Roosevelt, a. a. O., S. 38.

[49] „I think I speak as America's President when I say that America won't help in this war

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

amerikanische Soldaten kämpften nicht für eine Wiederherstellung des Empire, sondern für eine Welt, die auf Freiheit und Selbstbestimmung beruhe und so die Voraussetzung für einen dauernden Frieden schaffe. Kolonialherrschaft aber bringe „trouble that leads to war"[50]. So bemerkt Roosevelt zu Stalin, daß Neukaledonien, Australien und Dakar Südamerika bedrohten und daher internationalisiert werden müßten[51]. Im Grunde geht es ihm um die noch nicht spezifierte These oder Vorstellung, daß Kolonialherrschaft, weil Ausdruck des europäischen Imperialismus, als solche eine Herausforderung darstelle und den Frieden gefährde: auch Roosevelt ist nicht frei von einem traditionellen Mißtrauen gegenüber Europa. Immerhin verbindet sich sein Antikolonialismus mit einem echten Interesse an Aufbau und konkreter Leistung; so schmiedet er während der Kriegskonferenzen Pläne für Wirtschaftshilfe an Persien oder Marokko. Der Vorstellung von Armut als Kennzeichen europäischer Kolonialpolitik entspricht dabei eine optimistische Zukunftsvision: mit amerikanischer Hilfe kann in relativ kurzer Zeit die Situation der backward peoples entscheidend verbessert und diese „challenge" des Friedens aus der Welt geschafft werden.

Konkreter ist Roosevelts These, jede Kolonialmacht betreibe eine Zollpolitik zugunsten des Mutterlandes und diskriminiere Amerika. Er kämpft denn auch – wie bereits Wilson – energisch für eine open-door-Politik: freier Zugang zu den Rohstoffquellen sei eine Voraussetzung für den künftigen Frieden. Faktisch sind die USA an einer Meistbegünstigung besonders interessiert; indem Roosevelt bereits bei der Ausarbeitung der Atlantic Charter Churchill zu einem Verzicht auf das Empire-Präferenzsystem als angeblich typischen Ausdruck des britischen Imperialismus zwingen will, vertritt er deutlich amerikanische Wirtschaftsinteressen und verkennt erst noch den Charakter und die Struktur des Commonwealth[52].

In der Hauptlinie verfolgen die antikolonialistischen Erklärungen der amerikanischen Regierung das Ziel, Sympathie für die Sache der Alliierten und günstige strategische wie politische Ausgangspositionen zu gewinnen. Gleichzeitig sucht man aber auch den goodwill der Kolonialvölker, distanziert sich von seinen kolonialistischen Alliierten und kündigt eigenes Interesse und amerikanische Mitsprache an. So unterhält sich Roosevelt in Casablanca demonstrativ mit dem Sultan, erklärt, daß den „outside interests" (also Frankreich) in Zukunft nicht gestattet sein werde, „to drain off the country's resources" und verspricht wirtschaftliche und technische Hilfe[53]. Im Nahen Osten tritt er offen für die arabischen Nationalbewegungen ein, so in seinen Gesprächen mit Ibn Saud in Kairo. Dennoch ist Amerika willens, den Nahen Osten primär als britischen Einflußbereich gelten zu lassen und hält sich

---

simply so that she will be able to continue to ride roughshod over colonial peoples" . . . „They must never get the idea we're in it (im Krieg) to help them hang on the archaic, medieval Empire ideas", Elliott Roosevelt, a. a. O., S. 25, 122.

[50] Elliott Roosevelt, a. a. O., S. 74, 115.

[51] Foreign Relations 1943, Cairo-Teheran, 1961, S. 509.

[52] The Memoirs of Cordell Hull, 1948, S. 975.

[53] Elliott Roosevelt, a. a. O., S. 110.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bewußt zurück[54]. Erst ab 1943 zwingen amerikanische Ölinteressen in Saudi-Arabien die USA zu einem aktiveren Vorgehen[55]. Indien erhält nach Pearl Harbour und dem Fall von Singapore für die amerikanische Außenpolitik erhöhte Bedeutung; da ein weiterer japanischer Vorstoß erwartet wird und amerikanische Truppen an der Indien–Burma-Front im Einsatz stehen, sehen sich die USA veranlaßt – und auch berechtigt – zur britischen Indienpolitik Stellung zu nehmen. Roosevelt und seine Mitarbeiter sind überzeugt, daß Churchill eine baldige Freigabe Indiens zu hintertreiben versucht und daher für den geringen Kampfeseifer indischer Truppen verantwortlich gemacht werden müsse. Roosevelt in einem Brief an Churchill vom 10. März 1942[56], Hull in Gesprächen mit Halifax drängen Großbritannien zu Konzessionen; man möge bereits im Kriege eine Übergangsregierung einsetzen, die später über den Status Indiens befinden könne[57]. Roosevelt schickte persönliche Vertreter nach Indien, vorerst den eher ungeschickten und von den Engländern scharf abgelehnten Colonel Johnson[58], dann den ehemaligen Botschafter in Rom William Phillips. Es ging ihm darum, die Cripps-Vorschläge zu unterstützen[59], Kontakt mit Indern anzuknüpfen und das amerikanische Interesse für die indische Unabhängigkeitsbewegung zu demonstrieren[60]. So erklärte z. B. Hull am 12. August 1942 offen, daß amerikanische Truppen nur zur Abwehr der Japaner in Indien stünden und mit der britisch-indischen Auseinandersetzung nichts zu tun hätten[61]. Phillips, einige Senatoren und ein Großteil der Presse hätten gerne den weiteren Schritt getan und auf Konzessionen Englands an Indien bestanden[62]. Roosevelt und Hull sind sich aber vollauf bewußt, daß Indien eine britische Angelegenheit und Churchill hier persönlich engagiert ist, daß Amerika im Interesse alliierter Zusammenarbeit wohl Ermahnungen geben und diplomatisch seine Wünsche zum Ausdruck bringen kann, nicht aber London unter Druck setzen, oder gar eigenmächtig eingreifen darf[63]. Das Dilemma der Nachkriegszeit kündigt sich an.

---

[54] Hull, a. a. O., S. 1498–1500.

[55] J. C. Hurewitz, Middle East Dilemmas, The Background of US Policy, 1953, S. 128 f.

[56] The White House Papers of Harry L. Hopkins, hrsg. von Robert E. Sherwood, Bd. 2, 1949/1951, S. 515 f., 535 f.

[57] Hull, a. a. O., S. 1482–1497. Winston Churchill, Second World War, Bd. 4, S. 188–190; dazu Lawrence K. Rosinger, India and the US, Political and Economic relations, 1950, S. 9 ff.

[58] Foreign Relations, 1942/1, 1960, S. 617 ff.

[59] M. Abal Kalam Azad, India wins freedom, 1959, S. 101.

[60] Darüber Foreign Relations, a. a. O., S. 737 f. und William Phillips, Ventures in Diplomacy, 1955, S. 218 ff.

[61] Dep. of State Bulletin, 1942, S. 697.

[62] Phillips Brief vom 14. 5. 1943, zuerst in der New York Times 5. 4. 1944, heute Phillips, a. a. O., S. 250 f.; vgl. auch The Private Papers of Senator Vandenberg, 1952, Tagebucheintrag 1. Juli 1943, S. 53. Der wichtige Senator Connally wirft Roosevelt einen „Churchill-Komplex" vor! Ähnlich auch Senator La Follette.

[63] Hull, a. a. O., S. 1482; z. B. Hull an Phillips 20. 11. 1942: „The President and I and the entire Government earnestly favor freedom for all dependant peoples at the earliest date practicable ... The President and I have not become partisans of either Great Britain or India in the existing exigencies. To do this would seriously handicap us in dealing with the

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IV

Was lag der amerikanischen Haltung zugrunde? Neben einer spontanen Sympathie für die indische Nationalbewegung und neben kriegsbedingten Überlegungen sicher auch die nicht grundlose Annahme, daß Indien – so oder so bald unabhängig – seiner Größe, Lage und Bevölkerungszahl gemäß künftig eine entscheidende Rolle in Asien spielen werde. Amerika habe daher an einem guten Verhältnis zu Indien Interesse und suche das Aufkommen einer anti-weißen Haltung zu verhindern[64].

Im Falle Holländisch-Indiens und Indochinas hatte Roosevelt keine Rücksicht auf den britischen Partner zu nehmen und konnte seinem Antikolonialismus offen Ausdruck geben. Hielt er sich aber in Indonesien eher zurück und gab er sich mit der königlichen Erklärung zufrieden[65], so wandte er sich andererseits vehement gegen eine Rückkehr Frankreichs nach Indochina. Ursprünglich war Frankreich die volle Wiederherstellung – worunter offensichtlich auch das Kolonialreich verstanden wurde – zugesagt worden[66]; später hat Roosevelt – in recht unfairer Kehrtwendung – eine französische Rückeroberung mit allen Mitteln zu verhindern versucht. Seine Abneigung gegen Vichy wie gegen General de Gaulle spielte mit, aber auch die Tatsache, daß Indochina als Ausgangsbasis für den japanischen Angriff in Südostasien gedient hatte; das freie Frankreich war zudem kein ernsthafter alliierter Partner, so daß ihm, im Unterschied zu den Briten, Bedingungen und eventuell sogar Ultimaten gestellt werden konnten. Der Präsident hatte bei

---

other side. . . . we cannot bring pressure, which might reasonably be regarded as objectionable, to bear on the British. We can in a friendly spirit talk bluntly and earnestly to appropriate British officials so long as they understand that it is our purpose to treat them in a thoroughly friendly way. . . . we will . . . tactfully listen to both sides and endeavor to see both viewpoints as fully and clearly as possible, always keeping in mind our general course and attitude toward freedom for dependant peoples, as illustrated by our attitude in cooperating with the Philippines for the purpose of their freedom." Foreign Relations, a. a. O., S. 746–748.

[64] Bereits der erste persönliche Delegierte Roosevelts Colonel Johnson erklärte, nicht zur Freude der Briten, im April 1942 in Neu Delhi, daß die USA die indische Emanzipation mit Interesse und Sympathie verfolgten „because we realize that in Indian and Chinese hands lies the destiny of Asia. The Union of these two great population blocs in the cause of liberty and enlightment may well be the greatest political development of ten centuries", zit. Satish Kumar Arora, American Foreign politics towards India, Neu Delhi, 1954, S. 24 (diese Stellungnahme ist in der amerikanischen Presse nicht publik gemacht worden!) Phillips in seinem Bericht vom 14. 3. 1945: Als Resultat einer sich verschlechternden Situation in Indien werden sich „anti-white sentiments of hundreds of millions of subject people" ergeben. Er wiederholt diese Ansicht vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats: „India's demands for independence are a major factor in the post-war picture", Vandenberg, Private Papers, S. 53.

[65] Holländisch-Indien ist an sich durchaus auf der Liste der zu „befreienden" Kolonialgebiete – Elliott Roosevelt, a. a. O., S. 58 –, wird in der Folgezeit aber nur noch selten genannt. Es muß dahingestellt bleiben, ob es wirklich Roosevelt gewesen ist, der Königin Wilhelmine in einem längeren Gespräch 1942 veranlaßt hat, die berühmte Erklärung abzugeben, in der die Niederlande den Indonesiern nach dem Kriege volle Gleichberechtigung innerhalb einer föderativen Union versprochen haben, Elliott Roosevelt, S. 224. Auch Summer Welles, Time of Decision, 1944, S. 502, hält die Erklärung für ausreichend.

[66] Hull, a. a. O., S. 1597. Summer Welles: Dep. of State Bulletin vom 18. 9. 1942, S. 335.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

alledem nur unklare Vorstellungen von der Lage in Indochina[67] – dem man aber doch nicht sofort Unabhängigkeit gewähren wollte, sondern das vorher einer Treuhänderschaft der künftigen Weltorganisation unterstellt werden sollte; vielleicht sei die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in 20 oder 30 Jahren möglich[68]! Staatssekretär Hull hätte es vorgezogen, Frankreich zu einer Erklärung zu veranlassen, es werde – dem amerikanischen Beispiel in den Philippinen folgend – Indochina baldmöglichst die Freiheit schenken[69]. Roosevelt aber verfolgte konsequent sein Ziel: er lehnte es strikte ab, de Gaulle Waffen und Schiffe zur Verfügung zu stellen, und verhinderte auf diese Weise eine volle französische Mitwirkung an der Befreiung Indochinas[70]; er ging so weit, französischen Resistancetruppen in Tongking seine Unterstützung zu verweigern, und überließ sie nach dem japanischen Angriff vom 9. März 1945 ihrem Schicksal[71]. Da Roosevelt den britischen Widerstand gegen ein trusteeship für Indochina kannte – die Engländer wollen keinen Präzedenzfall für den eigenen Kolonialbereich schaffen – suchte er chinesische und russische Unterstützung zu erhalten. Davon ist in Kairo, Teheran und Yalta die Rede[72]. In Kairo nimmt sich der amerikanische Präsident sogar heraus, Indochina den Chinesen anzubieten[73]! Selbstverständlich sind Chiang Kai-schek und Stalin mit Roosevelts Vorschlägen einverstanden, mußten sie doch beide an einer Schwächung Frankreichs als Kolonialmacht in Ostasien interessiert sein, um so mehr als die trusteeship-Verwaltung ihnen direkte Mitsprache in Indochina zusicherte. Roosevelt hielt Rußland und China für nicht-imperialistische Mächte und fühlte sich in der Kolonialfrage Stalin näher als dem Erzimperialisten Winston Churchill[74]! Es ist jedoch zu betonen, daß Stalin eher Zurückhaltung übte, den Anregungen Roosevelts zwar zustimmte, aber keineswegs in die Kolonialdiskussion aktiv eingriff; von amerikanischen Konzessionen an Rußland kann hier nicht die Rede sein.

Es sei auch daran erinnert, daß Roosevelt die Briten zu veranlassen suchte, in einer großzügigen Geste den Chinesen Hongkong zu überlassen[75]. Damit sollte

[67] Z. B. „France has had the country – thirty million inhabitants – for nearly one hundred years, and the people are worse off than they were at the beginning. France has milked it for one hundred years", Memorandum Roosevelts vom 24. Jan. 1944, Hull, a. a. O., S. 1597. Von wem hat der Präsident seine Information bezogen?

[68] Foreign Relations 1943, Cairo-Teheran, S. 485.

[69] Hull, a. a. O., S. 1598.

[70] Memorandum Roosevelts vom 16. 10. 1944, Hull, a. a. O., S. 1598.

[71] Ein französischer Historiker vergleicht das amerikanische Verhalten mit Stalins Sabotage des Warschauer Aufstandes; Bernard B. Fall, La politique américaine au Viet-Nam, in: Politique étrangère 20 (1955), S. 309, 512.

[72] Foreign Relations 1943, Cairo-Teheran, S. 345, 485f., 864, 872f. Foreign Relations 1945, Malta-Yalta, S. 770.

[73] Ed. R. Stettinius, Roosevelt and the Russians, 1950, S. 212. Roosevelts Pressekonferenz vom 23. 2. 1945, Public Papers, Bd. 13, S. 562.

[74] „Winston, this is something which you are just not able to understand . . . A new period has opened in the world's history and you will have to adjust yourself to it." Stettinius, a. a. O.

[75] Hull, a. a. O., S. 1956. Hopkins, a. a. O., S. 854; Lord Halifax, Fullness of days, 1957,

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht nur der chinesische Widerstandswille gestärkt, sondern auch rechtzeitig ein künftiger Spannungsherd ausgeschaltet und die Voraussetzung für eine stabile Ordnung in Ostasien geschaffen werden.

Der amerikanische Antikolonialismus, insbesondere derjenige des Präsidenten, mag unreflektiert, voreingenommen oder gar „billig" erscheinen; allein es darf gleichzeitig nicht übersehen werden, daß ihm eine Ostasienkonzeption entspricht, die die kolonialen Emanzipations- und Unabhängigkeitsbewegungen in Rechnung stellt und von der Einsicht und der Voraussetzung ausgeht, künftig könne im Nahen und Fernen Osten der westlich-amerikanische Einfluß nicht mehr als kolonialistische Herrschaftsposition, sondern nur noch im Einvernehmen mit den neuen, unabhängigen Staaten geltend gemacht werden; es dränge sich daher eine rechtzeitige Einstellung auf diese Politik auf. Zudem wissen die Amerikaner, daß ihnen in diesem Bereich die künftige Führungsrolle zukommt und ein Rückzug nicht mehr möglich ist. Die amerikanische Politik darf deshalb auch nicht ins Schlepptau des britischen und französischen Kolonialismus geraten, deren Hauptziel offensichtlich die Rückgewinnung ihrer Kolonialpositionen ist, sondern soll von Anfang an ihre Eigenständigkeit unter Beweis stellen. Ein Eintreten für die Unabhängigkeitsbewegungen scheint für Amerika der gegebene und auch notwendige Ansatzpunkt zu sein.

Eine solche Konzeption läßt sich nicht nur bei Roosevelt und Hull, sondern auch bei Wendell Wilkie und Unterstaatssekretär Summer Welles, der beim Präsidenten in hohem Ansehen stand, nachweisen. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Wilkie berichtet von seiner Weltreise in einer stark beachteten Radioansprache vom 27. Oktober 1942[76] und in seinem Buch „One World" (1943). Er habe feststellen müssen, so erklärt er seiner amerikanischen Zuhörerschaft, daß „the gigantic reservoir of goodwill", das die USA in Afrika und im Nahen und Fernen Osten besitzen, vertan werde, wenn Amerika nicht klare Position beziehe und seiner großen Verantwortung nachkomme. Das von den Alliierten proklamierte Kriegsziel der Freiheit müsse näher präzisiert werden und die Beendigung des kolonialen Imperialismus enthalten: „The rule of people by other people is not freedom and not what we must preserve." Großbritannien und Frankreich dächten in überlebten Kategorien. Zwar lasse sich volle Unabhängigkeit nicht sofort verwirklichen; Ziel und Aufgabe sei aber „the orderly but scheduled abolition of the colonial system" unter internationaler Kontrolle. Mit der Vorstellung einer paternalistischen „Bürde des Weißen Mannes" sei nicht mehr auszukommen, denn in „view of the ferment which is going on" könne das Kolonialsystem nicht länger aufrechterhalten werden[77]. Die Zukunft gehöre einer „new society of independent nations". Wilkies Afrika- und

S. 257; vgl. die Bemerkung Edens zu Hopkins: „Eden dryly remarked that he had not heard the President suggest any similar gestures on our own part" (März 1943), Hopkins, a. a. O., S. 717.

[76] New York Times, 27. 10. 1942. Eine weitere gegen England gerichtete Erklärung Wilkies: New York Times, 17. 12. 1942.

[77] One World, 1943, S. 55.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Asienkenntnisse sind offenbar bescheiden, und seine Weltreise trägt den Charakter einer Wahltournee. Begreiflich also, daß in England protestiert wird gegen die Simplifizierung kolonialer Fragen und den in Amerikas Namen erfolgten Appell an die nationalen Bewegungen. Aber Wilkie hat gleichzeitig die künftige Bedeutung dieser im Krieg und durch den Krieg in Bewegung geratenen asiatisch-afrikanischen Welt erkannt und Amerikas Mitverantwortung betont: „Our thinking and our planning in the future must be global." Die Parole „One World" richtet sich an seine Landsleute, ruft sie aber nicht nur zu antikolonialistischen Erklärungen, sondern ebensosehr zu umfassender wirtschaftlicher Hilfeleistung in der Nachkriegszeit auf – nicht ohne selbstkritisch zu mahnen, daß auch die eigene Rassenfrage ins Reine gebracht werden müsse. Nur so könne westlich-amerikanisches Prestige und Ansehen in der revolutionären Welt Asiens und Afrikas erhalten und glaubwürdig gemacht werden.

Unzulängliche Kenntnisse und ungenügende Orientierung wird man Summer Welles, dem langjährigen Unterstaatssekretär und Sonderbeauftragten für Lateinamerika, nicht vorwerfen können. Um so eindrücklicher ist, daß seine Thesen denen Wilkies ähneln. Mehrere wichtige Ansprachen der Jahre 1941–1943 faßt er 1944 in seinem viel gelesenen Buch „The Time for Decision" zusammen. Hier heißt es: „Hundreds of millions of people at the outset of the present war were under alien sovereignty as colonial subjects of the imperial powers. Can we conceivably envision a peaceful or a stable world if it is to continue, when the war is won, half slave and half free? The peoples of Asia, of the Near East, and of Africa are waiting to see what the victory of the United States is going to mean to them. They will regard the decisions taken by us as an acid test. Unless the forces of nationalism, which are fast growing more and more powerful in all these vast areas of the earth, are canalized into constructive channels, a devastating state of chaos will ensue. The determination of some of these peoples to secure their freedom cannot longer be thwarted."[78] Die Niederlage des Westens 1942 habe „any concept of white superiority" endgültig zerschlagen. Das starke Ressentiment der Kolonialvölker müsse in Rechnung gestellt und dem wachsenden Nationalismus in Asien und Afrika rechtzeitig begegnet werden, denn auch die unabhängigen Staaten Asiens wie China und die Philippinen werden künftig ihre Forderungen stellen und die Beendigung kolonialer Herrschaft verlangen[79]; erfolge diese nicht rechtzeitig „kanalisiert" durch eine internationale Organisation, so seien schwere Spannungen und Konflikte unvermeidlich. Man müsse weiter gehen als im Frieden von Versailles. Die volle Unab-

[78] S. 383; vgl. auch: The world of the four freedoms, 1943, und die Ansprache vor der Foreign Policy Association, New York Times, 17. 10. 1943.

[79] „Upon the conclusion of the present war a radical readjustment of international relationships throughout Asia and the regions of the Pacific is indispensable if there is to be any hope at all of political stability, economic security, and peaceful progress. The situation is replete with highly explosive factors. The dynamics of the situation can be regulated, provided the major European and Western powers make the radical readjustments which are necessary. If they do not, it is difficult to foresee any other prospect in the Far East than a century of chaos and general anarchy". Time for Decision, S. 299.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hängigkeit Ägyptens und des Irak, aber auch Syriens und des Libanon[80] sei nicht mehr aufschiebbar. Er lobt das britische Vorgehen, auch in Indien, und zeigt sich mit den holländischen Erklärungen einverstanden, während er sich wie Roosevelt scharf gegen Frankreichs Indochinapolitik ausspricht.

Hier handelt es sich offensichtlich nicht um „blinden" Antikolonialismus, auch nicht – wie etwa französische Autoren gerne unterstellen – um einen Versuch, zugunsten amerikanischer Kapital- und Wirtschaftsinteressen europäische Kolonialpositionen zu unterminieren; hier zeigt sich die Einsicht, daß nach dem Zweiten Weltkrieg und vor allem nach der Katastrophe von Singapore und der japanischen Besetzung ehemaliger europäischer Kolonien eine Rückkehr zum Status quo ante nicht mehr möglich ist und der vehemente anti-westliche Nationalismus nur durch schnellen Abbau der kolonialen Positionen und durch „Kanalisierung" innerhalb einer überstaatlichen Organisation aufgefangen werden kann. Was Wilson für Europa angestrebt hatte, wird nun auf Asien übertragen: die künftige Friedensregelung muß auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhen, wobei eine internationale Regelung den Übergang erleichtern und die neue Weltlage garantieren soll. Allerdings sind diesmal wiederum konkrete Schwierigkeiten – gerade im Hinblick auf das Prinzip der Selbstbestimmung – übersehen oder unterschätzt und ist zuviel Hoffnung auf die künftige Weltorganisation gesetzt worden. Großbritannien und Frankreich melden natürlich ihr Mißtrauen an, geben sich als Realisten und stellen ihre angeblichen Sicherheitsinteressen (Suez–Singapore) in den Vordergrund. Auch hier wie 1918 bleibt die Frage offen, wessen Sicht „realistischer" gewesen ist . .

In jedem Fall soll der künftigen UNO eine Schlüsselposition zukommen. Sofortige Unabhängigkeit nach dem Kriege wird nur für die arabischen Länder, für Indien, Burma und Ceylon gefordert. Die anderen Regionen Südostasiens und vor allem Afrikas sind auch in amerikanischer Sicht noch nicht reif und bedürfen einer Übergangszeit. Selbst Staatssekretär Hull distanziert sich von Henry Wallace's „drastic views[81]". Dekolonisierungsprogramme werden aber auch von Großbritannien, den Niederlanden und – in anderer Form – von Frankreich aufgestellt; den Kolonien wird self-government oder Autonomie zugesagt. Worin liegt der Unterschied zur amerikanischen Haltung? Einmal darin, daß die Amerikaner von „independence" sprechen, während die Europäer eine institutionelle Bindung aufrechtzuerhalten trachten und von Commonwealth, Union und Partnerschaft reden. Amerika denkt an die Proklamation von bestimmten Daten, strebt möglichst kurze Übergangsfristen an und mißtraut europäischen Verzögerungsmanövern[82]. Die Kolonialmächte wollen vor allem aus eigenem Antrieb handeln, die Termine selbst bestim-

[80] „Only the certainty that their future independence will be guaranteed by an international organisation and that the influence of France will no longer be predominant in their territory can wipe out their long-existing hostility and antagonism to the western powers," Ebenda, S. 262.

[81] Hull, a. a. O., S. 1697.

[82] Memorandum State Department, 8. 9. 1944, Hull, Bd. 2, S. 1600.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

men, in der Übergangszeit und innerhalb der zu bildenden „Union" ihre Interessen wahrnehmen; sie können daher den amerikanischen Erwartungen nur bedingt entsprechen. Zudem wenden sie sich gegen eine Verurteilung des Kolonialsystems als solches und gegen die antikolonialistischen Erklärungen Amerikas, mit denen ihre ohnehin prekär gewordenen Positionen untergraben und Oppositionsbewegungen geradezu aufgemuntert werden. Jedenfalls sind sie nicht bereit, die Verfügungsgewalt über die Kolonien aus der Hand zu geben und einem internationalen Gremium zu übertragen. Gerade darin jedoch sieht die amerikanische Regierung – und Öffentlichkeit – die geeignete Lösung; sie glaubt, in einem Treuhändersystem den Abbau des Kolonialismus mit einer schrittweisen Gewährung von Selbstverwaltung und Unabhängigkeit in Einklang bringen zu können.

In den Verhandlungen der westlichen Alliierten und in den großen Kriegskonferenzen von Teheran bis Potsdam wird das künftige Trusteeship-System diskutiert. Roosevelts ursprüngliche – allerdings nicht sehr präzise – Konzeption betraf nicht nur die ehemaligen Mandatsgebiete des Völkerbundes, sondern alle Kolonien. Die Kolonialmächte sollten gewissermaßen ihre Souveränität der UNO übertragen, die dann entweder sie selber mit dem trusteeship betraut oder eine gesonderte internationale Verwaltung errichtet hätte[83]. So oder so wäre die Administration aller sich noch nicht selbst regierenden Gebiete einer internationalen Kontrolle unterworfen und zur Berichterstattung und öffentlichen Diskussion – der Roosevelt großen Wert beimaß – verpflichtet worden; an Stelle „imperialistischer Ausbeutung" sollte energische Entwicklungspolitik treten. Vor allem aber sollten Selbstbestimmungsrecht und spätere Unabhängigkeit klar formuliert und ihre möglichst kurzfristige Realisierung sichergestellt werden.

Washingtons Planung ist zunächst von einer allgemeinen Treuhänderschaft ausgegangen, hat sie aber bald fallenlassen und sich auf die ehemaligen Mandate und die von den Achsenmächten, d. h. Italien und Japan, eroberten Gebiete beschränkt – angeblich aus „praktischen Gründen", faktisch im Hinblick auf den zu erwartenden Widerstand von seiten Großbritanniens, Frankreichs und der Niederlande[84].

Nur auf dieser Basis war Großbritannien zum Verhandeln bereit. Eden wandte sich aber bezeichnenderweise in seinen Gesprächen mit Hull in Washington (März 1943) und anschließend in Quebec gegen das im amerikanischen Memorandum enthaltene Wort „independence" und bestand auf dem Ausdruck „self-govern-

[83] Bei Elliott Roosevelt, a. a. O., S. 165, erscheint z. B. Frankreich noch als trustee für Indochina. In einem Gespräch vom 5. Oktober 1943 jedoch wird Indochina den japanischen Mandatinseln gleichgestellt „placed under international trustees", Hull, S. 1597. Hull selbst spricht von einer „international agency", ebd., S. 1598; vgl. auch Roosevelts Memorandum vom 24. Jan. 1944, in Foreign Relations 1943, Cairo-Teheran, S. 872 und Personal Letters, Bd. 2, S. 1489. Summer Welles andererseits denkt an die „present administering powers", Time of Decision, S. 302.

[84] Hull, a. a. O., S. 1238f. Über die amerikanische Planungsarbeit: Postwar Foreign Policy Preparation 1939–1945, hrsg. v. H. A. Notter, 1949/50, S. 109–110. Ein Memorandum Hulls vom März 1943 an Roosevelt im Anhang zu Notter, S. 470–472.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ment", um den Weg zum Dominionstatus nicht zu verbauen[85]. Im State Department wurde ein Kompromißvorschlag ausgearbeitet, der zwischen Treuhandschaftsgebieten und anderen Kolonien unterscheidet: die allgemeinen Prinzipien der UNO-Charter gelten für beide Bereiche; der eigentlichen trusteeship-Verwaltung sollen aber nur die bisherigen Mandate und eventuell weitere Gebiete unterstellt werden, während für die restlichen Kolonien Regionalkommissionen geplant und die Mächte zur Berichterstattung zu veranlassen sind[86]. Die britischen Vorschläge bewegten sich in gleicher Richtung[87]. In der Folgezeit ergab sich eine eigenartige Situation: während Eden und Stettinius mit ihren Mitarbeitern bereits eine weitgehende Einigung erzielt hatten, hielten sowohl Churchill wie Roosevelt ihre „extremen" Positionen aufrecht, gewissermaßen stellvertretend für den konservativen britischen Imperialismus einerseits, den amerikanischen Antikolonialismus andererseits. Churchill stand dem trusteeship-System als solchem ablehnend gegenüber, und möchte offensichtlich jede Berichterstattung und damit jede Kontrolle durch die UNO verhindern. In Yalta sträubte sich der britische Premier heftig gegen eine Diskussion des Treuhänderschaftsprinzips und lenkte nur widerwillig ein, als ihn Stettinius darauf aufmerksam machte, daß ja nicht über die Kolonien als solche, sondern nur über die Mandatgebiete des Völkerbundes verhandelt werde[88]. Roosevelt andererseits hatte auf seine fixe Idee, Indochina nicht an Frankreich zurückzugeben, sondern der trusteeship-Verwaltung zu unterstellen, noch nicht verzichtet. Da England aber opponierte, kam es zu keiner Entscheidung. In einer Pressekonferenz, kurz nach Yalta, trat er nochmals für seine Internationalisierungspläne ein und polemisierte gegen den „mid-Victorian" Churchill, verzichtete aber gleichzeitig darauf, zu insistieren: „As for the British, it would only make the British mad. Better to keep quiet just now."[89] So zeigt schließlich auch Roosevelt Bereitschaft zum Kompromiß: Die Kolonialfrage kann nicht forciert werden; Amerika muß auf seinen britischen Partner Rücksicht nehmen. Was in

[85] Hull, a. a. O., S. 1234–1238; Notter, a. a. O., S. 189; Moskauer Konferenz, Hull, a. a. O., S. 1304f.

[86] Vgl. Memorandum Pasvolskys über eine Unterredung mit Gromyko am 11. Jan. 1945 in Washington und Pasvolskys Memorandum an Stettinius vom 23. Jan. 1945, Foreign Relations 1945, Malta-Yalta, S. 73f., 83f., Briefing Book Paper 15. Jan. 1945, S. 92–93.

[87] Foreign Relations, a. a. O., S. 434.

[88] Hopkins, a. a. O., S. 854; Stettinius, a. a. O., S. 211–212; Beschluß in Yalta: Territorial Trusteeship: „It was agreed that the five Nations which will have permanent seats on the Security Council should consult each other prior to the United Nations Conference on the question of territorial trusteeship. The acceptance of this recommendation is subject to its being made clear that territorial trusteeship will only apply to (a) existing mandates of the League of Nations; (b) territories detached from the enemy as a result of the present war; (c) any other territory which might voluntarily be placed under trusteeship; and (d) no discussion of actual territories is contemplated at the forthcoming United Nations Conference or in the preliminary consultations, and it will be a matter for subsequent agreement which territories within the above categories will be placed under trusteeship. Foreign Relations, a. a. O., S. 977.

[89] Public Papers, Bd. 13, S. 563 (Pressekonferenz 23. Feb. 1945).

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den nahöstlichen Angelegenheiten und für Indien galt, trifft auch für Südostasien zu: „We could not press (die europäischen Alliierten) too far with regard to the South Pacific in view to the fact that we were seeking the closest possible co-operation with them in Europe."[90]

V

Mit dieser prägnanten Formulierung umreißt Hull – allerdings rückblickend – das eigentliche Dilemma der antikolonialen Politik der Vereinigten Staaten: Wieweit war Antikolonialismus und „neue" Politik im asiatisch-afrikanischen Bereich möglich und realisierbar innerhalb einer Allianz mit europäischen Kolonialmächten? Es war einfach, einen ideologisch und politisch begründeten Antikolonialismus zu proklamieren, solange man relativ wenig engagiert war und geringe konkrete Verantwortung trug. Im Moment jedoch, da die USA nicht bloß aus ihrer Isolation heraustreten, sondern auch ihre politischen Ziele, ja ihre eigene Sicherheit nur im Einklang mit ihren europäischen Partnern erlangen können, zeigen sich die Probleme in einem wesentlich anderen Licht – Kompromisse werden unvermeidlich.

Mehr noch: unmittelbare amerikanische Sicherheitsbedürfnisse müssen berücksichtigt werden und zwingen die USA ausgerechnet in der von Roosevelt so aktiv betriebenen trusteeship-Frage zu einer recht zwiespältigen Haltung. Im Unterschied zum Nahen Osten, zu Indien oder zu Südostasien sind die von Japan unter Völkerbundsmandat verwalteten Pazifik-Inseln für Amerika ein Gegenstand direkten Interesses. Was soll mit ihnen geschehen? Bereits im Ersten Weltkrieg hatten Fernostabteilung und Generalstab auf die große strategische Bedeutung der Karolinen- und Marshallinseln hingewiesen und deren Besitzergreifung durch Japan zu verhindern gesucht. Wilson war ihren Ratschlägen nicht gefolgt und hatte sich mit dem Völkerbundsmandat, das eine Befestigung der Inseln verbot, begnügt[91]. Die Frage stellte sich von neuem für Roosevelt. Er rechnete die Inseln anfänglich zu jenen zahlreichen, kleinen und wenig bevölkerten, aber strategisch wichtigen Positionen, die durch die UNO selbst verwaltet und damit der Rivalität der Großmächte entzogen werden sollten. Mit einer solchen Auffassung konnten sich aber die Joint Chiefs of Staff und auch Kriegsminister Stimson nicht befreunden. Sie wollten diese pazifischen Inseln, die Japan den Angriff in Südostasien erleichtert hatten, in eigene Hand bekommen und Amerikas strategische Interessen nicht durch Beschlüsse einer internationalen Organisation gefährdet sehen. Es handle sich übrigens nicht um Kolonien, sondern um „outposts", die für die Verteidigung amerikanischer Interessen von großer Wichtigkeit seien[92]: also entweder direkte

[90] Hull, a. a. O., S. 1599.

[91] Russell H. Fiefield, Disposal of the Carolines, Marshalls and Marianas at the Peace Conference, in: American Historical Review 51 (1945/46), S. 472–479 und Werner Levi, American Attitudes toward Pacific Islands 1914–1919, in: Pacific Historical Review 17 (1948).

[92] Memorandum Stimsons an den Außenminister vom 23. Jan. 1945, in: On Active Service in Peace and War, hrsg. v. McGeorge Bundy, 1948, S. 600. Das Vier-Mächte-Abkommen von 1921, in dem die USA auf die Befestigung verzichtet hätten, sei ein schwerwiegender Fehler gewesen, der diesmal richtig gestellt werden müsse. Ähnlich auch Admiral Leahy im

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Annexion oder eine möglichst weitgehende Verfügungsgewalt innerhalb des trusteeship-Systems. Die Haltung der Militärs, die das State Department zu berücksichtigen gedachte, die jedoch von Roosevelt abgelehnt wurde[93], führte zu der an sich paradoxen Situation, daß infolge einer noch nicht ausgereiften amerikanischen Stellungnahme die Treuhänderfrage in Dumbarton Oaks nicht diskutiert werden konnte[94]. Und es war wiederum ausgerechnet die amerikanische Delegation, die auf Grund eines kurz vor Beginn der Konferenz von San Franzisko mühsam zwischen State Department und Joint Chiefs of Staff ausgearbeiteten Vorschlages[95] eine Sonderregelung für die pazifischen Inseln verlangte und auch erreichte. Der Begriff „strategic areas" (Art. 82–83 der UNO-Charter) wurde geschaffen; für diese sollte nicht der Trusteeship-Council und damit die General Assembly, sondern bloß der Sicherheitsrat zuständig sein, in welchem die USA über ein Vetorecht verfügten. Begreiflich, daß nun die Briten – in umgekehrter Front – den Amerikanern die Gefährlichkeit des Prinzips der „strategischen Interessen" und der „Selbstverteidigung" entgegenhielten; dieser Grundsatz erlaubte ja eine sehr freie Auslegung, konnte auch von anderen Mächten in Anspruch genommen werden und widersprach obendrein dem bis dahin von Roosevelt und dem State Department verfolgten Kurs. In der Tat erinnert die amerikanische Argumentation in San Franzisko 1945 an diejenige der Australier in ihrem Konflikt mit Wilson im Jahre 1919. Wieder geht es um die ehemals deutschen Pazifik-Inseln und um eine Definition des internationalen Mandates, das mit strategischen Interessen in Einklang zu bringen ist. Das Ergebnis (das entsprechende Abkommen zwischen UNO und USA wurde 1947 unterzeichnet) ist 1945/47 wie bereits 1919 ein Kompromiß, der nur formell den internationalen Status enthält, faktisch aber eine unmittelbare Verfügungsgewalt gewährleistet und die Annexion verdeckt[96]!

Die amerikanische Publizistik beschäftigte sich – anders als im Ersten Weltkrieg – sehr eingehend mit der Zukunft europäischer Kolonien. Als Beispiel für offenen Antikolonialismus sei die Zeitschrift „Life" genannt, die am 12. 10. 1942 als „open letter from the Editors of Life to the People of England" eine Erklärung publiziert, in der im Sinne von Roosevelt und Wilkie kategorisch festgestellt wird, die USA

Gespräch mit Roosevelt, I was there, 1950, S. 248. Zudem Foreign Relations 1945, S. 57; Äußerung Admiral Kings und ein Report des Flottenausschusses des Repräsentantenhauses vom Sommer 1945 bei Pratt (vgl. Anm. 37) S. 350f., 363. Tagebucheintrag Vandenbergs vom 17. 4. 1945, a. a. O., S. 169. The Forrestal Diaries, hrsg. Walter Mills, 1951, S. 28, 33, 38, 44–45.

[93] Die von Armee und Flotte gewünschte Annexion lehnte Roosevelt ab, als im Widerspruch stehend zu der Atlantic Charter. „These islands obviously ought not to belong to any one nation" Hopkins, a. a. O., S. 577. Roosevelt in seiner letzten Pressekonferenz vom 5. 4. 1945, Public Papers, Bd. 13, S. 562.

[94] „This question was not discussed at Dumbarton Oaks because of the desire of our Joint Chiefs of Staff that it (should) not be discussed, Stettinius an Roosevelt am 15. Nov. 1944, Foreign Relations 1945, S. 54.

[95] Die Ausarbeitung des amerikanischen Vorschlages bei Notter, a. a. O., S. 432f.

[96] Stimson gibt dies offen zu im Tagebucheintrag vom 30. März 1945, On active Service, S. 601f.; vgl. dazu Pratt, a. a. O., S. 367.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kämpften nicht „to hold the British Empire together"; wenn England seine Strategie im Hinblick auf die Zweite Front nicht alsbald umstelle, werde es auf amerikanische Unterstützung verzichten müssen. „If you cling to the Empire at the expense of a UN victory you will lose the war. Because you will lose us." Der Redaktionsstab von „Time", „Life" und „Fortune" arbeitet zudem einen Bericht aus, der nicht nur die europäische Kolonialpolitik verzerrt darstellt, sondern auch die Schaffung neuer Staaten in Südostasien vorschlägt, und zwar „with sovereignty . . . from the UN". Britisch-Malaya und Holländisch-Indien sollen mit dem unabhängigen Thailand einen Staat mit der Hauptstadt Batavia bilden, mit dem Status „of an international republic", d. h. unter Treuhandverwaltung einer regionalen Pazifik-Kommission. Großbritannien soll auf Burma, Frankreich auf Indochina verzichten[97] . . . Man versteht den Mißmut, den so naive Äußerungen[98] nicht nur bei den europäischen „Imperialisten", sondern auch bei liberal gesinnten und auf weitgehende Reformen bedachten Sachkennern auslösten.

Zurückhaltender ist das Urteil amerikanischer Asienspezialisten. Die Kompliziertheit der südostasiatischen Probleme wird nicht übersehen; die neuen Zielsetzungen und Reformpläne werden hervorgehoben. Reichen diese aber aus? – denn „the storm which has swept over Southeast–Asia . . . will not pass without leaving significant traces[99]. Nach der japanischen Besetzung, dem Aufstieg Chinas zur Großmacht und der Unabhängigkeit der Philippinen „there can be no return to the world of 1941, but that world will have to be taken into very careful consideration if the new order is to be more stable and lasting than the old"[100]. Den Unabhängigkeitsforderungen ist daher so bald als möglich nachzukommen, durch eine Treuhänderschaft der UNO oder durch „time tables" nach philippinischem Vorbild. So anerkennt etwa Owen Lattimore, der China-Historiker und politische Berater

[97] The US in a new world, II. The Pacific relations, Suppl. zu „Fortune", August 1942.

[98] Als ein weiteres Beispiel sei die Ansprache von Prof. Lowell Ragatz, Autor mehrerer Bücher zur Kolonialgeschichte, vor dem wichtigen Commonwealth Club in San Francisco am 23. Juni 1944 genannt: Afrika sei „of global concern" geworden, der Imperialismus zu Ende, Afrika soll „the uprooted European's Promised Land" werden, Massenimmigration werde eine phänomenale Entwicklung in Landwirtschaft und Industrialisierung ergeben; dabei sollen „native property rights" sichergestellt werden. Marokko, Tunesien und Algerien werden Teile Frankreichs, Ostafrika, Rhodesien und Westafrika zu Dominien! Africa in the Post-War World, 1944, S. 9ff.

[99] T.A.Bisson, America's Far Eastern Policy, hrsg.v.Institute of Pacific Relations, 1945, S. 146f.

[100] Lennox A. Mills in der Einleitung zu „Southeastern Asia and the Philippines", Annals of the Am. Academy of Political and Social Science, Bd. 226 (1943), S. VIII. Mills tritt dafür ein, daß die Holländer gemäß eigenen Erklärungen ihr Werk in Indonesien vorantreiben; in Malaya fehle die Basis für Unabhängigkeit, Burma sei vom Krieg schwer mitgenommen. Mills lehnt aber eine trusteeship ab und denkt an Dominionstatut nach dem Krieg. Internationale Behörden seien ungeeignet, da jede Kolonialmacht ihren eigenen Weg zum self-government gehen müsse, S. 140ff. Zudem Melville K. Kerskovits, Native self-government, in: Foreign Affairs 22 (1944), Aprilheft; S. R. Chow, The Pacific after the war, in: Foreign Affairs, 21 (1942), Okt.-Heft; War and Peace in the Pacific, A preliminary report of the 8. Conference of the Institute of Pacific Relations (Quebec), Dez. 1942. Rupert Emerson, The Netherlands Indies and the United States, America looks ahead No. 6, May 1942.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Chiang-Kai-sheks, durchaus die britischen und holländischen Kolonialleistungen, muß aber gleichzeitig betonen, daß die frühere, ohnehin fragwürdige Loyalität der Kolonialvölker nicht wiederhergestellt werden könne. „We have an interest in standing for colonial liberation, in order to preserve and use the power of attraction which is one of our valuable political assets."[101] Amerika müsse daher deutlich machen, daß es nur gegen Japan kämpfe. Lattimore weiß auch, daß die asiatischen Staaten in Zukunft nicht unbedingt Demokratien sein, sondern unter Umständen vom russischen Kollektivismus angesteckt werden; er rechnet sogar mit einem wachsenden russischen Einfluß in Asien: „Russia will not stand still, China will not wait long. The rest of the freedom bloc (die kleinen unabhängigen Staaten Asiens) will press for change. If we stand still, the colonial peoples will begin to pull away from us and to gravitate toward the moving forces. In most parts of the world the idea of a cooling-off period is foolish. In Asia it is an invitation to disaster. We must have a policy now."[102] Dabei sieht Lattimore deutlich, wie schwierig es sein wird, sich das Vertrauen der Asiaten zu bewahren, ohne sich gleichzeitig die europäischen Allianzpartner zu entfremden.

Bei solchen Äußerungen handelt es sich keineswegs um starren Antikolonialismus, wie es die Europäer gerne auslegen, sondern um die klare Einsicht in den national-revolutionären Prozeß, der Ostasien ergriffen hat und eine entsprechende amerikanische Stellungnahme erfordert. Ja, selbst die Amerikaner unterschätzen die Stärke dieser Emanzipationsbewegungen und glauben Zeit und Form der Staatenentstehung bestimmen zu können! Viele wissen auch, daß mit Unabhängigkeit als solcher die Probleme nicht gelöst sind und eine stabile Ordnung noch nicht gesichert ist. Der „Realist" Walter Lippmann etwa verweist deutlich auf die gefährliche und schwierige Übergangszeit, sieht aber dennoch im Ende der Kolonialherrschaft die Bedingung für eine erfolgreiche künftige Asienpolitik der Vereinigten Staaten: der Westen könne höchstens noch die Ereignisse zu beeinflussen suchen[103]. Der Harvard-Professor Rupert Emerson spricht von den „calculated risks" in einer „exceedingly challenging situation"; kurzfristig möge eine Unterstützung der Kolonialmächte Vorteile bringen, denn die jungen unabhängigen Staaten werden politisch und wirtschaftlich schwach sein, Möglichkeiten für eine Intervention der Großmächte bieten und so den Frieden gefährden. Aber „there are new worlds in the making", und Amerika könne nicht anders, als sich darauf einstellen[104].

[101] Owen Lattimore, Solution in Asia, 1945, S. 104; dgl., The fight for democracy in Asia, in: Foreign Affairs 20 (1942), Juliheft.

[102] Lattimore, Solution . . ., S. 120.

[103] „We must take it as decided that the tutelage of the Western empires in Asia is coming to its predestined end. We cannot doubt that the thousand million people of China, India and of Islam will achieve an importance and a power they have not hitherto had in the modern world. But as the Western empires recede and before the newly independent states are well established, the peoples of Asia will almost certainly pass through a long inter-regnum. It will be a time of troubles"; US war aims, 1944, S. 94f.

[104] American Policy toward pacific Dependencies; in: Pacific Affairs 20 (1947), S. 259—275.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VI

Mit dem Tode Roosevelts und der Schaffung der Vereinten Nationen verliert die Kolonialfrage vorübergehend ihre akute Bedeutung in der amerikanischen Außenpolitik. In Potsdam ist nur von den italienischen Kolonien die Rede; es gelingt dank der energischen Haltung Großbritanniens, freilich mit amerikanischer Unterstützung, eine Treuhänderschaft Rußlands für Tripolitanien zu verhindern: die Fronten des Kalten Krieges zeichnen sich ab. Im übrigen stehen Osteuropa und Deutschland, Japan und China, nicht aber die Kolonialbereiche zur Diskussion.

Das „Problem des britischen Empire", das Roosevelt so sehr beschäftigt hatte, erledigt sich von selbst, da die Labourregierung die Entkolonisierung in Asien schneller und gründlicher vorantreibt, als es die amerikanische Regierung je erwartet oder gar gefordert hätte. Afrika aber ist noch nicht „aktuell" und rückt erst in den 50er Jahren ins Blickfeld politischer Planung. Die von Roosevelt angebahnte Indochina-Politik wird vorerst – scheinbar ohne klare Richtlinien – weitergeführt. Amerikaner nehmen nach der japanischen Kapitulation und der Proklamation der Republik Viet-Nam Verbindung mit Ho Chi-Minh auf, decken den Einmarsch chinesischer Truppen und erschweren die Rückkehr Frankreichs nach Tongking – ohne jedoch, wie es dem Antikolonialismus Roosevelts eigentlich entsprochen hätte, offen für den Viet Minh einzutreten; hingegen suchen sie sich jeder Identifizierung mit der Kolonialmacht zu entziehen und sympathisieren mit der nationalistisch-revolutionären Bewegung[105]. Indonesien gehört 1945 zum Southeast Asia Commando Lord Mountbattens; Amerika kann sich vorerst zurückhalten und spielt bis Ende 1948 in der UNO-Auseinandersetzung zwischen Holland und der indonesischen Republik eine vermittelnde Rolle; erst nach der zweiten „Polizeiaktion", 1949, beziehen die USA eindeutig gegen die Kolonialmacht Holland Stellung, im Protest gegen das holländische Vorgehen, aber auch im Hinblick auf die möglichen Rückwirkungen in Asien: Amerika will die Sympathie der Asiaten gewinnen und nicht die Indonesier in die Arme der Russen treiben[106]. Im Trusteeship-Council wenden sich die Vereinigten Staaten oft gegen die europäischen Kolonialmächte und stimmen mit dem antikolonialen Block; hier kann die antikoloniale Haltung und die Sympathie mit den „backward areas of Asia and Africa" am leichtesten demonstriert werden[107]. Der Erfolg ist nur bedingt. Während Frankreich und Holland den angeblich sturen Antikolonialismus Amerikas für den Verlust ihrer asiatischen Positionen verantwortlich machen, sehen Indien, Pakistan, Burma u. a. im amerikanischen Zögern und in den Vermittlungsvorschlägen Parteilichkeit zugunsten der Kolonialmächte und werfen den Vereinigten Staaten einen „Verrat" an dem bisher so laut

[105] Bernard B. Fall, a. a. O. (Anm. 71); Ellen Hammer, The struggle for Indochina, 1954.

[106] Alastair Taylor, Indonesian Independence and the United Nations, 1960, S. 389–400.

[107] Francis B. Saye (USA-Vertreter im Trusteeship-Council 1947–52, früherer Assistent Secretary of State und US-Hochkommissar in den Philippinen), The quest of independence, in: Foreign Affairs 30 (1952), Juliheft. Selbst ohne die Sowjets müßte das Problem gemeistert werden. Er sieht dabei die Gefahren: kommunistische Infiltration, Machtverlagerung in der UNO, die Armut der neuen unabhängigen Staaten.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verkündeten Selbstbestimmungsrecht vor; in Amerika selbst findet diese Kritik Zustimmung[108].

Mit dem „Kalten Krieg" in Europa und dem Sieg Maos in China verschärft sich das Dilemma der amerikanischen Außenpolitik zwischen Ost und West. Ist man einerseits noch mehr als bisher an Sympathien in Asien interessiert und beginnt man, die dortigen Positionen durch ein Paktsystem und durch die Errichtung von Stützpunkten auszubauen, so verlangt andererseits die Entwicklung des atlantischen Verteidigungssystems eine noch stärkere Berücksichtigung der Interessen und Forderungen der europäischen Kolonialmächte, die nun Allianzpartner der USA werden und die Abwehrfront gegen Sowjetrußland bilden. Und so sehr Washington geneigt ist, Asien eine entscheidende Rolle in seiner weltpolitischen Orientierung beizumessen, so bleiben oder werden doch die europäischen Partner – wie der assistierende Unterstaatssekretär Byroade im November 1953 klar bestätigt – „for many years to come, the major source of free world defensive power outside our own. We cannot blindly disregard their side of the colonial question without injury to our own security."[109] Das amerikanische Interesse an Luft- und Flottenbasen (Westindien, Marokko, Mittelmeer, Naher Osten) und an möglichst freien Zugängen zu den strategischen Rohstoffen (Malaya, Naher Osten, Kongo, Süd-Afrika) ergibt ohnehin eine – selten ausgesprochene, in der Planung Washingtons aber offensichtlich wirksame – Annäherung an die Kolonialmächte; mindestens kurzfristig werden diese konkreten amerikanischen Interessen von den Kolonialmächten besser berücksichtigt als von den jungen und unstabilen nicht-westlichen Staaten, die sich durch neutralistische Politik dem Kalten Kriege zu entziehen suchen und unter Umständen russischem Druck nachgeben könnten. Dieser Zwiespalt, der Amerika zur Überprüfung und Neu-Formulierung seines „national interests" nötigt, erscheint durch einen weiteren Aspekt noch komplizierter: Wie soll sich Amerika verhalten, wenn die koloniale Emanzipationsbewegungen nicht nur nationalistisch-antiwestlichen, sondern eindeutig kommunistischen Charakter tragen oder annehmen und wenn der kommunistische Block ihnen diplomatische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung gewährt? Soll und kann man den Dingen ihren Lauf lassen, oder zwingt die Notwendigkeit einer globalen amerikanischen Verteidigung im Zeichen des „containment" zu einer Politik, die schließlich zur Intervention auf Seiten der Kolonialmächte führt? Soll Amerika – dahin wird argumentiert – im Moment, da es für die Beseitigung des europäischen Kolonialsystems eintritt, der Aggression eines kommunistischen Kolonialismus untätig zusehen?

[108] Z. B. Harold R. Isaaks, A policy for the US, in: South Asia in the world today, hrsg. v. Ph. Talbot, 1950.

[109] The World's Colonies and Ex-Colonies: a Challenge to America, Dep. of State Bulletin, 16. 11. 1953, Bd. 29: „Let us be frank in recognizing our stake in the strength and stability of certain European nations which exercise influence in the dependent areas. These European nations are our allies ... A sudden break in economic relations might seriously injure the European economies upon which our Atlantic defense system depends and at the same time prove equally injurious to the dependent territories themselves", S. 656.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Konflikt und die Ambivalenz der amerikanischen Haltung zeigen sich vor allem in Indochina. Bis Korea bleibt der Indochinakrieg für die Amerikaner mehr oder weniger ein Kolonialkrieg, mit dem sich die USA nicht identifizieren möchten; direkte Waffenhilfe leisten sie zurückhaltend. Mit Korea aber wird der Kolonialkrieg zum Befreiungskrieg; jedenfalls ist nun auch die Sicherheit des Westens unmittelbar tangiert und Washington bleibt nichts anderes übrig als eine Umstellung. Während man sich finanziell und indirekt auch militärisch engagiert, legt man jedoch gleichzeitig Frankreich nahe, der Regierung Bao-Dai selfgovernment und schließlich die Unabhängigkeit zu gewähren. An Ho Chi Minhs Stelle tritt gewissermaßen das prowestliche Süd-Viet-Nam; ein eigenartiger, aber symptomatischer Frontwechsel, der die Vereinigten Staaten schrittweise in die Position der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich einrücken läßt! In den offiziellen Verlautbarungen Trumans, Dulles und Eisenhowers wird weiterhin die amerikanische Sympathie für die Unabhängigkeitsbewegungen in den Kolonien zum Ausdruck gebracht; stufenweise Beendigung des Kolonialismus und die Gewährung von Selbstbestimmung sei und bleibe Ziel der amerikanischen Politik[110]. Die Verlautbarungen werden aber zurückhaltender, vorsichtiger und, wenn man will, „realistischer". Es ist kein Zufall, daß nun etwa der Begriff der Selbstbestimmung kritisch analysiert wird[111], oder Commonwealth und Communauté als Lösungen der Dekolonisation lobend erwähnt werden. Vor allem weist man nun auf die Gefährlichkeit einer zu frühen Unabhängigkeit hin und rückt die Bedeutung des „timing" in den Vordergrund: bestimmte Voraussetzungen müssen erfüllt sein, bevor die Gewährung von Unabhängigkeit sinnvoll erscheint und amerikanische Unterstützung verdient. So erklärt Dulles im Juni 1954: „When we exercise restraint it is because of a reasoned conviction that quick action would not, in fact, produce true independence. Indeed, in some situations hasty action would be the transition to a captivity far worse than the present dependency."[112] Noch deutlicher der assistierende Staatssekretär Morton: „The question of timing in the transition from colonialism to self-government or independence is of the utmost importance and delicacy. At the time when international communism is trying to take over all weak governments, we have to be sure that the transition . . . takes place under such circumstances that truly free institutions will be maintained."[113] Dies bedeutet aber, daß sich Washington vorbehält, darüber zu entscheiden, ob im konkreten Falle die

[110] Dulles: „There is no slightest wavering in our conviction that the orderly transition from colonial to self-governing status should be carried resolutely to a completion", Dep. of State Bulletin, Bd. 29, Nov. 1953, S. 743. Eisenhower: Dep. of State Bulletin, 4. July 1955, S. 3.

[111] Z. B. Deputy Under-Secretary of State Murphy, The principle of Self-Determination in International Relations, 12. Nov. 1955, Dep. of State Bulletin Bd. 33, S. 857, 889 f. Clyde Eagleton, Excesses of Self-Determination, in: Foreign Affairs 31 (1953), Juliheft. Man vgl. auch das repräsentative Werk The Idea of Colonialism, hrsg. v. R. Strausz-Hupé u. H. W. Hazard, 1958.

[112] Zit. bei John Kerry King, Southeast Asia in Perspective, 1956, S. 248.

[113] Zit. bei William Henderson (Stab des Council of Foreign Relations), US policy and Colonialism, Proceedings of the Academy of Political Sciences 20 (Mai 1947), S. 60.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zeit für Unabhängigkeit gekommen ist und „truly free institutions", also westlich orientierte Regierungen, gewährleistet sind! Damit ist der bisherige Antikolonialismus und das bereitwillige Eintreten für Emanzipationsbewegungen revidiert und Raum geschaffen für eine amerikanische Politik, die ihren Standpunkt in der Kolonialfrage von der Entwicklung des Kalten Krieges abhängen läßt.

Das sich hieraus ergebende doppelte Dilemma zwingt Amerika zu einer offensichtlich ambivalenten Politik, nicht nur in Indochina. So deckt z. B. Dulles Portugal in seinem Anspruch auf Goa offenbar mit Blick auf die amerikanischen Stützpunkte auf den Azoren. In der Nordafrikafrage drängen die Vereinigten Staaten Frankreich zu Konzessionen an Marokko und Tunesien, besitzen aber selbst strategische Basen in Marokko und treten zu Zeiten energisch gegen den antikolonialen Block auf. Ein ähnlicher Druck wird im Algerienkonflikt ausgeübt, ohne daß sich aber die USA entschließen können, in der UNO offen gegen Frankreich Stellung zu beziehen. Ein „Glück" für Amerika, daß Frankreich ab 1956 gegenüber dem schwarzen Afrika einen liberalen Kurs einschlägt und General de Gaulle hier und in der Algerienfrage die Entkolonisierung energisch vorantreibt, Washington also nicht zur Entscheidung für oder wider Frankreich aufgerufen wird! Dahingestellt bleibe, ob diese zweigleisige Politik in sich widersprüchlich war oder im Gegenteil, wie ein amerikanischer Autor nachzuweisen versucht, einer konsequenten Politik des „enlightened self-interest" entsprochen hat[114]. Jedenfalls wirkte sie verwirrend und hat bei den europäischen Allianzpartnern wie in der nicht-europäischen Welt Anstoß erregt. Es wiederholt sich hier das Dilemma, vor das sich Amerika gestellt sah und dem es nicht ausweichen konnte. In den letzten Jahren sind Vermittlungsversuche (West-Neuguinea) oder auch die Unterstützung einer UNO-Aktion (Kongo) in Verbindung mit diplomatischer Einflußnahme auf die betreffenden Kolonialmächte erfolgreich gewesen; sie können aber nicht als Ausweg aus der Schwierigkeit interpretiert werden und waren nur möglich, weil die Dekolonisation in die Endphase eingetreten ist und der Mißmut der betroffenen Allianzpartner – aber auch Englands und Frankreichs – in Kauf genommen werden konnte. Ein Gleiches gilt wohl auch für die portugiesischen Kolonien.

VII

Selbstverständlich ist die amerikanische Einstellung in der Kolonialfrage kritisiert worden. Zumeist wurde eine neue Akzentuierung des ursprünglichen Antikolonialismus postuliert als die den amerikanischen Idealen und Prinzipien allein angemessene

[114] Robert C. Good, The US and the Colonial Debates, in: Alliance Policy in the Cold War, hrsg. v. A. Wolfers, 1959, S. 238ff. „The demands of defense" erklärten diese so widerspruchsvolle Politik. „We have not asked, are we for colonialism in this particular case, or against it? Rather, as each controversal colonial issue arose, we have asked ourselves, what must be done to sustain the collective defense of the noncommunist world?", S. 263. Vielleicht kann man einschränkend sagen, die USA sind bereit und willens, ihre antikoloniale Haltung zur Geltung zu bringen, solange nicht konkrete eigene strategische Interessen und die westlich-antikommunistische Front als solche gefährdet sind.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Haltung und auch als realpolitisch richtige Antwort auf die kommunistisch-antikoloniale Herausforderung[115]. Konkret werden etwa folgende Vorschläge gemacht: Das amerikanische Eintreten für koloniale Emanzipation müsse von neuem klar und eindeutig proklamiert werden; kritischen Einwänden der Kolonialmächte müßten die USA geduldig und taktvoll begegnen, ohne sich aber Konzessionen entreißen zu lassen; Verzicht auf die von Dulles vertretene Politik, asiatische und afrikanische Staaten in ein militärisches Paktsystem einbauen zu wollen, und volle Akzeptierung des Neutralismus; weniger militärische, dafür mehr wirtschaftliche und technische Hilfe; Festsetzung von „time tables" für die Emanzipation; vermehrtes Einschalten der UNO bei der Lösung von kolonialen Konflikten – letzteres wird sogar vom „Realisten" Hans Morgenthau als Ausweg aus dem Dilemma empfohlen. Die Kennedy-Verwaltung schien in der Richtung dieser Kritiken und Vorschläge zu verfahren, konnte dies aber nur tun, weil die großen Fragen bereits „gelöst" waren und im asiatisch-afrikanischen Bereiche inzwischen neue Probleme und Konflikte – chinesische Agression in Indien und Spannungen zwischen nun unabhängig gewordenen Staaten – in den Vordergrund gerückt waren.

Ist Amerikas Antikolonialismus, wie er von Wilson vertreten, von Franklin D. Roosevelt als Kriegsziel proklamiert wird und wie er in der Nachkriegszeit ein zentrales Problem in Washingtons Außenpolitik bildet, erfolgreich gewesen? Historiker und Publizisten der Kolonialmächte mögen versucht sein, nur seine Unzulänglichkeiten und seine Fehlleistungen zu sehen. Ähnlich wie die Deutschen nach 1919 die angebliche Heuchelei Wilsons anprangerten und im Versailler Mandatsystem nur den fragwürdigen Versuch erblickten, mittels schöner Phrasen Deutschland seiner Kolonien zu berauben, suchen heute viele Europäer die Vereinigten Staaten für den nach 1945 erfolgten Verlust ihrer außer-europäischen Herrschaftspositionen verantwortlich zu machen; erstaunlich, zu welch haßerfüllten Äußerungen sich Politiker und Publizisten hinreißen ließen. Gewiß war der amerikanische Antikolonialismus nicht frei von Naivität und Hypokrisie; man sprach wenig von den eigenen Kolonien, man lobte überschwenglich eigene Leistungen – bei gleichzeitiger vorschneller und ungerechter Verurteilung des europäischen Kolonialismus. Allein hat Amerika nicht doch die in Bewegung geratenen Kräfte im asiatisch-afrikanischen Raum rechtzeitig – früher als Europa – erkannt und in seine globale Außenpolitik einzubauen versucht? Manches war vorerst unreflektiert und basierte

[115] Einige Aufsätze können nur gerade genannt werden: Francis B. Saye, The quest of Independence, Foreign Affairs 30 (1952), Julih.; Cornelis W. de Kieweit (Präsident der Universität Rochester), African dilemmas, in: Foreign Affairs 33 (1954/55), S. 445–457. William Henderson, a. a. O.; Chester Bowles, Ideas, people and peace, Kap. 15, A fresh approach to colonialism, 1958. George W. Shepherd, The conflict of interest in American Policy in Africa, in: Western Political Quarterly 12 (1959). Hans Morgenthau, US policy toward Africa, in: Africa in the Modern World, hrsg. v. Calvin W. Stillman, 1955. Kritik an Bowles und Shepherd bei Peter Dingan und Lewis Gann, A different view of US Policy in Africa, in: Western Political Quarterly, 13 (1960). Aus der Kennan-Schule eine „realistische" Stellungnahme schon früher: Philip W. Bell, Colonialism as a problem in American Foreign Policy, in: World Politics 5 (1952/53), S. 1.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf oft unklaren Vorstellungen einer neuen Weltordnung, die der konkreten Machtkonstellation und den wirtschaftlichen Problemen nicht gerecht wurden. War es aber politisch nicht „richtig", den sich in der Zwischenkriegszeit ankündigenden und durch den Zweiten Weltkrieg ungemein beschleunigten Entkolonisierungsprozeß in Rechnung zu stellen, den Emanzipationsbewegungen Verständnis entgegenzubringen und den neuen Staaten Unterstützung zuzusichern? Unbestreitbar ist die amerikanische Politik oft schwankend, unklar und wenig konsequent gewesen und hat weder die eine noch die andere Seite befriedigt; aber war im Dilemma, mit dem sich Amerika konfrontiert sah, das bereits Wilson zu Konzessionen an seine Allianzpartner gezwungen hatte und das von Cordell Hull klar formuliert worden ist, war in der so ungemein komplizierten Situation des Kalten Krieges eine geradlinige und konsequente Politik, die den Aufbau eines atlantischen Verteidigungssystems und gleichzeitig die Erhaltung amerikanischer Positionen im asiatisch-afrikanischen Bereich erlaubt hätte, überhaupt möglich? Indem die Vereinigten Staaten mit den asiatisch-afrikanischen Emanzipationsbewegungen offen sympathisierten, konnte vermieden werden, daß der Westen als ein geschlossener Block von kolonialen Mächten erschien und auf dem Weg zur Unabhängigkeit Unterstützung nur vom Osten gewährt wurde. Offenbar hat der amerikanische Antikolonialismus, der in Europa so gern als kurzsichtig-naiv oder dann als wirtschaftlich-egoistisch beurteilt wird, wesentlich zur Beschleunigung der nicht mehr vermeidbaren Dekolonisation beigetragen und mitgeholfen, dem Westen nicht allzu ungünstige Ausgangspositionen für die nachkoloniale Ära zu verschaffen.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WILHELM ALFF

DIE ASSOCIAZIONE NAZIONALISTA ITALIANA VON 1910*

Als aufmerksamer Beobachter und wie in Übereinstimmung mit einem künftigen Zeitgeist stellte Jacques Bainville im Jahre 1915 den Irrtum derer fest, die den „exzentrischen" und „kuriosen" Nationalismus des Vorkriegsitaliens für unbedeutend gehalten hatten. Man hätte, so sagte er, in ihm wenigstens ein Symptom erblicken müssen. „Sans aller jusquà soutenir", so fährt er fort, „que le paradoxe est seul fécond et qu'il représente toujours la vérité du lendemain . . ., il faut se garder de n'accorder d'attention qu'aux idées reçues".[1] Was Bainville, der seit seiner Jugend der „Action Française" angehörte, für ein „bürgerliches Vorurteil" hielt, daß man nämlich nur den breiten Strom der Ideen beachte, ohne den Sonderformen des Geistes seine Aufmerksamkeit zu widmen, darf heute als überwunden gelten; wir haben den Faschismus und die an ihn anknüpfenden Bewegungen ernst zu nehmen gelernt; und der seit der Jahrhundertwende sich formierende neue Nationalismus Italiens, der in den Faschismus einmünden sollte, erscheint uns Heutigen keineswegs mehr so paradox, nachdem des letzteren Geschichte abgeschlossen hinter uns liegt. Aber es gehört wesentlich zum Verständnis dieses neuen Nationalismus, daß man sich vergegenwärtigt, wie wenig selbstverständlich er in seinen Anfängen den Zeitgenossen erscheinen mußte. Er erschien ihnen wie eine Krankheit, die, indem sie den Unvorbereiteten überfällt, für diesen ihr Unbegreifliches hat. Eine an stetigen Fortschritt, an parlamentarische Demokratie geradezu gewöhnte Öffentlichkeit mußte den Nationalismus so empfinden, wie Jacques Bainville es beschrieben hat.

Enrico Corradini[2] war der erste, der Italien die Ideen eines neuen Nationalismus verkündet hat. In der Tat war er etwas Neues in der Welt der politischen Ideen, und es tat sich sogleich sein Widerspruch zu den bisherigen und allgemein geltenden Auffassungen vom Menschen selber auf. Im Grunde handelte es sich um eine Auffassung vom Menschen, die die Individuen einem groß angelegten Geschichtsbild unterordnete, in welchem weder der auf die Erfüllung der Gebote und die Rettung seiner Seele bedachte Mensch noch die wirtschaftenden und um ihren Vorteil besorgten Individuen, weder die in der Befolgung häuslicher und bürgerlicher Pflich-

* Eine umfassendere Abhandlung des Themas in Buchform ist vorgesehen. – Der Aufsatz von Raffaele Molinelli, Per una storia del nazionalismo italiano, in: Rassegna storica del Risorgimento, 50 (1963), S. 391–406, wurde dem Verfasser erst nach Abschluß der vorliegenden Arbeit bekannt.

[1] La Guerre et l'Italie, Paris 1916, S. 128f. Bainville braucht nicht einmal die Stimme zu heben, um den Politikern, die sich sicher wähnen, zu drohen. Er sagt von den Nationalisten Italiens: „Bien loin du pouvoir, bien loin des ministères, bien loin des centres de la vie de l'État, quelques jeunes hommes qui méditent, que les mêmes idees rassemblent, qui les discutent, les élaborent en commun, préparent, dans leur obscurité dédaignée, un renouvellement de la face des choses."

[2] Der 1865 in Samminiatello geborene Toskaner, Abgeordneter seit 1913, zum Senator ernannt im März 1923, von Oktober 1928 an Staatsminister, starb am 10. XII. 1931.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten aufgehende Person noch die in gesellschaftlichen Klassen verbundenen Menschen einen Platz hatten. Vielmehr zeigte dieses Geschichtsbild einzig die Nationen, und sie erschienen in ihm als Kollektive, die so wenig zu analysieren wie einem Zusammenhang einzuordnen sind. In weiterer Einschränkung ging es dem Geschichtsbild des italienischen Nationalismus nicht um die Nationen schlechthin, sondern nur um die entwickeltesten von ihnen, die zu imperialer Politik berufen schienen, und unter ihnen war die italienische die letzte und schwächste.

Die Niederlage von Adua im März 1896 war ungerächt und im italienischen Volk wie in der Regierung des Landes war eine der Realität angemessene Zustimmung für den Frieden wirksam geblieben. Die Auflehnung gegen die bestehenden Verhältnisse, denen ungeachtet der großen Streiks die Opposition der Sozialisten durchaus zugehörte, blieb auf verschwindend geringe Kreise beschränkt. Ohne diese Auflehnung, die einem eher empfindsamen Ungenügen mit dem Bestehenden, dem heftig verspürten Gegensatz zu einer als würdelos, als häßlich, als bar jeder moralischen Schönheit empfundenen Wirklichkeit entsprach – ohne diese im Grunde ästhetische Auflehnung, die sich nicht zu Unrecht auf Nietzsche berufen konnte, ist der neue Nationalismus Italiens nicht zu verstehen. Diese seine „ästhetische" Seite erklärt, daß er die Sache einer wie auch immer zu charakterisierenden „Elite"[3] war; sie erklärt seine Vehemenz, seine Anmaßung, seine verbale Übertreibung. Daß seine Verkünder schließlich Gehör fanden, daß sie kein Zirkel blieben, sondern Macht gewannen und im Regime des Faschismus die ausschließliche Macht[4], dies wiederum fordert den Versuch heraus, ihn aus dem Zustand der Gesellschaft und der vorherrschenden Richtung ihrer Bewegung zu erklären.

Der neue Nationalismus hat die im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts vorherrschende Entwicklungsrichtung nicht unglücklich als „reformistisch" gekennzeichnet – eine Strömung, in der sich ein in absehbarer Zeit zur Mitarbeit an der Regierung bereitwilliger Sozialismus mit dem Fortschrittsbewußtsein eines maßvollen und seiner Macht wie Ohnmacht hinreichend bewußten Bürgertums zusammenfand. Eine wachsende Zahl von zunächst Vereinzelten begann mit zunehmender Lautstärke verächtlich von der „positivistischen Demokratie" zu sprechen. Roms Macht im Altertum wurde zum beschworenen Gegenbild. Im Jahre 1902 berief sich Corradini, bezeichnenderweise in einem Drama, auf den Genius Caesars. Neben das antike Rom trat das Italien der Renaissance, der Glanz seiner Stadtstaaten im hohen Mittelalter, traten seine Condottieri und Seefahrer. War man gegen die Moderne, so konnte man es kaum im Sinne eines politischen Konservativismus sein[5].

[3] Der prinzipielle Widerspruch gegen den herrschenden „Positivismus" war im ersten Dezennium des Jahrhunderts eine Angelegenheit wechselnder literarischer Zirkel, die sich um Zeitschriften scharten, „Leonardo", „Il Regno", „Hermes", „La Voce", später „Lacerba".

[4] „Se il fascismo ha una dottrina coerente, si deve al fatto che i fascisti acquistarono all' ingrosso la dottrina nazionalista"; Gaetano Salvemini, Lezioni di Harvard: L'Italia del 1919 al 1929, S. 358. Die Vorlesungen wurden in den Jahren nach 1934 gehalten. Sie liegen jetzt in den von Roberto Vivarelli besorgten Scritti sul fascismo, Bd. I., Mailand 1961, vor.

[5] Dem entspricht, daß die Nationalisten Italiens die „purezza" ihres Nationalgefühls beschworen. Scipio Sighele handelt davon in bezug auf den französischen Nationalismus, der sich

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In Italien bot sich dem Einspruch gegen die Moderne sogleich nichts anderes denn das verhängnisvolle Trugbild des Römischen Reiches als Folie dar. In bemerkenswerter Weise blieb demgegenüber die Erinnerung an das Italien des Risorgimento zurück. Die Heimholung der Irredenta schien ein allzu bescheidenes Ziel unter den Bedingungen eines weltweiten Wettbewerbs. Dem letztlich mit den Rechten der Individuen begründeten Nationalstaatsgedanken war der neue Nationalismus entfremdet. Italien, obwohl Königreich, war in seiner Gründung selber modern. Das Italien des Nationalismus konnte nur das einer imperialen Zukunft sein.

In verschiedenen und einander entgegengesetzten Richtungen fand der neue Nationalismus seinen Ausdruck. Die Futuristen, die die Knechtschaft der Vergangenheit abschütteln, Museen und Bibliotheken verbrennen wollten und mit ihrer lärmenden Propaganda den wachsenden Triumph der Maschinen feierten, waren ebenso nationalistisch gesinnt wie der von ihnen verachtete Gabriele D'Annunzio, der in der Dichtung die heroische Tradition Italiens rühmte. Die Futuristen beriefen sich nicht auf Nietzsche, sie haßten ihn vielmehr als eine Verkörperung deutscher Philosophie. Aber sie sehnten den Krieg herbei mit der gleichen Leidenschaft, die sich, bei Francesco Coppola beispielsweise, auf Nietzsche, Gobineau, Maurras und Kipling berief. Gerade die ideologische Verschiedenheit, die im Gegensatz von D'Annunzio und den Futuristen am ausgesprochensten in Erscheinung tritt, weist auf eine gemeinsame Voraussetzung des italienischen Nationalismus hin.

Diese Voraussetzung konnte in der Geschichte des Risorgimento nicht gefunden werden. Nicht einmal Mazzinis „Rom des Volkes" ließ sich dafür benutzen; denn dieser glühende Patriot der einigen Republik des Volkes hat niemals die Idee des Menschengeschlechts aus dem Bewußtsein verloren, und das Vaterland blieb für ihn die Durchgangsstufe zur Menschheit. In Frankreich hatte die Revolution von 1789 früher und nachhaltiger die reaktionäre Ideenwelt des Überdrusses und der Verzweiflung provoziert[6], während Italien noch seine ganze Hoffnung auf den Sieg der Prinzipien jener Revolution zu gründen hatte. Mit ihrer Hilfe galt es, die Einheit der Nation und die Befreiung von der Fremdherrschaft zu erringen. Das gestaltende Prinzip des Risorgimento hatte die italienische Nation zum Verbündeten einer Befreiung auch der balkanischen Nationen gemacht; Österreich wie die Türkei blieben der Gegner. Der Dreibund ließ das Land in der Außenpolitik seine Geburtsurkunde verleugnen. Erst mit der Annäherung an das demokratische Frankreich bahnte sich die Übereinstimmung von äußerer und innerer Politik an. Im Inneren jedoch war ein Gegensatz zur vorherrschenden Politik, die auf die weitere Demokratisierung hinauslief, aus einheimischer Tradition nicht zu begründen. Der Nationalismus wurde ins Leben gerufen von Italienern, die das fremde

mit der „rückschrittlichen, klerikalen, antisemitischen, legitimistischen" Parteiung eingelassen habe. Pagine Nazionaliste, Mailand 1910, S. 238.

[6] Es ist das Verdienst Ernst Noltes, in seinem Buch: Der Faschismus in seiner Epoche, München 1965, die frühe Herausarbeitung der reaktionären Ideen, die dem Faschismus der „Action Française" Nahrung gaben, gerade in Frankreich darzustellen.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beispiel faszinierte. Die imperialen Erfolge Englands und Frankreichs wie auch der Vereinigten Staaten von 1898 sollten das nationale Vorbild abgeben. Nichts daran war italienisch.

Die Bezeichnung Nationalismus taucht zum ersten Mal mit der Gründung der Zeitschrift „Il Regno" am 7. November 1903 auf. In deren Programm heißt es, daß sie eine Stimme unter allen jenen sein wolle, die sich der „Niedrigkeit der gegenwärtigen Stunde" schämen. An erster Stelle wird die Gegnerschaft zum „ignobile socialismo" genannt. Bald fordert Giovanni Papini, daß das Bürgertum aufstehe, die demokratische Mentalität bekämpft, die Autorität wiederhergestellt werde. Er ruft diejenigen auf, die sich „nicht berauben und begraben lassen wollen von plebejischer Gewalt und demagogischer Angeberei", ebenso wie diejenigen, welche für ein „großes", ein „intensives und heroisches Leben" sind[7]. Die Zeitschrift stellt gut ein Jahr später, Anfang 1905, ihr Erscheinen ein, und eine Gruppe mit Giovanni Papini, Giuseppe Prezzolini und anderen trennt sich von ihrer Herausgeberschaft, um im Jahre 1908 die Zeitschrift „La Voce"[8] zu gründen. Giuseppe Prezzolini hat im Altersrückblick vom „desiderio di azione insistente" und der „insoddisfazione per il proprio paese" aller dieser jungen Geister gesprochen. Er, der Skeptiker und Fatalist, sagt von ihnen, sie seien selbstlos und „entsetzlich intellektuell" gewesen, und ihr Träumen habe in der Tragödie des Ersten Weltkrieges geendet; mit „donquichoteskem" Blick hätten sie die Welt angesehen[9]. Das ästhetische Element der Gegenbürgerlichkeit konnte auch wieder sich aussondern und von der Politik sich abheben, wofür der spätere Futurismus der Zeitschrift „Lacerba", auch der Individualismus De Robertis in der späteren Redaktion von „La Voce" – Prezzolini hatte im November 1914 die Redaktion abgegeben – kennzeichnend sind. Auf der anderen Seite sollte das politische Element sich gleichfalls organisieren. Enrico Corradini, einst Mitherausgeber des „Regno", wurde zum Vorkämpfer der Hauptrichtung des italienischen Nationalismus. Dieser fand seine Form mit der Gründung der „Associazione Nazionalista Italiana" im Dezember 1910. Sie hatte eine Lebensdauer von etwas mehr als zwölf Jahren bis zu ihrer Fusion mit dem Partito Nazionale Fascista im Februar 1923[10].

Im August 1910 waren die Einladungen zu dem Kongreß ergangen, aus dem die Nationalistische Vereinigung hervorgehen sollte. Die nationalistischen Forderungen waren in der Einladung noch recht allgemein gehalten, so daß diese einen verhältnismäßig großen Kreis ansprechen konnte. In innenpolitischer Hinsicht wurde die Stärkung der Souveränität des Staates betont, für die Außenpolitik die Ausweitung

[7] Zitiert nach A. William Salomone, L'età giolittiana, Turin 1949, S. 160.

[8] Ihre Mitarbeiter waren so unterschiedliche Autoren wie Amendola, Croce, Forges-Davanzati, Federzoni, Gentile, Oriani, Papini, Salvemini. Auch Romain Rolland, Karl Vossler und Robert Michels sind im „Manifesto della Voce" genannt. Der Faschismus wie der Antifaschismus seien aus dieser Zeitschrift hervorgegangen, ist später behauptet worden.

[9] In der Einführung zu Il tempo della Voce, Mailand–Florenz 1960, S. 15 u. 21 f.

[10] Die Gründung der Vereinigung erfolgte im selben Jahre, in welchem in Mailand die erste futuristische Soirée stattfand, nachdem das erste Manifest Marinettis am 20. 2. 1909 im „Figaro" veröffentlicht worden war.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Handels, die Verbreitung der Kultur Italiens und eine festere Kolonialpolitik gefordert. Das hätte sich auch innerhalb des herkömmlichen liberalen Rahmens erstreben lassen und entbehrte noch des besonderen nationalistischen Akzents. Selbst von der Irredenta war nur beiläufig die Rede, obgleich Scipio Sighele dem Kongreß eine glühende Verteidigung der Italianität von Trento und Triest vortragen sollte.

In der Sala dei Dugento des Palazzo Vecchio zu Florenz wurde der Kongreß am 3. Dezember 1910 eröffnet. Es wäre ungerecht, wollte man den Initiatoren nachsagen, sie hätten in ihren Reden und Diskussionsbeiträgen bloß einer leeren Rhetorik gehuldigt. Es läßt sich vielmehr gleich auf diesem Kongreß die merkwürdige Polarisierung des sprachlichen Ausdrucks in hohes Pathos (zum Beispiel in der für das Unterrichtswesen eingebrachten Resolution) und in eine Antirhetorik beobachten, die der neue Nationalismus, sehr früh insbesondere Papini, längst an den Tag gelegt hatte. Im Referat Giulio de Frenzis[11] über die Bündnispolitik weiß der abstrakte Wille zur Macht der Nation sich sehr wohl zu konkretisieren, wenn es darum geht, daß Italien mit dem Imperialismus der Großmächte gleichziehen soll. Das Rechnen mit der phrasenlosen Tatsache in Wirtschaft und Technik war überhaupt für den Nationalismus Italiens, ungeachtet der vehementen Auslassungen gegen den „Positivismus", bezeichnend – nur daß sich über die Fakten dann stets wieder eine enthusiastische Redekunst breitete, welche die Realität vergessen macht. Beides befand sich, wie übrigens fast die ganze Ära des Faschismus hindurch, unvermittelt beieinander.

Die im Nationalismus wirksame Tendenz, den einzelnen Menschen zu übergehen, trat sogleich in der Begrüßungsrede Enrico Corradinis in Erscheinung: „Wir sind hier um ein Werk der Eintracht zu tun. Was sind wir alle heute? Einige voneinander getrennte Personen. Was wollen wir in drei Tagen sein? Eine einzige Person mit einer klaren Idee, klar bestimmten Absichten, eine Kraft, um sie ins Werk zu setzen."[12] Was aus diesem Saal hervorgehen sollte, war in nuce bereits die totalitäre Wirklichkeit. Denn das war das kennzeichnende Neue dieser Bewegung, daß sie nicht mehr naiv die menschliche Person übersah, nicht mehr unbewußt und gleichsam vergeßlich dem einzelnen Menschen gegenübertrat, wie es für ältere Formen der Herrschaft vielfach kennzeichnend ist, sondern mit dem bewußten Ziel, die Individuen in der Nation aufgehen zu lassen. Schon in der ersten Stunde war es deutlich, daß der neue Nationalismus in seinem Wesen Reaktion war, Gegenbewegung nämlich gegen alles, was der politische Gedanke der Moderne proklamiert

[11] Pseudonym für Luigi Federzoni, geboren 1878. Mit dem Nationalisten Giovanni Giuriati war er bereits im ersten Kabinett Mussolini Minister (für die Kolonien). Nach der Ermordung Matteottis trat Mussolini das Innenministerium an ihn ab. Zusammen mit Alfredo Rocco war er nach dem 3. Januar 1925 Verfasser der sogenannten „Leggi fascistissime", die Italien zum totalitären Staat umgestalteten. 1926 schied er aus dem Ministerium aus. Er war Präsident der Accademia d'Italia. Im Jahre 1938 leistete er im Großen Rat des Faschismus mit Italo Balbo und Emilio de Bono den Rassegesetzen Widerstand. Mit Grandi und Bottai gehörte er zum gemäßigten Flügel der Faschisten.

[12] Il Nazionalismo Italiano. Atti del Congresso di Firenze, Florenz 1911, S. 14.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte: die Rechte der Individuen. Allerdings erwies sich die herzustellende „Einheit" – es läßt sich dafür kaum das eher archaische Wort Eintracht brauchen – selbst in der kleinen Gesellschaft der etwa dreihundert Geladenen als eine äußerst schwierige Sache. Es waren Leute gekommen, und nach dem Wortlaut der Einladung durften sie sich als geladen betrachten, die nichts anderes sein wollten als gute Italiener im Sinne der Traditionen des Risorgimento. Es waren, im Gefolge derselben Tradition, Anhänger eines bloßen Irredentismus gekommen. Es waren Republikaner anwesend, und für sie stand die Idee der Republik höher als eine erfolgversprechende Wirksamkeit des Königtums. Die Dante-Gesellschaft, der die Verbreitung italienischer Sprache und Kultur angelegen ist, distanzierte sich durch ihren anwesenden Vertreter von jeder Parteilichkeit. Zu einer regelrechten Auseinandersetzung mit den Republikanern, die dazu drängten, ließ man es erst gar nicht kommen; und es zeigte sich bei aller formalen Intelligenz der Organisatoren des Kongresses, daß es ihnen um Willensbildung ging und nicht um Diskussion.

Enrico Corradini hielt sein Referat unter dem lapidaren Titel: „Proletarische Klassen: Sozialismus, proletarische Nationen: Nationalismus"[13]. Er stellt die Italiener als ein Volk der Emigration dar, das Arbeitskraft exportiere und nicht Kapital. Er zitiert die „Stampa", die behauptete, das Leben Argentiniens stände im Augenblick still, würden alle italienischen Einwanderer nur eine Woche lang nicht arbeiten. Statt nach Mitteln zu forschen, wie die Italiener ihre schwierige Lage als Emigranten in Argentinien, Tunesien und anderswo verbessern könnten, faßt er ihre Bedrängnisse in Bausch und Bogen in eins, um nichts zu fordern als nationale Größe. „Was ist die italienische Arbeit in Argentinien? Alles. Was sind die Italiener? Nichts."[14] Von den wirklichen Menschen wird abgesehen; die Lage, in der sie sich befinden, ist nur der Anknüpfungspunkt für ein Programm nationaler Größe, in das sie eingebaut werden sollen – ebenso könnten sie geopfert werden.

Der Rede Corradinis lag als Tatsache die relative Armut Italiens an Bodenschätzen und Produktionsmitteln zugrunde. Italien war die kleinste und schwächste unter den Großmächten. Eben daher rührt die maßlose Übertreibung, deren der italienische Nationalismus fähig war – das Aufbegehren gegen die bestehenden Verhältnisse führte zu weit von ihnen weg. Beeindruckt vom relativen Elend der Gegenwart, deren große Schwierigkeiten nur durch noch größere Anstrengungen zu überwinden sind, wird der Betrachter der italienischen Schicksale vom Glanze Roms überwältigt. Dieser war von einer schmachvollen Fremdherrschaft abgelöst worden, und erst ein Halbjahrhundert zuvor, ja erst mit dem Abzug der Truppen Napoleons III. aus dem päpstlichen Rom, was Italien frei geworden. Indessen geht es nicht an, von einem „sentiment nationaliste italien" zu sprechen, das „von Petrarca zu Mussolini" führe, wie Maurice Vaussard dies schon im Titel seines Buches zum Ausdruck bringt[15]. Der neue Nationalismus Italiens hat keine Tradition. Was ihm dafür einsteht, ist durchaus lediglich Reminiszenz. Deshalb konnte der

[13] „Classi proletarie: socialismo, nazioni proletarie: nazionalismo."

[14] A. a. O., S. 24. Sie haben, so könnte man fortfahren, nichts zu verlieren als ihre Ketten.

[15] De Pétrarque à Mussolini, Évolution du sentiment nationaliste italien, Paris 1961.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

italienische Nationalismus sich auch im Traditionshaß der Futuristen zu bestätigen suchen.

Historische Reminiszenzen fanden im Verlaufe des Kongresses ihren vielfältigen Ausdruck. Sie waren dem literarischen Nationalismus des vorausgehenden Jahrzehnts vertraut geworden. Italien ist das Mutterland des Römischen Reiches gewesen, das Land Caesars und des Augustus. Italien war das Land, das dem modernen Europa die Wiedergeburt vermittelte. Italien ist jahrhundertelang bis zur Entdeckung der Seewege das Zentrum des europäischen Orienthandels gewesen[16]. Bezeichnend für das Gefühl der kommenden Dinge ist, daß mehrfach bereits das Beispiel Japans angeführt wird, und ebenso bezeugt es die Traditionslosigkeit des italienischen Nationalismus[17]. Die Ähnlichkeit mit Italien wird in seiner rasch zunehmenden Bevölkerung gesehen. Japan wie Italien müßten die Auswanderung verhindern, um ihr Menschenpotential zu verstärken. Auch das Land im Fernen Osten sei umgeben von Großstaaten, von Rußland, China und den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Frage der Auswanderung, dies betont der neue Nationalismus, ist keine innere der Bevölkerungspolitik, sondern eine äußere der Machtsteigerung des Staates. Überhaupt sieht der Nationalismus in der Umwandlung aller inneren Probleme in äußere das zu erstrebende Ziel[18].

So tritt denn auch die sozusagen ewige Frage italienischer Innenpolitik, seitdem die politische Einheit der Nation erreicht war, die Frage des in seiner Entwicklung zurückgebliebenen Südens, bereits für den Nationalismus ebenso in den Hintergrund wie später für den Faschismus. Es gehörte ein hartnäckiger Wille dazu, eine jedem Betrachter italienischer Verhältnisse sogleich in die Augen springende Frage zu verleugnen, indem man sie zu einem Anhängsel der Außenpolitik machte. Darin ist allerdings auch begründet, daß der Nationalismus so wenig wie sein faschistischer Erbe die Frage des Südens rassistisch ausdeuten konnte. Vielmehr war dies im Zeichen jenes Restes positivistischen Denkens möglich gewesen, der nur den düsteren Glauben an Naturtatsachen, unberührt von jeder Geschichtlichkeit, übriggelassen hatte und für den die Messung von Schädelindices zum Zwecke der „Erklärung" historischer Verhältnisse dem Ideal der Exaktheit entsprach. Kurz vor der Jahrhundertwende hatte diese Thematik ihren Höhepunkt erreicht, und sie war, noch mit den Denkmitteln der positivistischen Schule selber, gegen die Rassenlehre entschieden worden[19]. „Nehmen wir einmal an", so äußert sich Corradini zur Frage des Südens, „das nächstgelegene Afrika wäre italienisch. Glauben Sie,

[16] Allen Ernstes hat Alfredo Rocco nach 1918 die Ansicht vertreten, nach der Aufteilung der Türkei werde Italien wieder das Zentrum des Welthandels werden, während doch die Erschließung des Ozeans Italien für immer aus seiner Mittlerstellung verdrängt hatte; L'ora del nazionalismo, Rom 1919, S. 14f. – Gleich nach dem Ende des Krieges bezeigte die Associazione Nazionalista ein auffälliges Interesse an der Förderung der Handelsschiffahrt.

[17] Corradini hatte bereits 1905 den Sieg Japans über Rußland den „pazifistischen Italienern" begeistert als anspornendes Beispiel hingestellt. Vgl. A. W. Salomone, a. a. O., S. 162.

[18] Atti del Congresso di Firenze, S. 26.

[19] Massimo L. Salvadori berichtet hierüber besonders im VI. Kapitel seines Buches Il mito del buongoverno, la questione meridionale da Cavour a Gramsci, Turin 1963.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die innenpolitische Frage Siziliens wäre heute die gleiche? Und ich füge hinzu: glauben Sie, sie wäre die gleiche für den ganzen Süden und für ganz Italien? Wäre Afrika vielmehr unter italienischer statt unter französischer Herrschaft, glauben Sie, das hätte Sizilien und den Süden und Italien unter denselben Bedingungen gelassen, unter denen sie geblieben sind? Aber das ganze Leben der Insel wäre durch jene Ausweitung der italienischen Herrschaft jenseits des schmalen Meeres wieder der Halbinsel angenähert und angepreßt worden. Und das ganze Leben der Insel und des Südens und der Halbinsel wäre neu durchglüht worden, und gewiß wären viele sogenannte innere Fragen, die immer noch unter der Sonne faulen und durch die wir in Fäulnis aufgehen, gelöst worden. Sie wären gelöst worden, hätte man sie als äußere Fragen betrachtet."[20]

Mit ähnlichen, nun in der Tat bloß rhetorischen Mitteln versucht Corradini sogar die Schulfrage zu einer Frage der äußeren Politik zu machen. Er beruft sich auf das Erbe von hundert Generationen in zweitausendfünfhundert Jahren der Geschichte. „Dieses Erbe war das Salz der Erde gewesen, ein Gipfel des Bewußtseins, ein Endziel menschlicher Sehnsucht, ein Spiegel des ewigen menschlichen Ideals, der Olymp der Götter und Heroen; mit diesem Erbe haben wir Jahrhundert um Jahrhundert unsere Kindheit und Jugend erzogen . . . Und nun warfen wir es den Hunden hin! Wir warfen den Hunden hin dies unser gewaltiges Erbe, das klassische Altertum! Wir lassen es zu, daß die kleinlichen grammatikalischen und lexikalischen Methoden der Deutschen es überwuchern."[21] Die Frage der Schule ist somit für Corradini bereits darum eine äußere Frage, weil die deutsche Philologie und Historiographie sich der italienischen Themen angenommen hatten: so sei der italienische Geist fremder Kultur dienstbar geworden; das Umgekehrte müsse hinfort geschehen.

Corradini wich der Erkenntnis nicht aus, daß das Proletariat aus den modernen Nationen nicht wegzudenken war. Deshalb konnte er den Zugang finden zu einem Denker wie Georges Sorel, der ebensowenig geneigt war, die Existenz des Proletariats zu leugnen, und der doch mit seinem ganzen Gefühl gegen die Arbeiterbewegung und ihre Anführer sich aufgelehnt hatte[22]. Corradini gelingt es, dieses Gefühl so vollkommen auf seine bloße Form zu reduzieren, daß statt der „direkten Aktion" des Proletariats der Nationalismus sein Inhalt werden kann[23]. In Corradinis Gedanken gelingt die formale Wendung auf die leichteste Weise: er braucht nur noch hinzuzufügen, daß der Nationalismus nun für die italienische Nation den gleichen Willen zum Siege, wie ihn der Sozialismus dem zunächst seiner selbst

[20] Atti del Congresso di Firenze, S. 29f.

[21] „Questo patrimonio era stato il sale della terra, un apice delle menti, un termine delle umane aspirazioni, uno specchio dell' eterno umano ideale, l'Olimpo degli Dei e degli eroi; con questo per secoli e secoli avevamo educato la nostra infanzia e la nostra gioventù . . . Ebbene, noi lo getammo ai cani! Noi getammo ai cani questo immenso nostro patrimonio, il classicismo! Lasciammo che su questo avesser ragione i metodetti grammaticali e lessicali tedeschi!" A. a. O., S. 30ff.

[22] Der Antisemitismus Sorels und der „Action Française" ist dem Nationalismus Italiens allerdings fremd.

[23] A. a. O., S. 33f.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unbewußten Proletariat mitgeteilt habe, und damit den Willen zum siegreichen Kriege zu erwecken hat[24]. Der gesamten italienischen Realität zuwider wird der siegreiche Krieg und seine Vorbereitung zum Programm erhoben. Mit Recht bemerkte der „Avanti"[25] schon am Tage nach Corradinis Rede, die proletarische Nation würde den Krieg verlieren; denn ein siegreicher Krieg setze eine reiche Nation voraus.

Wenn indessen der Krieg die unausweichliche Notwendigkeit ist, so muß die Vorbereitung auf ihn die erste Aufgabe der Nation sein. Vorbereitetsein zum Aufbruch, irgendwohin, wo nur das politische Gefüge den Einbruch erlaubt, eine andere Macht, gleich welche, eine Blöße bietet, das ist in der Tat alles[26]. Den Bewunderern Deutschlands und Nichtinterventionisten der ersten Kriegstage von 1914 ging es am wenigsten um Bündnistreue. Jedwedes Prinzip, auf das politische Praxis sich berufen kann, ist im Ausspielen von Macht verschwunden. Erst recht gilt dies von einem Ziel der Geschichte: eine höchste, regulative Idee, unter dem das menschliche Handeln steht, ist für das nationalistische Bewußtsein nicht faßbar. Ist einmal die Vorbereitung auf den Krieg das vornehmliche praktische Ziel, so bedarf es der Solidarität, einer Solidarität, wie die Familie sie kennt, zwischen den Klassen der Nation. Nicht die Naturbedingtheit des Lebens ist der Gegner – diesem hätte die Arbeit zu entsprechen; und auch ihr ist die Solidarität der Menschen nicht fremd. Aber der neue Nationalismus war bereits im Begriff, sich selbst als Natur zu deklarieren[27]. Die Nation ist Natur und als solche bereits die Totalität. Mit diesem seinem Programm setzte der neue Nationalismus sich in Gegensatz zu allen bisherigen Parteien, was auch der Grund war, weshalb er zunächst zögerte, sich selber als Partei zu konstituieren. Denn Partei sein hieß sich einordnen in den parlamentarischen und konstitutionellen Rahmen, dem die anderen sich fügten. Seiner Intention nach war der Nationalismus, einmal als Gedanke in die Welt gesetzt, sogleich alles, sogleich das Ganze. Er war es nach innen wie nach außen; denn jenseits der jeweils erreichten Grenzen war die auszubeutende Barbarei[28]. Im Innern jedoch muß der Nationalismus die Interessen der Individuen wie die der Gruppen verleugnen. Er stellt, noch innerhalb einer bürgerlichen Welt der Interessen, die Dinge auf den Kopf, indem er den Individuen wie den Gruppen Vorhaltungen darüber macht, daß sie von den Interessen der Nation abstrahierten. Das Abstrakte – und abstrakt wird es erst unter dem isolierenden Blick des Nationalismus –, die totalitär aufgefaßte Nation wird als das Konkrete deklariert. Das Konkrete jedoch, die wirk-

[24] „Ebbene, sia la guerra! E il nazionalismo susciti in Italia la volontà della guerra vittoriosa." A. a. O., S. 34.

[25] 4. 12. 1910.

[26] Letztlich spiegelt sich hierin der enge außenpolitische Spielraum Italiens, dessen sich die leitenden Politiker des Landes ebenso bewußt waren wie die Nationalisten. Nur zogen beide daraus verschiedene praktische Schlüsse.

[27] Die Selbstauslegung als Naturtatsache kennzeichnet die späteren faschistischen Bewegungen und bestimmt wesentlich ihren Kampfstil.

[28] Später wird die Kolonialpolitik des Faschismus in vielfachen Widerspruch zu dieser Tendenz des neuen Nationalismus geraten.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichen Menschen und ihr sozialer Zusammenhang, auch unter dem Aspekt der Zeitlichkeit, werden zu einer Abstraktion, weshalb schließlich auch die Berufung auf Geschichte zu einer Geste bloßer Beschwörung der auf sie projizierten Potenzen erstarrt. Allerdings sucht der Nationalismus in seiner frühen Phase noch zu argumentieren, befindet er sich doch in einer Umwelt, in der die Argumente noch nicht abgeschafft sind. Er hat eine unabsehbare Phase seiner Entwicklung vor sich, in der er von der Macht ausgeschlossen ist. So sucht er denn, nachdem die Idee der Nation als das Höchste Wesen statuiert ist, obendrein und eigentlich überflüssigerweise nachzuweisen, es werde den Menschen, den Italienern, besser ergehen, seien sie erst einmal Nationalisten geworden.

In der Arbeiterbewegung glaubt Maurizio Maraviglia – in seinem Bericht über die nationalistische Bewegung und die politischen Parteien[29] – die virtuelle Triebkraft des italienischen politischen Lebens seit der Niederlage von Adua zu erkennen. Jedes Problem, und damit trifft er die Ära Giolitti, werde als eine Frage der sozialen Gerechtigkeit begriffen; seine Lösung müsse dergestalt immer nur zum Vorteil einer Minderheit ausfallen. Er vermißt in dieser Politik die nationale Gemeinschaft, von der er behauptet, sie sei die höchste gesellschaftliche Realität, die die menschliche Entwicklung bisher gezeitigt habe[30]. Da die Tendenz der sozialen Gerechtigkeit stets den sozialistischen Forderungen mehr und mehr und unaufhaltsam entgegenkommt, gibt es für den Nationalismus im Grunde nur mehr eine einzige Partei, die der Reformisten. Ihnen, deren Sieg absehbar sei, indem alle innere Politik auf ihn hin tendiere, wollen die Nationalisten die einzige wahrhaft unterschiedene Partei entgegensetzen. Die Auffassung des Reformismus bestehe darin, den Staat als das Organ der universellen Menschenliebe aufzufassen, als den Tröster und den Heiler der Schmerzen eines jeden auf Kosten und zum Schaden aller. Für Maraviglia ist Giovanni Giolitti der persönliche Ausdruck dieses Gedankens, seine Ministerpräsidentschaft eine „Diktatur", die bei den Konservativen und Liberalen wie bei den Sozialisten Anerkennung finde. Während die Nation von 1789 in ihrer Einheit und Unteilbarkeit selber der Ausdruck von Interessen sein wollte und sich nicht zu einem blinden Gefühl, zu einem Glauben verfestigte, fordert der Nationalismus von seinen Anhängern als erstes Gefühl und Glauben. Er muß die Differenzen innerhalb der Nation verdrängen, weil er sonst seinen Gegenstand zu verlieren fürchtet.

Innerhalb der unauflösbaren Nation hatte der liberale Gedanke die Interessen der Individuen freigesetzt und damit auch dem Interesse der Klassen erst den freieren Ausdruck ermöglicht. Über dem freien Spiel der Interessen war die Nation nicht verlorengegangen; und es war nicht abzusehen, daß sie je dadurch in ihrem Bestand gefährdet sein würde. Sie bestätigte sich vielmehr in ihm. Deshalb genügt es dem neuen Nationalismus keineswegs, die Einheit und Unteilbarkeit der Nation als Korrektiv gegen ein Übermaß der Freiheit in Erinnerung zu rufen. Er muß weitergehen. Er ist gezwungen, die Nation von den Individuen völlig loszulösen

[29] Il movimento nazionalista e i partiti politici. A. a. O., S. 36ff.

[30] A. a. O., S. 41.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und jene auf diesem Wege zu einem irrationalen Irgendetwas zu machen. Die Nation wird ihrerseits zu einem geheimnisvollen Wesen, das über den Menschen und ihrem Alltag schwebt und blinde Aufopferung ihnen abverlangt. „Die Idee der Nation", sagt Maraviglia, „hat somit ihren ganz eigenen Wert, der sich nicht in anderen, minderen Werten auflösen läßt; ihre Interessen sind weit davon entfernt, sich mit anderen Interessen zu identifizieren oder mit ihnen zu verschmelzen, und sie können berechtigterweise die Aufopferung jedes anderen menschlichen Interesses verlangen bis zu dem des Lebens selber."[31] An anderer Stelle nennt Maraviglia die Nation „eine organische gesellschaftliche Einheit mit eigenem Leben und eigenen Interessen"[32], die weit über die Lebenszeit der einzelnen Menschen hinausgehen – ein Gedanke, den sich später besonders Alfredo Rocco angelegen sein lassen wird. In Übereinstimmung mit Corradini ist für Maraviglia die Kriegsfrage der Kernpunkt des nationalistischen Programms, das eigentlich unterscheidende Moment allen übrigen politischen Parteien gegenüber.

Wenn der Nationalismus auch den Krieg in abstrakter Weise als Kampf schlechthin, zu dem die Nation bereit sein muß, auffaßt, so sieht er die politische Welt doch mit nüchternen Augen an; er ist nicht blind gegenüber den Tatsachen, sobald es nicht mehr um die wirklichen Menschen geht, sondern um die Macht der italienischen Nation im Zeitalter des Imperialismus. Er will realistisch sein; aber er geht von einer engen Basis historischer Erfahrung aus. Genaugenommen trifft sein Wirklichkeitssinn nur für den Imperialismus der Epoche zu, und diese ist durch den Begriff des Imperialismus selber nicht erschöpfend charakterisiert. Luigi Federzoni und Filippo Carli wenden sich in ihren Referaten über die Bündnispolitik und über die Wirtschaftspolitik[33] am nachdrücklichsten gegen eine Rhetorik, die die Tatsachen im ungewissen läßt. Die Einbildungen des Gefühls wie die Begriffe irgendwelcher Doktrinen sollen überwunden sein. Der Fall, in dem eine Aktion nützlich sein kann, ist rational zu errechnen – ein letztes „positives" Überbleibsel dessen, was Vernunft hatte sein sollen. Die Festlegung der italienischen Politik auf eine Annäherung an die „cosidette potenze liberali" wird abgelehnt als Ausfluß einer Politik von Grundsätzen. Ebensowenig soll der Dreibund ein feststehender Faktor italienischer Außenpolitik sein. Nur für den Augenblick ist er allerdings brauchbar. Mehr denn je zuvor ist alle Außenpolitik nur im Weltrhythmus möglich[34]. So ist das Ganze der politischen Welt, die sich im Zeitalter des Imperialismus bis in den letzten Winkel der Erde ausgeweitet und damit ihre äußere Grenze erreicht hat, als eine stets neu ihre Elemente bestimmende universale Konkurrenz das Feld des politischen Handelns. Schon beginnt in einer eng gewordenen Welt, in der nur noch die Aufteilung nun schon alter Staatsgebiete wie der Türkei, Persiens, Afghanistans und Chinas bevorsteht, die von der Heiligen

[31] A. a. O., S. 45.

[32] „Un'entità sociale organica, con vita ed interessi proprii . . .". Ebenda, S. 48.

[33] „La politica delle alleanze" und „La politica economica della grande Italia".

[34] „. . . la politica estera, oggi più che non mai, non può farsi se non secondo un ritmo mondiale". A. a. O., S. 113.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Allianz neubegründete und im wesentlichen erhalten gebliebene Solidarität der europäischen Mächte abzubröckeln. Angesichts einer so aufgefaßten Realität, in der das Verhängnis eines Primats der Außenpolitik die wesentlich innere Entwicklung der Nationen überwältigt, muß jedes Zögern, jedes Finassieren, jedes kluge Nachgeben, das eine nähere und engere, zumal die innenpolitische Wirklichkeit vor Augen hat, als eine Erniedrigung der italienischen Nation empfunden werden. So zitierte man voller Verachtung Luigi Luzzatti, der gesagt hatte, die Italiener, die ihr Vaterland liebten, müßten sich, vorerst wenigstens, von der Außenpolitik abwenden und sie müßten den Frieden wahren auch auf Kosten jeder Art von Erniedrigung. Die ständig vorgebrachte Klage über die Würdelosigkeit italienischer Politik[35] spricht für einen maßlosen Willen zur Macht, der sich an negativen Bildern weidet.

Luigi Federzoni will sich nicht über die Direktiven einer neuen Außenpolitik äußern, sondern über deren Methoden. Die bisherigen bestanden ihm zufolge darin, sich durchzuwinden, keine Voraussicht walten zu lassen, alles von der Gunst des Zufalls zu erwarten, der Güte anderer zu vertrauen und die Äußerungen der Presse für die öffentliche Meinung zu halten. Sie bestanden in allem anderen als darin, „Geschichte zu machen"[36]. Die neuen und zukünftigen Methoden sind auf die einfache Formel zu bringen: stark sein, um seine Wahl treffen zu können[37].

Es muß auf dem Wege dieses Machtwillens liegen, im Detail ebenso rational zu verfahren, wenn es um die Wirtschaftspolitik geht. Der Erfolg beruht auch hier in der willigen Anpassung an die Realität. Dem entspricht der Bericht Filippo Carlis auf dem Kongreß von 1910 über die Wirtschaftspolitik. Er hat besonders deutsche Tatsachen vor Augen; und er kann sich nicht genug damit tun, die Deutschen als Vorbilder in Technik und Wirtschaft, in Produktion und Handel seinen Landsleuten vorzustellen – Vorbilder zweckmäßigen und angepaßten Verhaltens. Das Eindringen fremden Kapitals, die Tatsache, daß Italien die Entwicklung seiner Textilindustrie den Mylius, Oetiker, Kößler-Mayer und so weiter verdankt, das Heimatland Voltas seine Ausrüstung für die Erzeugung elektrischer Energie von Siemens-Schuckert, der AEG, von Brown-Boveri und anderen beziehen muß, läßt ihm keine Ruhe[38]. Den Vorteil, den die Einführung fremden Kapitals bringt, will er nicht leugnen; der Nachteil liegt für ihn vor allem darin, daß die auswärtigen Firmen ihre eigenen Techniker und Kaufleute mitbringen, was die Ausbildung inländischer Fachleute verzögert, da sie nicht benötigt werden. Sein Urteil über die Deutschen ist von realistischer Selbstlosigkeit. „Sie haben begriffen, daß man die Industrie wissenschaftlich machen muß, um sie zur Höchstleistung zu bringen: das ist ihnen vollkommen gelungen. Es drängt sich dies einem jeden sogleich beim Be-

[35] „. . . la loro pomposa uniforme somiglia troppo a una livrea", heißt es beispielsweise von den italienischen Diplomaten, a. a. O., S. 123.

[36] A. a. O., S. 123.

[37] „. . . il problema si riduce a questa formula semplicissima: essere forti. Forti cosi da potere scegliere, quando che sia, fra l'alleanza e l'inimicizia, fra la pace e la guerra."

[38] A. a. O., S. 153f.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

such eines deutschen Unternehmens auf. Die Eigentümer oder die Direktoren sind äußerst gebildete Leute; sie sind sprachkundig, sie sind auf dem laufenden über die neuesten technischen Erfindungen, sie sehen alles und planen alles ein, während das Herz der Fabrik aus einem wahren wissenschaftlichen Laboratorium besteht mit Ingenieuren für Elektrotechnik, Mechanik, Elektrochemie und Chemie an der Spitze, mit Forschungsstätten, denen manchmal sogar Universitätsprofessoren vorstehen."[39] Die weitere Reform des Schulwesens, deren Italien bedarf, soll sich nach den Erfordernissen von Technik und Wirtschaft richten. Auch hierfür sind die Deutschen das anspornende Vorbild.

Ein anderes Bild als das des groben oder pedantischen Germanen, des ewigen Feindes der Latinität, der unfähig sei, die moralischen Eigenschaften anderer Völker zu erfassen, wie es insbesondere Francesco Coppola für die interventionistische Kampagne der „Idea Nazionale" später entwerfen wird, zeichnet dieser lernbegierige Nationalist von den Deutschen der Zeit vor dem Ersten Weltkriege, indem er den deutschen Handlungsreisenden schildert. In Deutschland habe man begriffen, daß zur Ausweitung der Wirtschaft die kollektive Anstrengung nicht genügt, wenn sie nicht durch die persönliche Arbeit des Vertreters belebt ist. Der deutsche Handlungsreisende gehe auf die friedliche Eroberung der Welt aus. Bildungsfähigkeit, Anpassung und Zudringlichkeit seien ihm in geradezu wunderbarer Weise eigen; nicht übermäßig gebildet, doch mit außerordentlicher Fähigkeit zur Beobachtung begabt, in Fremdsprachen bewandert, sei er jovial mit seinen Kunden, zu jeder Sondervergünstigung bereit, nicht allzu hartnäckig beim Verkaufen; er kenne seine Ware und verstehe es, sich die Sympathie und das Vertrauen des Konsumenten zu sichern[40].

Das Bestürzende indessen an dem Realitätswillen des nationalistischen Wirtschaftspolitikers ist seine Auffassung der Wirtschaft als der eigentlichen Wirklichkeit der Geschichte. Freiheit, Demokratie, Liberalismus und Konservativismus sind für ihn bloße Worte, mit denen Italien regiert werde, als könnten Schemata die Wirklichkeit zwingen[41]. Es ist ein aufklärerisches Moment, die politischen Erscheinungen auf das ökonomische Substrat zurückzuführen; denn die Nationalökonomie hatte dem Gedanken eine neue Materie erschlossen und sie der bloßen Spekulation entzogen, allerdings um sie den Individuen nützlich sein zu lassen. Der „wirtschaftliche Nationalismus" begreift sehr wohl dieses aufklärerische Moment, nimmt ihm jedoch die humanitäre Bestimmung und liefert es der mythisierten Nation aus. Er will zur „Logik der Dinge" selber vorstoßen[42], ohne diese jedoch den Menschen wiederum dienstbar zu machen. Und so muß denn auch der vehemente Apologet des Erlernens rationaler Verfahrensweisen alles, was erarbeitet ist, auf dem Altar der „supreme idealità nazionali" aufopfern.

Der Kongreß von Florenz schloß seine Verhandlungen mit der Gründung der

[39] A. a. O., S. 155.
[40] A. a. O., S. 162.
[41] A. a. O., S. 165.
[42] „Creare una logica delle cose", ebenda, S. 176.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Associazione Nazionalista Italiana. Er wählte einen Zentralrat von einundzwanzig Mitgliedern und bestimmte Rom zum Sitz der Vereinigung.

Die italienischen Nationalisten, die eigentlich, wie der Wiener Sozialist Ludo M. Hartmann im Mai 1916 feststellte, eher Imperialisten waren, die sich als „Nationale" ausgaben[43], hatten den Geist der imperialen Weltpolitik entschieden begriffen. Die nationalistische Bewunderung für Deutschland entsprach der erstaunlichen Koordination ihrer wirtschaftlichen Kräfte im Ausland, zu der die Deutschen sich ohne politischen Zwang noch unter den Bedingungen des klassischen Liberalismus bereitfanden. Karl Lamprecht hat „die Entwicklung deutscher Interessen auf außerdeutschem Gebiet" in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg treffend umrissen und die Formen der „modernen Expansion", auch der deutschen in Italien, geschildert[44]. Dieses Deutschland war es, mit dem der Nationalismus Italien in Wettbewerb treten lassen wollte. Die Wirtschaft, so Lamprecht, muß nach außen hin schlagfertig als Ganzes ausgespielt werden können „wie eine Armee"; Heer und Flotte treten „unmittelbar neben die Volkswirtschaft als andere Formen und Werkzeuge der Expansion des nationalen Daseins"[45]. Daß die deutsche wirtschaftliche Expansion einen neuen Stil entwickelte, der, jünger als der Frankreichs und Englands, als eine Gefahr angesehen wurde, ist in Italien auch von anderer Seite beobachtet worden. Vermutlich inspiriert von konkurrierenden italienischen Interessen und mit der eingestandenen Absicht, das in Italien ebenso starke französische Kapital zu gleichem Vorgehen zu bewegen, hat der französische Militärattaché in Rom, Oberstleutnant de Gondrecourt, unter dem 9. April 1914 über die deutsche wirtschaftliche Expansion nach Paris berichtet[46]. Die Banca Commerciale, eine Gründung Bleichröders, die kurz nach dem Tode Gerson Bleichröders auf Betreiben des an die Regierung zurückgekehrten Crispi unter Hilfe der Reichsregierung erfolgt war, sei nunmehr „maîtresse du terrain" geworden[47]. Ein großer Teil der Spezialfirmen für die Bewaffnung von Armee und Marine hänge von ihr ab. Folglich übe die Bank mittels der „masse énorme d'intérêts", die in diesen Firmen verkörpert sei, „eine mächtige Wirkung auf das politische Leben und die öffentliche Meinung in Italien" aus: „berühmte Advokaten, Ingenieure, Industrielle, Abgeordnete, Senatoren, Politiker, Mitglieder der Marine und der Armee, Journalisten und große Blätter der Hauptstadt und in der Provinz, Zweigbanken, Aktiengesellschaften, die durch Reportgeschäfte miteinander verbunden sind, dies sind die

[43] In der Einführung zu Hundert Jahre italienischer Geschichte 1815–1915, München 1916, S. 6.

[44] Zur jüngsten deutschen Vergangenheit, 2. Band, 2. Hälfte, Berlin 1913, S. 554ff.

[45] Ebenda, S. 606f.

[46] Documents diplomatiques français, 3. Serie, Bd. 10, Nr. 92.

[47] Obwohl deutsche Banken von 150 Millionen Lire Aktien nur 22 Millionen innehatten, kontrollierten sie die Banca Commerciale, die dem deutschen Handel die Durchdringung Italiens möglich machte. Neben Krediterleichterungen bediente sich die Bank, de Gondrecourt zufolge, jederart Überredung und Einschüchterung. Außer den Stahlwerken von Terni, den Werken von Savona, der Magona d'Italia, den Automobilfabriken von Turin, der „Elba" und der „Ilva" beherrsche sie die Mehrzahl der Werften.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Werkzeuge, mittels derer die Banca Commerciale und durch diese Deutschland in Italien alle Organe des Landes beeinflußt und zum Vorteil der eigenen Interessen lenkt"[48]. Die französischen Finanziers hingegen, und darin dürfte der Berichterstatter recht haben, verfolgten eine hergebrachte Wirtschaftsweise, die nur auf höchsten Gewinn bedacht war und die Möglichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Einflusses vernachlässigte[49].

Vom März 1911 an, jenem Frühling, in dem der fünfzigste Jahrestag der Einigung gefeiert wurde, erschien die „Idea Nazionale" als Wochenblatt der Vereinigung. Das Redaktionskomitee setzte sich zusammen aus Francesco Coppola, Enrico Corradini, Luigi Federzoni, Roberto Forges Davanzati und Maurizio Maraviglia, den Initiatoren des Florentiner Kongresses[50]. Das Programm, mit welchem sich das Wochenblatt vorstellte, will den Sinn für staatliche Autorität gegen die „azione disgregatrice" der Parteien und der Klassen stärken. Das Ansehen der Monarchie soll gehoben, das der katholischen Kirche geschützt werden – das letztere indessen unter der rein äußerlichen Würdigung der Kirche als einer weltlichen Einrichtung.

[48] A. a. O., S. 153. Hiermit ist das Dokument nicht ausgeschöpft. Festgehalten zu werden verdient, daß den nationalistischen Bewunderern Deutschlands und seiner Wirtschaftspolitik diese Verhältnisse vor Augen gestanden haben müssen. Der Geist des Nationalismus machte es unmöglich, hieran prinzipielle Kritik zu üben, er konnte nur zur Nacheiferung aufrufen. – Ein Kenner der Hinterlassenschaft des Bankhauses Bleichröder, David S. Landes, bezeugt, daß „die Papiere, die sich auf die Banca Commerciale Italiana beziehen", zeigen, „wie sehr die Außenpolitik mit entsprechenden finanziellen Vorgängen Hand in Hand ging". David S. Landes, Das Bankhaus Bleichröder, in: Deutsches Judentum, Aufstieg und Krise, Vierzehn Monographien, herausgegeben von Robert Weltsch, Stuttgart 1963, S. 209.

[49] A. a. O., S. 157. Es ist nicht ohne Reiz, daß der französische Militärattaché nun seinerseits die Deutschen als Vorbild für Frankreich hinstellt. Da er jedoch vom „despotisme" der Banca Commerciale spricht, dessen Jochs man in Italien überdrüssig sei, kann er es nicht auf die bloße Nachahmung der deutschen Methoden absehen.

[50] Das Blatt zählte nur vier Seiten, und man darf der Selbstanzeige (vom 1. 1. 1914) Glauben schenken, daß es sich aus eigenen Kräften erhalte und auf die Gunst des Publikums angewiesen sei. Vom 3. 10. 1914 an erschien die „Idea Nazionale" als Tageszeitung, vom selben Monat an, in welchem Mussolinis „Popolo d'Italia" zu erscheinen begann. Die Zeitung hielt sich bis zum 31. Dezember 1925, ehe sie im Zuge der vom Faschismus eingeleiteten Konzentration der Presse mit der „Tribuna" verschmolz – äußeres Zeichen dessen, daß der Faschismus die Ideen des Nationalismus rezipiert hatte. – Wenige Monate vor ihrer Umwandlung in ein Tageblatt hatte die „Idea Nazionale" die Gründung einer neuen Tageszeitung durch eine Aktiengesellschaft mit 700 000 Lire Kapital gemeldet. Das politische Komitee dieser Zeitung sollte das gleiche sein wie das des Wochenblattes. Angriffe in der Öffentlichkeit und im Parlament auf diesen Gründungsplan veranlaßten bereits in der „Idea Nazionale" vom 30. 5. 1914 zu einer „Klarstellung". Hauptkapitalgeber ist hiernach der Ingenieur Dante Ferraris in Turin, Vorsitzender der „Società italiana per la fabbricazione di proiettili". Er ist zugleich einer der Hauptaktionäre. Als solcher repräsentiere er eine Aktionärsgruppe aus verschiedenen Industriezweigen mit zusammen 135 000 Lire, einen kleineren Teil also nur des Gesamtkapitals. Das Redaktionskomitee sei unabhängig und gegen Entlassung vertraglich gesichert. Die Zeitung soll den „produttori della ricchezza" den direkten Zugang zur Politik eröffnen, womit jene Schicht von Anwälten und Berufspolitikern auszuschalten sei, welche die politische Tätigkeit der „classi industriali, commerciali" bisher verhindert haben – bedeutendes Motiv auch des korporativen Gedankens.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es ist selbstverständlich, daß das Programm der „Idea Nazionale" der Stärke der Armee dienen will. Neue Energien sollen der kolonialen Eroberung in Afrika zugeführt werden. Die Außenpolitik soll als erste und Hauptaufgabe des Staates neues Ansehen gewinnen. Schließlich soll den Italienern das Gefühl und Bewußtsein für den Genius Roms und des Reiches zurückgerufen werden. Verderbnis und Dekadenz des politischen Erbes des Risorgimento in Parlamentarismus und freimaurerischer Demokratie, jede Art Internationalismus, bürgerlicher wie proletarischer, der Sozialismus als „die Perversion eines ganzen Volkes", das Feind des Vaterlandes und dem Staat entfremdet worden sei, gelten als die Feinde der Nation im Innern.

Sozialismus und Advokatenherrschaft, so schien es dem Nationalismus, versäumten abermals die günstige Gelegenheit, in Afrika Land zu gewinnen, so wie sie einst die Möglichkeit zum Erwerb Tunesiens hatten vorübergehen und Crispi nach Adua im Stich gelassen hatten. Aber der gehaßte Giolitti selber hatte die Besitzergreifung von Tripolis umsichtig vorbereitet. Für das Volk jedoch erschien das Unternehmen wie eine Improvisation; die vermeintliche Plötzlichkeit des Zugriffs schien zu bedeuten, das Land raffe sich zu „Taten" auf. Der nationalistischen Vereinigung allerdings war der Krieg gegen die Türkei eher schädlich: sie schien überflüssig. Diesmal befand sie sich im Einvernehmen mit der verhaßten Regierung. Dem Mythos, mit welchem Corradini das Unternehmen zu verklären suchte, kam diesmal eine gewisse Grandiloquenz der öffentlichen Meinung entgegen, gegen die sich nun der einstige Mitstreiter Papini wandte[51]. Die „Idea Nazionale" stand in der Tripolis-Frage in einer Reihe mit dem „Corriere d'Italia" und der „Tribuna", schließlich auch mit dem „Giornale d'Italia" und der „Stampa". Mehr als eine vorübergehende Woge der Begeisterung war dies allerdings nicht. Immerhin zeigte es, wozu die Nation fähig sein würde, wohin man sie bringen könnte. Das Programm des Nationalismus war also nicht schiere Illusion. Der nüchterne Hintergrund des Krieges, außenpolitisch eine fein eingefädelte Aktion und im Innern den Interessen des Banco di Roma nicht fremd[52], traf in der historischen Konstellation mit Corradinis Mythenschöpfung zusammen, gab dieser erstmals einen Ankerplatz in der Realität. Von hier aus würde man zu neuen „revolutionären" Aktionen aufbrechen können. Denn die Nationalisten waren sich des revolutionären Keims[53], der in dem

[51] „La guerra vittoriosa", in: La Voce, Jg. 3 (1911) S. 669–671; abgedruckt in: La cultura italiana del' 900 attraverso le riviste, Bd. 3, Turin 1960, S. 385–392.

[52] Der Banco di Roma hatte in Tripolitanien bedeutende Interessen und verfügte über eine Klientel unter den führenden arabischen Familien in Tripolis. Der italienische Außenminister di San Giuliano spricht in seinem an Giolitti gerichteten Promemoria vom 28. 7. 1911 von „Geld und Intrigen" der Bank, die im Interesse der schnellen Besitzergreifung von Tripolitanien die Presse jeden geringfügigen italienisch-türkischen Zwischenfall aufbauschen ließen. Anfang August wurde die Nachricht verbreitet, die Bank verhandle über die Abtretung ihrer Tripolis-Geschäfte an ein deutsch-österreichisches Bankenkonsortium. Di San Giuliano äußerte Giolitti gegenüber am 9. 8. 1911, Ernesto Pacelli, der Präsident der Bank, werde alles tun, damit die öffentliche Meinung die genannte Zession für bevorstehend halte; Dalle carte di Giovanni Giolitti, Bd. 3, Mailand 1962, Dokumente 49 u. 50.

[53] Wenige Tage vor dem italienischen Ultimatum vom 28. 9. 1911 äußerte sich Corradini in der Vorrede zu „L'ora di Tripoli", wenn der Wille Italiens sich erneut verschleiern werde,

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ereignis beschlossen lag, bewußt. Das war das Gegenteil der Absichten seiner Urheber, die, wie di San Giuliano, nur die außenpolitischen Folgen auf dem Balkan mit Sorge sahen. Sorgfältig widerlegte Gaetano Salvemini die „tripolitanische Archäologie" der von Corradini zurechtgemachten Texte aus Plinius und Herodot[54]. Auch die Zeitschrift „La Voce" bekämpfte die „illusione tripolitana". Der Tripoliskrieg war noch keine Revolution; weder im Innern noch im Äußern brauchten die traditionellen Spielregeln gebrochen zu werden. Dennoch war er – nach der Desillusionierung von Adua – der erste Schritt auf einem verhängnisreichen Wege, der die italienische Wirklichkeit in immer dichterer Illusion verschleiern und insofern den Nationalisten recht geben sollte. Tripolis war, unbemerkt, der Beginn ihrer „Revolution". Das Unternehmen ging keineswegs über die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes hinaus, das am Aufschwung der Industrienationen, wenn auch auf geringerer Basis, vollen Anteil hatte[55]. Politisch jedoch hatte das Land sich übernommen, und der Vorteil des befriedigten Ehrgeizes war zu gering, um nicht einer Partei dienlich zu sein, die in der mit Tripolis eingeschlagenen Richtung weiterzugehen entschlossen sein würde. Deshalb mußte Tripolis genommen werden, wäre es auch nichts als Wüste, wie Scipio Sighele es ausdrückte; Italien behauptete damit sein Anrecht, zu den großen Mächten zu zählen[56].

Zwar reiste Corradini zu den Truppen in Tripolis, notierte die Versäumnisse, begleitete jedes Unternehmen mit anfeuernden Appellen, wurde bei den Zentralinstanzen in Rom zur Behebung von Mißständen vorstellig. Aber es ließ sich nicht verhehlen, daß die nationalistischen Aktionen nebenher liefen. Das verhaßte Parlament selber hatte die Annektion am 22. und 23. 2. 1912 dekretiert. Volk und Regierung waren wesentlich eins, und zu einer Demonstration von Massen, in denen die Nation, statt im Parlament, sich verkörpern sollte, war noch kein Anlaß. Im Gegenteil mußten sich die Nationalisten sogar sagen lassen, daß sie das Land mit Illusionen hinsichtlich der Leichtigkeit der Eroberung und der angeblichen Überdrüssigkeit der Araber der türkischen Herrschaft gegenüber genährt hatten, während der Erfolg der wenig spektakulären Umsicht einer von Fachleuten beratenen Regierung zuteil wurde, die sich eher zu vorsichtig verhalten hatte[57].

Corradini war schon im Sommer 1911 in Tripolitanien gewesen[58]. Während des Krieges verfaßte er Korrespondenzen für die „Illustrazione Italiana", die auch als Buch

---

so müsse der Nationalismus „eine äußerst revolutionäre Aktion einleiten" („iniziare un'azione estremamente rivoluzionaria") auch gegen Dinge und Personen, die man jetzt nicht nenne.

[54] „Erodoto e Plinio, nazionalisti", in: L'Unità, Jg. 1 (1912), S. 15–16; abgedruckt in: La cultura italiana del '900 attraverso le riviste, Bd. 5, Turin 1962, S. 140–148.

[55] Allein die Kohleneinfuhr, wegen des Fehlens dieses Rohstoffes in Italien ein zuverlässiger Gradmesser der industriellen Produktion, stieg von etwa 5 Mill. Tonnen im Jahre 1900 auf 8,3 Mill. im Jahre 1907 und auf 11 Mill. im Jahre 1913.

[56] Ultime pagine nazionaliste, Mailand 1912, S. 42.

[57] Cesare Spellanzon, L'Africa nemica, Venedig 1912, S. 345ff.

[58] Noch im selben Jahr erschien sein Buch „L'Ora di Tripoli", in welchem er den Krieg als notwendig für die Wiedergeburt Italiens aus dem Zerfall der Nation in Klassen und Individuen darstellte.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erschienen[59]. „Vor allem", so schreibt sein Biograph P. L. Occhini, „ist in diesem Buch ein großes Licht der Freude, eine leidenschaftliche Glut, die Glut einer von allem geblendeten Seele, die sich emporschwingt und singt."[60] Die Einheit des Landes war für den Augenblick erreicht; im Parlament erhob Filippo Turati seine Stimme gegen den Krieg, doch hatte die gerade ins Leben gerufene Zeitschrift „L'Unita" in ihrer ersten Nummer vom 16. Dezember 1911 den Sozialisten vorhalten können, sie desinteressierten sich, und nur dem Einvernehmen mit Giolitti zuliebe, sträflich für die Frage, ob nach Tripolis zu gehen sei[61]. Corradini rief nach dem geglückten Unternehmen von der Pressetribüne aus mit seinen Freunden „Viva l'Italia" in den Saal; doch konnte das Ende des Krieges die Nationalisten nicht zufriedenstellen. Lieber wäre ihnen die Zerschlagung der ganzen Türkei durch Italien gewesen, die dem status quo im Orient ein Ende gemacht hätte. Giolitti wollte kein Brandstifter auf dem Balkan sein. Aber die italienischen Nationalisten begrüßten die an den Tripoliskrieg anknüpfenden Balkankriege. Nach einer dritten Reise schrieb Corradini ein drittes Buch, „Sopra le vie del nuovo impero"[62], auch dies ein „carme di fede e di gioia, consacrato alla celebrazione della nostra impresa", „un inno di gloria all'Italia"[63]. Kein Wunder, daß dieser Enthusiasmus jede historische Reflexion sprengen mußte. Der Krieg ist das Werk der Natur. Er hat weder dynastische noch religiöse, weder ökonomische noch nationale Gründe[64].

Noch indessen war der Nationalismus nicht in voller Reinheit herausgearbeitet, noch hatte er Anhänger, die das Neue nicht begriffen und es im Sinne geläufigerer Ansichten auslegten. Dies abzuwehren, gehörte in den ersten Jahren zu den Hauptaufgaben der Nationalistischen Vereinigung, während eine verständnisvollere Bündnisbereitschaft mit den übrigen geistigen Familien der Nation beim Ausbruch des europäischen Krieges einsetzte und sich mit dem Eintritt Italiens in den Krieg verstärkte. Die Intervention gruppierte die innenpolitischen Fronten um, sie beinträchtigte zeitweilig die Reinheit des Nationalismus. Für die Vorkriegszeit bemerkt Salvatorelli treffend: „Der italienische Nationalismus entwickelte seine Theorien in einem ‚strengen methodischen Prozeß', was das Herz Enrico Corradinis, wie er selbst uns bezeugt, mit Freude erfüllte. Und so durchlief er eine Reihe innerer Krisen. Wer nicht gleich zu Anfang begriffen hatte, worum es sich handelte, mußte schließlich gehen, als mehr und mehr die esoterische Lehre sich offenbarte. Zuerst traten die Demokraten aus, dann die Liberalen, und so blieben ... die Nationalisten."[65]

Der zweite Kongreß der nationalistischen Vereinigung, der vom 20. bis 22. 12. 1912 in Rom stattfand, beschloß die Unvereinbarkeit von Nationalismus und Frei-

[59] „La conquista di Tripoli", Mailand 1912.

[60] Pier Ludovico Occhini, Corradini, Florenz 1933. Es handelt sich um die Neuherausgabe einer bereits 1913 verfaßten Schrift.

[61] „Tripoli e i socialisti", in: La cultura italiana del '900 attraverso de riviste, Bd. 5, S. 127 ff.

[62] Mailand 1912.

[63] Occhini, a. a. O., S. 244 f.

[64] Ebenda, S. 248.

[65] Luigi Salvatorelli, Nazionalfascismo, Turin 1923.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

maurerei (der Faschismus war dazu erst im vierten Jahr seines Bestehens bereit). Er erhob den Gegensatz des nationalen und des demokratischen Prinzips zum Beschluß und grenzte sich gegen jeden Universalismus der Idee ab, sei dieser nun demokratisch, pazifistisch, egalitär oder nur in formaler Weise internationalistisch. Ebenfalls im Dezember 1912 leitete eine Tagesordnung des Zentralkomitees eine antifreimaurerische Kampagne ein. Der Kongreß betonte gegenüber der sich formierenden katholischen Partei die Souveränität des Staates und berief sich dabei auf Cavour und Crispi. Deutlich wurde nun herausgearbeitet, daß der Irredentismus nicht bloß eine Bewegung gefühlvoller Liebe zu den getrennten Brüdern sei, sondern lediglich ein Schritt zur imperialistischen Entfaltung, ein Mittel für den imperialistischen Zweck[66].

Die Parlamentswahl vom Herbst 1913, die erste nach der Einführung eines Wahlrechts, das für acht statt dreieinhalb Millionen Italiener galt, brachte fünf Vertreter des Nationalismus ins Parlament, Luigi Federzoni, für den sich „die beste Jugend Roms" eingesetzt hatte, und den Venezianer Piero Foscari[67]; außerdem Luigi Medici, der gleichfalls in Rom sein Mandat erhielt, Romeo Gallenga (Perugia) und Camillo Ruspoli (Sant'Angelo dei Lombardi). Der Kongreß in Mailand vom 16. bis 18. 5. 1914 trennte endgültig die Associazione Nazionalista vom Liberalismus; er beschloß die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in einer anderen Partei. Alfredo Rocco[68] sprach sich damals bereits auch gegen den Liberalismus als Wirtschaftslehre aus, wie er überhaupt stärker die etatistische Tendenz vertreten hat[69]. Roccos Polemik gab Anlaß zu oppositionellen Anträgen, die sich auf die liberale Lehre beriefen, da sie die nationale Erhebung des neunzehnten Jahrhunderts inspiriert und begleitet habe. Die Liberalen wehrten sich lebhaft und wurden auch in der Öffentlichkeit unterstützt. Der „Giornale d'Italia" vom 18. 5. 1914 sprach von einer „tumultuösen Billigung der Intransigenz" durch den Kongreß und stellte die Annäherung an den Katholizismus der Gegnerschaft zum Liberalismus gegen-

[66] Schon im ersten Jahr seines Erscheinens hatte „Il Regno" geschrieben, der Irredentismus könne nur einen Teil des Nationalismus ausmachen, denn es sei unzulässig, daß die Wiedergewinnung von zwei Provinzen die ganze nach außen gerichtete Tätigkeit einer Großmacht darstelle.

[67] Er entstammte dem venezianischen Patriziat. Im Jahre 1919 Unterstaatssekretär für die Kolonien, verlor er bei den Wahlen im November 1919 sein Abgeordnetenmandat. Seine gesammelten Schriften und Reden erschienen mit einer Vorrede von L. Federzoni unter dem Titel „Per l'Italia più grande", Rom 1928.

[68] Professor der Nationalökonomie an der Universität Padua. Er stieß 1914 zur nationalistischen Bewegung und hatte seitdem in Padua seine eigene Wochenschrift „Il dovere nazionale". In die Kammer von 1921 gewählt, wurde er zum Wortführer der nationalistischen Abgeordneten. Im ersten Kabinett Mussolini Unterstaatssekretär im Schatzministerium, 1923 Minister für Kriegsschäden und Pensionen, 1926/27 Ministro Guardasigilli. Er erarbeitete die aus Lateranvertrag und Laterankonkordat sich ergebenden Gesetze. Er starb 1936 während des abessinischen Krieges.

[69] Die Referate des Kongresses in: Il nazionalismo economico, Bologna 1914. Das Ausscheiden der Liberalen führte in verschiedenen Städten zur Gründung nationalliberaler Gruppen, deren Organ die „Azione" (zunächst in Bologna, dann in Mailand) war.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über[70]. Giovanni Amendola bezeichnete den Streit, der der Spaltung zugrunde lag, als einen Streit der Ideen, der beweise, daß die liberale Partei immer noch eine Partei der Idee sei. Francesco Coppola griff diese Behauptung auf und warf der liberalen Bourgeoisie, der „humanitären und individualistischen Tochter von 1789", die Ohnmacht ihrer Ideen gegenüber dem Sozialismus vor. „Und eben diese Ohnmacht bewirkt aus anderen Gründen ihre nicht mindere Wehrlosigkeit uns gegenüber."[71]

Die Nachgiebigkeit des Bürgertums gegenüber den ihre Rechte einklagenden Massen, der von den leitenden Politikern aufrechterhaltene Wille, nicht konservativer zu sein, als es die Geburtsurkunde des Königsreichs zuließ, trennten die italienische Gesellschaft von der nationalistischen „Elite". Diese verabscheute das seinen politischen Willen organisierende Proletariat, dem die Regierung vielfach entgegenkam. „Wann und wie entstanden die neuen nationalen Lehren?" fragt Corradini vor seinen Zuhörern anläßlich eines Vortrags in Triest am 11. 12. 1913, worauf er die Antwort gibt: „Es ist kein Zweifel, daß sie als Reaktion gegen den Sozialismus entstanden."[72] Den Bürgern rufen die Nationalisten zu, den Graben zu überspringen. Sie sollen ihre Macht behaupten, ohne nach deren Recht zu fragen.

Die Bewegung der Elite drängte auf die Straße, um mit den demonstrierenden oder streikenden Proletariern in Wettbewerb zu treten. Es ist von höchstem Interesse, wie diese Tendenz kurz vor dem Ersten Weltkrieg Gestalt gewann, ein wahrscheinlich spontanes und wie zufällig geglücktes Experiment, ehe in den „strahlenden Tagen des Mai" unter Beihilfe der pathetischen Demagogie D'Annunzios das gelang, was Croce eine Revolution genannt hat: der Kriegseintritt Italiens erfolgte gegen den Willen der Volksmehrheit und der Mehrheit im Parlament.

Erste Spuren eines militanten Vorgehens gegen die „sovversivi" lassen sich im Juni 1914 feststellen. In einem Bericht der „Idea Nazionale" vom 5. 6. 1914 heißt es: „Angesichts der sozialistischen Gewalttaten sind allein die Nationalisten fähig gewesen, energisch Propaganda gegen Propaganda zu setzen." Nur sie hätten Gefahren für Leib und Leben auf sich genommen, indem sie sich in die Versammlungen der Sozialisten begaben. Wenige Tage später, vom 8. bis 10. Juni, brechen anläßlich eines Generalstreiks in Italien an mehreren Orten Unruhen aus. Sie werden am 10. Juni in Rom damit beantwortet, daß eine nach Zehntausenden

[70] Paola Maria Arcari, Le elaborazioni della dottrina politica nazionale fra l'unità e l'intervento (1870–1914), Bd. 3 (Appendice), Florenz 1934–1939.

[71] „E questa stessa impotenza, per differenti ragioni, la fa non meno inerme contro di noi", „Idea Nazionale", 30. 5. 1914.

[72] „Quando e come nacquero le nuove dottrine nazionali? – Non c'è alcun dubbio che nacquero come reazione contro il socialismo." Der Vortrag hatte das Thema: „Le nuove dottrine nazionali e il rinnovamento spirituale", in: E. Corradini, Il nazionalismo italiano, Mailand 1914. – Das „reaktive" (um nicht zu sagen: reaktionäre) Verhalten der italienischen Nationalisten hat L. Federzoni in einer Parlamentsrede vom 25. 2. 1914 treffend zum Ausdruck gebracht. In einem Angriff auf den Abgeordneten und ehemaligen Minister Luigi Luzzatti erklärte er, dieser sei gewiß ohne es zu wollen und vielleicht ohne es zu wissen, „zwar nicht einer der Meister, bestimmt jedoch einer der Urheber unserer Bewegung"; der Nationalismus habe sich „vor allem als Protest und Reaktion gegen eine Politik der internationalen Enthaltsamkeit" erhoben. „Idea Nazionale", 26. 2. 1914.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zählende Menge – „in ihrer großen Mehrheit Kleinbürger und Arbeiter" – den ganzen Nachmittag in dichten Kolonnen die Hauptstraßen der Stadt durchzieht in der Bereitschaft, Gewalt gegen Gewalt zu setzen. Interessant ist, daß, nach dem Bericht der „Idea Nazionale" vom 13. Juni, daraufhin die Presse, auch die bürgerliche, die Nationalisten beschuldigt, Reaktionäre zu sein. Abermals betont das Blatt, daß die Nationalisten die einzigen gewesen seien, „die es gewagt hätten, unter großen Gefahren für ihre Person gegen Gruppen von Übeltätern aus der untersten sozialen Schicht vorzugehen"[73]. Es wird betont, daß es sich dabei um Bürger der Stadt aus allen Klassen gehandelt habe. Soldaten, denen man Beifall bezeigte, und ein „Regen von Blumen" hätten die Tiefe des Ursprungs dieser „Gegenbewegung"[74] bezeugt. Von nun an wisse das Volk, daß es in sich selbst die Kraft habe, der anarchischen und demagogischen Tyrannei nicht zu unterliegen. Zu gleicher Zeit organisierten sich in Bologna Freiwilligenstreifen von Bürgern, die die Ordnung in der Öffentlichkeit zu überwachen beabsichtigten. Sie durchzogen die Stadt, forderten die Wiedereröffnung der Läden und – dies ein weiteres Zeichen des Terrors – die Beflaggung der Häuser. Es kam zu zahlreichen Zusammenstößen mit den Streikenden. Während in Rom und Bologna von einem Eingreifen der Behörden nichts gemeldet wird, stießen in Mailand die Nationalisten bereits mit der Polizei zusammen. Florenz hingegen war für anderthalb Tage in der Hand der Sozialisten, bis „die besseren Elemente der Bürgerschaft und alle unsere Mitglieder"[75] unter Gesängen demonstrierend die Stadt durchzogen, die Öffnung der Geschäfte und die Beflaggung der Häuser erzwangen. Hier betrachtete der Präfekt beide Demonstrationen als Revolte und erklärte, neutral zu bleiben.

Unmittelbar vor Beginn des europäischen Krieges also ist eine Minderheit von „Bürgern" bereit gewesen, auf die Straße zu gehen. Es wäre zu untersuchen, woraus ihr Anhang damals bestand. Die Zeitung nennt nur aus Rom die Zahl der Demonstrierenden. Sie dürfte auch dort, mit fünfzigtausend, überschätzt gewesen sein. Immerhin bot Roms zahlreiches Subproletariat einen sozialen Boden für die Mobilisierung der Straße zugunsten der antisozialistischen und antidemokratischen Reaktion. In Rom gab es Blumen – sie waren ein Vorbote der „strahlenden Tage des Mai".

Der Ausbruch des österreichisch-serbischen Konflikts brachte die italienischen Nationalisten in eine schwierige Lage, sobald das Deutsche Reich dem Krieg beigetreten war. Die Bewunderung für Deutschland hatte bei ihnen obenan gestanden; denn in ihren Augen hatte das aufstrebende Reich den Beweis erbracht, daß eine andere Moderne an der Zeit war als die der liberalen Demokratie, die sich auf die Ideen von 1789 berief. Sie sahen nicht und waren unfähig zu sehen, daß auch in Deutschland der demokratische Gedanke stetig an Boden gewann. Im Unterschied

[73] „. . . che soli hanno osato affrontare con grave rischio delle loro persone gruppi di facinorosi d'infima specie sociale . . .".

[74] „. . . quanto profondo fossero le origini di quel moto reazionario . . .". Das Wort „reazionario" dürfte hier noch in seiner Grundbedeutung zu verstehen sein.

[75] „. . . *gli elementi migliori della cittadinanza e tutti i nostri soci*" – so die „Idea Nazionale".

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zur inneren Lage Italiens allerdings stand er im Deutschen Reich in der Opposition. Neben einer zu machtvollem Selbstbewußtsein herangewachsenen Sozialdemokratie bekundete er sich wesentlich durch die Bewegung in Kunst und Literatur, und in der letzteren nicht allein durch den willentlich engagierten „Zivilisationsliteraten", sondern auch die von rein künstlerischen und menschlichen Gesinnungen getragenen Tendenzen. Das Deutschland, das den italienischen Nationalisten vor Augen stand, war das der glanzvollen Rüstung einer disziplinierten Armee, das der bereits mit England konkurrierenden Schwerindustrie, das der „Weltgeltung". Die Bewunderung für Japan hatte, wie wir bereits sahen, ähnliche Motive. Mag der Dreibund eine politische Allianz sein, die lediglich opportun und als politische Notwendigkeit etwas Vorübergehendes ist, so äußerte sich die „Idea Nazionale" vom 17. 7. 1913, so ist das italienisch-deutsche Bündnis eine historische und natürliche Notwendigkeit, folglich von Dauer und unabhängig von den Wechselfällen der Politik und den Einfällen der Regierungen. Nur dann sei der Dreibund von Wert, wenn man ihn als eine besondere und zeitlich begrenzte Form des Bündnisses mit Deutschland betrachte[76]. Am 31. Juli 1914 erging vom Exekutivkomitee der Associazione Nationalista eine Resolution, die feststellte, daß Italien sein Verhalten nicht festlegen könne. Sie wandte sich gegen „schädliche sentimentale Irrwege" („nocive deviazioni sentimentali") und forderte die nationalistischen Gruppen auf, durch ihre Propaganda das Land zu diszipliniertem Verhalten zu bewegen. Federzoni hatte in einer Sitzung der römischen Gruppe nach dem Ultimatum Österreichs festgestellt, daß die Interessen Italiens widersprüchlich seien. Die Stärkung der Adriastellung Österreichs, wahrscheinliche Folge einer Begrenzung des Konflikts, könne Italien nicht wünschen. Die Nationalisten sollten sich nicht nach festliegenden Schemata verhalten, vielmehr ihre Gefühle disziplinieren und nur den Vorteil des Landes im Auge behalten. Die wahre Gefahr, so betonte Forges Davanzati, sei die innere einer Sentimentalität, welche die Verantwortlichen hindere, die Interessen Italiens so wahrzunehmen, daß damit die Hoffnung auf einen Sieg verbunden sei. Offensichtlich meinte er den Kriegseintritt auf der Seite des Dreibunds; denn die Sympathie der Italiener, soweit sie sich überhaupt durch den Krieg engagiert sahen, galt fast ausschließlich Frankreich und Serbien, bald auch Belgien. Forges Davanzati wandte sich gegen das ganz nutzlose Studium der Art und Weise, wie das österreichische Ultimatum erfolgt sei; dies gebe nur der „corrente di sentimentalismo austrofobo" Nahrung. Da Österreich nach den Balkankriegen der Weg nach Süden verlegt sei, komme es auf die Form der Note nicht an, und Italien könne nicht in „gefühlsbetontem Philoserbismus" machen. Immer noch ist Deutschland das Vorbild und, zum Glück somit, die stärkere Macht, die die miteinander in Konflikt

[76] Ähnlich am 16. 4. 1914 in der „Idea Nazionale" Ruggero Fausto in seinem Artikel „L'Austria nella Triplice": „Con l'Italia non ha nessun grande interesse comune, nessun motivo di solidarietà, nessun nemico comune. L'Austria è l'alleata dell' Italia solo inquanto l'Italia è l'alleata della Germania alleata dell'Austria. Anche nella pratica la migliore politica italo-austriaca (quella di Crispi) è stata fatta attraverso la Germania. L'alleata dunque è la Germania. È l'alleata indispensabile."

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geratenen Kräfte kühl errechnet habe[77]. Die so sich äußernde relative Zurückhaltung aufgebend, trat der Nationalist Maffeo Pantaleoni auf derselben römischen Sitzung offen für den Kriegseintritt auf Seiten der Mittelmächte ein.

Schon in der nächsten Ausgabe der „Idea Nazionale" (vom 6. 8. 1914) allerdings gab Giuseppe Bevione der Regierung recht, die der Wahrheit gemäß den casus foederis für nicht gegeben erklärt hatte. Der seit zweiunddreißig Jahren gültige und dreimal erneuerte Vertrag könne Italien nicht gegen seine vitalen Interessen binden, und Österreich habe den Krieg provoziert. Wieder eine Woche später, am 13. 8. 1914, sprach Forges Davanzati sich für die Notwendigkeit eines italienischen Eingreifens aus. Die Neutralitätserklärung habe drei gleicherweise verächtliche Personenkreise für *sich*: die Freunde Frankreichs, die revolutionären Sozialisten und gewisse Triplizisten, die immer dann zum Applaus bereit seien, wenn der Dreibund Italien ein Opfer abverlange[78].

Noch am 3. 9. 1914 ist die Entscheidung der Associazione Nazionalista nicht gefallen. In der Ausgabe der „Idea Nazionale" von diesem Tage wendet Antonio Pagano in einem „La barbarie teutonica" überschriebenen Artikel sich gegen den Deutschenhaß, zu dessen Erregung die italienische Presse an die überlieferte Furcht des lombardischen Bauern vor den „lanzichenecchi" anknüpfe. In der Kunst der Regierung und des Krieges gebe es keinen Unterschied zwischen deutschen und nichtdeutschen Methoden. „Wenn in Deutschland die strenge Anwendung der Grundsätze der Ordnung gute Wirkungen ergab, so lag kein Grund dafür vor, daß anderswo die äußerste Duldung der Unordnung nicht schlechte Ergebnisse zeitigte." Bei „gewissen Intellektuellen" sei es aus psychologischen Gründen zu einer Deutschenfurcht gekommen. Für Deutschland jedoch sei ein demokratisches Regime nicht passend, mochte es sich auch den Sozialismus Lassalles angepaßt haben[79], und es werde sich herausstellen, daß ein solches Regime für kein Volk passend ist[80]. In diesem Urteil kündet die faschistische Ära sich an.

Vom 10. 9. 1914 an ist die „Idea Nazionale" und sind die italienischen Nationalisten für den Eintritt in den Krieg auf Seiten der Entente gewonnen. Die entscheidende Tatsache war das Londoner Abkommen vom 4. 9. 1914, in welchem England, Frankreich und Rußland sich dazu verpflichteten, keinen Separatfrieden

---

[77] „Chi è più forte? – Il tedesco ha già compiuto il freddo calcolo delle forze in conflitto che noi avremmo dovuto fare, ed ha preso il suo partito." „Idea Nazionale", 31. 7. 1914.

[78] „. . . certi triplicisti di vecchia conoscenza, che sono stati sempre pronti ad applaudire ogni qual volta la Triplice Alleanza costasse un sacrifizio all' Italia . . .".

[79] Dies darf als eine Verbeugung vor dem italienischen Syndikalismus angesehen werden, dessen komplexe Beziehungen zu den Nationalisten hier nicht dargestellt werden können.

[80] „Alla Germania non si confaceva il regime democratico-radicale, benchè essa sapesse assimilarsi il socialismo di Lassalle, ma dove è quel popolo, cui qual regime si confaccia?" – Pagano, der sich in derselben Nummer der „Idea Nazionale" mit der jüngsten Geistesgeschichte Deutschlands auseinandersetzt, will die Allgemeingültigkeit der „deutschen Prinzipien" erweisen. Sähe man diese isoliert oder bewundere sie nur als Ausdruck eines deutschen Nationalgeistes, so verfalle man dem Irrtum, in den Deutschen „Übermenschen" („una razza di superuomini") zu sehen.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu schließen. Dieses Abkommen schien den Endsieg der Entente zu garantieren. Es bedeutete in den Augen der Nationalisten die Rettung des absterbenden Frankreich durch die unerschöpfliche russische Landmacht und die unbesiegbare britische Seeherrschaft. „So werden früher oder später", schreibt die „Idea Nationale" am 10. 9. 1914, „die drei großen Mächte der Volkskraft, des Geldes und der See über die allein militärische Organisation Deutschlands die Übermacht gewinnen."[81] Der Ausgang des Krieges ist entschieden, die Interessen Italiens sind eindeutig. Italien muß dabei sein, und Italien muß auf der Seite des Siegers sein. Der Artikel ist überschrieben: „Contro i patroni della neutralità"; und in derselben Nummer setzt die Polemik gegen Bülow ein, den „patrono tedesco".

Die frankophile und demokratische Motivierung des Interventionismus hat sich die Associazione Nazionalista in keiner Phase des Krieges zu eigen gemacht, vielmehr sie stets aufs schärfste bekämpft. Es war die Überzeugung des italienischen Nationalismus, daß die Vergangenheit der Völker nie demokratisch war und daß ihre Zukunft es nie werde sein können[82]. Geleugnet wurde, daß der Krieg auch ein internationales Gesicht hatte, in dem sich ein Gefälle von Demokratie ausdrückte. Das gesamte Bild des europäischen Konflikts wurde von der nationalistischen Theorie schematisch auf den imperialistischen Wettbewerb reduziert. Sie moralisierte nicht. Besonders eingehend hat zu Beginn des Krieges Francesco Coppola, er war vor allem ein dezidierter Gegner der „borghesia liberale", die ihr Humanitarismus und Individualismus wehrlos mache[83], sich mit den moralischen, politischen und historischen Fragen auseinandergesetzt, die das Ende der friedlichen Entwicklung Europas aufwarf. In der umfangreichen Einleitung zu seiner Aufsatzsammlung „La crisi Italiana"[84] schreibt er: „Die eigene, von friedlichen Absichten bestimmte Unschuld und den heimtückischen Angriff des Feindes zu behaupten, wie dies reihum die kriegführenden Regierungen getan haben, ist nur eine vorläufige und mittelmäßige politische Feststellung, die natürlich jeden historischen Wertes entbehrt."[85] Die „reazione" scheut oder hat keine Mühe, sich aufgeklärt zu geben.

Der italienische Nationalismus war mit dem Anspruch aufgetreten, in Übereinstimmung mit einem historischen Gesetz zu handeln. So mußte er den Ersten Weltkrieg als seine Bestätigung werten, er war für ihn die große Revolution[86]. Deren Inhalt hat er im voraus bestimmt: als Revolution nicht einer Klasse gegen eine Klasse, sondern von Nationen gegen Nationen, als einen Aufbruch alter und neuer Kräfte, die in den hergebrachten Formen sich nicht auffangen ließen, als

[81] „Cosi le tre grande potenze, demografica, finanziaria, navale avranno o più presto o più tardi ragione della sola organizzazione militare della Germania."

[82] So L. de Prosperi in seinem Artikel „Democrazia e socialismo di fronte agl' ‚Immortali Principi'", nämlich den Prinzipien von 1789: „La storia non è nè può mai essere democratica", Idea Nazionale, 8. 1. 1914.

[83] Idea Nazionale, 30. 5. 1914.

[84] Rom 1916.

[85] A. a. O., S. XIII.

[86] „. . . la guerra europea . . . una vera e propria rivoluzione mondiale", F. Coppola, a. a. O., S. XI.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„die gewaltsame Rückkehr der Völker zur heldenhaften Wahrheit bei gleichzeitigem gewaltsamen Zusammenbruch des pazifistischen und plutokratischen Internationalismus", ja als „die Rückkehr der Menschheit zur menschlichen Wahrheit bei gleichzeitigem Bankrott der humanitären Verfälschung"[87]. Junge, aufstrebende Mächte seien Deutschland und Japan – Italien soll es werden. Frankreich und England, überhaupt der Westen, verteidigten nur ihren Besitzstand, sie seien wesentlich konservativ. Rußland sei ein Koloß, der bloß nach innen blicke. Es bestand für den italienischen Nationalismus ein schwieriger Konflikt, indem er realistischerweise im Bündnis mit der Entente die einzige Chance für den eigenen Imperialismus sehen, in Deutschland jedoch immer noch die wahrhaft aufsteigende Macht erblicken mußte[88].

Auch im Bündnis mit dem Westen kann der Nationalismus sich nicht genug tun, gegen jedes andere soziale Bewußtsein sich abzugrenzen, gegen die Demokratie, den Individualismus und den Humanitätsgedanken, gegen die „Plutokratie" und den „Materialismus", gegen Pazifismus, Liberalismus, Sozialismus und Freimaurerei. Gegen sie alle führt er die „gewaltsame Reaktion des nationalen und völkischen Instinkts"[89] ins Feld, von der Coppola sagt, daß sie „unerwartet" gewesen sei, obgleich sie sich seit einiger Zeit in den jüngeren Generationen angekündigt habe. Das Neue ist für ihn zugleich eine geistige Erneuerung; ein Bedürfnis nach Wahrheit und Heil spreche sich darin aus; es stelle die Wiedergeburt des kriegerischen und religiösen Idealismus dar; und er beruft sich auf Vicos „ricorsi". Da Vico indessen ein Gesetz der Geschichte selber hatte finden wollen und somit im Mythos und im Heroentum ein Stadium der Universalgeschichte sah, beruft der Nationalismus sich auf ihn zu Unrecht. Denn nicht einmal die imperialen Ziele der Großmächte, vorausgesetzt, nur um sie wäre es im Ersten Weltkrieg gegangen, bedeuteten die allgemeine Rückkehr zu heroischer Barbarei. Der Nationalismus kann auch mit den „ricorsi" nur willkürlich verfahren, wie mit allem, was nicht die Interessen der imperialistischen Gegenwart unmittelbar betrifft, und er greift bereits weit über diese hinaus, indem er die gesamte Geschichte auf bloß noch biologisch faßbare Prozesse reduziert. Kein Zufall somit, daß wir hier bereits auf die Begriffe des

[87] „. . . violento ritorno dei popoli alla verità eroica sulla violenta rovina dell' internazionalismo pacifista e plutocratico, ritorno dell' umanità alla verità umana sul fallimento della falsificazione umanitaria". A. a. O., S. XV. – Daß die Kriegsverherrlichung noch über das für den imperialen Anspruch erforderliche ideologische Bedürfnis hinausgehen konnte, erweist L. de Prosperi in seinem bereits erwähnten Beitrag in der „Idea Nazionale" vom 8. 1. 1914, worin es heißt, die Geschichte sei bis heute von Völkern gemacht worden, die sich auf den Ruinen anderer Völker behauptet hätten; der Krieg sei der höchste Maßstab neuer wie alter Werte gewesen; in unermeßlichen Rausch habe den Mann die höchst freudige Empfindung des Unterschieds versetzt, der zwischen dem zum Tod auf dem Schlachtfeld Bereiten und demjenigen bestehe, „der zur Aufgabe seiner Seele für eine bürgerliche, demokratische Verdauungsstörung bereit" sei („. . . chi si propone di rendere l'anima per una borghese democratica indigestione").

[88] „La Germania rivoluzionaria contro l'Inghilterra e la Francia conservatrici", Coppola, ebenda, S. XVII.

[89] „. . . la violenta reazione dell'istinto nazionale ed etnico . . .", ebenda, S. XX.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jungen im Gegensatz zum Alten treffen, im Gegensatz zu den „Werten des nationalen und internationalen Greisentums"[90], Begriffe, die ihre große Rolle in der faschistischen Ideologie noch vor sich haben. Die persönliche Verkörperung des Alten war Giovanni Giolitti, der so wenig wie möglich Außenpolitik hatte machen wollen. Überhaupt habe das ganze italienische Volk seit Jahrhunderten die Geschichte den anderen überlassen. Die „Gesinnung des Zuschauers", die Coppola seiner Nation vorhält, war jedoch keine andere als die des Untertanen, der in ganz Europa, kein Land – abgesehen von den Resten der vorfeudalen Gemeinfreiheit – ausgeschlossen, erst zum Citoyen werden mußte.

In der Tatsache, daß nur eine Minderheit den Risorgimento zustande gebracht hatte, fand der Nationalismus den Trost für seine isolierte Stellung innerhalb der italienischen Nation. Jene „Aristokratie" von „Denkern, Märtyrern, Politikern und Kriegern"[91] sei nur zeitlich und zufällig mit der demokratischen Idee zusammengetroffen, und so mußte die Idee des Risorgimento und des Vaterlandes ihre heroische und nationale Bedeutung verlieren und durch eine bloß rhetorische einzig für die „Wahlindustrie" ersetzt werden[92]. Der nationale Mythos, Mythos schlechthin, war im Massenirrtum einer „fraternità pacifista" untergegangen. Dem „schwachsinnigsten Positivismus", dem „gröbsten Materialismus", den „lächerlichsten soziologischen Vorurteilen" war die Nation, und Coppola schließt sich selbst nicht aus, erlegen. Aber im stillen sei ein neues Italien herangewachsen. Mit seinerseits sublimer Beredsamkeit entwirft der Nationalist sein bezauberndes Bild; abermals tritt der ästhetische Antrieb der Bewegung ans Licht. Gegen die profane Menge stellt sich der einsame Politiker, ein Denker, ein Dulder, verkannt noch, doch mit den hohen Mächten im Einklang. Wie dieses ästhetische Motiv, wenn wir es so nennen dürfen, die Verbindung mit der banalen politischen Welt einging[93], dieser Vorgang dürfte erst aus biographischen Zeugnissen in seiner dramatischen Bewegtheit zu erschließen sein. Das elitäre und ungesellige, ja antisoziale Moment ist aus dem Nationalismus Italiens nicht wegzudenken[94]. Es entsprach in bemerkenswerter Weise der politischen und sozialen Realität Italiens, daß die Mehrheit der Italiener aus dem Gegensatz zu den imperialen Absichten nie herausgetreten ist. Wenn Prezzolini damals den Italienern ihre Liebe zu D'Annunzios Poesie und zugleich die wenn auch widerwillige Anerkennung der Prosa Giolittis bestätigte, so gilt dies

[90] „. . . i valori della senilità nazionale ed internationale . . .", ebenda, S. XXIII.

[91] „Il nostro Risorgimento . . . fu opera di una aristocrazia italiana di pensatori, die martiri, di politici e di guerrieri . . .", ebenda, S. XXIX.

[92] „L'idea stessa del Risorgimento e della patria, grado a grado, nei figli degli apostoli e dei martiri, da valore eroico nazionale si era mutata in valore retorico per l'industria elettorale." Ebenda, S. XXX.

[93] In diesem Zusammenhang wäre beispielsweise darzustellen, wie der Mythos der heroischen Seefahrt sich mit den Interessen der italienischen Reeder einließ, mit ihnen zu vereinbaren war oder zu ihnen in Widerspruch geriet.

[94] Noch vor dem Marsch auf Rom begrüßt der Nationalist Alfredo Rocco die „linea teorica profondamente antidemocratica" des Faschismus, Idea Nazionale, 6. 1. 1922, in: Scritti e discorsi politici, Mailand 1938, S. 617.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mehr oder weniger auch für alle Schichten des Bürgertums. Im letzten Jahr seines Lebens ist der italienische Diktator hierauf zu sprechen gekommen[95]. Er berichtet, während seiner Haft auf dem Gran Sasso im September 1943 an den Krieg von 1915–1918 zurückgedacht zu haben. Italien sei in einer Bürgerkriegsatmosphäre in ihn eingetreten, die bis Caporetto angedauert habe und gleich nach Versailles wieder aufgelebt sei. Niemals habe das Volk diesen Krieg gebilligt; es habe ihn den der Mailänder genannt (weil Mailand als Zentrum der Kampagne für den Kriegseintritt galt), und viele Mailänder hätten an der Front ihre Herkunft verheimlicht, um der Rache ihrer Kameraden zu entgehen[96]. Daß der Krieg von der großen Mehrheit des Volkes „nicht mitempfunden" („non sentita"), ihr unerwünscht war, mag ein erstaunliches Eingeständnis des Diktators sein. Doch hat nicht einmal die Diktatur die Tatsache aus dem Bewußtsein verdrängen können, daß Italien 1915, ohne bedroht oder in Bündnisse verstrickt zu sein, in den Krieg eingetreten war[97]. Die Frontsoldaten mußten durch ein Zirkular des Generals Cadorna zum Wohlverhalten den Freiwilligen gegenüber angehalten werden; und, dem Diktator zufolge, waren diese nicht einmal bei den Offizieren des Heeres angesehen[98]. Mussolini verschweigt allerdings den Anteil der frankophilen Demokratie an der interventionistischen Propaganda, für die der Krieg gegen die Zentralmächte mit der Vollendung des Nationalitätenprinzips die Lösung aller äußeren Fragen Europas ein für allemal zu erzwingen bestimmt war. Die differenzierte politische Topographie sowohl der Interventionisten als auch der Neutralisten reichte von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken. Aber mit dem Siege des Faschismus sollte sich die nationalistische, und damit die „revolutionäre" Auslegung des Ereignisses durchsetzen. Fast auf den Tag genau drei Jahrzehnte nach seinem Eintritt ist sie von der Geschichte widerlegt worden.

Corradini hatte zu Beginn des Weltkrieges erklärt, die Interessen Italiens könnten „auch anderswo" liegen als in Österreichs Machtbereich. Dieses „anderswo" vermochte für das nationalistische Unmaß schließlich überall zu sein. Die im Frühjahr 1914 von der Türkei erworbene Eisenbahnkonzession im Gebiet von Adalia südlich des Taurus, womit die Ablösung der Besetzung des Dodekanes bezahlt werden sollte, damals ein in seinen Zusammenhängen von der Öffentlichkeit noch nicht verstandener Vorgang, war den Nationalisten wie ein glückliches Wunder erschienen. G. A. Rosso, Privatsekretär des nationalistischen Abgeordneten Foscari, forderte 1916 in seinem Buch „I diritti d'Italia oltremare" den Jemen als notwendige Ergänzung für Erithrea, ferner Alexandrette, Antiochien und Aleppo; und er erwog

[95] Benito Mussolini, Storia di un anno (mit dem merkwürdigen Untertitel „Il tempo del bastone e della carota" – „die Zeit von Zuckerbrot und Peitsche"), Mailand, (November) 1944. Das Buch ist in der dritten Person abgefaßt.

[96] Ebenda, S. 123.

[97] Edgar R. Rosen legt in seiner Abhandlung: Italiens Kriegseintritt im Jahre 1915 als innenpolitisches Problem der Giolitti-Ära, Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Faschismus, HZ 187 (1959), S. 289–363, die inneren Faktoren, die zum Kriegseintritt führten, detailliert dar.

[98] Mussolini, a. a. O., S. 124.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Vorteile und Nachteile von Annexionen in Anatolien. Francesco Coppola verlangte in einem Vortrag in der Universität Rom die Inbesitznahme ganz Anatoliens bis zur Grenze Armeniens[99]. Sonninos bescheidenere Politik begnügt sich mit der Zuteilung Smyrnas und einer Einflußzone im Norden der Stadt, ein Erwerb, der während der Abwesenheit der italienischen Vertreter auf der Friedenskonferenz an Griechenland verlorenging. Alle imperialistischen Forderungen – nur die Oasen Gad und Gadames sowie Jubaland konnten erworben werden – erwiesen sich bei Kriegsende als ohnmächtig; und was sich durchsetzte, war der von den Nationalisten gering geschätzte Irredentismus. Mit der üblichen Schroffheit wandte sich der Nationalismus der Adria zu und nannte Jugoslawien „einen antinatürlichen und antihistorischen", einen „halbbarbarischen und unwiderruflich feindlichen Staat"[100].

Italien, so meinte R. Forges Davanzati bei Beginn der Friedenskonferenz, habe für Afrika operiert, aber es sei von den „Kräften der Geschichte" nach Asien geführt worden. Diese hätten sich als stärker erwiesen denn die „hartnäckige Schäbigkeit" der Verzichtpolitiker, der „rinunciatori di casa nostra" der „greisenhaften Bewunderer des Imperialismus der anderen"[101]. Bis Alexandrette sollte, Artikel 9 des Pakts von London zufolge, Italiens Interessenzone reichen. Aber nach dem Waffenstillstand mit der Türkei landeten Frankreich und England dort am 10. November 1918, und Italien blieb untätig. Zunehmend wandte sich nun die Stimmung des italienischen Nationalismus gegen die Westmächte, als deren Verbündete man sich drei Kriegsjahre hindurch gefühlt hatte. Dies war immerhin so weit gegangen, daß Corradini noch im August 1918 die demokratischen Kriegsziele der Herstellung eines universalen Rechts und einer universalen Freiheit, der Einrichtung eines Völkerbunds, des immerwährenden Friedens, für den die Niederwerfung des preußischen Militarismus und des deutschen Imperialismus die Bedingung sein sollte, als eine mythische Redeweise anerkannte, die „natürlich" und „in Übereinstimmung mit der zweiten, der mythischen und mystischen Natur der Menschen" sei. In der Tat gelte es, Deutschland und Preußen niederzuwerfen, auf daß „die anderen Nationen Europas und der Welt den unterbrochenen Lauf ihrer Geschichte mit ihren gesunden Kräften und ohne die Gefährdung durch ungesunde Kräfte fortsetzen könnten"[102]. Diese sind für ihn im Kaiser und in Lenin verkörpert, beide stünden gegen die Welt und außerhalb der Welt; beide seien „die Erzeuger einer Realität von Leidenschaft und Blut, die die Völker erdulden", aber beide befänden

[99] Weitere Kriegsziele des italienischen Nationalismus waren: natürliche Grenzen für Libyen, das Desinteresse der Alliierten an einer italienischen Durchdringung Abessiniens, Garantie der italienischen Interessen bei der Neuordnung Arabiens, vor allem an der Küste des Roten Meeres. Vgl. Paola Maria Arcari, Le elaborazioni della dottrina politica nazionale fra l'unità e l'intervento, Florenz 1934–1939, Bd. 3, S. 53. – Der Leitartikel der Idea Nazionale vom 20. 8. 1918 tritt für ein „Africa Orientale Italiana" an der Seite Frankreichs und Englands ein.

[100] Idea Nazionale, 19. u. 25. 11. 1920; zitiert nach M. Vaussard, De Pétrarque à Mussolini, Paris 1961, S. 235.

[101] „La nuova posizione dell'Italia in Asia Minore", Idea Nazionale, 18. 2. 1919.

[102] „Non proporre, ma chiedere la pace", Idea Nazionale, 30. 8. 1918.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich zugleich „außerhalb der lebendigen und wahren Realität", und nur um sich zu schaden und einander zu vernichten, seien sie in Berührung miteinander gekommen. Dies will Corradini „zum Trost und zur Aufrichtung des menschlichen Bewußtseins" festgestellt wissen[103].

Es war vorauszusehen, daß sich das Programm des italienischen Nationalismus nach dem Kriege nicht ändern würde. Die Denunzierung des militärischen Sieges als der „vittoria mutilata" bot ein zusätzliches Motiv, um die alten sozialen und politischen Kräfte im Zustand der Anklage zu halten. Auf dem Nachkriegskongreß der Associazione Nazionalista vom 16. bis 18. 3. 1919 in Rom – es war der vierte und sollte der letzte sein – erklärte Alfredo Rocco, „daß die wesentlichen Grundsätze der nationalistischen Doktrin gestärkt aus dem Krieg hervorgegangen" seien[104]. Stereotyp wird die Forderung nach Solidarität im Innern für den Kampf nach außen wiederholt. Die Konkurrenz der Nationen werde weitergehen, sie erfordere für Italien „un'unità compatta". Abermals muß sich die Nation auf den Kampf vorbereiten – nach dem der Waffen nun wieder auf politischem und wirtschaftlichem Feld. Abermals ist von der Vorbereitung einer weiteren Expansion Italiens die Rede. „Im Betreff der inneren Politik ist es immer das gleiche Prinzip der Solidarität, das vorherrschend ist. Wir treten aus dem Krieg heraus (das muß gesagt werden) verarmt an Reichtümern, so daß heute mehr denn je das italienische Problem ein Problem der Produktion ist: mehr arbeiten, mehr produzieren. Es ist nötig, daß Italien die Lasten zu ertragen weiß, die der Krieg auf sein Haupt mehr als auf die der verbündeten Länder gehäuft hat."[105] Das Eingeständnis, daß der Krieg die reichen Versprechungen, die der Nationalismus an ihn geknüpft hatte, nicht einlöste, entmutigt den Nationalisten nicht. Nun erst recht gilt es, der Idee der Nation sich zu verschreiben. Indem Rocco mehr Arbeit und eine erhöhte Produktion von Gütern fordert, anerkennt er diese keineswegs als die Grundlage der Gesellschaft. Vielmehr bleibt die Arbeit dem außenpolitischen Zweck untergeordnet, sie wird zur Verbündeten des Krieges.

Das Verhältnis von Arbeit und Nation bleibt ungeklärt; und ebenso verdeckt der Glaube an die Nation die Unfreiheit der Arbeiter, wie er die relativen Freiheiten der ökonomisch mächtigeren Klassen vergessen zu machen bestimmt ist. Auf diesen Schein wird der Faschismus sich berufen können, wenn es ihn nützlich dünkt, sich „sozialistisch" zu geben. Ungeachtet des Ernstes, den Rocco an den Tag legt, wird in seinen Ausführungen zur Arbeiterfrage die demagogische Tendenz vernehmbar – wie spielend gelingt die verbale Umdeutung dessen, was der Inhalt eines hundertjährigen Kampfes der Arbeiter war. Die im italienischen Nachkrieg heftiger gewordenen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit lassen den Gedanken der Syndikate aktuell werden. Die Nationalisten werden nicht müde, gegen die zahlreichen Streiks ihre Stimme zu erheben. Sie hatten den Arbeiterorganisationen

[103] „Il Kaiser e Lenin", Idea Nazionale, 9. 9. 1918.

[104] „Il programma politico dell'Associazione nazionalista", in: Scritti e discorsi politici di Alfredo Rocco, Milano 1938, S. 475.

[105] Ebenda, S. 477.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die disziplinierende Kraft abgesehen. „Die innere Disziplin . . . ist mehr denn je notwendig, weil in ihr die Autorität und Kraft des Staates besteht; nicht freilich als Übertölpelung und übertriebene Einmischung, wohl jedoch als Behauptung der Überlegenheit der Ziele des Staates über die der kleineren Kollektivitäten und der Individuen. Das Prinzip der Disziplin besteht nichtsdestoweniger nicht einzig in der notwendigen Unterordnung der Individuen unter den Staat, sondern auch des Individuums unter die Kollektivität, zu der es gehört, und der Kollektivität unter den Staat. Mittels dieser Kollektivität hat die Nation ihr Leben."[106] Das korporative Prinzip, dies anerkennt Rocco, ist zunächst etwas der Gewerkschaft Fremdes, und er bezeichnet deren legitime Führer als „professionelle Demagogen". Nähme man ihnen jedoch die Politik, so ließe die Mentalität, die ihren Gruppen eigen ist, sich verändern: dies soll den vielleicht bedeutendsten Teil des nationalistischen Programms ausmachen. Rocco sieht bereits innerhalb der gewerkschaftlichen Entwicklung selber eine neue Periode beginnen, in welcher der Klassengegensatz durch Zusammenarbeit überbrückbar wird.

Auch auf Seiten der Unternehmer, so Rocco, vollzieht sich ein Wandel; auch sie beginnen sich zu organisieren. Später würden die Syndikate der Arbeiter und die der Unternehmer sich zu einem gemeinsamen Organ zusammenschließen. Dessen Entstehen ist mit Sicherheit zu erwarten, hat doch jeder Industriezweig gemeinsame Interessen, die es zu schützen gilt. Im Gesamtsyndikat fänden die ununterdrückbaren Klassengegensätze selbsttätig ihren Ausgleich[107]. In diesem Organ sollen auch die allgemeinen Bedürfnisse der Produktion ihren Ausdruck finden. Das Schwinden der Konkurrenz im Innern wird die Nation für die wirtschaftliche Konkurrenz mit dem Ausland stärker machen. Rocco will im Senat die dereinstige Vertretung der Korporationen sehen[108]. Filippo Carli hatte bereits auf dem Gründungskongreß von 1910 einen „sindacalismo borghese" empfohlen, worunter er die Selbstregierung der Bourgeoisie verstand, die jetzt noch durch ihre Anwälte sich im politischen Leben vertreten lasse. Der sindacalismo borghese werde ihre „direkte Aktion" ermöglichen, so wie auch für den Sozialismus eines Tages die Zeit der Fremdsteuerung durch die Ideologen abgelaufen sei[109].

Nach dem Krieg sind nun auch die Vereinigten Staaten in den Gesichtskreis des italienischen Nationalismus getreten. Alfredo Rocco sieht sie ihre Herrschaft auf ganz Südamerika ausweiten, so wie er Japan bereits als den Herrn Chinas voraussieht. Die niedergeworfenen Imperien Deutschland und Rußland werden ihre Wunden heilen und bei der Gestaltung der Geschicke der Welt aufs neue mitsprechen. Rocco glaubt die Entwicklung der führenden Nationen zu einem „super-

[106] Ebenda, S. 478.

[107] „Nel sindacato integrale gli inopprimibili antagonismi di classe . . . trovano una automatica composizione e disciplina, per assicurare la quale, in ogni modo, deve intervenire energicamente lo Stato." P. M. Arcari, a. a. O., Bd. 3, S. 39.

[108] Scritti e discorsi politici, S. 479 f.

[109] Atti del Congresso di Firenze, S. 165 f.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

imperialismo" voraussagen zu können: wehe dem italienischen Volk, wenn es nicht wenigstens nationalistisch ist[110].

Was anderes konnte auch jetzt, nach den Opfern, die der Krieg dem Volke abverlangt hatte, der Nationalismus sein als „vor allem Gefühl, Impuls, natürlicher Instinkt"[111]. Je mehr es den Anschein gewinnen mußte, als hätte der Nachkrieg mit seiner gewaltigen sozialen Bewegung jeden Nationalismus unmöglich gemacht, um so mehr war man auf den Glauben an diesen Instinkt angewiesen. Aber die Nationalisten erwiesen sich damit zugleich als „gute Propheten". Im Faschismus fanden sie die Elite, die die Massen aufrührende Bewegung. „Es ist ein Naturgesetz, daß am stärksten geliebt wird, was die meisten Schmerzen und Opfer kostet" – dieses Geheimnis aller Nachkriegszeiten sprach Alfredo Rocco in seinem Vortrag zu Viterbo über „Nationalismus und Faschismus" am 25. Februar 1923 aus[112]. Endlich seien die Italiener keine isolierten Individuen oder Gruppen mehr, sondern, nach so vielen Jahrhunderten, eine Masse geworden, die das Vaterland erkennt und liebt. Aber „in der politischen Aktion muß der Nationalismus aus Instinkt bewußte Doktrin und bewußter Wille werden, andernfalls kommt jede politische Tätigkeit in Gefahr, unzusammenhängend, widersprüchlich und unorganisch zu sein"[113]. Auf welche Weise jedoch soll die Umwandlung dieses vorgeblichen Instinkts in jenes rational bestimmte Bewußtsein stattfinden, das im Leben der modernen Nationen letztlich unabdingbar ist? Der nach außen imperiale und nach innen etatistische Nationalismus war so wenig wie sein faschistischer Erbe fähig, diese Frage überhaupt zu stellen. Erst recht war sie mit seinen Denkmitteln nicht zu beantworten – und so ließ sich denn auch sein Scheitern in der Geschichte voraussagen. Je weiter entfernt von jedem Gedanken man war, ein um so besserer Nationalist konnte man sein. Luigi Salvatorelli hat dies von den Faschisten schon für deren Frühzeit behauptet. Dem „Instinkt" braucht nur ein formales Gefühl der Pflicht und des Gehorsams eingeimpft zu werden, dessen wechselnde Inhalte die Führung von Fall zu Fall bestimmt. Rocco spricht zwar auch einmal von der Mission, welche der Nation der Menschheit gegenüber obliege; doch bleibt sie ohne jeden konkreten Inhalt. Worauf es ankommt, ist die Pflicht des Individuums, „sich selbst ganz zu geben, sein Hab und Gut, sein Tun und Lassen, sein Leben", und zwar für die Nation „deren Element und Organ es ist"[114].

---

[110] „Guai al popolo italiano, se, mentre gli altri fanno del super-imperialismo, non farà almeno del nazionalismo!" „L'ora del nazionalismo" (opuscolo di propaganda) Roma 1919, abgedruckt in Scritti e discorsi politici, S. 507 bis 517.

[111] „Il nazionalismo è anzitutto sentimento, impulso, istinto naturale." A. Rocco, L'Ora del nazionalismo, S. 7.

[112] „È la legge di natura che più si ami ciò che più costa di dolori e di sacrifici", Scritti e discorsi politici, S. 730.

[113] A. Rocco, Scritti e discorsi politici, S. 509.

[114] „Il nazionalismo è cosi dottrina di dovere e di sacrificio. Dovere della nazione di adempiere alla sua missione verso l'umanità: dovere dell'individuo di dare tutto sé stesso, i suoi beni, la sua attività, la sua vita per la nazione, di cui é elemento ed organo." A. Rocco, L'ora de nazionalismo, S. 5.– Die Individuen sind die Zellen im Organismus der Nation. Die Mensch-

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Nationalismus entsprach keinem gesamtgesellschaftlichen Bedürfnis; er mußte mit den Mitteln des Terrors, die ihm der Faschismus bereitstellte, durchgesetzt werden. Die Herausarbeitung seiner Ideenwelt war von keiner Notwendigkeit, in der sich die Nation befunden hätte, herausgefordert. Dank seiner glücklichen geographischen Lage war Italien von außen nicht bedroht, und schließlich war es dies in seiner gegebenen Struktur auch nicht von innen, indem der Reformwille der Giolitti-Ära den gesicherten Fortschritt versprach. Der Nationalismus trat in Erscheinung, als noch die reformistische Richtung der Arbeiterbewegung vorherrschend und ehe der mussolinische Revolutionarismus der direkten Aktion in ihr erstarkt war. Dessen schiere Gewaltsamkeit war ebenso Vorbote des faschistischen Terrors, wie es die oben erwähnten Straßenaktionen der Nationalisten, die 1914 zum ersten Male erfolgten, und der „radiosomaggismo" von 1915 waren, um ein Wort Luigi Salvatorellis zu gebrauchen. So logisch der Nationalismus innerhalb seiner Denkvoraussetzungen auch war, so wenig notwendig war sein geschichtlicher Sieg. Er hat die Kontinuität der Nationalgeschichte Italiens[115] jedoch lediglich unterbrochen, die im Sturz des Hauses Savoyen erneut in Erscheinung getreten ist.

Gewiß hat die Associazione Nazionalista Italiana bei der Bildung der öffentlichen Meinung ihr Wort mitgeredet. Aber selbst in ihren großen Zeiten, während des Tripoliskrieges und in der Periode der interventionistischen Propaganda, hat sie das politische Leben Italiens nicht mitgestaltet. Auch die „Sempre pronti" der Nationalisten des Nachkriegs, deren Blauhemd aus Seide, während das schwarze der Fasci aus Baumwolle war, hatten den Faschisten den Rang nicht ablaufen können. Was den Nationalisten fehlte, war die Technik der Eroberung der Macht, und so blieb ihnen nur, den Faschisten die Rezeption der eignen Ideen zu bestätigen[116]. Durch das Abkommen vom 26. Februar 1923 wurden die Mitglieder der Associazione Nazionalista Italiana in den Partito Nazionale Fascista überführt. Die beiden parlamentarischen Gruppen schlossen sich zusammen. Nationalisten traten in den Großen Rat des Faschismus ein. Der italienische Nationalismus hatte aufgehört, die private Sache zu sein, die er bisher, seines Anspruches ungeachtet, gewesen war.

heit ist, nach Rocco, nichts Organisches, welchem Begriff in seiner Doktrin ein „Heilswert" zuzukommen scheint.

[115] In der glanzvollen Schrift Luigi Salvatorellis, Pensiero e azione del Risorgimento, Turin 1963, ist die enge Verbindung der italienischen Nation mit den Ideen von 1789 überzeugend dargestellt.

[116] A. Rocco, Il Fascismo verso il nazionalismo, Idea Nazionale, 6. 1. 1922: in: Scritti e discorsi politici, S. 693–699.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VOLKER R. BERGHAHN

DIE HARZBURGER FRONT UND DIE KANDIDATUR HINDENBURGS FÜR DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 1932

Der Sturz Brünings ist einer der großen Wendepunkte in der Geschichte der Weimarer Republik. Er ist immer als das Ergebnis eines langen Prozesses dargestellt worden, in dessen Verlauf das Vertrauen Hindenburgs in den Reichskanzler mehr oder weniger systematisch untergraben wurde. Seinen kritischen Punkt erreichte dieser allmähliche Vertrauensverlust im Mai 1932, als es den antirepublikanischen Gegnern Brünings gelang, in einer Kette von undurchsichtigen Manövern den greisen Reichspräsidenten auf ihre Seite zu ziehen.

Der Druck, der in den entscheidenden Tagen auf Hindenburg ausgeübt worden ist, konnte bisher noch nicht genau bestimmt werden. Möglicherweise war er aber sehr viel geringer als bisher gemeinhin angenommen worden ist. Des weiteren gibt es Anzeichen dafür, daß die Schlüsselfigur in den Ereignissen des Mai, General Kurt von Schleicher, bereits sehr viel früher als vermutet innerlich mit Brüning gebrochen hatte. Kurz, wäre es nach Hindenburgs und Schleichers Vorstellungen gegangen, der Sturz des Reichskanzlers und damit das Ende einer schicksalsschweren Epoche der Weimarer Republik hätte schon mehrere Monate früher besiegelt werden können. Bereits im Februar 1932 ging es ihnen nicht mehr um eine Rechtserweiterung des Kabinetts, von der im Jahre 1931 so viel die Rede gewesen war; vielmehr strebten sie nichts weniger als eine völlige Neuorganisation der Regierung an, so wie sie im Mai dann zustande kam. Dies zumindest ergibt sich aus Dokumenten über die Wiederkandidatur Hindenburgs in den Präsidentenwahlen von 1932, über eine Frage also, die spätestens Anfang 1931 in politischen Kreisen aktuell wurde.

Der genaue Zeitpunkt, zu dem die Diskussion um die Präsidentenwahlen auflebte, ist schwerer zu bestimmen als die Haltung, welche die Rechte Hindenburg gegenüber einnahm. Dort war es im großen und ganzen klar, daß die Unterstützung einer erneuten Präsidentschaft Hindenburgs nicht in Frage kam. Darin waren sich Hitler und Hugenberg einig. Was an schwindender politischer Macht zwischen den beiden antirepublikanischen Parteiführern und den Republikanern stand, nahm eine schwankende Haltung ein. Hierzu zählte besonders der einflußreiche aber inhomogene Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten. Er war einerseits durch Hindenburgs Ehrenmitgliedschaft an den Präsidenten der Republik gebunden, andererseits hatte er sich aber seit etwa 1927 vollends auf die Seite der „Nationalen Opposition" geschlagen. So konnte es im Februar 1931 vorkommen, daß der Erste Bundesführer des Stahlhelm, Franz Seldte, der Exponent des gemäßigten Flügels, für Hindenburgs Wiederwahl eintrat[1], was den Bund aber nicht daran hinderte, im gleichen Monat das Volksbegehren zur Auflösung des Preußischen Landtags

[1] Der Stahlhelm, 15. 2. 1931, S. 5.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu beantragen. Seldtes Bemerkung war zweifellos eine Herausforderung Hitlers und Hugenbergs. Dies jedenfalls war augenscheinlich der Eindruck, den auch der rechte Flügel des Stahlhelm, geführt vom Zweiten Bundesführer Theodor Duesterberg und dem Bundeskanzler Siegfried Wagner, gewann. Duesterberg und Wagner standen der DNVP nahe, und für sie waren Seldtes Entschlüsse daher noch lange nicht das letzte Wort.

Nun war die Politik des Stahlhelm auf Grund der verschiedenen politischen Orientierung der Führungsspitze von jeher höchst komplex. Zudem zeichnete sie sich durch eine etwas kriegervereinshafte Naivität und ein an Unverantwortlichkeit grenzendes Unverständnis für politische Prozesse in modernen Staatswesen aus. Schließlich war es ein weiteres traditionelles Merkmal der Stahlhelmpolitik, auftauchende Konflikte mit einem Appell an frontsoldatische Geschlossenheit solange wie möglich – und regelmäßig länger als politisch tragbar – unter den Teppich zu kehren. Angesichts der Bindungen des Stahlhelm zum Präsidenten einerseits und zur „Nationalen Opposition" andererseits, war eben die Frage der Wiederkandidatur Hindenburgs solch ein Konflikt.

Trotz wiederholter Forderungen aus den Kreisen der Unterführer bequemten sich weder Seldte noch Duesterberg in der Zeit zwischen Februar und Juni 1931, unter sich zu einer Einigung zu kommen[2]. Im Gegenteil, man schien sogar zu glauben, dem Dilemma einer Entscheidung zwischen Hindenburg und der Rechten glücklich entrinnen zu können. Anfang Mai 1931, zum Beispiel, hatte Wagner eine Unterredung mit Hindenburgs Staatssekretär Otto Meissner[3]. Bei dieser Gelegenheit erfuhr der Bundeskanzler, daß die Idee einer Weiterführung des Amtes durch Hindenburg fallengelassen worden sei. Wagner war hocherfreut und erwiderte, daß auch er „es für ganz unmöglich hielte, daß der R[eichs]P[räsident] bei seinem außergewöhnlich hohen Ansehen in der ganzen Welt sich noch einmal wie jeder andere Sterbliche für einen Wahlkampf zur Verfügung stellen könne". Für die Wahl eines neuen Präsidenten werde der Stahlhelm seinen überparteilichen Einfluß aber selbstverständlich „ausgiebig" geltend machen. Nur müsse Hindenburg jetzt seinen Entschluß bekanntgeben. Auf diesen Wunsch hin wich Meissner diplomatisch aus, so daß sich Wagner bei Ende des Gesprächs nicht mehr ganz sicher war, „ob der Entschluß des R[eichs]P[räsidenten] wirklich ein ganz endgültiger" war.

Im Herbst des Jahres wurde diese Unsicherheit unerquicklich. Mit der Schöpfung der Harzburger Front im September und Oktober 1931 tauchte auch die für den Stahlhelm gefährliche Frage eines Präsidentschaftskandidaten auf. Ein Brief Wagners an den schlesischen Stahlhelmführer von Marklowski umschrieb treffend den

---

[2] Deutsches Zentralarchiv (DZA) Potsdam, Stahlhelm-Akten, 294, fol. 6, Mahnken an Seldte, Duesterberg und Wagner, 28. 4. 1931; Ebenda, fol. 5, Tüllmann an Bundesamt, 10. 6. 1931.

[3] Ebd., fols. 4–5, Wagner an die Bundesführer, 8. 5. 1931. Das Gespräch fand am 5. 5. statt.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Alptraum, der den Stahlhelm in den kommenden Monaten verfolgte, ehe er sich im Februar 1932 erfüllte[4]:

„Entscheidend wichtig [so meinte Wagner] ist an sich die Reichspräsidentenwahl, wobei es vor allem darauf ankommt, daß wir uns nicht über die Ehrenmitgliedschaft [Hindenburgs] in einen Gegensatz zur übrigen Rechten bringen lassen, wenn, womit ich immer noch rechne, die Frage der Verlängerung auftaucht. Ich glaube daher, daß für uns in dieser Frage in der Öffentlichkeit große Zurückhaltung geboten ist."

Während sich den ganzen Herbst hindurch die Partner der Harzburger Front um den Führungsanspruch innerhalb der „Nationalen Opposition" und um einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten stritten, bereitete sich auf seiten Hindenburgs folgende Entwicklung vor: Nach dem Fehlschlag diverser Versuche einer Rechtserweiterung des Kabinetts Brüning setzte bereits im Oktober bei Schleicher eine bemerkenswerte Ernüchterung über den Reichskanzler ein. Unter anderem erläuterte der General am 28. 10. auch Wagner seine Haltung gegenüber Brüning. Außenpolitisch und geistig, so berichtete Wagner am folgenden Tage[5], halte Schleicher Brüning für einen bedeutenden Kopf. Doch rücke er innenpolitisch von ihm ab, weil der Reichskanzler nicht energisch genug sei, und am Ende des Gesprächs hatte Wagner schließlich den Eindruck, daß Schleicher „jetzt innenpolitisch nach einem starken Mann mit soldatischem Denken sucht, Br[üning] aber als Außenminister gerne behalten möchte".

Zwei Monate später hatten sich derartige Tendenzen nur verstärkt. Am 18. 12. trafen Schleicher und Groener, sein Mentor, mit den beiden Stahlhelmbundesführern zusammen. Anlaß zu dieser Sitzung waren die Beschwerden des Stahlhelm über das Anfang Dezember verhängte Uniform- und Abzeichenverbot, von dem sich die Frontsoldaten schwerstens getroffen fühlten. Die Konferenz dauerte jedoch zweieinviertel Stunden, so daß man nicht nur eine teilweise Aufhebung des Verbots besprochen haben dürfte. Jedenfalls kommentierte ein am gleichen Tage im Anschluß an das Gespräch verfaßter Rundbrief des Stahlhelm Ideen, die zweifellos aus Schleichers politischer Küche kamen[6]:

„Die Stellung Brünings scheint auch innerhalb des Kabinetts als sehr schwach angesehen zu werden. Von einem Ersatz durch Groener wird gesprochen. Dabei würde Brüning als Außenminister weiterverwandt werden. Das Reichswehrministerium scheint einer Militärdiktatur zuzusteuern, ohne jedoch für die Erbitterung im Volke irgendein psychologisches Verständnis zu besitzen ... Das Reichswehrministerium ist stark gegen Hitler eingestellt."

Solche Ideen des Reichswehrministeriums, wo man das Pläneschmieden liebte, mögen vage gewesen sein; inzwischen fiel aber inoffiziell eine Entscheidung, die Wagner schon im September für möglich gehalten hatte: Hindenburg stellte sich

[4] Ebd., fol. 45, Wagner an Marklowski, 4. 9. 1931.

[5] Ebd., 264, fols. 286–87, Aufzeichnung Wagners, 29. 10. 1931.

[6] Bayer. Kriegs-Archiv (KrA.) München, Stahlhelm-Akten, 78 (I), Vertraulicher Rundbrief an alle Landesführer, 18. 12. 1931. Siehe auch Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP (Stuttgart, 1962), S. 129, 150.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für weitere sieben Jahre als Präsident der Republik zur Verfügung. Noch vor Beginn des neuen Jahres wurden daraufhin Fühler zur „Nationalen Opposition" ausgestreckt, um sie für eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs zu gewinnen. Hitler erbat sich zunächst Bedenkzeit, nachdem er am 7. 1. eine Unterredung über das Projekt mit Brüning gehabt hatte. Fünf Tage später allerdings erlitt das Kabinett eine unangenehme Niederlage, als Hitler seine Beteiligung an dem Plan ablehnte, wobei er diese Ablehnung mit verfassungsrechtlichen Bedenken begründete. Seine Harzburger Partner waren weniger pharisäerhaft. Am 9. 1. versagte Hugenberg der Idee seine Unterstützung und die außerparlamentarische Stahlhelmbewegung fühlte sich gänzlich ungehemmt, gegen eine parlamentarische Amtsverlängerung aufzutreten. Seit langem hatte der Bund die Verfassung bekämpft und zeigte daher auch jetzt kein Interesse, die Wahl des Präsidenten dem Reichstag allein zu überlassen. Im Gegenteil, Wagners späterer Darstellung zufolge legte die Bundesführung großen Wert auf eine Beteiligung am Auswahlprozeß[7]. Dieser Gedanke, so schrieb er, war einer der Hauptgründe für das Erscheinen der Frontsoldaten in Harzburg gewesen wie auch für ihre wiederholten Versuche, die noch vor Beginn der offiziellen Tagung erschütterte Front über das Treffen hinaus zusammenzuhalten. Freilich hatte Hitler der Bundesführung dieses Bemühen reichlich schwer gemacht, und es waren daher sowohl die Enttäuschung über die „zerstörerischen" Kräfte innerhalb der „Nationalen Opposition" als auch die Ablehnung einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs, die den Stahlhelm nunmehr für eine neue Idee warm werden ließen, nämlich eine Schilderhebung Hindenburgs.

Am 17. 1. drückte das wöchentliche Bundesorgan der Frontsoldaten seine Befriedigung über den Fehlschlag des Verlängerungsprojektes aus und erwähnte, daß die Idee einer Volkswahl Hindenburgs „durchaus für diskutabel" gehalten werde[8]. Vorbedingung sei allerdings die Ausschaltung der Parteipolitik und anderer Kandidaten, eine würdige Wahl und schließlich Hindenburgs Zustimmung. Diese letzte Forderung war im Gegensatz zu den anderen die unproblematischste, denn die Idee einer Schilderhebung ging „von der Umgebung des R[eichs]P[räsidenten]" selbst aus[9]. Genauer gesagt war es Schleicher, der im Auftrage Brünings an den Stahlhelm und den Kyffhäuserbund herantrat[10]. Die Stahlhelmer gaben eine unverbindliche Zusage.

In der zweiten Hälfte des Januar wurde sodann ununterbrochen verhandelt. Bei einem Essen am 20. 1. hatte der frühere Danziger Senatspräsident Heinrich Sahm, der bereits einige Tage zuvor den Vorsitz eines überparteilichen Hin-

---

[7] Bayer. KrA. München, Stahlhelm-Akten, 78 (II), Wagner an alle Landesverbände, 24. 2. 1932.

[8] Der Stahlhelm, 17. 1. 1932, S. 1. Siehe auch Kreuz-Zeitung, 9. 1. 1932, S. 1.

[9] Bayer. KrA. München, Stahlhelm-Akten, 78 (II), Wagner an alle Landesverbände, 24. 2. 1932.

[10] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 297, fols. 72–73, Wagner an Landesamt Mecklenburg, 4. 4. 1932.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

denburg-Ausschusses übernommen hatte, Gelegenheit mit Seldte zu sprechen[11]. Der Erste Bundesführer zeigte sich jedoch sehr reserviert, eine Erfahrung, die auch Schleicher machte, als er Seldte etwas später traf. Der Grund für die ausweichende Haltung Seldtes ist beim DNVP-Flügel des Stahlhelm zu suchen. Zum einen hegte der Danziger Wagner alte, unbegrabene Animositäten gegen Sahm[12], und zum anderen wurde, wie Seldte Schleicher gegenüber erklärte, immer wieder versucht, auch Hugenberg in den Kreis zu holen. Gewiß nicht zuletzt um dem Stahlhelm unter die Arme zu greifen, wurde am 19. 1. plötzlich das Abzeichenverbot von Dezember 1931 wieder aufgehoben[13]. Dennoch konnten derartige Vorleistungen die unselige Vielköpfigkeit der Bundesführung nicht beseitigen. Wagner war jetzt der Hauptgegner des zweiten Hindenburg-Plans und seine Ansichten setzten sich schließlich durch[14]. Bereits am 21. 1. schrieb er an Marklowski, daß Aussicht bestehe, die „Nationale Opposition" auf einen anderen Kandidaten als den Feldmarschall zu einigen, die „sich aber selbstverständlich [!] jeden Augenblick wieder verschlechtern" könne[15].

Schleichers Direkt-Verhandlungen scheiterten angeblich bereits am 23. 1.[16]. Doch deutet nicht nur Wagners Äußerung darauf hin, daß das Werben um die Frontsoldaten nach diesem Datum erst richtig dramatisch wurde. In den Verhandlungen war es immer klarer geworden, daß Brüning das größte Hindernis für eine Einigung mit denjenigen Gruppen der Rechten war, ohne die Hindenburg nicht kandidieren wollte. Wahrscheinlich in dieser Erkenntnis bot er am 27. 1. dem Präsidenten seinen Rücktritt an[17]. Tags darauf ging Sahms Einladung an den Stahl-

[11] Auszug aus den Erinnerungen Dr. Heinrich Sahms, Dok. Nr. 16 in Thilo Vogelsang, a. a. O., S. 434. Dieser Auszug wird hiernach als Dok. Nr. 16 in Thilo Vogelsang, a. a. O., zitiert werden.

[12] Diese Aversion ging, wie Sahm (ebd., S. 433) vermutete, auf das Jahr 1929 zurück, als der Danziger Senat ein Stahlhelmtreffen verbot und den Bund zwang, nach Königsberg auszuweichen. Damals meinte Der Stahlhelm (14. 4. 1929, S. 1): „Daß der Danziger Senatspräsident seinen guten Namen zu dieser Politik hergibt, beendet seine Laufbahn als Staatsmann." Wagner wollte für dieses Diktum jetzt wohl den Beweis antreten. Siehe auch DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 39, fols. 164–67, Wagner an Pfundtner, 30. 3. 1931, mit einer anschaulichen Stellungnahme des Bundeskanzlers.

[13] Junge Nation, 21. 1. 1932, S. 3. Diese Maßnahme kam zweifellos unerwartet. Noch am 18. 12. 1931 hatte Jenö von Egan-Krieger über die Aussprache der Bundesführer mit Groener und Schleicher vom gleichen Tage folgendes berichtet: „Der verstärkte Betrieb des Wehrsportes wird auch vom Reichswehrministerium gewünscht. Hierfür ist vielleicht später die Erlaubnis einer Uniform möglich. Mit der Erlaubnis zum Tragen des Abzeichens, das als politisch angesehen wird, ist jedoch sehr viel weniger zu rechnen." Bayer. KrA. München, Stahlhelm-Akten, 78 (I) Vertraulicher Rundbrief an alle Landesführer.

[14] „Auch innerhalb des Stahlhelm scheint sich in der Figur des Majors Wagner ein Rebell gegen die Brünings Vorschlag zuneigende Seldte-Duesterberg-Führung gefunden zu haben." Königsberger Hartungsche Zeitung, 26. 1. 1932, in DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 1026 (alt).

[15] Ebd., 295, fol. 214, Wagner an Marklowski, 21. 1. 1932. Er schloß: „Größere Klarheit leider unmöglich, da Sache eben unklar!"

[16] Thilo Vogelsang, a. a. O., S. 150.

[17] Ebd., S. 151.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

helm hinaus[18]. Die beiden Bundesführer oder – wie Duesterberg es allgemeiner in einer Rede in Halle ausdrückte – die „Nationale Opposition" mußten sich entscheiden[19]. Es sei dabei unwichtig, so meinte er, wer Deutschland rette; wichtig sei, daß es überhaupt gerettet werde. Offensichtlich in der Absicht der Stahlhelmführung ihre Entscheidung ein wenig zu erleichtern, schrieb Brüning am 29. 1. einen Brief an den Zweiten Bundesführer, in dem er ihm für seine außenpolitischen Ausführungen dankte[20]. Vierundzwanzig Stunden später rief Ministerialrat Heinrich Doehle von der Präsidialkanzlei beim Kyffhäuserbund an[21]. Er fand es unverständlich, warum der Kyffhäuserbund, dem Hindenburg wie dem Stahlhelm als Ehrenmitglied angehörte, sich immer noch nicht für den Präsidenten erklärt habe. Falls die Stahlhelmführung nicht einen ähnlichen Anruf erhielt, so erfuhr sie von Doehles Gespräch sicherlich nur wenige Stunden später während einer Konferenz zwischen den Verbänden.

Diese Entwicklungen nach dem 23. 1. waren für Wagner so alarmierend, daß er mit dem Hugenberg-Vertrauten Otto Schmidt-Hannover in Verbindung trat. Letzterer schrieb mit des Bundeskanzlers Zustimmung einen Brief an Wilhelm Frick, das dritte und nationalsozialistische Mitglied des Arbeitsausschusses der Harzburger Front[22]. Die Situation, so glaubte der DNVP-Abgeordnete, habe sich so zugespitzt, daß der Arbeitsausschuß sofort zusammentreten müsse. Am 29. 1. machte dann auch Hugenberg den Bundesführern den Hof[23]. Das Verhältnis zwischen dem Stahlhelm und der DNVP, so schrieb er, werde zu seiner Freude immer enger, und am 1. 2. war diese Verbindung dann so eng geworden, daß der Stahlhelm Sahms Einladung vom 28. 1. absagte[24]. Hugenbergs und Wagners Opposition hatten sich als stärker erwiesen. Der Plan einer Schilderhebung Hindenburgs unter Sahm war nach „Rücksprache mit [der] Harzburger Front" für den Stahlhelm nicht akzeptabel[25]. Duesterberg faßte die Motive für diese Entscheidung in seiner Antwort an Brüning in recht kryptische Worte[26]: Der Stahlhelm werde diejenige Regierung unterstützen, „die am tatkräftigsten im Geiste der alten Front für die Freiheit unseres Landes" kämpfte.

Damit war der Draht zu Brüning zwar endgültig durchschnitten, nicht aber die Verbindung zu Hindenburg und Schleicher. Die Stahlhelmpresse betonte ausdrück-

[18] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 296, fol. 113, Sahm [an Seldte], 28. 1. 1932.

[19] Kreuz-Zeitung, 30. 1. 1932, S. 3.

[20] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 265, fol. 172, Brüning an Duesterberg, 29. 1. 1932.

[21] Document Center Berlin, Hauptarchiv der NSDAP, 930, „Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932", o. D.

[22] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 296, fol. 108, Schmidt an Frick, 28. 1. 1932.

[23] Ebd., 281, fols. 171–18, Hugenberg an die Bundesführer, 29. 1. 1932.

[24] Ebd., 296, fol. 110, Telefonübermittlungsnotiz, 1. 2. 1932.

[25] Bundesarchiv (BA) Koblenz, Stahlhelm-Akten, R 72/2, Handschriftliche Notizen Fritjof von Hammersteins, o. D. Es ist sehr gut möglich, daß sich ähnlich wie später am 14. 2. die Landesführer des Stahlhelm auch in diesem Falle gegen eine Unterstützung Hindenburgs aussprachen.

[26] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 265, fol. 171, Duesterberg an Brüning, 3. 2. 1932.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich, daß die Ablehnung der Einladung Sahms nicht als ein unfreundlicher Akt gegen den Reichspräsidenten gewertet werden dürfe[27]. Hindenburg glaubte den Frontsoldaten. Gleichzeitig dauerte aber der Druck der Präsidialkanzlei auf die Soldatenverbände an. Am 2. 2. wiederholte Doehle „ziemlich scharf" seine telephonischen Bemerkungen vom 30. 1.[28] Oskar von Hindenburg, der Sohn des Reichspräsidenten, zeigte sich sogar noch ungeduldiger und bat den Kyffhäuserbund zu einem Gespräch. Diese Unterredung fand am 3. 2. statt. Die Vertreter des Kyffhäuserbundes erklärten bei dieser Gelegenheit, daß die beiden Frontsoldatenverbände im Prinzip weiterhin gewillt seien, seinen Vater zu unterstützen. Ihre Schwankungen seien lediglich darauf zurückzuführen, daß seine Kandidatur von rechts noch nicht genügend Zulauf habe. Oskar von Hindenburg erwiderte, daß sein Vater mit der Unterstützung der beiden Verbände allein zufrieden sei. Auf Grund dieser Äußerung ergab sich nun folgende Situation: Hindenburg war mit der alleinigen Unterstützung Sahms nicht befriedigt und bemühte sich um Stahlhelm und Kyffhäuserbund; die beiden Bünde wiederum waren jedoch nicht bereit, Hindenburgs Wunsch ohne die Zustimmung Hugenbergs zu erfüllen; Hugenberg schließlich wollte auch Hitler dabei haben. Auf die Nationalsozialisten glaubte Hindenburg allerdings verzichten zu können, was Hitler andererseits nur recht war. Kurz, man drehte sich im Kreise und man drehte sich von nun an über zehn Tage lang.

Es war Schleicher, der diesen Kreis zuerst zu durchbrechen suchte. Sein Ansatzpunkt war die DNVP. Um den 6. 2. versuchte er, Hugenberg (und damit im gleichen Zuge auch den Stahlhelm) mit einer völligen Umbesetzung des Kabinetts zu ködern. Der General versprach dem DNVP-Führer die Vizekanzlerschaft und zwei weitere Kabinettsposten „unter einer *Kanzlerschaft v[on] Lüninck*"[29]. Allerdings, so fügte er hinzu, könne diese Änderung nicht noch vor den Präsidentenwahlen,

---

[27] Kreuz-Zeitung, 1. 2. 1932, S. 1; Junge Nation, 4. 2. 1932, S. 3.

[28] Document Center Berlin, Hauptarchiv der NSDAP, 930, „Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932", o. D.

[29] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 296, fol. 182, Wagner an die Bundesführer, 14. 4. 1932, einen Aktenvermerk für Hugenberg zitierend. Im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen muß zweifellos Brünings zweites Rücktrittsangebot an Hindenburg vom 6. 2. gesehen werden. Brünings Rolle hierbei ist allerdings unklar. Es ist möglich, daß er völlig ahnungslos war. Dagegen spräche nur eine Wendung in den „Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932" (Document Center Berlin, Hauptarchiv der NSDAP, 930), wo von dem „Angebot, welches General v[on] Schleicher der Nationalen Opposition übermittelte", die Rede ist mit dem handschriftlichen Zusatz „im Namen der Regierung Brüning". Ist dieser Nachtrag richtig, so muß Brüning von Schleichers Angebot gewußt haben, wobei er dann möglicherweise als Außenminister vorgesehen war. Bei dem Kandidaten Schleichers handelt es sich höchstwahrscheinlich um Hermann von Lüninck, dessen Name nochmals am 20. 2. fiel. Siehe unten S. 81 f. Lüninck, dessen Bruder Stahlhelmführer in Westfalen war, hätte wohl auch dem Stahlhelm zugesagt. Jedenfalls hatte im Januar 1932 Wagner (?) bereits den Vorschlag gemacht, mit einer Kandidatur Lüninck zu taktieren. DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 295, fols. 35–40, „Beurteilung der Lage zur Reichspräsidentenwahl", o. D.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sondern wahrscheinlich erst nach den Preußenwahlen erfolgen[29a]. Viel weiter als mit einem solchen Angebot konnte Schleicher der „Nationalen Opposition" nun schwerlich entgegenkommen, was Hugenberg freilich nicht hinderte, die politischen Grenzen eines Zugeständnisses zu übersehen. Nach Schleichers Angebot scheint sich Hugenberg in der Gewißheit gewiegt zu haben, daß sich nun auch der Endsieg, nämlich eine sofortige Kabinettsänderung, erringen lassen werde, womit Hitler dann auch gleich an die Leine gelegt worden wäre.

Um diese Überlegungen zu verwirklichen, war es zunächst nötig, sich Schleicher gegenüber nicht zu begeistert zu zeigen. Weiterhin mußten die ohnehin schon halb zu Hindenburg neigenden Frontsoldaten über so weitgehende Vorschläge möglichst im Dunkeln gelassen werden. Lüninck war bisher immer nur als Landwirtschaftsminister genannt worden ohne Klärung der Kanzlerfrage[30]. Jetzt da auch ein neuer Kanzler vorgeschlagen worden war, bestand in Hugenbergs Augen die Gefahr, daß der Stahlhelm weich werden würde, während er Schleichers Informationen den Nationalsozialisten gegenüber verwandte. Beides geschah. Denn nur so ist es zu erklären, daß Schleicher die Verhandlungen mit Hugenberg bereits am 8. 2. als abgebrochen betrachtete, Hugenberg auf der anderen Seite aber glaubte, auf sie zurückgreifen zu können, sobald er mit der „Nationalen Opposition" gesprochen hatte[31]; und nur so erklärt es sich, daß die beiden Stahlhelmbundesführer noch am 10. 2. völlig ahnungslos waren.

Der Kyffhäuserbund und der Stahlhelm waren indessen nicht der Meinung, daß man so viel Zeit hatte wie Hugenberg annahm. Der Kyffhäuserpräsident Max von Horn war überzeugt, „der Feldmarschall dränge nach einer Entscheidung und er habe unmißverständlich durchblicken lassen, daß er auf eine baldige Entscheidung dringen müsse, käme man zu keinem Entschluß, so würde er verzichten und den Soldatenverbänden gegenüber die Konsequenzen ziehen."[32] Die Idee, die daher hinter der Audienz Hindenburgs für Seldte und Duesterberg am 10. 2. stand, war augenscheinlich, die beiden mit solchen Alternativen zu konfrontieren, falls die „als Vorläufer eines Systemwechsels" gedachten letzten Zusicherungen immer noch nicht ausreichend sein sollten. Dummerweise hatte Hugenbergs Plan nur zu gut gewirkt. Die beiden Bundesführer trafen am Morgen des 10. 2. in Berlin ein und waren, wie der gleichzeitig anwesende Horn feststellte, wenig über die letzten Entwicklungen informiert[33]. Ihnen war noch nicht einmal bekannt, daß Hugenberg

[29a] Vgl. dazu Thilo Vogelsang, a. a. O., Dok. 25, S. 460.

[30] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 296, fol. 182, Wagner an die Bundesführer, 14. 4. 1932, einen Aktenvermerk für Hugenberg zitierend.

[31] Document Center Berlin, Hauptarchiv der NSDAP, 930, „Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932", o. D.

[32] Ebenda

[33] DZA Potsdam, Nachlaß Enckevort, 60 En 1, fols. 9–11, „Die Wahl Hindenburgs. Vorgänge und Betrachtungen" des 2. Präsidenten des Kyffhäuserbundes von Enckevort, 18. 4. 1932. Siehe auch, ebd., Stahlhelm-Akten, 296, fol. 179, Duesterberg an Wagner, 9. 4. 1932, der sich „ganz sicher" erinnerte, daß Hugenberg nicht mit offenen Karten gespielt hatte. Duesterberg fügte diesem Brief folgenden Entwurf für eine Erklärung bei: „Der Geheimrat Hugen-

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eventuell Vizekanzler werden sollte, geschweige denn daß sie von der Neubesetzung des Kabinetts wußten[34].

Somit nahm der Empfang bei Hindenburg einen anderen Verlauf als zumindest der vor der Tür wartende Schleicher es sich vorgestellt hatte. Anstatt sich erfreut über die Vorschläge zu einem „Konzentrations-Kabinett"[35] zu Hindenburg zu bekennen, baten die Stahlhelmführer, daß der Präsident mit seiner Kandidatur doch wenigstens bis zum voraussichtlichen zweiten Wahlgang warten möchte. Hindenburg erbat sich Bedenkzeit[36]. In Unkenntnis der Schleicherschen Manöver verlangten die Frontsoldaten des weiteren Brünings Rücktritt und präzise Erklärungen zu einer Regierungsänderung. Hindenburg und besonders Meissner gaben daraufhin anscheinend weniger klare Hinweise auf Schleichers Verhandlungen und redeten von „selbstverständlicher Soldatentreue", durch die Hindenburgs Versicherungen doch garantiert seien[37]. Als sich auf solche Worte hin die Bundesführer jedoch skeptisch zeigten und Meißner eine Lektion über Soldatentreue hielten, verlor der Feldmarschall die Fassung[38]. Er soll wiederholt mit der Faust auf den Tisch geschlagen und sich zornig gegen jegliche Anzweiflung seiner vaterländischen Gesinnung gewandt haben. Dann lehnte er es ab, seine Kandidatur für einen politischen Schacher herzugeben. Die Audienz endete in leichter Mißstimmung.

Beim Verlassen des Reichspräsidentenpalais stießen die beiden Bundesführer im Vorzimmer auf Schleicher, der sie fragte, was der Bund nach seinen Angeboten an Hugenberg denn eigentlich noch wolle[39]. Seldte und Duesterberg waren einigermaßen erstaunt, denn zum ersten Male wurden sie jetzt mit den Angeboten näher bekannt. Offensichtlich unter dem Eindruck des Gespräches mit dem Präsidenten und dieser unerwarteten Neuigkeiten meinte Duesterberg bei der Abfahrt, daß er nunmehr zunächst „den Bundeskanzler Wagner über die neue Lage ins Bild setzen" müsse[40]. Die Kyffhäuserführer lasen in diesen Worten eine grundsätzliche

berg versprach, den Stahlhelm und damit auch General von Horn über das Ergebnis der Verhandlungen zu unterrichten. General von Horn und die Stahlhelmführer haben in einem späteren Zeitpunkt zur Sprache gebracht, daß diese Unterrichtung nur sehr unvollkommen geschehen sei, daß sie namentlich über die erörterten Möglichkeiten eines Konzentrationskabinetts nicht ausreichend ins Bild gesetzt worden seien. Jedenfalls war das Ergebnis dieser Unterrichtung, daß der Stahlhelm den Reichspräsidenten bat, seine Kandidatur bis zum zweiten Wahlgang zurückzustellen." Ebd., fol. 180.

[34] Siehe Wagners Marginalie zu Duesterbergs Erklärung (vgl. Fußnote 33): „Das wußten wir nicht, das war doch eigentlich genug."

[35] Ebd., fols. 119–22, Duesterberg an Hindenburg, 11. 2. 1932.

[36] Ebd., 84, fols. 32–34, Protokoll der Gauführersitzung des Landesverbandes Mecklenburg, 19. 2. 1932.

[37] Ebd., 296, fols. 119–22, Duesterberg an Hindenburg, 11. 2. 1932.

[38] Document Center Berlin, Hauptarchiv der NSDAP, 930, „Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932", o. D.; BA Koblenz, Stahlhelm-Akten, R 72/2, Handschriftliche Notizen Fritjof von Hammersteins, o. D.

[39] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 296, fol. 182, Wagner an die Bundesführer, 14. 4. 1932, einen Aktenvermerk für Hugenberg zitierend.

[40] Ebd., Nachlaß Enckevort, 60 En 1, fols. 9–11, „Die Wahl Hindenburgs. Vorgänge und Betrachtungen" des 2. Präsidenten des Kyffhäuserbundes von Enckevort, 18. 4. 1932.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zustimmung der Bundesführer zu einer Kandidatur Hindenburgs, wie sie Duesterberg auch in den folgenden Besprechungen zum Ausdruck brachte.

Nach dem Empfang am 10. 2. zogen sich Seldte und Duesterberg mit einigen Vertrauten zur Beratung zurück. Sie gaben eine Zusammenfassung der Aussprache mit Hindenburg und äußerten, daß Schleichers Angebote, soweit sie den Stahlhelm beträfen, präzis genug seien, besonders jetzt nachdem man nachträglich mehr über sie wußte[41]. Wagner der die ganze Zeit mit der DNVP in Verbindung gestanden hatte, war dies sehr peinlich. Er bezweifelte die Ehrlichkeit der Versprechungen und erinnerte seine Kameraden an die engen Bindungen besonders zu Hugenberg. Duesterberg scheint allerdings von den Hinweisen auf den Geist von Harzburg am wenigsten beeindruckt gewesen zu sein. „Der Stahlhelm", so konterte er, „sei nicht dazu da, die Geschäfte der politischen Parteien zu machen und sich vor deren Wagen spannen zu lassen, er ginge dann lieber seinen eigenen Weg, denn kämpfen müßte der Stahlhelm doch so oder so, gegen wen sei schließlich gleichgültig, und zum Kämpfen sei der Stahlhelm nun einmal da."[42] Wagner wurde gebeten, bessere Vorschläge zu machen; er vermochte es nicht.

Zu diesem Zeitpunkt trat Schmidt-Hannover in den Konferenzraum. Duesterberg informierte ihn kurz über die letzten Vorgänge. Als Schmidt den Zweiten Bundesführer fragte, was der Stahlhelm denn nun tun wolle, erhielt er die soldatische Antwort: „Wir werden marschieren, gegebenenfalls allein." Schmidt war platt. Er warf ein, daß es doch unmöglich sei, eine Entscheidung zu treffen, ohne vorher die DNVP und die NSDAP konsultiert zu haben. Die Sitzung wurde unterbrochen. Nachmittags gesellte sich Hugenberg zu den Frontsoldaten. Letztere drangen von allen Seiten auf den Parteiführer ein, sein intransigentes Spiel aufzugeben. Noch nie, so meinte Horn, seien so günstige Angebote gemacht worden, und Duesterberg fügte hinzu: „Herr Geheimrat, Sie können doch nicht von heute auf morgen einen 100%igen Systemwechsel verlangen. Ein solcher ist doch nur allmählich durchführbar."[43] Duesterberg führte ferner die Vizekanzlerschaft Karl Helffrichs an, der „aus seinem Posten etwas zu machen verstanden" habe[44]. Die Aufzeichnung des Zweiten Kyffhäuserpräsidenten fährt fort: „Aber auch das war vergebens. Am Schluß der Aussprache setzte sich Duesterberg nochmals für den Feldmarschall ein . . . Von diesem Zeitpunkt an setzte von parteipolitischer Seite eine starke Einwirkung auf die Stahlhelmführer ein."

Somit wurde wider Hindenburgs Hoffnung eine Entscheidung an diesem Tage nicht gefällt. Duesterberg versuchte hierauf dem Dilemma einer Spaltung zwischen dem Stahlhelm und Hugenberg zu entgehen, indem er dem Präsidenten nochmals

---

[41] Document Center Berlin, Hauptarchiv der NSDAP, 930, „Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932", o. D.

[42] Ebenda.

[43] DZA Potsdam, Nachlaß Enckevort, 60 En 1, fols. 9–11, „Die Wahl Hindenburgs. Vorgänge und Betrachtungen" des 2. Präsidenten des Kyffhäuserbundes von Enckevort, 18. 4. 1932.

[44] Ebenda.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die alten Argumente auseinandersetzte[45]. Der Zweite Bundesführer dankte ihm zunächst für den Schutz und das Wohlwollen, das Hindenburg dem Stahlhelm in den vergangenen Jahren entgegengebracht habe. Er hielt es aber für seine Pflicht, Hindenburg auf die Opposition aus den Kreisen seiner einstigen Wähler aufmerksam zu machen. Weiterhin betonte er der Rechten „heißes Wollen", wenngleich zugegebenermaßen auch sie Fehler gemacht habe. Dann bat er den Feldmarschall nochmals, sich erst für den zweiten Wahlgang zur Verfügung zu stellen und schloß:

> „Unserer Ansicht nach würden voraussichtlich National-Sozialisten und Deutschnationale, sicher aber der gesamte Stahlhelm, Euer Exzellenz ohne Weiteres wieder wählen, wenn die unvermeidliche politische Kursänderung in einer Umwandlung des Kabinetts sichtbar zu Tage träte und wenn eine baldige Aufhebung des Uniformverbots in Aussicht gestellt werden könnte. Ein starkes nationales Konzentrations-Kabinett, von Euer Exzellenz berufen, würde in weitesten Kreisen Vertrauen finden und dürfte so *die* politische Führung sein, mit der die so überaus schwierige innen- und außenpolitische Lage unseres Vaterlandes allein geändert werden könnte. Ich bitte Euer Exzellenz, diese Vorschläge als aus tiefster Sorge um das Vaterland geboren ansehen zu wollen, als Vorschläge, deren Erfüllung unseres Erachtens die Wahl Euer Exzellenz durch alle sich zu einem Vaterland bekennenden Deutschen sichern würde."

Angesichts dieser Haltung der Stahlhelmführung nimmt es nicht mehr Wunder, daß Sahm, demgegenüber Meissner am Vortage noch die Stahlhelmfrage als gelöst ansah und die Proklamation Hindenburgs als Kandidat für die Präsidentenwahlen voraussagte, am 11. 2. erfuhr, daß die Dinge eine „sehr *ungünstige* Wendung" genommen hätten[46]. Dennoch – oder vielleicht gerade deshalb – blieb der herzerweichende Appell Duesterbergs nicht ohne Wirkung auf den Feldmarschall. Nach dem Gespräch mit den Bundesführern wurde der alte Herr von beträchtlichen Gefühlsschwankungen befallen. Diese gingen dann sogar so weit, daß Meißner den Eindruck gewann, der Präsident werde nicht kandidieren, falls sich die beiden Soldatenverbände gegen ihn erklärten[47]. Auf der anderen Seite war sich auch Duesterberg über die „scheußliche Situation" im klaren, die entstand, wenn Hindenburg seine Ehrenmitgliedschaft niederlegte, wie es sein Sohn gegenüber Horn nochmals androhte[48].

Diese Angstzustände beider Seiten brachten am 12. 2. die Bundesführer noch einmal mit Schleicher zusammen. Man verhandelte die ganze Nacht hindurch und Marklowski zufolge teilte bei dieser Gelegenheit Schleicher sogar mit, daß Hindenburg bereit sei, Seldte zum Nachfolger Brünings zu ernennen[49]. Der Vize-

[45] Ebd., Stahlhelm-Akten, 296, fols. 119–22, Duesterberg an Hindenburg 11. 2. 1932.

[46] Dok. Nr. 16 in Thilo Vogelsang, a. a. O., S. 436.

[47] Ebd., S. 437.

[48] Ebd., S. 436.

[49] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 297, fol. 57, Marklowski an die Gaue, 22. 3. 1932. Marklowski scheint später eine Bestätigung dieser Behauptung durch die Bundesführer gesucht zu haben (ebd., fol. 56, Marklowski an die Bundesführer, 26. 3. 1932), die allerdings nicht vorliegt. Laut Marklowski scheiterte dieser Vorschlag an den Nationalsozialisten. Ebd.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kanzlerposten sollte von Hugenberg übernommen werden und ein nicht näher bestimmter „Soldat" ins Reichswehrministerium einziehen.

Diese Verhandlungen wurden am 13. 2. fortgesetzt, wobei Schleicher auch mit Hugenberg sprach[50]. In dieser Unterredung hat der General dann möglicherweise sogar angeboten, die Präsidentenwahl zu verschieben und die Preußenwahlen vorher abzuhalten[51]. Weiter aber konnte Schleicher nicht gehen. Die Grenze der Zugeständnisse war erreicht und doch wollte die Rechte diese Grenze nicht anerkennen. In den folgenden 48 Stunden versuchte der Stahlhelm die „Nationale Opposition" zusammenzubringen, doch als Hitler und Hugenberg schließlich ablehnten, schlossen sich die Frontsoldaten ihnen an. Politik wurde, wie so oft in der Geschichte der „Nationalen Opposition" wieder einmal als die Kunst des Unmöglichen betrachtet.

Wie sehr sich die Politik Hugenbergs und des Stahlhelm verfahren hatte, wird noch klarer, wenn man die Haltung der Nationalsozialisten in diesen Wochen betrachtet. Der Stein des Anstoßes war hier von Anfang bis zum bitteren Ende, daß Hitler auf seine eigene Nominierung zusteuerte, und sich selbst von Schleichers Zusagen nicht locken ließ. Damit brach Hugenbergs schöner Plan zusammen, wobei man nun freilich nicht behaupten kann, daß dieses Resultat völlig unerwartet kam. Hitlers Ambitionen wurden seit langem in politischen Kreisen in Berlin geflüstert. Ein frühes Anzeichen für seine Pläne war ein Artikel im „Schlesischen Beobachter" vom 7. 11. 1931, der die Schlagzeile „Hitler soll Reichspräsident werden" trug[52]. Es ist bezeichnend für die Haltung des Stahlhelm, daß Wagner erleichtert an den Rand dieses Exemplares schrieb: „Kann er ja gar nicht", wissend, daß Hitler kein deutscher Staatsbürger war.

In den folgenden Wochen waren die Nationalsozialisten immer die ersten, wenn es um starke Worte gegen den Reichspräsidenten ging[53], und Ende Januar wurden sodann Hitlers Pläne bekannt, die deutsche Staatsbürgerschaft über eine Professur an der Technischen Hochschule Braunschweig oder als Braunschweigerischer Gesandter in Berlin zu erlangen[54]. In der Tat waren derartige rechtliche Hindernisse eher geeignet, den „Führer" von einer Kandidatur abzuhalten, als die Erfolge Hugenbergs und des Stahlhelm in den Verhandlungen mit Schleicher. Inzwischen waren die Beziehungen zwischen der NSDAP und den Harzburger Bundesgenossen

Daß solche Pläne zumindest diskutiert worden sind, geht aus einem Schreiben des ostpreußischen Landesführers hervor, der erklärte: „Der 2. Bundesführer hat mir in der letzten Sitzung nicht grundsätzlich widersprochen, sondern nur das Angebot der Reichskanzlerschaft an den 1. Bundesführer als Ausnahmefall erwähnt . . . In jenem Falle bin ich allerdings der Ansicht, daß es sich um ein Schulbeispiel für Ergreifung der Scheinmacht handelt. Die Reichskanzlerschaft von Schleichers Gnaden unter Gegnerschaft der NSDAP wäre der beste Weg gewesen, um den Stahlhelm zu Grabe zu tragen." Bayer. KrA. München, Stahlhelm-Akten, 85, Eulenburg an Wagner, 19. 4. 1932.

[50] Dok. Nr. 16 in Thilo Vogelsang, a. a. O., S. 436.

[51] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 296, fol. 135a, Handnotizen Wagners, 13. 2. 1932.

[52] Siehe Exemplar ebd., 294, fol. 30.

[53] Siehe z. B. ebd., 295, fol. 186, Frick an Schmidt-Hannover, 30. 1. 1932.

[54] Kreuz-Zeitung, 29. 1. 1932, S. 5. Völkischer Beobachter, 31. 1. 1932, S. 1.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

so schlecht wie nie zuvor[55]. Über Hitlers Feindseligkeit wußte man folglich bestens Bescheid, zeigte nur eine erstaunliche Vergeßlichkeit. Daß man auch von seinen Kandidatur-Plänen wußte, gibt den folgenden Ereignissen eine geradezu tragikomische Note. Am 4. 2. meinte Hitler zu Hugenberg in München, „es werde wohl das Beste sein, wenn im ersten Wahlgange" sowohl er wie die DNVP und der Stahlhelm eigene Kandidaten aufstellten[56]. Dieser eigentlich doch recht unerwünschte Vorschlag hinderte die DNVP natürlich nicht, Hitlers Staatsbürgerschaftsantrag in Braunschweig zu befürworten. Am 6. 2. waren auch die Stahlhelmer sehr grozügig und unterstützten des „Führers" Wunsch nach einem deutschen Paß[57].

Mit diesem Schritt vernichteten Hugenberg und der Stahlhelm ihr brauchbarstes Druckmittel gegenüber Hitler, nicht allein, weil sie nach ihrer jahrelangen Politik der „nationalen" Phrasen nicht anders handeln konnten, sondern augenscheinlich auch in der Hoffnung, eine entsprechende Geste bei ihren Vorschlägen an die NSDAP zu sehen. Doch die Erwartung, daß Hitler seine Ambitionen allein auf Grund der Hugenbergschen Überredungskünste aufgeben würde, erwies sich als eine einzigartige Fehlkalkulation. Man kannte Hitler also und man unterstützte seine Pläne, und doch gab man sich der Illusion hin, ihn auf die Hindenburg-Linie bringen zu können. Wie zuvor blieb Hindenburg ohne die Stahlhelmführung, weil diese nicht ohne Hugenberg bleiben, letzterer aber wieder nicht ohne Hitler gehen wollte. Der teuflische Kreis blieb ungebrochen. Außerhalb der DNVP gewann man daher den wohl berechtigten Eindruck, daß die Hugenberggruppe sich „über die beabsichtigte Haltung der NSDAP . . . völlig im unklaren" gewesen sei[58]. Schlimmer noch war, daß man sich nicht über den Charakter des Nationalsozialismus im klaren war, denn sonst wäre man von Hitlers Haltung auch nicht so überrascht gewesen.

Nun mußten allerdings selbst die Nationalsozialisten zugeben, daß Schleichers Versprechungen recht weitgehend waren. Wollten sie daher Hugenbergs Verhandlungserfolge zunichte machen, mußten sie sich schon recht unverschämt verhalten. Nach bewährter Methode taten sie das auch. Hitler leistete sich zunächst den Affront, die Einladung Seldtes, Duesterbergs und Hugenbergs zu den immerhin recht wich-

---

[55] Siehe z. B. Der Stahlhelm, 10. 1. 1932, S. 6; Völkischer Beobachter, 22. 1. 1932, S. 2; Der Stahlhelm, 31. 1. 1932, S. 6.

[56] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 73, fols. 80–86, Hugenberg an Hitler, 20. 3. 1932; ebd., 296, fol. 295, Handnotiz Wagners „Für Herrn v. Horn", 5. 2. 1932.

[57] Kreuz-Zeitung, 6. 2. 1932, S. 5.

[58] DZA Potsdam, Nachlaß Enckevort, 60 En 1, fols. 52–53, K[arwieses?] „Persönliche Bemerkungen zur Wahl Hindenburgs", 24. 5. 1932. Später dämmerte es selbst Hugenberg ein wenig. In einem Brief an Hitler schrieb er: „Ich bin der Auffassung gewesen, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg *unser Kandidat* hätte sein können, wenn er sich von dem immer stärker zum Himmel stinkenden System trennte." Hitler aber hätte eine Politik des „Alles oder Nichts" betrieben. Auch er, so schloß Hugenberg, sei gegen ein Verbleiben Brünings und Groeners im Kabinett gewesen. Ebd., Stahlhelm-Akten, 73, fols. 80–86, Hugenberg an Hitler, 20. 3. 1932. Zu dieser letzten Bemerkung Hugenbergs siehe auch Anmerkungen 29 und 63.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tigen Verhandlungen am 13. 2. auszuschlagen[59]. Statt dessen erschien mit einer halben Stunde Verspätung Hermann Göring als Bevollmächtigter[60]. Duesterberg, darum bemüht, unkonventionelles Verhalten zu übersehen, leitete die Besprechung mit einem Rückblick auf die bisher gemachten Fortschritte ein[61]. Die Debatte entzündete sich sodann an der Frage der Auflösungsordre und an den Forderungen der NSDAP. Letztere verschlugen Görings Partnern zweifellos den Atem. Immerhin forderte er die Reichskanzlei, das Reichsinnenministerium und das Reichswehrministerium für die „stärkste Partei"[62]. Als Außenminister wurde Constantin von Neurath erwähnt[63]. Seldte hielt Göring entgegen, daß der Stahlhelm zumindest das Reichswehrministerium für sich beanspruche. Duesterberg wollte des weiteren wissen, was unter einer Hitler-Regierung mit dem Stahlhelm geschehen werde. Göring antwortete, daß man an den Bund herantreten werde, um sein Schicksal dann in einer „Extrabesprechung" zu diskutieren. Die Diskussion ging hin und her und man kam zu keinem Ergebnis. Schließlich wurde nur noch die Frage einer gemeinsamen Kandidatur gegen Hindenburg aufgeworfen. Nach den unwahrscheinlichen Forderungen der NSDAP war es jetzt Hugenberg, der vorschlug, daß jede Partei ihren eigenen Kandidaten für den ersten Wahlgang aufstellen solle. Selbstbewußt annoncierte Göring daraufhin seinen „Führer" und fügte hinzu, daß die NSDAP hoffe, bereits im ersten Wahlgang durchzukommen. Die Sitzung wurde auf den 14. 2. verschoben.

Der Grund für das weitere Interesse des Stahlhelm an Verhandlungen mit Göring wird ersichtlich, wenn man Meissners Mitteilungen an Sahm betrachtet[64]: „Hindenburg", so sagte der Staatssekretär, „macht seine Entscheidung von der Stellungnahme der beiden Verbände abhängig. Fällt diese negativ aus, dann macht er nicht mit, das darf natürlich nach außen hin nicht bekannt werden. Hindenburg hat erklärt, ohne deren Zustimmung könne er es nicht aushalten, er ginge sonst daran zu Grunde."

Tags darauf wurden die Besprechungen mit der NSDAP fortgesetzt. Freilich waren die Aussichten für eine Einigung nicht besonders groß. Der „Führer" selbst sah immer noch keine Veranlassung, persönlich zu erscheinen und Göring

---

[59] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 84, fols. 32–34, Protokoll der Gauführersitzung des Landesverbandes Mecklenburg, 19. 2. 1932.

[60] Document Center Berlin, Hauptarchiv der NSDAP, 930, „Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932", o. D.

[61] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 296, fol. 135, Handnotizen Wagners (13. 2. 1932).

[62] Ebd. Es ist interessant, wie weitgehend diese Forderungen mit denen übereinstimmen, die die bürgerliche Rechte – übrigens auch Duesterberg! – den Nationalsozialisten am 30. 1. 1933 zugestand.

[63] Ebd., fol. 134, Handnotizen Wagners (13. 2. 1932). Nachdem Göring „weder Gr[oener] noch Br[üning]" haben wollte, machte Wagner anscheinend nochmals den Vorschlag „Neurath für Br[üning]" einzusetzen, was die bereits ausgesprochene Vermutung (siehe oben Anmerkung 29) verstärkt, daß nach Schleichers ursprünglichen Vorstellungen der Kanzler als Außenminister verbleiben sollte.

[64] Dok. Nr. 16 in Thilo Vogelsang, a. a. O., S. 457.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stellte lediglich unveränderte Forderungen[65]. Wagner notierte jetzt so lapidare Worte wie „Hi[tler] Diktatur"[66], und die Stahlhelmführung zögerte nicht, darauf hinzuweisen, daß sie von Hitlers Charisma zu ungenügend überzeugt sei, um ein Geschäft unter diesen Umständen für durchführbar zu halten. Der Zerfall der Harzburger Front war komplett.

Neben dieser Konferenz am 14. 2. liefen nun Besprechungen der Stahlhelmlandesführer in Berlin. Leider waren diese Herren nur von jeher „sehr radikal" eingestellt und Duesterberg hatte schon am 10. 2. starke Opposition gegen Hindenburg erwartet, die er aber zu beschwichtigen hoffte[67]. Bereits am Vormittag des 14. 2. mußte er aber feststellen, daß der Hugenberggeist in seinen Landesführern nicht zu überwinden war[68]. Auch in diesem Gremium operierte man mit der nach Schleichers Zugeständnissen etwas seltsam anmutenden Formel, daß eine „voraussetzungslose Unterstützung Hindenburgs nicht in Frage" komme[69]. Immerhin hatte man aber noch bis zum Abend des 14. 2. nach wie vor die Möglichkeit, sich dennoch für Hindenburg zu entscheiden. Während der Feldmarschall betete, daß sich die Frontsoldaten für ihn entschließen möchten, waren diese in recht erhitzte Debatten verwickelt. Es wurden alle möglichen Vorschläge gemacht[70]. Der oldenburgische Landesführer Wilhelm Klein war so empört über Hitlers Benehmen, daß er die Kündigung des Harzburger Abkommens forderte – was immer davon noch übrig war. Er wollte Hugenberg von der NSDAP abziehen. Der Finanzexperte des Stahlhelm von Gossler wollte den „1. Wahlgang laufen lassen", und über den ostpreußischen Landesführer, Siegfried zu Eulenburg-Wicken, notierte Wagner in preußischer Kürze: „H[inden]b[ur]g nein, Hi[tler] nein, B[un]d[e]sf[ührer] nein, Gewehr ab."

Dann aber schälte sich allmählich heraus, daß der Stahlhelm einfach einen eigenen Kandidaten aufstellen würde. Dies, so wurde argumentiert, sei eine andere Methode, um Zeit zu gewinnen, da der erste Wahlgang sowieso keine Entscheidung bringen werde. Weiterhin könne der Stahlhelm auf diese Weise seine Stärke zeigen, wodurch Hitlers Arroganz gedämpft und alle Seiten verhandlungsbereiter gemacht würden. Angesichts der offensichtlichen Vorläufigkeit dieser Lösung war es allerdings schwierig, einen geeigneten Kandidaten zu finden. Niemand stellte sich gern in einen voraussichtlich unerfreulichen Wahlkampf und belastete seine politische Karriere mit dem Odium des Versagens. Schließlich fiel die Wahl auf Duesterberg, der unter Zurückstellung schwerer persönlicher und sachlicher Bedenken zusagte[71]. Unter den Landesführern überwog die Ansicht, daß es sich mit

[65] Kreuz-Zeitung, 31. 3. 1932, S. 5.

[66] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 296, fols. 127–28, Handnotizen Wagners, 14. 2. 1932.

[67] Dok. Nr. 16 in Thilo Vogelsang, a. a. O., S. 440; Document Center Berlin, Hauptarchiv der NSDAP, 930, „Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932", o. D.

[68] Ebenda.

[69] Ebenda.

[70] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 296, fols. 129–30, Handnotizen Wagners, 14. 2. 1932.

[71] Theodor Duesterberg, Der Stahlhelm und Hitler, Wolfenbüttel-Hannover, 1949, S. 34.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Zweiten Bundesführer gegen die NSDAP besser kämpfen lasse als mit Seldte[72]. War man sich doch darüber klar, daß man für eine reine Zählkandidatur den Ersten Bundesführer lieber nicht einsetzen wollte. Duesterbergs Kandidatur sollte den überparteilichen Charakter der Stahlhelmkampagne betonen und der Zweite Bundesführer scheint seine Nominierung in der Tat als eine Selbstaufopferung betrachtet zu haben. Dennoch endete die Sitzung mit dem allgemeinen Gefühl, daß man keine eigentliche Wählkandidatur zu bieten hatte.

Am 14. 2. überbrachten am frühen Abend zwei Abgesandte Hindenburg den Entschluß des Stahlhelm: Der Bund sei nur gewillt, den Feldmarschall zu unterstützen, „wenn eine ausreichende sichtbare Voraussetzung für einen Kurswechsel geschaffen" werde[73]. Meissner lehnte jede weitere Diskussion ab. Hindenburg, so erfuhren die Stahlhelmer nur, werde sich erst am nächsten Morgen entscheiden. Sahm hörte spät abends nur noch, daß nunmehr die Sache Hindenburgs sehr ungünstig stehe[74]. Am folgenden Morgen wiederholte Wagner – neugierig und bangend um die Entscheidung des Präsidenten – die am Vorabend überbrachte Nachricht. Wiederum lehnte Meissner eine Debatte ab, doch gab er abschließend interessanterweise der Hoffnung Ausdruck, „daß wir in dieser Frage nochmals zusammenwirken könnten"[75]. Wenige Stunden später akzeptierte Hindenburg das Angebot des Sahm-Ausschusses[76].

Wie schwer ihm dieser Entschluß gefallen ist, geht besonders aus zwei Schreiben hervor, die der Feldmarschall am 17. und 22. 2. an den Kammerherrn Elard von Oldenburg-Januschau sandte[77]. Noch bezeichnender aber ist ein Brief, den Hindenburg noch am Tage seiner Entscheidung an Feldmarschall August von Mackensen, gleich ihm Ehrenmitglied des Stahlhelm, verfaßte[78]. In diesem Schreiben kommt

---

Siehe auch Bayer. KrA. München, Stahlhelm-Akten, 42, Stellungnahme Eulenburg-Wickens, 1. 3. 1932; Junge Nation, 7. 4. 1932, S. 2. Duesterbergs jüdische Abstammung wurde übrigens nicht wie z. B. Karl Dietrich Bracher (Die Auflösung der Weimarer Republik, 3. Aufl., 1960, S. 463, Anm.) schreibt, um diese Zeit entdeckt, sondern erst im Sommer 1932. Die Entdeckung hatte dann aber einen zumindest ebenso nachhaltigen Effekt auf Duesterberg, den sie psychisch und physisch sehr angriff, und auf den Stahlhelm, der sich weitgehend aus der Politik zurückzog. Damals schon nahm jene Entwicklung ihren Anfang, die dann zur Absetzung Duesterbergs im April 1933 führte. Die Selbstliquidierung des Bundes begann schon im Sommer 1932.

[72] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 295, fols. 149–50, Mahnken an Seldte, Duesterberg und Wagner, 16. 2. 1932. Duesterberg berichtet in seiner Nachkriegsdarstellung (a. a. O., S. 62), daß Seldte sich nach der Kandidatur gedrängt habe. Unter den gegebenen Umständen erscheint dies zweifelhaft.

[73] Ebd., 296, fol. 134a, Handnotizen Wagners, (14. 2. 1932), Kreuz-Zeitung, 15. 2. 1932, S. 1.

[74] Dok. Nr. 16 in Thilo Vogelsang, a. a. O., S. 437.

[75] DZA Potzdam, Stahlhelm-Akten, 296, fol. 126, Vermerk Wagners, 15. 2. 1932.

[76] Kreuz-Zeitung, 16. 2. 1932, S. 1.

[77] DZA Potsdam, Büro des Reichspräsidenten, 21, fols. 209–10, Hindenburg an Oldenburg-Januschau, 17. 2. 1932; ebd., fols. 213–16, Hindenburg an Oldenburg-Januschau, 22. 2. 1932. Beide Briefe sind bei Thilo Vogelsang (a. a. O., S. 442–44) veröffentlicht.

[78] DZA Potsdam, Büro des Reichspräsidenten, 21, fols. 10–11, Hindenburg an Mackensen, 15. 2. 1932.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zum Ausdruck, wie sehr dem Präsidenten an der Zusage der Frontsoldaten gelegen hatte. Wichtiger noch als alle Treuekundgebungen diverser Verbände und Parteien der Rechten und Mitte, so schrieb er, war es ihm, daß „die im Kyffhäuserbund vereinigten alten Soldaten . . . durch den Mund ihres Vorsitzenden, des Generals von Horn, ihre Treue und ihr Vertrauen versichert" hätten. Mit so rührenden Begründungen wies er es von sich, ein Kandidat der „Linken" zu sein. Freilich auf die Bedingungen des Stahlhelm habe er sich nicht einlassen können. Ein politischer Kuhhandel sei ihm zuwider, und wenigstens in diesem Punkte hatte der alte Herr auch ganz recht. Das Schicksal von Horns andererseits zeigt, wie wenig begründet seine Annahme war, sich auf diesen Verband stützen zu können. Der Präsident des Kyffhäuserbundes hatte mit seinen Mitgliedern die größten Schwierigkeiten, die laut seinen Abtritt forderten[79]. Praktisch wurde Hindenburg also nur Präsidentschaftskandidat, weil sich ein paar Kyffhäuserführer für ihn erklärt hatten.

Auf der anderen Seite seufzten die Stahlhelmer erleichtert auf. Sie hatten ihr verehrtes Ehrenmitglied nicht verloren und nach der Ankündigung der Kandidatur Hindenburgs glaubten sie wieder „freie Hand" zu haben[80]. Bei näherem Hinsehen hatten sie allerdings eine eigenartige Handlungsfreiheit wiedergewonnen, nämlich die, sich zwischen alle Stühle setzen zu dürfen. Doch die Ergebnisse des 14. und 15. 2. bedeuteten nicht, daß man sich nun wenigstens mit Hugenberg einig war. Dieser wollte jetzt allen Ernstes selbst gern Reichspräsident werden. Am Nachmittag des 15. 2. traf Wagner mit dem DNVP-Führer zusammen[81]. Wagner eröffnete ihm dabei, daß im Stahlhelm starke Tendenzen bestünden, einen der beiden Bundesführer aufzustellen[82]. Hugenberg machte den Bundeskanzler daraufhin darauf aufmerksam, daß ihm vom Stahlhelm wiederholt seine Nominierung angeboten worden und daß immer wieder betont worden sei, ein Stahlhelmer könne nicht gegen Hindenburg kandidieren[83]. Obwohl er die taktische Lage selbst als „nicht sehr schön" ansah, holte der Geheimrat dann aber doch weit aus und dozierte über seine politische Konzeption vom „Zünglein an der Waage". So diskutierten die beiden am 15. 2. also immer noch über eine Verteilung der Kabinettsposten. Es ist möglich, daß Wagner dies schließlich zu unrealistisch vorkam. Jedenfalls fragte er,

---

[79] Die Akten des Kyffhäuserbundes betr. die Reichspräsidentenwahl 1932 (Document Center Berlin, Hauptarchiv der NSDAP, 930) enthalten eine ganze Anzahl von Protestschreiben und Rücktrittsforderungen aus den Unterorganisationen des Bundes. Siehe auch DZA Potsdam, Nachlaß-Enckevort, 60 En 1, fols. 9–11, „Die Wahl Hindenburgs. Vorgänge und Betrachtungen" des 2. Präsidenten des Kyffhäuserbundes von Enckevort, 18. 4. 1932.

[80] Kreuz-Zeitung, 16. 2. 1932, S. 1.

[81] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 296, fol. 3, Wagner an die Landesführer, 15. 2. 1932.

[82] Ebd., fol. 124, Vermerk Wagners, 15. 2. (1932).

[83] Hier hatte Hugenberg recht. Noch am 10. 2. sagte Duesterberg: „Der Stahlhelm wird sich niemals bereit finden, gegen den Feldmarschall aufzutreten. Es ist für den Stahlhelm untragbar, wenn der Feldmarschall seine Drohung wahrmacht und die Ehrenpräsidentschaft über den Stahlhelm niederlegt." Document Center Berlin, Hauptarchiv der NSDAP, 930, „Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932", o. D. Allerdings hatte Hindenburg ja seine Drohung nicht verwirklicht.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ob er seinen Bundesführern Hugenbergs Ablehnung eines gemeinsamen Stahlhelmkandidaten melden solle. Hugenberg wurde kleinlaut und bat Wagner, dies nicht zu tun, da ihm ein Zusammengehen mit den Frontsoldaten wichtig sei. Trotzdem müsse er aber erst noch das Urteil seiner Landesleiter hören. „Sich den Gefahren einer Zähl-Kandidatur auszusetzen", war in anderen Worten selbst für Hugenberg nun nicht mehr ganz zweckmäßig.

Während der DNVP-Vorstand am 17. 2. über die Lage beriet, stand Wagner immer noch mit den Nationalsozialisten in Verbindung. Am 19. 2. berichteten die „Führer-Briefe" des Stahlhelm, daß der Bund „die Bemühungen um die Einheitskandidatur zäh" fortsetze[84]. Jedoch wurde zugegeben: „Zur Zeit ist aber das wahrscheinlichste Ergebnis, daß von der nationalen Front zwei Kandidaten herausgestellt werden, darunter einer der NSDAP." Der andere Kandidat war Duesterberg. Am 17. 2. wurde zwischen dem Stahlhelm und der DNVP ein formelles Bündnis abgeschlossen, in dem sich beide Partner verpflichteten, während der Präsidenten- und Preußenwahlen zusammenzuarbeiten[85]. Nachdem dieses Abkommen unter Dach und Fach gebracht worden war, sprach Hugenberg, dieser Meister in der Fortführung abgebrochener Verhandlungen, am Wochenende des 20./21. 2. noch einmal mit Hitler. Duesterberg, der sich im winterlichen Ostpreußen ein wenig abkühlte, machte daraufhin einen letzten Ansatz, um ja keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, daß er sich nach der Kandidatur gedrängt habe. Er ließ die beiden Parteiführer telegraphisch wissen, daß er einem Kandidaten der gesamten „Nationalen Opposition" selbstverständlich nicht im Wege stehen wolle und schlug den Führer der Vaterländischen Verbände Deutschlands, Rüdiger von der Goltz, oder Hermann

[84] Bayer. KrA. München, Stahlhelm-Akten, 137, Führer-Brief, 19. 2. 1932.

[85] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 296, fols. 309–11, Entwurf zu den Vereinbarungen zwischen dem Stahlhelm und der DNVP, o. D. Das Datum dieser Vereinbarung ist schwer genau festzulegen. In einem Brief an das Landesamt Niedersachsen nannte Wagner den 16. 2. (Ebd., 281, fol. 188, Wagner an Landesamt Niedersachsen, 22. 4. 1932), nachdem die Hannoveraner angefragt hatten, ob das „Abkommen vom 18. Februar" noch bestehe. Ebd., fol. 187, Landesamt Niedersachsen an Wagner, 15. 4. 1932. Auf der anderen Seite schrieb Wagner am 16. 2. an Hugenberg (ebd., 296, fol. 136), daß der Stahlhelm entsprechend der Aussprache vom Vortage einen eigenen Kandidaten aufstellen werde, falls kein gemeinsamer Kandidat gefunden werden könne. Weiterhin erwähnte er, daß die Bundesführer am 17. 2. in Berlin sein würden. Danach scheint das Abkommen erst am 17. 2. oder 18. 2. zustande gekommen zu sein. Es enthielt im einzelnen folgende Vereinbarungen: Der Stahlhelm verpflichtete sich, keine eigene Partei zu gründen und die DNVP zu unterstützen. Dafür sollte die DNVP keinen eigenen Wehrbund gründen und mindestens 4–5 Stahlhelmer an aussichtsreicher Stelle auf die DNVP-Liste für die Preußenwahlen setzen. Der Propagandaapparat Hugenbergs sollte schließlich für Duesterberg laufen, wofür die DNVP die Treuhänderschaft für weitere Verhandlungen erhielt. Diese einseitige parteipolitische Bindung hat dem angeblich überparteilichen Stahlhelm allerdings nie behagt. Nachdem sich folglich der Bund im ersten Wahlgang für die Präsidentenwahl in die Nesseln gesetzt hatte, begann in der gesamten Organisation eine große Debatte über die Frage der sog. Überparteilichkeit, in der schließlich diejenigen obsiegten, die im Gegensatz zu Wagner einseitige Bündnisse für unmöglich hielten. Das Abkommen wurde daher vorzeitig am 22. 3. vom Stahlhelm aus gekündigt, der sich danach auf seine „überparteiliche" Mission besann und sich aus der Parteipolitik zurückzog.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Lüninck vor[86]. Hitler aber wollte sich nur auf eine gemeinsame Erklärung für die verschiedenen Kandidaten der Rechten einlassen. Jetzt begriffen selbst Hugenberg und Wagner, daß die Interessen innerhalb der „Nationalen Opposition" einfach zu verschieden waren. „Auf Grund dieses Widerspruchs in der Grundauffassung vom Wesen des Staates und der Staatsführung und schließlich infolge des brutalen Diktaturanspruches der NSDAP" war ein Kompromiß unmöglich geworden[87]. Am 22. 2. proklamierte Goebbels vor einer heiseren Masse im Berliner Sportpalast Hitlers Kandidatur[88]. Duesterbergs Nominierung wurde still und leise am selben Abend veröffentlicht.

Die Kulissen für die Wahlen waren somit aufgestellt, für die sich die Stahlhelmer, knapp gesagt, in folgender Situation befanden: Hindenburg, der ihr Kandidat hätte sein sollen, war es nicht, während Hitler, der nicht ihr Kandidat war, als der ihrige erschien, weil Duesterberg, der es tatsächlich war, im Grunde gar kein Kandidat war. Der Weg, den die Bundesführung später aus diesem mitverschuldeten Chaos fand, war der Rückzug vom parteipolitischen Schlachtfeld. Er wurde im Mai 1932 offiziell verkündet, womit eine schnelle Versöhnung mit Hindenburg einherging. Freilich, beide Partner waren innerlich auf eine solche Aussöhnung von vornherein eingestellt. Doch gab es noch einen weiteren Mitspieler, Schleicher, dem es an einer Überbrückung der trotz seiner weitgehenden Zugeständnisse entstandenen Differenzen gelegen war. Ähnlich wie Meissner am 15. 2. hoffte auch er, „daß wir in dieser Frage nochmals zusammenwirken könnten". Schon am 19. 2. wurde in Stahlhelmkreisen verbreitet, daß der General auf der Seite des Stahlhelm stehe[89]. Anfang März spielte er dann der Bundesführung Hindenburgs oft zitierten Brief vom 25. 2. zu[90]. Und im Mai scheint Seldte schließlich wieder auf seiner Liste für Nachfolger Brünings gestanden zu haben. Wäre es freilich nach ihm und Hindenburg gegangen, so hätte die letzte Phase der Weimarer Republik bereits dreieinhalb Monate früher beginnen können.

---

[86] Bayer. KrA. München, Stahlhelm-Akten, 78 (II), Wagner an alle Landesverbände, 24. 2. 1932. Um diese Zeit tauchten auch Gerüchte von einer möglichen Kandidatur des Kronprinzen auf. Es gibt jedoch keine Hinweise darauf, daß diese Idee zu diesem Zeitpunkt oder vier Wochen später auf die Zustimmung der Bundesführer gestoßen ist.

[87] Ebenda.

[88] Ebenda.

[89] DZA Potsdam, Stahlhelm-Akten, 84, fols. 32–34, Protokoll der Gauführersitzung des Landesverbandes Mecklenburg, 19. 2. 1932.

[90] BA Koblenz, Nachlaß Schleicher, 78, fol. 93, Schleicher an Kroeger, 7. 3. 1932. Am Vortage hatte Kroeger an Schleicher geschrieben (ebd., fol. 92) mit der Bitte, ihm Hindenburgs Schreiben an Mackensen zur Verfügung zu stellen. Kroeger glaubte, „im G[eneral H[aupt] Qu[artier] des Stahlhelms im Laufe der Woche doch damit noch allerlei Gutes im Sinne unserer Auffassung tuen zu können". Bei dem daraufhin übersandten Schriftstück scheint es sich nicht um den privaten Brief Hindenburgs vom 15. 2. 1932 gehandelt zu haben, sondern um die sehr viel längere Aufzeichnung des Präsidenten vom 25. 2., von der eine Abschrift auch im Nachlaß Schleichers erhalten ist. Die Entwürfe für dieses Schreiben, das mit verschiedenen Anfangs- und Schlußformeln an vier weitere Bekannte ging, sind in den Akten des Reichspräsidentenbüros im Deutschen Zentralarchiv Potsdam erhalten.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Forschungsbericht

HANS-DIETRICH LOOCK

ZEITGESCHICHTE NORWEGENS

Die Geschichte Norwegens in der neueren und neuesten Zeit ist in Deutschland kaum bekannt. Das gilt auch für die Jahre von 1940 bis 1945, in denen deutsche Parteiführer das Land der nationalsozialistischen Herrschaft zu unterwerfen suchten. Wenn die wissenschaftliche und politische Publizistik der Gegenwart sich dem Problem der nationalsozialistischen Besatzungspolitik zuwandte, dann am Beispiel der Vorgänge im Osten, besonders in Polen. Das Gewalttätige, ja Verbrecherische des nationalsozialistischen Regimes schien an der Judenausrottung und an dem Versuch, eine ganze Nation in ein Sklavendasein zu zwingen, anschaulicher zu werden, ja mehr Sensation zu bieten, als die Geschichte der Besatzungspolitik im Westen und Norden Europas. Steht doch auch die zeitgeschichtliche Forschung bis zu einem gewissen Grade unter den Gesetzen der Publizistik.

Solche Umstände erschweren unsere Aufgabe. Ein Forschungsbericht soll am Beispiel der noch umstrittenen und der gerade gelösten Einzelfragen des jeweiligen Forschungsgebiets den erreichten Stand der historischen Erkenntnisse darlegen. Da im Hinblick auf Norwegen hierzulande die Grundlagen des allgemeinen Wissens fehlen, würde ein Bericht, der in diesem Sinne abgefaßt wäre, gleichsam im luftleeren Raum schweben[1]. Andererseits widerspräche es der Absicht eines Forschungsberichts, wenn die folgenden Zeilen nur die wichtigsten Forschungsergebnisse referieren würden, etwa im Sinne einer „kleinen Geschichte Norwegens" im Zweiten Weltkrieg. Gleichwohl läßt sich ein Forschungsbericht rechtfertigen; dann nämlich, wenn man die allgemeinen, vor allem die methodologischen Probleme der Zeitgeschichte ins Auge faßt. Sie stellen sich in Norwegen anders und erscheinen leichter lösbar als hierzulande.

Es ist kein Geheimnis, daß die deutsche Zeitgeschichtsforschung, obschon sie als Disziplin im Wissenschaftsbetrieb fest etabliert ist, die methodologischen Schwierigkeiten, denen sie gegenübersteht, in ihrer ganzen Breite und Tiefe noch kaum erfassen konnte. Die bedeutendsten Arbeiten bedienen sich mehr politologischer als historischer Kategorien; und dort, wo die Autoren nicht in die Politologie ausweichen, imponieren die Arbeiten, die gewiß oft wichtige Kenntnisse und Einsichten vermitteln, eher durch bewunderungswürdige Stoffülle als durch das, was Ranke den „historischen Sinn" nannte. Vorläufig scheitert alle *historische* Beschäftigung mit der Zeitgeschichte daran, daß die Eingliederung des Nationalsozialismus in den Lauf der deutschen Geschichte nicht gelingen will. Die Antwort auf die Frage, wo Kontinuität und wo revolutionärer Bruch zu erkennen ist, bleibt trotz aller Be-

[1] Soeben erschien die erste brauchbare Zusammenfassung dessen, was sich unter kritischer Verwendung der spärlichen, verstreuten und sehr verschiedenartigen deutschen Literatur über die Besetzung Norwegens und die deutsche Besatzungspolitik erfahren läßt: Herbert Michaelis, Der Zweite Weltkrieg, in: Handbuch der Deutschen Geschichte (Brandt-Meyer-Just), Konstanz 1964.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mühungen noch immer in der Schwebe. Unsere Epoche scheint sich dem geschichtlichen Denken zu entziehen. Es entspricht dieser Lage durchaus, daß Theologie und Philosophie, die einst die Geschichtswissenschaft begründeten, der Geschichte den sie konstituierenden Inhalt entzogen haben. Heilsgeschichte und Fortschritt sind spiritualisiert oder verworfen, Freiheit und Recht als historische Größen relativiert worden. Geschichte erscheint als bloße Bewegung. Damit sind auch die Kriterien für das Begreifen des Unterschieds und Zusammenhangs von Politik und Geschichte – ein Problem, das sich in der zeitgeschichtlichen Forschung mit besonderer Schärfe stellt – verloren gegangen. Das ist gewiß für die Situation der deutschen Geschichtsforschung nicht neu. Die Eilfertigkeit, mit der Historiker die historische Berechtigung der jeweils wechselnden politischen Zustände und Systeme nachzuweisen imstande waren und imstande sind, ist bekannt genug. Im übrigen haben Karl Barth und Martin Heidegger schon in den Zwanziger Jahren die Gehaltlosigkeit der Geschichte „festgestellt". Neu ist immerhin, daß die Historie selbst, indem sie die „Zeitgeschichte" als eine neue Epoche abzustecken und zu bestimmen sucht, zugleich die Möglichkeit des historisch-politischen Bewußtseins in die Schwebe zu bringen scheint.

Demgegenüber fällt es auf, daß die norwegische Forschung die Ereignisse der jüngsten Zeit wie selbstverständlich als Geschichte verstehen kann, daß sie die Grenzen zwischen Geschichte und Politologie exakt zu ziehen vermag und daß ihr aus der Berührung mit der Politik keine Schwierigkeiten erwachsen. Es scheint fast symbolhaft, daß die Außenpolitik des Landes in den schwierigen Jahren von 1935 bis 1940 von einem seiner bedeutendsten Historiker geleitet wurde, von Halvdan Koht. So soll denn im folgenden versucht werden, die Ergebnisse der norwegischen Zeitgeschichtsforschung in großen Zügen zu referieren, und zwar so, daß dieser methodologisch ungemein relevante Sachverhalt, der mit der Situation der deutschen Forschung so gar keine Verwandtschaft zu haben scheint, anschaulich wird – soweit das auf beschränktem Raum möglich ist. Ein abschließender Vergleich mit der Darstellung, die die jüngste Geschichte Norwegens von seiten der deutschen Forschung gefunden hat, mag dazu anregen, die besondere methodologische Problematik der Zeitgeschichtsforschung in Deutschland, jedenfalls andeutungsweise, zu charakterisieren.

Das norwegische Parlament, das Storting, faßte am 13. Juli 1945 den folgenden Beschluß[2]:

> „Unter Bezugnahme auf das gemeinsame Programm der Parteien ersucht das Storting den König, die Ernennung einer Kommission zu veranlassen, die das Verhalten des Storting, der Regierung, des Obersten Gerichts, des Administrationsrates sowie der zivilen und militärischen Behörden vor und nach dem 9. April 1940 untersuchen soll."

[2] Vgl. Undersøkelseskommisjonen av 1945, Instilling VI, Oslo 1947, S. 3. Übersetzungen aus dem Norwegischen hat der Verfasser vorgenommen; er ist dabei von Herrn stud. phil. Aasmund Mjeldheim liebenswürdig unterstützt worden.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Beschluß zielte nicht auf eine ausschließlich historische Untersuchung ab. Der Kommission gehörten neben zwei Historikern – dem inzwischen verstorbenen Arne Bergsgård und Sverre Steen – zwei Juristen, ein ehemaliger Justizminister, ein hoher Verwaltungsbeamter und ein Theologe an[3]. Im Beschluß und in der Zusammensetzung der Kommission spiegelt sich freilich schon, was für die zeitgeschichtliche Forschung Norwegens, die nach dem Abschluß der Kommissionsarbeit einsetzte, charakteristisch ist: nicht nur Historie und Politik stehen in enger Wechselwirkung; beide sind zugleich auch auf das *Recht* bezogen.

Aufgabe der Kommission war es, eine ganze Reihe von politischen Vorgängen zu untersuchen, die während der Besatzungszeit Gegenstand politischer Meinungsverschiedenheiten geworden waren, und diese dem politischen Streit zu entziehen. Der Beschluß und seine Absicht hingen mit einem Vorgang der norwegischen Nachkriegsgeschichte zusammen, der mit dem kaum übersetzbaren Wort „oppgjør" bezeichnet wird. Es bedeutet das „Aufmachen" einer Rechnung, und zwar als „Rechnungslegung" oder „Abrechnung" im engsten, wörtlichen, aber auch im übertragenen Sinne von „Rechenschaft ablegen" oder „zur Verantwortung ziehen". Ebenso wird das gerichtliche Verfahren – meist in Verbindung mit dem Wort für Recht und Gericht – als „rettsoppgjør" bezeichnet. Hier wird das deutsche Wort „Bereinigung" dem Sachverhalt am nächsten kommen. Das Nachkriegsoppgjør sollte die politische Situation bereinigen und so den Weg zur normalen parlamentarischen Arbeit freimachen, sei es in Form von Kompromissen zwischen den verschiedenen politischen Parteien und Gruppierungen, sei es in Form von Prozessen gegen die Verräter der Besatzungszeit, sei es eben durch eine unabhängige Untersuchung, wie sie der Beschluß des Storting vom 13. Juli 1945 vorschrieb.

Wenn auch das Werk des Untersuchungsausschusses, den die deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 einsetzte, noch nicht ganz vergessen ist, scheint dem politischen Denken in Deutschland dennoch der Gedanke fremd, politische Streitfragen durch eine Kommission von Historikern und Juristen entscheiden zu lassen. Gilt doch hierzulande weithin die Macht als Inbegriff des Politischen und das Verhältnis zwischen der Politik und der nach Wahrheit und Recht suchenden Wissenschaft und Justiz als zumindest problematisch. Darum liegt der Gedanke allzu nahe, daß das Ergebnis, das eine von politischen Organen eingesetzte Untersuchungskommission vorlegen kann, entweder wissenschaftlich fragwürdig oder politisch belanglos sein müsse.

In Norwegen freilich konnte die „Untersuchungskommission von 1945" der historischen Forschung das Feld bereiten und gerade dadurch ihre politische Auf-

[3] Der Theologe, Ole Hallesby, wurde nicht als Vertreter seiner Wissenschaft, sondern wegen seines hohen persönlichen Ansehens in die Kommission berufen. Während der innerkirchlichen Auseinandersetzungen der 20er und beginnenden 30er Jahre war er als Gegner der – theologisch liberalen – norwegischen Hochkirche hervorgetreten. Gegen Ende der 30er Jahre jedoch hatten Hallesby und der Primas der norwegischen Kirche, Bischof Eyvind Berggrav, eine Annäherung zwischen den freien christlichen Organisationen und der Staatskirche herbeigeführt. Dieser Vorgang wurde während der nationalsozialistischen Besetzung im Kirchenkampf von großer Bedeutung.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gabe erfüllen. Die Untersuchungsberichte fanden gewiß keinen ungeteilten Beifall, aber die Diskussion der noch strittigen Fragen verlagerte sich mehr und mehr aus dem Bereich der Politik in den Bereich der Wissenschaft. Möglich war das nur, weil das historisch-politische Bewußtsein der norwegischen Nation sich auf den Gedanken des Rechts gründet. In der Verfassung des Jahres 1814, mit der sich die moderne norwegische Nation konstituierte, verknüpften sich die nationalen und individuellen Freiheitsrechte im Sinne der Französischen Revolution mit der romantischen Verklärung der Freiheitsrechte, die der norwegische Bauer in der Thing-Genossenschaft besaß. Das Parlament wurde nicht nur Storting (großes Thing) genannt; die Verfassung knüpfte mit der für das Gesetzgebungsverfahren geschaffenen Einrichtung des „Lagting" ausdrücklich an die so bezeichneten Rechtsgenossenschaften jener Frühzeit an. Zugleich führte der Einfluß des englischen Empirismus dazu, daß sich eine charakteristische Praxis ausbildete, die es ermöglichte, das Verhältnis von Macht und Recht immer aufs Neue zu bestimmen. Dem entspricht es, daß die Kommission in ihren Berichten der „politischen Würdigung" stets eine „konstitutionelle Würdigung" vorausgehen läßt. Dem entspricht es, daß auch die Forschung bei aller Berücksichtigung der machtpolitischen Lage die Frage nach dem Recht im Sinne jener die Nation begründenden Verfassung nie aus den Augen verliert. Politik erscheint als Mittel zur Wahrung des Rechts und die Geschichte als dessen Entfaltung. Für die deutsche Forschung, die den Grundsatz des Wertrelativismus noch kaum anzutasten gewagt hat – obschon sie nicht zuletzt in der zeitgeschichtlichen Forschung immer wieder gegen den Grundsatz verstößt –, bleibt freilich der Gedanke des Rechts als Grundlage von Politik und Geschichte problematisch. Gerade deshalb wird es nützlich sein, wenn wir im folgenden versuchen, die Ergebnisse der „Untersuchungskommission von 1945" in die Übersicht über die Ergebnisse der norwegischen Forschung einzubeziehen[4].

Das schwierigste und bis heute noch nicht abschließend behandelte Thema, mit dem die Kommission sich zu befassen hatte, war die Außen- und Verteidigungspolitik der sozialdemokratischen Regierung Nygaardsvold vor dem 9. April 1940. Insbesondere der Rüstungs- und Ausbildungsstand der norwegischen Armee war schon seit den Zwanziger Jahren Anlaß zu ständigem Streit zwischen den Konservativen (Høyre) auf der einen Seite und den Liberalen und Sozialdemokraten

[4] Der beschränkte Raum erlaubt es nicht, die gesamte norwegische Literatur zu berücksichtigen. Grundsätzlich mußte die Behandlung der Memoiren ausgeschlossen werden, obwohl sie sachlich ergiebig und geeignet sind, die allgemeine methodologische Problematik von einer anderen Seite zu beleuchten. Es sei aber auf die Schriften des Außenministers Halvdan Koht, des Storting-Präsidenten Carl Joachim Hambro, des Bischofs Eyvind Berggrav, des Rektors der Universität Oslo Didrik Arup Seip und des führenden Widerstandskämpfers Ferdinand Schjelderup hingewiesen. Ebenfalls aus Raumgründen mußte auf die Behandlung der Beiträge zu dem repräsentativen Sammelwerk Norges Krig 1940–1945, Red. Sverre Steen, 3 Bd., Oslo 1947–1950 verzichtet werden. Die populär geschriebenen Beiträge sind informativ und zuverlässig und nur in Einzelheiten durch die spätere Forschung überholt. Zu den Mitarbeitern gehören Historiker wie Sverre Steen, Magne Skodvin, Arne Ordning u. a.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(Venstre und Arbeiderpartiet) auf der anderen. Der deutsche Überfall am 9. April 1940 verlieh dem alten Streit einen neuen dramatischen Akzent. Es wurde gefragt, ob eine stärkere Armee die Nation auf den Krieg hätte besser vorbereiten und eine andere Außenpolitik die Besetzung hätte vermeiden können. Die Antwort, die die Kommission gab, ließ an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig[5]:

„Die Kommission hat den Eindruck, daß der außenpolitischen Leitung der Blick dafür mangelt, daß ein neuer Krieg zwischen den Großmächten ein Krieg neuen Typs sein würde. Es konnte kaum daran gezweifelt werden, daß ein großer Krieg von Deutschland ausgelöst werden würde. Eine Prüfung der inneren und äußeren Politik Deutschlands hätte es unserer außenpolitischen Leitung klarmachen müssen, daß die entscheidenden Kreise im Deutschen Reich alle Mittel einsetzten, um ihr Land für einen entscheidenden Krieg bereit zu machen, dessen Ziel es sein würde, Europa dem Deutschen Reich zu unterwerfen, und dessen politisches, wirtschaftliches und rechtliches System aufzuzwingen. Wenn ein solcher Krieg ausbrach und wenn er der angreifenden Macht Erfolge brachte, mußte er unweigerlich auch Norwegen in die Ereignisse hineinziehen. Es hätte die Frage gestellt werden müssen: wie soll unser Land sich in einem Krieg verhalten, der nicht nur Rohstoffen und Märkten galt, sondern der Aufrechterhaltung der politischen Institutionen, des sozialen Standards und der kulturellen Freiheit? Auch wenn diese Frage nach außen mit einer gewissen Vorsicht zu behandeln war, hätte sie doch in stärkerem Maße die Außen- und Verteidigungspolitik prägen müssen."

Diesem Urteil über die Außenpolitik von 1935 bis zum Kriegsausbruch entspricht das andere über die Neutralitätspolitik, die der Außenminister Koht vom 1. September 1939 bis zum 9. April 1940 führte[6]:

„Es kann nicht bezweifelt werden, daß die norwegische Außenpolitik mit Klugheit und Energie die Neutralitätsregeln wahrte . . .", aber „es war nicht zu umgehen, daß die norwegische Handhabung der Neutralität und die ganze Neutralitätspolitik uns in Gegensatz zu den beiden kriegführenden Mächten bringen mußte."

„Die West-Alliierten waren, ebenso wie viele Norweger, gekränkt darüber, daß Koht zwischen der alliierten Kriegführung und der Kriegführung Deutschlands keinen Unterschied zu machen schien."

„Als Norwegen am 9. April auf alliierter Seite in den Krieg eintrat, war diese Wahl weder politisch noch militärisch vorbereitet."

Die Kommission weist im übrigen nachdrücklich darauf hin, daß das Storting die Außen- und Verteidigungspolitik ebenso wie die Neutralitätspolitik der Regierung unterstützte[7]. Es geht in diesen Urteilen also nicht darum, einen Sündenbock in Gestalt der sozialdemokratischen Regierung und ihres Außenministers zu finden. Zur Debatte steht vielmehr die Frage, ob der Grundsatz der Neutralität, von dem die norwegische Außenpolitik sich stets hatte leiten lassen, den neuen weltpolitischen Verhältnissen noch entsprach. Die Neutralitätspolitik war am 9. April und endgültig mit der Ersetzung Kohts durch dessen Parteifreund Trygve

[5] Undersøkelseskommisjonen av 1945, Instilling (I), Oslo 1946, S. 41.
[6] Ebd., S. 72 u. 74.
[7] Ebd., S. 75.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lie im November 1940 drastisch revidiert worden. Das vernichtende Urteil, das die Kommission über die Neutralitätspolitik sprach, kann daher als Nachhall der Revision des Jahres 1940 erscheinen und wirkt deshalb eher als politisches, denn als historisches Urteil.

Halvdan Koht hat in seiner Verteidigungsschrift der Kommission in der ihm eigenen vornehmen Zurückhaltung entsprechende Vorwürfe gemacht. Die Kommission habe, so erklärte er, sich allzusehr auf das gestützt, „was wir später gelernt und erfahren hatten"; er wolle daher mit seiner Schrift versuchen, die Entschlüsse der norwegischen Außenpolitik „aus der Situation" verständlich zu machen[8]. Der Historiker Koht versteht es, historisch zu argumentieren. Er konnte im übrigen darauf hinweisen, daß ihm keineswegs „der Blick dafür mangelte, daß ein neuer Krieg zwischen den Großmächten ein Krieg neuen Typs sein würde"[9]. Es sei sein Grundsatz gewesen, die Neutralität aufrechtzuerhalten, solange es irgend möglich war, zugleich aber nichts zu unternehmen, was dazu hätte führen können, daß Norwegen auf der „falschen Seite" – also auf der Deutschlands – in den Krieg hineingezogen würde[10]. Und in der Tat konnte der norwegische Publizist Johan Scharffenberg auf Äußerungen und Handlungen Kohts aufmerksam machen, die zeigen, daß der Außenminister alles unternahm, um die Verbindung mit den Westmächten für den Fall der Fälle nicht abreißen zu lassen. Scharffenberg, ein extremer und temperamentvoller Verteidiger des Neutralitätsrechts der kleinen Staaten, macht, in Umkehrung der Argumente der Untersuchungskommission, Koht geradezu den Vorwurf, daß er den Alliierten gegenüber keine eindeutigere Neutralitätspolitik geführt und auf diese Weise den deutschen Angriff bis zu einem gewissen Grade herausgefordert habe[11].

Gleichwohl kann der historische Kern in den Urteilen der Kommission nicht übersehen werden. Die Frage nach der Möglichkeit der Neutralität in einer Zeit, deren Kriege „nicht nur Rohstoffen und Märkten galten, sondern der Aufrechterhaltung der politischen Institutionen, des sozialen Standards und der kulturellen Freiheit", zielt nicht nur auf ein politisches, sondern durchaus auch auf ein historisches Problem. Der im Auftrag der kriegshistorischen Abteilung des norwegischen Heeres tätige Historiker Nils Ørvik hat diesem Problem eine ganze Reihe eindringlicher und umfangreicher Studien gewidmet. Ausgangspunkt ist auch für ihn die Einsicht in den Zerfall der internationalen Rechtsordnung. Sie ist die Ursache für den „Niedergang der Neutralität", wie der Titel eines seiner Bücher lautet[12]. Der Gedanke der Neutralität, so erklärt er, basiert „on the presumption that each of the belligerents was fighting for the right cause". Das Zwanzigste Jahrhundert aber erlebte „a reversal from this principle to the Grotian theory of the just war"[13]. In

[8] Halvdan Koht, Norsk utanrikspolitikk fram til 9. april 1940, Oslo 1947, S. 5f.
[9] Ebd., S. 9ff.
[10] Ebd. S. 20.
[11] Johan Scharffenberg, Norske aktstykker til okkupasjonens forhistorie, Oslo 1950, S. 9f.
[12] Nils Ørvik, The Decline of Neutrality 1914–41, Oslo 1953.
[13] Ebd., S. 276.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer Zeit, in der der Grundsatz der „kollektiven Sicherheit und der Illegalität des Krieges" sich Geltung zu verschaffen sucht, gilt folgendes[14]:

> „Any state, regardless of how small and insignificant it may appear to be, is nevertheless a part of the whole world system, and as a member of the world community it has a duty to take make up its mind as to the solution of the problems that will determine the future of the world. In the realistic, interrelated world of today, a true, impartial and legal neutrality is impossible."

Vor diesem Hintergrund untersucht Ørvik die Sicherheitspolitik der norwegischen Regierungen seit dem Eintritt Norwegens in den Völkerbund (1920)[15]. Wenn er auch dazu neigt, seine These von der Unmöglichkeit der Neutralität in der Anwendung auf die geschichtlichen Vorgänge zu überanstrengen – es darf für ihn kein noch so unbedeutendes Ereignis geben, das seine These nicht unmittelbar bestätigt, – so sind die Grundsätze seiner Darstellung doch für die norwegische Forschung charakteristisch. Er sucht auf der einen Seite durchaus die norwegische Verteidigungspolitik aus ihren Bedingungen zu verstehen. Er weist auf die innenpolitische Lage hin und erinnert vor allem daran, daß die revisionistisch gesinnte Führung der Arbeiterpartei, die 1935 ein Minderheitskabinett gebildet hatte, doch immer wieder gezwungen war, auf einige der radikalen sozialistischen Glaubenssätze der Parteimitglieder Rücksicht zu nehmen; insbesondere auf den ausgeprägten Antimilitarismus, aber auch auf die der Völkerbundsidee entgegengesetzte Ideologie des proletarischen Internationalismus. Er erinnert zugleich an das Dilemma der bürgerlichen Parteien, die während der Zwanziger Jahre aus wirtschaftlichen Gründen für die Verteidigung Norwegens wenig hatten tun können und sich jetzt überlegen mußten, ob eine Forderung nach Erhöhung des Heeresbudgets nicht von der Arbeiterpartei als Versuch dargestellt werden konnte, die Sozialpolitik zu torpedieren. Der innenpolitisch begründete Immobilismus in der Außen- und Verteidigungspolitik, so führt Ørvik weiter aus, wurde durch die Berufung auf die überlieferte Neutralität Norwegens gerechtfertigt[16]. Ebenso weist Ørvik auf die internationale Lage hin, vor allem auf die ideelle und politische Schwächung des Völkerbundes, die eintrat, als das nationalsozialistisch gewordene Deutschland die Liga verließ und an seiner Stelle das kommunistische Rußland sich dem Kreis der Völkerbundsmächte anschloß, und als Chamberlain dazu überging, mit der Politik des Appeasement den vom Völkerbund gezogenen politischen Rahmen zu überschreiten[17]. Die Erklärung der Oslo-Staaten auf der Kopenhagener Konferenz von 1938 versteht er als Reaktion der kleinen Staaten auf die Schwäche des Völkerbunds.

Gleichwohl begnügt sich Ørvik nicht mit dem „Verstehen". Er urteilt. Und er urteilt im Prinzip nicht anders als die Untersuchungskommission. Da die Neutrali-

---

[14] Ebd., S. 277.
[15] Nils Ørvik, Sikkerhetspolitikken 1920–1939, 2 Bdd. Oslo 1960/61.
[16] Sikkerhetspolitikken, Bd. 1, S. 89ff.
[17] Sikkerhetspolitikken, Bd. 2, S. 408.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tät nach den Feststellungen Ørviks „unmöglich "ist, beruhte die Politik Norwegens auf Selbsttäuschung, auf mangelnder Einsicht in die Wirklichkeit: „Man glaubte, was man glauben wollte."[18] Und die Ergebnisse der Kopenhagener Konferenz, die er eben noch verständlich gemacht hat, schildert er doch zugleich mit bitterem Hohn, wenn er schreibt[19]:

> „Die ideelle Ordnung war eine Art ‚Scheinmitgliedschaft', die es einem kleinen Staat möglich machte, gleichzeitig außerhalb und innerhalb der Organisation zu stehen . . . Die Mitgliedschaft galt als Beweis dafür, daß das Land ideologisch und ‚geistig' in das Lager der Völkerbundsmächte gehörte, gleichzeitig konnte man aber das andere Lager [den deutsch-italienischen Block] unter Hinweis auf die Reservationen beruhigen und erklären, daß die Regierungen eine allianzfreie und nichtverpflichtete Politik führten."

Außerdem zieht sich durch alle Bücher Ørviks die Anklage gegen die norwegische Verteidigungspolitik, deren Tenor in den folgenden Sätzen aufklingt[20]:

> „Das Recht allein reichte nicht mehr aus. Erst wenn es mit *reeller Macht und festem Widerstandswillen* untermauert war, konnte man hoffen, daß es Anerkennung finden würde."

Man wird gewiß einwenden können, daß sich die Frage, ob größere Verteidigungsanstrengungen Norwegen vor der deutschen Besetzung hätten bewahren können, nur spekulativ beantworten läßt. In unserem Zusammenhang ist jedoch vor allem von Interesse, daß in der These, wonach der norwegischen Außen- und Verteidigungspolitik die Übereinstimmung mit der Wirklichkeit fehlte, unverkennbar ein moralisches Verdikt mitschwingt. Neutralität ist nicht nur in machtpolitischer, sondern auch in moralischer Hinsicht, nicht möglich. Und darin deutet sich bereits an, was die norwegische Forschung charakterisiert: Der historische Wirklichkeitsbegriff umfaßt auch Recht und Moral. Dieses Phänomen wird uns im folgenden immer wieder beschäftigen.

Es dürfte charakteristisch sein für das historisch-politische Selbstverständnis der norwegischen Nation, daß die Untersuchungskommission und die Forschung den militärischen Vorbereitungen, die auf deutscher und alliierter Seite für ein Norwegenunternehmen getroffen wurden, verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit widmen[21]. Die Kontinuität der nationalen Geschichte legt sich dar in der Konti-

---

[18] Ebd., S. 447.

[19] Ebd., S. 401.

[20] Nils Ørvik, Norge i brennpunktet, Oslo 1953, S. 26, Hervorhebung bei Ørvik.

[21] Die erste norwegische Darstellung der militärischen Pläne schrieb Helge Sivertsen für den Beilagenband der Untersuchungskommission: Undersøkelseskommisjonen av 1945, Innstilling Bilag, Bd. 1, S. 7–72. Eine umfangreichere militärgeschichtliche Darstellung schrieb E. A. Steen, Sjøforsvarets nøytralitetsvern 1939–1940 – Tysklands og vestmaktenes planer for en Norgesaksjon (Norges Sjøkrig 1940–1945, Bd. 1), Oslo 1954. Es handelt sich um ein Übersichtswerk, das sich stark auf die Literatur stützt und bei der Behandlung der deutschen Vorbereitungen eine gewisse Abhängigkeit von den Arbeiten Assmanns und Hubatschs er-

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nuität der Bewahrung von Recht und Moral. Verstoßen andere Nationen gegen diese Grundsätze, ist das deren Angelegenheit. Nie kann ein fremder Verstoß die eigene Nation der Verantwortung entheben. Im Gegenteil: sind Recht und Moral bedroht, ist die Nation zu höherem Einsatz verpflichtet. Dem entspricht es, daß sich die Kommission und die Forschung sehr intensiv und sehr kritisch mit dem Verhalten der norwegischen Organe im besetzten Gebiet befaßt haben. Die besondere Aufmerksamkeit gilt hier der Periode vom 9. April 1940 bis zur Installierung der Quisling-Behörden durch die Besatzungsmacht am 25. September 1940.

Das Interesse richtet sich hier zunächst auf die Tätigkeit des Administrationsrates, der in Übereinstimmung mit dem deutschen Gesandten Bräuer am 16. April 1940 vom Obersten Gerichtshof Norwegens auf Grund konstitutionellen Notrechts eingesetzt wurde und auch nach dem Dienstantritt des Reichskommissars Terboven zunächst bestehen blieb.

Der Bericht der Kommission, der die Errichtung und die Tätigkeit des Administrationsrates im einzelnen schildert[22], kommt in der „konstitutionellen Würdigung" zu dem Ergebnis, daß der Rat die gesetzliche Regierung nicht ersetzte und nicht ersetzen wollte[23]. Im Rahmen der „politischen Würdigung" stellt die Kommission zwei charakteristische Fragen[24]:

> „1. War es politisch richtig, einen Administrationsrat zu errichten, und war es in solchem Falle in nationaler und moralischer Hinsicht zu rechtfertigen, Mitglied dieses Rates zu werden?
> 2. Konnte der Rat wesentliches erreichen zum Schutz der norwegischen Bürger, oder wurde er ein Organ, das vornehmlich den deutschen Interessen diente und die deutsche Kriegführung erleichterte?"

In der Antwort stellt die Kommission fest, daß der Rat für Ruhe und Ordnung im besetzten Gebiet sorgte und die Vollbeschäftigung im wesentlichen aufrechterhalten konnte. Er weist darauf hin, daß es nur eine Alternative gegeben hätte: offene Sabotagepolitik zu betreiben und im Wirtschaftsleben wie in der Verwaltung das Chaos heraufzuführen. Die Kommission kommt aber zu dem Schluß, „daß im Frühjahr 1940 die Voraussetzungen für eine solche offene Sabotagepolitik hier im Lande absolut fehlten"[25]. Sie stellt weiter fest: „Wer heute den Administrationsrat seines Auftretens wegen rügen will, kann nicht umhin, seine Kritik gegen die

---

kennen läßt. Die erste kritische Auseinandersetzung mit den Thesen der deutschen Literatur unternahm Magne Skodvin, Striden om okkupasjonsstyret i Norge, Oslo 1956. Skodvin untersucht die ersten Monate der deutschen Besatzungspolitik und begreift bei der Behandlung der Vorgeschichte die nationalsozialistische Außenpolitik und Kriegführung als besondere Form der politischen Expansion und des politischen Umsturzes. Dieser Gesichtspunkt ermöglicht eine sachgerechte Interpretation der militärgeschichtlichen Quellen, die bis dahin fehlte.

[22] Undersøkelseskommisjonen av 1945, Instilling (I), S. 121 ff.

[23] Ebd., S. 223.

[24] Ebd., S. 224.

[25] Ebd., S. 227.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Haltung des gesamten norwegischen Volkes im Frühjahr und Sommer 1940 zu richten, gegen alle Gesellschaftsklassen, gegen die Führer der Nation und gegen die große Menge."[26] Im übrigen kommt die Kommission zu dem Ergebnis, daß der Rat „mehr Schützer der norwegischen Interessen als Helfer der Besatzungsmacht war"[27].

Ein gewisses Unbehagen kann die Kommission offenbar nicht unterdrücken. Sie will vom Rat aber nicht mehr verlangen, als von der ganzen Nation, dies um so weniger, als die Errichtung des Rates die Verfassung nicht verletzte und seine Tätigkeit dem norwegischen Interesse im besetzten Gebiet relativ entsprach. Grundlage des Urteils ist offenkundig eine nüchterne Einschätzung der politischen Lage und – die Verfassung.

Der Historiker Magne Skodvin bestätigt in seinem Buch über die ersten Monate der Besetzung die Ergebnisse der Kommission. Er zeigt, daß den Norwegern, die sich für die Errichtung des Rates verwendeten, ein Ziel gemeinsam war: Es sollte die Bildung einer Gegenregierung verhindert werden; und zwar in zweifacher Hinsicht. Der Rat wollte es der Besatzungsmacht erleichtern, auf die Unterstützung Quislings zu verzichten, der am 9. April versucht hatte, eine neue Regierung zu bilden. Er wollte aber ebenso vermeiden, daß er selbst den Charakter einer Regierung gewinnen würde, wie es der Gesandte Bräuer wünschte. Die Widersprüche zwischen den Wünschen des Gesandten und den Zielen der Norweger formuliert Magne Skodvin zutreffend[28]:

> „Für Bräuer galt es, den König an den Rat zu binden, die anderen [die Mitglieder des Rates und des Obersten Gerichts] wünschten hingegen, den Rat beim König zu verankern."

Sehr viel kritischer werden von der Kommission und der Forschung die sogenannten Reichsratsverhandlungen beurteilt, die Terboven im Sommer 1940 einleitete. Terboven verlangte, wie Sverre Steen in einem besonderen Beilagenband zum Bericht der Untersuchungskommission eingehend dargelegt hat[29], vom Storting und vom Obersten Gericht die Absetzung der Regierung Nygaardsvold, die Abschaffung der Monarchie und die Bildung eines Reichsrats, der die Befugnisse des Monarchen und der Regierung in sich vereinigen und zusätzlich vom Storting eine allgemeine Ermächtigung erhalten sollte. Daß das Präsidium des Storting und eine Reihe politischer Gruppen in Norwegen sich auf solche Verhandlungen einließen, wird von der Kommission heftig kritisiert. Die „konstitutionelle Würdigung" geht davon aus, daß das Storting nach der Verfassung kein Recht hat, den König abzusetzen, und daß eine neue Regierung gesetzlich nur dann zustande kommen kann, wenn

---

[26] Ebd., S. 229.

[27] Ebd., S. 230.

[28] Skodvin, a. a. O., S. 151.

[29] Sverre Steen, Riksrådsforhandlingene, in: Undersøkelseskommisjonen av 1945, Instilling Bilag, Bd. 3, Oslo 1947.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der König sie ernennt[30]. In der „politischen Würdigung" werden zwei Punkte besonders ins Auge gefaßt: zunächst wird darauf hingewiesen, daß das Storting der Regierung Nygaardsvold auch für den Fall eine Vollmacht erteilt hatte, daß sie durch die Kriegshandlungen gezwungen wäre, zeitweilig außer Landes zu gehen (Elverums-Vollmacht). Außerdem wird nachdrücklich daran erinnert, daß König und Regierung, als sie Norwegen verließen, erklärt hatten, sie würden den Kampf um die Freiheit und Selbständigkeit Norwegens an der Seite der Alliierten fortsetzen. Unter diesen Umständen, so erklärt die Kommission, hätte das Präsidium des Storting und alle beteiligten norwegischen Persönlichkeiten die „nationale und moralische Pflicht" gehabt, die deutschen Forderungen abzulehnen und das Volk zum Widerstand aufzurufen[31]. Die „defaitistische Stimmung" in der Bevölkerung, die sich in einer „ziemlich lautstarken" Kritik „an unseren Alliierten und unserer gesetzlichen Regierung" entlud[32], konnte die Errichtung des Administrationsrates entschuldigen, nicht aber die Reichsrats-Verhandlungen. Letztere verstießen gegen die Verfassung und gegen die eindeutige Stellungnahme der Regierung Nyggaardsvold. Es ist unverkennbar, daß bei der Verurteilung der Reichsrats-Verhandlungen dieselben Maßstäbe wirksam sind, wie bei dem Urteil über die Errichtung des Administrationsrates. Die Verfassung und die politische Lage sind maßgebend; letztere ist für die Kommission jetzt durch die eindeutige Haltung der Regierung bestimmt.

Die Einwände, die gegen das Urteil der Kommission in Norwegen erhoben wurden, wollen freilich die Haltung der Regierung nicht als maßgebend gelten lassen. Sie sind offenkundig Nachklänge aus der Zeit der Erschütterung des politischen und rechtsstaatlichen Gefüges der norwegischen Nation, wie sie in den Reichsratsverhandlungen zum Ausdruck kommen. Annaeus Schjødt, am Obersten Gericht zugelassener Anwalt, wies in einer kleinen Schrift auf zwei Punkte hin, die die Kommission bei ihrer Würdigung nicht berücksichtigt habe[33]. Die Regierung Nygaardsvold hätte noch bis zum Herbst 1941 in London keine Stellung gewonnen, „die eine wirkliche Regierungsfähigkeit beinhaltete und die Möglichkeit für einen tatsächlichen und einigermaßen bedeutungsvollen Einsatz für Norwegens künftige Selbständigkeit gab"[34]. Sodann liest man bei Schjødt[35]:

> „Die Untersuchungskommission hebt hervor, daß ein Reichsrat uns keine Sicherheit für unsere Souveränität in der Zukunft hätte geben können. Gewiß nicht; das ist ganz richtig. Aber was hatten wir überhaupt für eine Sicherheit in dieser Zeit? Für eine nüchterne Würdigung war es ganz unsicher, wer den Krieg gewinnen würde und ob die Westmächte im Falle eines Kompromißfriedens irgend etwas würden für uns tun können."

[30] Undersøkelseskommisjonen av 1945, Instilling (I), S. 275 f.
[31] Ebd., S. 279 f.
[32] Ebd., S. 243, vgl. auch S. 284.
[33] Annaeus Schjødt, Riksrådsforhandlingene i 1940, Oslo 1947.
[34] Ebd., S. 20.
[35] Ebd., S. 11.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Präsidium, so erklärt Schjødt weiter, und die übrigen Unterhändler hätten stets nur ein Ziel vor Augen gehabt: „Das war die Rettung der Souveränität und der Selbständigkeit des Landes für die Zukunft."[36] Ihm scheint daher, das Urteil der Kommission „gründe auf absoluten Forderungen von stark stimmungs- und resultatbetonter Natur"[37].

Schjødts Äußerungen weisen zweifellos auf ein schwieriges politisches, historisches und zugleich methodologisches Problem hin. Die Reichsratsverhandlungen waren für die meisten der beteiligten Norweger ein Versuch, in einer aussichtslos erscheinenden Lage „das Schlimmste zu verhindern". Ein Motiv, das auch aus der deutschen Geschichte bekannt ist. In Norwegen war das „Schlimmste" die von Terboven angedrohte Übernahme der Regierungsgeschäfte durch deutsche Beamte bzw. durch ein Quisling-Regime. Historisch gesehen gehört dieser Vorgang zu dem Phänomen, das Ernst Warmbrunn „the reasonable collaboration" genannt hat[38]. Die methodologische Problematik „absoluter Forderungen" als Grundlage historischen Urteils ist offenkundig.

Magne Skodvins Untersuchungen lassen die historische und politische Problematik der Verhandlungen deutlicher hervortreten und geben zugleich bemerkenswerte Erträge im Hinblick auf das methodologische Problem. Skodvin geht von der deutschen Besatzungspolitik aus. Er schildert eingehend Terbovens Pläne und in diesem Zusammenhang zunächst dessen Verhältnis zu Quisling[39]:

> „Nicht daß der Reichskommissar sich in einem prinzipiellen Widerspruch zu Quisling und Nasjonal Samling befand – die Partei stand dem Dritten Reich näher, als jede andere norwegische Gruppe; aber Terboven war ein Mann der praktischen Politik, und er sah, daß Nasjonal Samling als politischer Mitspieler kein Aktivum war, sondern ein Mühlstein am Hals. Der Wille war gut, aber die Fähigkeit schwach."

Darum, so führt Skodvin weiter aus, ging Terboven einen anderen, einen indirekten Weg[40]:

> „Terboven wünschte ... Personen nach vorn zu schieben, hinter denen politische Kräfte standen, oder die doch in der Lage zu sein schienen, eine breite Opinion in Norwegen zu sammeln; er suchte sie unter den positiv deutsch Orientierten und unter denen, die die Deutschen jener Zeit als ‚Realisten' betrachteten. Den alten Parteien freilich wollte er Fesseln anlegen. Sie repräsentierten für ihn gerade das-

[36] Ebd., S. 11.

[37] Ebd., S. 8; Schjødts Buch mag hier für andere ähnliche Äußerungen stehen. Hingewiesen sei noch auf Thomas Bonnevie, Høyesterett og Riksråds-Forhandlingene, Oslo 1947. Bonnevie weist im Widerspruch zur Kommission darauf hin, daß der Präsident des Obersten Gerichts und spätere Führer der Widerstandsbewegung, Paal Berg, für den Ablauf der Reichsratsverhandlungen nicht weniger verantwortlich gewesen sei als das Präsidium des Storting. In der Tat scheint sich im Verhalten Paal Bergs der Weg vom „Appeasement" zum Widerstand in einer für den Historiker aufschlußreichen Weise zu spiegeln.

[38] Vgl. Ernst Warmbrunn, The Dutch under German Occupation 1940–1945, Stanford 1963.

[39] Skodvin, a. a. O., S. 256.

[40] Ebd., S. 271.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jenige System, dem die nationalsozialistische Revolution in Deutschland ein Ende gemacht hatte. Unter diesen Umständen konnte Terboven leicht auf den für ihn logischen Gedanken kommen, daß es zweckmäßig wäre, eine neue Partei, oder richtiger: eine neue politische Formation zu schaffen. Er erwartete große Resultate von dieser Linie. Gegenüber Quisling benutzte er den Plan als Drohung: er könne, wenn er wolle, eine starke Gruppe ins Leben rufen, die Quisling von der Bildfläche verschwinden lassen würde."

Mit anderen Worten: Terboven versuchte, in Norwegen nach deutschem Vorbild zunächst ein „Kabinett der nationalen Konzentration" zu schaffen, um ihm danach eine „Bewegung" an den Hals zu hängen, die dann die nationalsozialistische Revolution in Norwegen vollenden würde[41]. Im Hintergrund der Reichsratsverhandlungen stand für Terboven das Ziel der „Gleichschaltung" und des „Anschlusses" von Norwegen.

Angesichts der Absichten Terbovens, die er während der Verhandlungen zu verschleiern suchte, ist deutlich, daß die „Realisten", deren Argumente Annaeus Schjødt nach dem Kriege wiederholte, von vornherein auf verlorenem Posten standen. Ihr „Realismus" entspricht mutatis mutandis dem außenpolitischen „Realismus" des norwegischen Appeasement der Zeit vor der Besetzung. Die „Realisten" hatten den politisch revolutionären Charakter des Krieges und der nationalsozialistischen Besatzungspolitik noch nicht realisiert. Es ging für Norwegen im Sommer 1940 nicht nur in politischer, sondern auch in historischer Hinsicht um „Sein oder Nicht-Sein". Der gleichsam „neutrale" Mittelweg, den die „Realisten" erstrebten, war nicht vorhanden. Die politische Entscheidung der Regierung Nygaardsvold entsprach so letztlich auch dem historischen Sachverhalt. Daß in einem Kampf um „Sein oder Nicht-Sein" die „absoluten Forderungen", die Schjødt beim Urteil der Untersuchungskommission bemängelte, in den Vordergrund traten, lag in der Natur der Sache. Der politische Standpunkt, den die Regierung Nygaardsvold einnahm und den die Untersuchungskommission gleichsam für national verbindlich erklärt, wird vom Historiker Skodvin unter Berücksichtigung der Werte, die auf dem Spiel standen, historisch gerechtfertigt. Die Frage des „Seins oder Nicht-Seins" betrifft offenkundig nicht nur die physische Existenz der Nation, sondern zugleich die Werte, die sie verwirklicht hat; diejenigen Werte, deren Erhaltung und Entfaltung Gegenstand der Politik – und Inhalt der Geschichte sind.

Norwegen blieb vor einer Gegenregierung in Form des Reichsrates bewahrt. Hitler ließ aus hier nicht zu erörternden Gründen Terbovens Experiment abbrechen. Am 25. September 1940 ernannte der Reichskommissar eine Reihe von Mitgliedern der Partei Quislings zu „kommissarischen Staatsräten", erließ ein Verbot der Parteien und erklärte Quislings Nasjonal Samling zur Staatspartei. Wenn auch Quisling selbst in diesen „Staatsrat" noch nicht eintreten durfte, so schufen die Maßnahmen des 25. September gleichwohl Klarheit. Die Besatzungsmacht hatte die Maske fallen lassen. Auch nach außen hin war jetzt deutlich, daß ihr Ziel die

[41] Vgl. dazu auch die ergänzenden Hinweise des Verf., Zur „Großgermanischen Politik" des Dritten Reiches, in dieser Zeitschr. 8 (1960), S. 37 ff.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nazifizierung Norwegens war. Das führte augenblicklich zu einer Klärung der Fronten und zur Wiederherstellung des Selbstbewußtseins der norwegischen Nation.

Die „gesetzliche Regierung", die Regierung Nygaardsvold, erschien schon mehrfach als diejenige Größe, die die Werte, nach denen die Kommission und die Forschung urteilt, politisch und historisch repräsentiert. Das beruht freilich nicht einfach auf ihrem verfassungsmäßigen Status. Im Mittelpunkt aller norwegischen Untersuchungen und Betrachtungen zur Besatzungszeit steht vielmehr die Frage, ob und in welcher Weise die Regierung die Forderungen erfüllt hat, die die norwegische Nation auf Grund ihrer politischen und historischen Überlieferungen an eine Regierung stellen kann. Ausgangspunkt aller Untersuchungen und Darstellungen ist die Proklamation, die König und Regierung kurz vor der Einschiffung nach England am 7. Juni 1940 erließen[42]:

> „Norwegens König und Regierung wollen in dieser Zeit des Kampfes die freien Sprecher der nationalen Forderungen des norwegischen Volkes sein. Sie wollen, soweit es in ihrer Kraft steht, das selbständige Leben des norwegischen Reiches aufrechterhalten, so daß keines der Rechte, die einem freien Staat zukommen, verspielt wird. Es wird ihre Aufgabe sein, die politische Rechtsgrundlage des Landes und Volkes zu wahren, so daß unser Vaterland in der Stunde des Sieges mit Mündigkeit vortreten und seine nationale Freiheit behaupten kann."

Die Kommission stellt die Frage, ob und in welchem Ausmaß die Regierung den Verpflichtungen nachkam, die sie mit der Proklamation übernommen hatte. Sie weist zunächst daraufhin, daß es gelungen war, die Goldbestände der Bank von Norwegen rechtzeitig dem Zugriff der Besatzungsmacht zu entziehen und nach London zu bringen. Sie weist ferner darauf hin, daß die Regierung es verstand, die große Handelsflotte finanzpolitisch zu nutzen. Die Goldbestände und die Einkünfte aus der Schiffahrt ermöglichten es, alle Ausgaben für die Kriegführung und die Aufrechterhaltung des Regierungsapparates aus norwegischen Mitteln zu bestreiten[43].

Als politische Voraussetzung der tatsächlichen Wirksamkeit der Exilregierung wertet die Kommission den entschlossenen Bruch mit der Neutralitätspolitik, den der Nachfolger Halvdan Kohts, Trygve Lie, im November 1940 endgültig vollzog. In diesem Zusammenhang wird es für die Kommission wichtig, daß am 28. Mai 1941 nach Überwindung einiger Schwierigkeiten, von denen unten noch zu sprechen ist, ein norwegisch-britisches Militärabkommen geschlossen wurde. Es hatte die Aufstellung norwegischer Streitkräfte zum Gegenstand. In der veröffentlichten Präambel zum Akommen wurde hervorgehoben, die vertragschließenden Parteien seien sich darüber einig, daß „eines der Kriegsziele die Wiedererrichtung der Freiheit und Selbständigkeit Norwegens durch die Befreiung des Landes von deutscher

---

[42] Häufig gedruckt; hier zit. nach Undersøkelseskommisjonen av 1945, Instilling IV, S. 15.

[43] Vgl. ebd., S. 18; ausführlich über die Finanzlage S. 94ff. und über die Gründung der Norwegian Shipping and Trade Mission (Nortraship) S. 118ff.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herrschaft" sei[44]. Nicht minder wichtig erscheinen der Kommission die anderen außenpolitischen Verträge: so der Vertrag mit den Vereinigten Staaten über gegenseitigen Beistand vom 11. Juli 1942, die Beitrittserklärungen zu den Grundsätzen der Atlantik-Charta und zu den Vereinten Nationen[45]. Die Verträge gelten der Kommission als Zeichen dafür, daß es der Regierung gelang, die außenpolitische Handlungsfähigkeit Norwegens zu wahren.

Für ebenso wichtig hält es die Kommission, daß die Regierung norwegische Streitkräfte im Exil aufstellen konnte. Die Mannschaften und Offiziere wurden auf Grund des Wehrpflichtgesetzes einberufen, teils unter den im Ausland lebenden Norwegern, teils unter den Seeleuten der Handelsflotte, teils unter den Flüchtlingen, die nach Schweden oder auf Schiffen nach England gelangt waren. In einzelnen Fällen wurden auch Offiziere in Norwegen aufgefordert, sich über Schweden zu den Streitkräften zu begeben. Die Anfänge der Armee waren gewiß bescheiden. Gegen Ende des Krieges hatte die Regierung in den drei Wehrmachtteilen jedoch rund 15000 Mann im Exil unter Waffen. In Schweden standen außerdem an leichten Waffen ausgebildete norwegische Polizeitruppen in einer Stärke von 14500 Mann[46].

Entscheidende Bedeutung für die Beurteilung der Regierungstätigkeit und der Regierungsfähigkeit hat aber für die Kommission das Verhältnis zwischen der Regierung und der Widerstandsbewegung. Sie weist zunächst auf die praktischen, politischen und rechtlichen Schwierigkeiten hin, denen sich die Regierung in ihrem Verhältnis zur Widerstandsbewegung gegenüber sah. Ihr standen nur „begrenzte Möglichkeiten" zur Verfügung, die Entwicklung im besetzten Land zu leiten; konnte sie sich doch nicht einmal „volle Kenntnisse über die Lage verschaffen". Die fehlenden Kenntnisse und der Umstand, daß die Führung des Widerstands „nicht auf demokratischem Wege" zusammengesetzt war, schuf zunächst Unsicherheit hinsichtlich der Loyalität des Widerstands[47]. Eine Zeitlang fürchtete die Regierung, daß jetzt nicht mehr der Reichsrat, wohl aber eine zivile Leitung des Widerstands sich zu einer Gegenregierung auswachsen würde, zumal sie sich über die Kritik im klaren war, die in Norwegen an der Regierung wegen ihres Verhaltens vor dem 9. April geübt wurde[48]. Diese Sorgen erhielten, so meint die Kommission, besonderes Gewicht, weil in Norwegen eine geheime Militärorganisation entstand. Ausdrücklich weist sie darauf hin, daß bewaffnete Einheiten des Widerstands „eine wirkliche Gefahr darstellten, falls deren Leitung sich nicht als loyal erwies"[49]. In diesem Zusammenhang hält die Kommission drei Ereignisse für besonders wich-

[44] Ebd., S. 39ff.; die Präambel zum Militärabkommen ist gedruckt bei Arne Ordning, Norsk utenrikspolitikk under krigen, in: Norges Krig, Bd. 2, S. 214.

[45] Vgl. die Liste der außenpolitischen Verträge in Undersøkelseskommisjonen av 1945, Instilling IV, S. 48.

[46] Ebd., S. 78 u. S. 86.

[47] Ebd., S. 214 u. ö.

[48] Ebd., S. 174ff.

[49] Ebd., S. 173.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tig: Im Laufe des Jahres 1941 gelang es, die Militärorganisation – Milorg – formell und reell dem Oberkommando des norwegischen Heeres in London einzugliedern[50]. Der Staatsminister Nygaardsvold erklärte um die Jahreswende 1942/43 über den britischen Rundfunk, seine Regierung werde nach der Befreiung Norwegens zurücktreten[51]. Im Juni 1943 sprach die Regierung Paal Berg, der 1940 als Präsident des Obersten Gerichts mit seinen Kollegen zurückgetreten war und sich danach um die Koordinierung der verschiedenen Widerstandszellen bemüht hatte, ihr Vertrauen als dem Leiter der zivilen Widerstandsorganisation aus[52].

Nach Meinung der Kommission schufen diese Schritte der Regierung die Grundlage für den politischen, rechtlichen und institutionellen Zusammenhang zwischen der „Außenfront" und der „Heimatfront". Sie entwirft insgesamt ein Bild des Verhältnisses von Regierung und Widerstand, das die ungebrochene Existenz des norwegischen Staates während der Besatzungszeit erkennen läßt. König und Regierung erscheinen als die legale Instanz zur Leitung aller norwegischen Staatsorgane, zu denen auch die geheime Militärorganisation und die zivile Widerstandsleitung gehören.

Wieder hat die norwegische Forschung die Darstellung, die die Kommission gab, vertieft und bestätigt. Sverre Kjeldstadli, der allzufrüh verstorbene Historiker des norwegischen Widerstands, geht in seinem Werk, dessen zweiter Band nicht mehr erscheinen konnte[53], den sehr verschiedenartigen, vielfältigen und sich überschneidenden Differenzen nach, die zwischen der Exil-Regierung, dem Widerstand und den Alliierten während des Krieges auftraten. Kjeldstadli erinnert zunächst daran, daß die Regierung der Arbeiterpartei einer Widerstandsorganisation gegenüberstand, die wesentlich und besonders in ihrem militärischen Zweig, dem sich Kjeldstadli widmet, von bürgerlichen Kräften getragen wurde, die der Regierung schon vor dem Kriege skeptisch gegenüberstanden[54]. Er geht außerdem auf die Differenzen zwischen der norwegischen Regierung und der britischen Regierung ein. Die britische Special Operations Executive (SOE), etwa das Gegenstück zur deutschen Division Brandenburg, hatte schon im Herbst 1940 norwegische Staatsbürger für ihre Kommandotruppen geworben und kleinere Raids nach Norwegen unternommen. Das widersprach durchaus dem Willen der norwegischen Regierung, die nationale Selbständigkeit Norwegens auch im Exil zu behaupten. Norwegische Staatsbürger im Ausland unterstanden dem norwegischen Wehrpflichtgesetz und durften nach dem Rechtsstandpunkt der norwegischen Regierung nicht als Freiwillige in die britische Armee eintreten. Diese Differenzen führten dazu, daß sich die britisch-norwegischen Verhandlungen über ein Militärabkommen monatelang hinzogen[55]. Kjeldstadli zeigt weiter, daß auch das Verhältnis zwischen der Milorg

[50] Ebd., S. 172f.
[51] Ebd., S. 218.
[52] Ebd., S. 166.
[53] Sverre Kjeldstadli, Hjemmestyrkene, Bd. 1, Oslo 1959.
[54] Ebd., S. 82ff.
[55] Ebd., S. 89ff.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und der SOE in den ersten Jahren äußerst gespannt war. Die Milorg wollte eine geheime Armee aufbauen und in kleinen Gruppen trainieren, um im Augenblick einer Invasion einsatzbereit zu sein. Sabotageaktionen lehnte sie im Prinzip zunächst ab, vor allem weil die Besatzungsmacht nicht vorzeitig auf die Existenz der geheimen Armee aufmerksam gemacht werden sollte. Die SOE hingegen wünschte, durch Sabotageakte die Besatzungsstreitkräfte ständig in Atem zu halten. Mit den Grundsätzen der Milorg bekannt, suchte sie zunächst jeden Kontakt mit der norwegischen Organisation zu vermeiden. Da die SOE die Objekte ihrer Aktionen bisweilen ungeschickt auswählte – Anschläge auf Versorgungseinrichtungen trafen oft die Bevölkerung mehr als die Besatzungsstreitkräfte –, verlangte die Milorg eine Beteiligung an der Auswahl der Objekte[56].

Die Spannungen zwischen der Milorg und der SOE schufen die ersten Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Widerstand. Aber noch ein anderes Moment kam hinzu. Kjeldstadli schreibt über die Stellung der Milorg bis zu ihrer Anerkennung durch die Regierung: „Formell und reell war die Milorg . . . ein ‚höchst privates Unternehmen' . . . Sie war im eigentlichen Sinne des Wortes ein Resultat der Privatinitiative." Er erklärt, daß dieser Sachverhalt die Initiatoren der Organisation beunruhigte und sich mit anderen beunruhigenden Überlegungen verband[57]:

> „Hinzu kamen nagende Gewissensfragen für einige Leiter der Milorg: hatten sie, die trotz allem Privatpersonen waren, ohne Mandat vom norwegischen Volk und seiner gesetzlichen Staatsmacht das Recht, sozusagen im Namen des norwegischen Volkes aufzutreten? War ein militärischer Widerstand gegenüber den Okkupanten völkerrechtlich gerechtfertigt? War es mit der Ehre des norwegischen Offiziers zu vereinbaren, zum militärischen Widerstand aufzurufen und zu den Waffen zu greifen, nachdem er den Deutschen sein Wort verpfändet hatte, niemals mehr im gegenwärtigen Krieg die Waffen gegen die Besatzungsmacht zu erheben?"

Diese rechtlichen und moralischen Bedenken verbanden sich mit dem praktischen Problem des Verhältnisses zur SOE[58]:

> „Solange die Milorg den Charakter eines ‚privaten Unternehmens' hatte, ohne offizielle Anerkennung von seiten der Regierung Nygaardsvold, konnten die Briten in SOE, in SIS und anderen Organen fortfahren, die Milorg nicht zur Kenntnis zu nehmen; sie brauchten wegen der Behandlung der Milog keine diplomatischen Verwicklungen mit der norwegischen Regierung zu befürchten."

Diese moralischen, rechtlichen und politischen Bedenken und Überlegungen führten nach Kjeldstadli dazu, daß die Milorg über alle politischen Differenzen hinweg mit der Regierung in Verbindung trat und sich durch die Eingliederung in das Oberkommando des norwegischen Heeres legalisieren ließ[59].

Kjeldstadli erwähnt, daß eine andere, gleichsam plebiszitäre Legalisierung der

[56] Ebd., S. 92ff.
[57] Ebd. S. 79.
[58] Ebd. S. 80.
[59] Ebd., S. 80.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Milorg hinzukam: die Legalisierung durch den zivilen Widerstand[60]. Ihm hat sich Thomas Chr. Wyller im ersten, historischen Teil seiner politologischen Studie über die Rolle der Verbände während der Besetzung gewidmet[61]. Wyller nimmt seinen Ausgang bei den gemeinsamen Schreiben, die die Vorsitzenden von 22 bzw. 43 Verbänden am 3. April und am 15. Mai 1941 an den Reichskommissar richteten, um gegen die von den Quislingbehörden geplante Gleichschaltung der Vereine und Verbände zu protestieren[62]. Diesem Schritt folgte eine ganze Welle von Ereignissen, die Wyller eingehend schildert. Terboven ließ einige der protestierenden Verbandsvorsitzenden verhaften. Der „kommissarische Staatsrat" erließ das „Vereinsgesetz", enthob die Verbandsvorstände ihrer Ämter und setzte an ihrer Stelle Kommissare ein, die der Nasjonal Samling angehörten. Die abgesetzten Vorstände konstituierten sich daraufhin als geheime Aktionsausschüsse und forderten ihre Mitglieder in Form einer „Parole" auf, den Kommissaren schriftlich den Austritt aus dem Verein zu erklären. Die „Parole" wurde in eindrucksvoller Weise befolgt. Ende August 1941 hatten – um einige Beispiele zu nennen, die Wyller angibt – 90 % der Mitglieder der Anwalts- und der Ärztevereinigung ihren Austritt erklärt[63]. Den Aktionsausschüssen gelang es, ihre Verbände fast geschlossen in die „Illegalität" zu führen und die Mitglieder durch die Ausgabe von „Parolen" zu einem einheitlichen Verhalten gegenüber den Forderungen der Besatzungsmacht und ihrer Erfüllungsgehilfen zu veranlassen. Die Ausschüsse fanden in einem „Koordinationskomitee" den nötigen Kontakt und verwandelten schließlich das Komitee in das leitende Organ des Widerstands: „Hjemmefrontens Ledelse" (Leitung der Heimatfront). Dem Komitee gelang es, die individuelle Empörung der Norweger in eine organisierte passive Resistenz umzuwandeln, an der alle Nazifizierungspläne scheiterten: vor allem der Versuch, einen Jugendverband nach dem Muster der Hitler-Jugend aufzubauen, der Versuch, eine der „Deutschen Arbeitsfront" nachgebildete Organisation zu errichten und der Versuch, die Zwangsmobilisierung von Arbeitskräften durchzusetzen[64].

Diese Vorgänge führten fast zwangsläufig zu einer engen politischen Zusammenarbeit zwischen der zivilen und der militärischen Organisation. Die Milorg war durch einige Mitglieder ihres „Rats" in „Hjemmefrontens Ledelse" vertreten.

Als sich der Widerstand in Norwegen konsolidiert hatte und in die Regierungstätigkeit eingeordnet war, gelang es auch, wie wieder Sverre Kjeldstadli zeigt, die Differenzen zwischen der SOE und der Milorg auszuräumen. In dem Ende 1941 in London gebildeten „Anglo-Norvegian Joint Committee" hatte die SOE zunächst

[60] Ebd., S. 144.

[61] Thomas Chr. Wyller, Nyordning og motstand, Oslo 1958. Der für den Politologen beachtenswerte zweite Teil der Darstellung kann hier außer Betracht bleiben.

[62] Ebd., S. 23ff. u. 29ff.

[63] Ebd., S. 63.

[64] Über die Aktionsausschüsse und das Koordinationskomitee vgl. ebd., S. 76ff.; über das Jugenddienstgesetz und das gleichzeitige Lehrerverbandsgesetz vgl. S. 103ff.; über „Norges Arbeidsamband" S. 117ff. und über die Arbeitsmobilisierung S. 124f. Vgl. ferner Kjeldstadli, a. a. O., S. 137ff.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

noch ihr Sabotageprogramm durchsetzen können[65]. Ein Treffen zwischen Offizieren des norwegischen Oberkommandos und der Milorg-Führung, das im Februar 1942 in Stockholm stattfand[66] und eine „drastische Revision" der SOE-Richtlinien, die nicht ohne Einfluß der Norweger um die Jahreswende 1942/43 vorgenommen wurde, führte zu einer militärisch sinnvollen Zusammenarbeit zwischen Milorg und SOE[67].

Es ist hier nicht die Stelle, die verschiedenen Aktionen des zivilen und des militärischen Widerstands in Norwegen zu schildern. Entscheidend ist vielmehr, daß die norwegische Forschung die These der Untersuchungskommission, wonach die Kontinuität der staatlichen und politischen Ordnung Norwegens durch die Besatzungszeit nicht unterbrochen wurde, mit einer Fülle anschaulichen Materials bestätigt. Es entsteht das Bild einer gleichsam „illegalen Nation", die es unternimmt, während des Krieges im besetzten Lande geheime politische Führungsorgane und geheime militärische Streitkräfte aufzubauen, die gesellschaftlichen und politischen Verbände gleichfalls im geheimen aufrechtzuerhalten und ihren Willen durch passiven wie aktiven, zivilen wie militärischen Widerstand demonstrativ zum Ausdruck zu bringen; einer „illegalen Nation", die es zugleich unternimmt, ihre geheimen Organe in den legalen Apparat der Regierung im Exil einzufügen und es der Regierung auf diese Weise ermöglicht, in der internationalen Politik nicht nur mit einem Rechtstitel, sondern mit realer Souveränität aufzutreten. Unverkennbar ist, daß für die Kommission und für die Forschung, die dieses Bild der nationalen und staatlichen Kontinuität zeichnen, immer die Frage nach der Kontinuität des Rechts maßgebend ist[68].

Die Untersuchungskommission hatte die Aufgabe, sich mit der Tätigkeit der *norwegischen* Staatsorgane zu befassen. Die nationalsozialistische Besatzungspolitik war ebensowenig Gegenstand ihrer Untersuchung wie die Politik der Quisling-Behörden. Der These von der Kontinuität des norwegischen Staatslebens in den Handlungen der Regierung und des Widerstands entspricht die Klassifizierung Quislings und seiner Nasjonal-Samling als einer Verräter-Clique, die sich vor den norwegischen Gerichten zu verantworten hatte und während der Arbeit der Untersuchungskommission im „rettsoppgjør" ihrer Strafe zugeführt wurde. Die norwegische Forschung hat es freilich nicht unterlassen, sich sowohl mit der Besatzungspolitik als auch mit Quisling zu beschäftigen. Die Ergebnisse bestätigen von einem anderen Gesichtswinkel her das bisher schon gewonnene Bild der norwegischen Geschichte sowie der geistigen und damit auch der methodologischen Voraussetzungen ihrer Erforschung[69]. Im Hinblick auf Quisling weist Skodvin nach, daß

[65] Kjeldstadli, a. a. O., S. 102ff.

[66] Ebd., S. 179.

[67] Ebd., S. 190f.

[68] Zum Bild der „illegalen Nation" gehört auch die „illegale öffentliche Meinung". Über sie berichtet Hans Luihn, De illegale avisene, Oslo-Bergen 1960.

[69] Hinzuweisen ist hier zunächst auf Sverre Hartmann, Fører uten folk, Oslo 1959. Diese Quisling-Biographie des Amateur-Historikers – es liegt bisher nur der erste Band vor, der

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dieser nichts anderes war, als eine Figur im Machtkampf der verschiedenen nationalsozialistischen Führungsgruppen. Er zeigt etwa, daß der „kommissarische Staatsrat", den Terboven am 25. September 1940 ernannte, ein „Kompromiß" zwischen der Politik Terbovens und der Politik Rosenbergs und Raeders darstellte[70]. Auch die im „Staatsakt" vom 1. Februar 1942 vorgenommene Proklamation Quislings zum Ministerpräsidenten änderte, wie Kjeldstadli und Wyller übereinstimmend zeigen, nichts an der staatsrechtlichen Stellung der Quisling-Behörden und an seiner Rolle als Figur auf dem Schachbrett des Kampfes zwischen den Mächtegruppen innerhalb der deutschen nationalsozialistischen Führung[71]. Für die norwegische Forschung gehört die Geschichte der Quisling-Behörden in den Rahmen der Geschichte der deutschen Besatzungspolitik.

In welchem historischen Zusammenhang die norwegische Forschung die Besatzungspolitik sieht, deutete sich schon oben immer wieder an. Das charakterisierende Stichwort ist übereinstimmend „Nazifizierung", ein Begriff, der nirgendwo und bei keinem Autor „wertfrei" verstanden wird. Es ist in diesem Zusammenhang von höchstem Interesse, was der Historiker Magne Skodvin in der „Historischen Einleitung" zu einem amtlichen Bericht über die Landesverratsprozesse in Norwegen ausführt[72]:

> „Eine lange Reihe von Handlungen recht unterschiedlicher Art wurden bei den Nachkriegsprozessen unter dem Sammelbegriff ‚Landesverrat' zusammengefaßt. Von juristischem Gesichtspunkt muß das in Übereinstimmung mit der geltenden Gesetzgebung gewürdigt werden. In allgemein-historischem Zusammenhang wird sich das Hauptinteresse auf andere Problemstellungen sammeln. Man wird beispielsweise fragen müssen, welchem Zweck die Handlungen innerhalb des politischen und militärischen Machtkampfs zwischen Neuordnung und Widerstand

mit dem Jahr 1933 abschließt – ist freilich vom wissenschaftlichen Gesichtspunkt mißlungen. Das Buch ist flott geschrieben und enthält eine Fülle wichtigen Materials. Die Neigung des Autors zu allzu kühnen Schlüssen, zu „sensationellen" Enthüllungen und zur Psychologisierung hat aber dazu geführt, daß das Material nicht ausreichend erschlossen wurde. Gleichwohl macht die Darstellung überzeugend deutlich, daß Quisling ein politischer Außenseiter war und sich 1932 als Verteidigungsminister der Regierung Hundseid politisch disqualifiziert hatte. Wichtiger sind Wyllers Vorstudien zu seinem oben erwähnten Werk: Thomas Chr. Wyller, Fra okkupasjonsårenes maktkap, Oslo 1953; s. a. Thomas Chr. Wyller, Hovedtrekk av Nasjonal Samlings idéer om stat og samfunn 1930–40, in: Statsvetenskaplig Tidskrift, Lund 1953, Hefte 2 u. 3. Wyller neigt zwar dazu, den inneren Zusammenhang zwischen den korporativen Elementen der Quislingschen Vorstellungswelt und seiner Elite-Ideologie zu verkennen. Er meint, darin einen Widerspruch zwischen konservativem und revolutionärem Denken zu entdecken und daraus auf Quislings intellektuelle Mängel schließen zu müssen. In unserem Zusammenhang ist sein Hinweis wichtig, daß selbst in Einzelfällen niemals eindeutig zu entscheiden ist, ob Aktionen Quislings während der Besatzungszeit auf eigene Initiative oder auf Initiative der verschiedenen Gruppen deutscher Nationalsozialisten zurückzuführen sind.

[70] Skodvin, a. a. O., S. 315 ff.

[71] Vgl. Kjeldstadli, a. a. O., S. 137 ff. und Wyller, a. a. O., S. 92 ff.

[72] Justis- og politidepartementet, Om landssvikoppgjøret, Instilling fra et utvalg nedsatt vor å skaffe tilveie materiale til en innberetning fra justisdepartmentet til Stortinget, Gjøvik 1962, S. 13.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gedient haben oder in welcher Weise sie eventuell einen Einfluß darauf ausgeübt haben. Mit Widerstand ist dabei sowohl der zivile wie der militärische gemeint, der letztere auch in seinem weiteren Zusammenhang gesehen als eine Seite der alliierten Gesamtkriegführung.

Von beiden Gesichtspunkten ist das Grundproblem das gleiche: in welchem Maße haben solche Handlungen dazu beigetragen, die Staatsverfassung und die Gesellschaftsordnung zu untergraben oder umzustürzen, die im Lande unter der norwegischen Form der Volksherrschaft bis hin zur deutschen Besetzung herangewachsen waren."

Diese Sätze sprechen das Prinzip der gesamten norwegischen Zeitgeschichtsforschung aus. Sie sind unmittelbar gemünzt auf das historische Problem der besonderen Form des Landesverrates unter der nationalsozialistischen Herrschaft in Norwegen, betreffen aber ebenso die deutsche Nazifizierungspolitik und weisen zurück auf das eingangs erörterte Problem des Zusammenbruchs der internationalen Rechtsordnung im 20. Jahrhundert. Wenn Skodvin die Frage der besonderen Form des Landesverrats als nationalsozialistische „Neuordnung" Norwegens in „allgemein-historischem Zusammenhang" erörtert, bezieht er sich auf „Staatsverfassung und Gesellschaftsordnung", und zwar wie sie „herangewachsen" waren unter der „norwegischen Form der Volksherrschaft". Es ist offenkundig, daß in diesen Sätzen Geschichte – „heranwachsen", „norwegische Form" – und Recht –, „Staatsverfassung", „Volksherrschaft" – in eigentümlicher Weise zusammengebunden sind; eigentümlich insofern, als die „norwegische Form" des Rechts nicht im Sinne des Wertrelativismus verstanden wird, sondern in der Bindung an ein allgemein verbindliches Recht, wenn man will an ein „natürliches Recht", wie es bei der Konzipierung der Idee der „Volksherrschaft" eine Rolle gespielt hatte.

Auch bei den anderen der hier genannten Historiker wird der innere Zusammenhang von Geschichte und Recht nicht nur an der Fragestellung und an der Darlegung der Forschungsergebnisse erkennbar. Immer wieder finden sich Formulierungen, die diesen Zusammenhang als einen gegebenen historischen Sachverhalt ausdrücklich festhalten. Die methodologische Problematik wird dabei niemals übersehen. Thomas Chr. Wyller weist zum Beispiel darauf hin, daß sich die Heimatfront in ihrer Propaganda die politische „Effektivität des Gebrauchs klar naturrechtlicher Argumente" zunutze machte und daß für den Historiker daher zunächst die politischen Machtfaktoren Interesse verlangen, nicht so sehr die Auslegung des Rechts, mit dessen Hilfe die beiden Partner ihre Handlungen zu rationalisieren suchten[73]. Gleichwohl weiß er, daß „naturrechtliche Argumente" nicht nur in der von ihm dargestellten Politik eine Rolle spielten, sondern auch in der historischen Würdigung beachtet werden müssen. Quislings Aktionen, so erklärt er, richteten sich „gegen die gesamte norwegische Gesellschaft und die Werte, für die sie steht"[74], und im Kampf der Heimatfront erkennt er eine „Manifestation von wesentlichen menschlichen Werten"[75]. Bei Sverre Kjeldstadli zeigt sich derselbe

[73] Wyller, Om okkupasjonsårenes maktkamp, a. a. O., S. 19.

[74] Wyller, Nyordning og motstand, a. a. O., S. XII.

[75] Ebd., S. XIX.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sachverhalt in anderer Beleuchtung, wenn er die Bindung der norwegischen Nation an das Recht hervorhebt. Er schreibt, die Heimatstreitkräfte der Milorg „verdienten absolut den Dank der Regierung", den diese im Sommer 1945 mit der folgenden Proklamation aussprach: „Unsere Heimatstreitkräfte . . . sind Ausdruck des Willens der norwegischen Jugend, niemals aufzugeben, auch nicht gegenüber einer Übermacht, Ausdruck zugleich des Drangs der gesunden Jugend, für Freiheit und Recht zu kämpfen."[76] In diesem Sinne, so meint Kjeldstadli, „taten die Heimatstreitkräfte ihr Bestes, um den Wahlspruch aufs neue zu beleben, der für sie, wie für ihren Obersten Kriegsherrn galt: „Alt for Norge"[77]. „Alles für Norwegen" – in dieser patriotischen Devise, mit der der Historiker Kjeldstadli seine Darstellung abschließt, sammelt sich gleichsam das historisch-politische Selbstverständnis der norwegischen Nation. Der dänische Prinz Carl war mit diesem Wahlspruch im Jahre 1905 vor die eben unabhängig gewordene Nation getreten, nachdem er den Eid auf die Verfassung von 1814 abgelegt, den Namen Haakon VII. in Erinnerung an den letzten im Jahre 1380 verstorbenen Folkunger angenommen und die norwegische Krone entgegengenommen hatte. In der patriotischen Devise verbindet sich wieder das, was nach der deutschen Überlieferung unvereinbar erscheint: romantische Erinnerung und aufgeklärtes Rechtsbewußtsein. Sollte man nicht urteilen dürfen, daß es diese Verbindung zweier großer geistesgeschichtlicher Strömungen ist, die es dem norwegischen Historiker möglich macht, auf dem Wege der Empirie immer wieder jene unbezweifelbaren historisch-politischen Werte zu finden, die „geschichtlich" und „natürlich" zugleich sind?

Die Geschichte der deutschen Geschichtsschreibung ist charakterisiert durch die Auseinandersetzung des „individualisierenden" Denkens der Romantik mit dem „absolutierenden" Denken der Aufklärung. Die politische Entwicklung in Deutschland mag dazu beigetragen haben, daß der revolutionäre Charakter der Romantik verdeckt wurde und daß die Romantik als „deutsches" Denken einem als ausschließlich „aufklärerisch" denunzierten Denken des „Westens" gegenübertrat. Die Überspannung des Gedankens der Individualität, die die viel besprochene und viel umstrittene „Krise des Historismus" heraufführte, mag unter anderem mit jener sich selbst isolierenden Abwehr des „westlichen" und „rationalistischen" Naturrechts zusammenhängen. Die Krise ließ nur jene Geschichtsschreibung unberührt, die über Romantik und Aufklärung zurückgreifend das Individuum auf den alten christlichen Gedanken der Heilsgeschichte beziehen konnte[78]. Insgesamt trägt aber die deutsche Historie das „Problem des Historismus" noch ungelöst in sich. Die deutsche Zeitgeschichtsforschung, die sich auf die Frage nach dem historischen Sinn des Naturrechts zurückgedrängt sieht, steht angesichts der methodologischen Überlieferung unverkennbar vor einer Verlegenheit.

In diesem Zusammenhang mag es von Nutzen sein, abschließend einen Blick auf

[76] Kjeldstadli, a. a. O., S. 532.
[77] Ebd., S. 525.
[78] Vgl. vom Verf.: Offenbarung und Geschichte, Hamburg 1964.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Arbeiten Walther Hubatschs zu werfen, des einzigen deutschen Forschers, der seine Aufmerksamkeit der jüngsten norwegischen Geschichte gewidmet hat. Seine Arbeiten sind gewiß nicht repräsentativ für die deutsche Zeitgeschichtsforschung[79]. Er hat sich vielmehr mit der ergänzten Neuherausgabe des Hindenburg-Essays von Erich Marcks ausdrücklich zur sogenannten Rankerenaissance bekannt, der Hans Heinz Krill am Beispiel von Erich Marcks und Max Lenz, ihrer bedeutendsten Repräsentanten, eine überaus kritische und beachtenswerte Studie gewidmet hat[80]. Krill weist zunächst darauf hin, daß hier der Sinn für die überdauernden Werte verlorengegangen und durch den Grundsatz der „Normativität des Faktischen" ersetzt worden war. Er formuliert[81]: „Die bewußte Bescheidung auf das Rankesche Objektivitätsideal des vorurteilslosen Erkennens bei gleichzeitiger Aufgabe von Rankes geistig-religiöser Wertvorstellung führt in ihrer konsequenten Durchführung zu einer immer dichteren Annäherung an die ‚Realität', an die Wirklichkeit, deren Gesetze dann zur Norm erhoben werden."

Für eine solche an der „Realität" orientierte Geschichtsschreibung ist der Zusammenbruch der internationalen Rechtsordnung im 20. Jahrhundert gewiß historisch interessant aber methodologisch irrelevant. Der Wertrelativismus kennt keine Kontinuität des Rechts, sondern nur die Kontinuität der Macht. Hitlers „Machtergreifung" ordnet sich daher relativ unproblematisch in die Entwicklung des deutschen Machtstaats ein und setzt als Realität für den Historiker die Norm: „Beim Staatsakt in Potsdam [am 21. März 1933] stand die ‚junge Kraft' ehrerbietig vor der ‚alten Größe'", schreibt Walther Hubatsch in der von ihm verfaßten Ergänzung zum Marcksschen Hindenburg-Essay[82]. Dem entspricht es, daß bei seiner Schilderung des Zweiten Weltkriegs und insbesondere der Besetzung Dänemarks und Norwegens[83] die Frage nach einer besonderen historisch-politischen Qualität des Nationalsozialismus nicht gestellt wird. Der deutsche Nationalstaat bleibt auch unter der Herrschaft der Nationalsozialisten das, was er war. Handelndes Subjekt ist immer „Deutschland", das „Deutsche Reich", die „Reichsregierung", nicht aber Hitler, nicht der Nationalsozialismus. Die Vorgeschichte der Besetzung Dänemarks und Norwegens wird als Wettlauf zwischen zwei nationalen Regierungen dargestellt, bei der Deutschland einer „als tödlich aufgefaßten Bedrohung" zuvorkam[84]. Die militärische Eroberung Norwegens setzt als „Realität" ebenfalls eine Norm. Sie bedeutet einen „Bruch mit seiner [Norwegens] staatlichen Kontinuität".[85] Die Ernennung Quislings zum Ministerpräsidenten erscheint demgemäß auch als

[79] Vgl. dazu etwa Wilhelm Treue in: Die Zeit, 31. 1. 1964.

[80] Hans-Heinz Krill, Die Rankerenaissance, Max Lenz und Erich Marcks, Berlin 1962.

[81] Ebd., S. 258.

[82] Erich Marcks, Hindenburg, Feldmarschall u. Reichspräsident, mit Ergänzungen u. einem Vorwort hrsg. v. Walther Hubatsch, Göttingen 1963.

[83] Walther Hubatsch, „Weserübung", Göttingen 2. Aufl., 1960.

[84] Ebd., S. 225.

[85] Martin Gerhardt, Norwegische Geschichte, 2. Aufl. neu bearbeitet von Walther Hubatsch, Bonn 1963, S. 289. Das hier zu behandelnde letzte Kapitel des Buches stammt aus der Feder Walther Hubatschs.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Realität", die den „Bruch mit der staatlichen Kontinuität" Norwegens nur verdeutlicht[86]:

> „Am 1. Februar 1942 erklärte sich auf Veranlassung des Reichskommissars in einem feierlichen Staatsakt der Führer der Nasjonal Samling, Vidkun Quisling, zum Chef und Ministerpräsidenten der norwegischen Regierung; diese wurde zunehmend vom Reichskommissar abhängig. Die Regierung baute sich auf dem Autoritäts- und Verantwortungsprinzip auf; die Amtsträger wurden ernannt und waren der Regierung verantwortlich."

Daß der „Regierung Quisling" Widerstand entgegentrat, wird gewiß als „Realität" zur Kenntnis genommen, kann aber angesichts des Wertrelativismus nur als Ausdruck einer „tragischen Spaltung" der norwegischen Nation verstanden werden[87]. Im übrigen ist der Widerstand in erster Linie ein Mittel der alliierten Kriegführung; seine Aktionen „dienten . . . mehr dem russischen und britischen als dem norwegischen Interesse"[88].

Hans Heinz Krill hat freilich bei der Untersuchung der sogenannten Rankerenaissance auch angedeutet, daß der Verlust der „geistig-religiösen Wertvorstellung" Rankes und die immer „dichtere Annäherung an die ‚Realität', an die Wirklichkeit, deren Gesetze dann zur Norm erhoben wurden", eben diese „Realität" problematisch machten. Er zeigt, daß die Weimarer Republik weder für Max Lenz noch für Erich Marcks normsetzende Realität war. Er zeigt, daß für beide Historiker der Parlamentarismus als durchaus negative Realität galt; negativ, weil er den Zusammenbruch des deutschen Machtstaats heraufgeführt habe[89]. Es ist unverkennbar, daß sich Walther Hubatsch auch in dieser Hinsicht als Epigone jener „realistischen" Geschichtsschreibung erweist, wenn er etwa ohne jede Reservation das Marckssche Bild der Berufung des Kabinetts Papen der Gegenwart als gültige wissenschaftliche Erkenntnis vorlegt[90]:

> „Da griff der alte Herr durch . . . Brüning wurde entlassen, Papen berufen. Es war seit 1919 der erste Kabinettswechsel aus der Initiative des Staatsoberhauptes, und das neue Kabinett bestand aus lauter neuen Männern, lauter Nichtparlamentariern, freien Fachmännern oder Beamten, . . . Männern von Kenntnis und Ideen und von stark ausschlagender Persönlichkeit, aufgerufen durch Hindenburg, mit ihm verbunden durch die Gemeinsamkeit des Willens."

Die Marckssche Charakterisierung des Kabinetts Papen zeigt eine überraschende Übereinstimmung mit der Art, in der die „Regierung Quisling" von Hubatsch dargestellt wird. Die „Regierung Quisling", so schrieb Hubatsch, „baute sich auf dem Autoritäts- und Verantwortungsprinzip auf". Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß sie allein deshalb zu einer normsetzenden Realität wird, die einen „Bruch der staatlichen Kontinuität" Norwegens heraufführt.

---

[86] Ebd., S. 290.
[87] Ebd., S. 290.
[88] Ebd., S. 289.
[89] Krill, a. a. O., S. 226ff. u. bes. S. 229.
[90] Erich Marcks/Walther Hubatsch, Hindenburg, a. a. O., S. 63.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Problematik dieses eigentümlichen Realitätsbegriffs, zeigt sich in den Arbeiten, die Hubatsch zur jüngsten norwegischen Geschichte vorgelegt hat, denn auch allenthalben. Die These, es habe sich beim deutschen Norwegen-Unternehmen darum gehandelt, „einer als tödlich aufgefaßten Bedrohung zuvorzukommen", läßt sich – von Einzelheiten der Quellenbehandlung muß hier abgesehen werden[91] – nur halten, wenn die „Weserübung" von den übrigen Kriegsereignissen isoliert wird. Ein Satz, der über den Kriegsausbruch in Polen auch nur andeutungsweise reflektiert, fehlt in der Untersuchung von Walther Hubatsch. Ebensowenig wird berücksichtigt, daß die Vorbereitungen zum Norwegen-Feldzug während des Aufmarsches zum West-Feldzug anliefen. Der Schlüsselsatz für das Verständnis der „Weserübung", der sich im Kriegstagebuch der Seekriegsleitung findet, wird denn auch nicht bemerkt. Dort liest man unter dem Datum des 13. Januar 1940[92]:

> „Es besteht ferner nach Auffassung des OKW die Möglichkeit, daß eine deutsche Angriffsunternehmung im Westen von England zum Anlaß einer Besetzung Norwegens genommen wird."

Wer die vorliegenden Akten mit der nötigen Gründlichkeit mustert, findet dieses Motiv, nicht zuletzt im Tagebuch Jodls, immer wieder. Wenn man also von einer tödlichen Bedrohung sprechen will, muß man hinzufügen, daß Hitler selbst sie heraufgeführt hatte.

Dieselbe Problematik tritt in den folgenden in sich widerspruchsvollen Sätzen ungemein prägnant hervor[93]:

> „Im April 1940 handelte es sich darum, einer als tödlich aufgefaßten Bedrohung zuvorzukommen. Obwohl die alliierten Pläne die Besetzung norwegischer Stützpunkte bezweckten und die erste Maßnahme der Minenlegung bereits einen weithin sichtbaren drastischen Bruch der Neutralität darstellte, schien doch der warnungslose deutsche Überfall am 9. April 1940, der die arglosen Bewohner der skandinavischen Länder nach 126 Friedensjahren in den Betten überraschte, diesen Völkern die militärische Expansionslust Deutschlands endlich zu bestätigen, die ihnen eine unverantwortliche Publizistik seit Jahrzehnten vorgespiegelt hatte und für die doch in Richtung auf Skandinavien bis zum Jahre 1940 jeder sachliche Anlaß fehlte."

So „unverantwortlich" kann die hier apostrophierte Publizistik doch wohl nicht gewesen sein, wenn ihrer „Vorspiegelung" der „militärischen Expansionslust" Hitlers nur „in Richtung auf Skandinavien . . . jeder sachliche Anlaß fehlte".

Die Problematik des Realitätsbegriffs tritt auch an der These vom „Bruch der staatlichen Kontinuität" Norwegens hervor. Es entspricht der These durchaus, daß die „Norwegische Geschichte" Martin Gerhardts, die Walther Hubatsch um ein 10. Kapitel für die Zeit von 1905 bis 1960 ergänzt hat, über die Tätigkeit der Exil-Regierung nichts mitteilt. Nur die Abreise nach London und die Rückkehr nach

[91] Von dänischen und schwedischen Forschern sind in absehbarer Zeit Darstellungen zu erwarten, die ein abschließendes Bild der Vorgeschichte des Norwegen-Unternehmens geben werden.

[92] KTB/Skl, 1. Abt., Heft 5.

[93] Hubatsch, Weserübung, a. a. O., S. 225.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Norwegen wird erwähnt[94]. Die Fülle der von der norwegischen Forschung beigebrachten Nachrichten über die Tätigkeit der Exil-Regierung und ihre Verbindung zum Widerstand gilt offenbar nicht als Realität.

Ebenso verhält es sich mit der These, wonach der Widerstand „mehr dem russischen und britischen als dem norwegischen Interesse" diente. Beim britisch-norwegischen Militärabkommen und den übrigen Verträgen der norwegischen Regierung handelt es sich doch zweifellos um „Fakten", aus denen man nur schliessen kann, daß während des Krieges die Interessen Norwegens und seiner Alliierten grundsätzlich identisch waren oder doch zumindest von Regierung und Widerstand für identisch gehalten wurden. In der „Norwegischen Geschichte" findet sich kein Hinweis auf das Militärabkommen.

Der gleiche Sachverhalt zeigt sich an der These von der „tragischen Spaltung". Walther Hubatsch bezieht sie vor allem auf „die Jugend des Landes" und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß norwegische „Freiwillige" sowohl auf seiten Deutschlands als auf seiten der Alliierten kämpften[95]. Stimmt im Hinblick auf die letzteren das Wort „Freiwillige" mit den Tatsachen überein, wenn es sich um Soldaten handelte, die in der regulären Armee im Exil dienten? Oder ist die Exil-Armee keine Realität? Sie wird in der „Norwegischen Geschichte" jedenfalls nicht erwähnt. Und kann man von einer „tragischen Spaltung der Jugend des Landes" reden, wenn der Exil-Armee, den Polizeistreitkräften in Schweden und der Milorg ganze 5000 Norweger gegenüberstehen, die in den Jahren 1940 bis 1945 durch die Einheiten der Waffen-SS gingen? Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß der höchste Stand der zur gleichen Zeit in der SS dienenden Norweger im Sommer 1943 mit 2779 Freiwilligen erreicht war.

Auch der oben zitierte Satz über den „feierlichen Staatsakt" vom 1. Februar 1942 führt vor die Problematik des Realitätsbegriffes. Terboven hatte drei Tage vor dem Staatsakt erklärt: Quisling „untersteht natürlich vollkommen meiner Weisung". Der Wehrmachtbefehlshaber unterrichtete am 10. Februar 1942 die ihm nachgeordneten militärischen Dienststellen über die Rolle der „Regierung" Quisling und bemerkte dabei unter anderem: „Die vollziehende Gewalt bleibt in den Händen des Reichskommissars." Das Programm des „feierlichen Staatsaktes" war in der „Hauptabteilung Propaganda" des Reichskommissariats ausgearbeitet worden. Kann man unter solchen Umständen – und das sind doch Realitäten – schreiben, diese „Regierung" sei vom Reichskommissar „zunehmend" abhängig geworden? Und wie verhält es sich mit dem Anspruch einer solchen „Regierung", das „Autoritäts- und Verantwortungsprinzip" zu repräsentieren?

Die Liste solcher Fragen ließe sich beliebig erweitern. Letztlich führen sie alle auf das Problem zurück, ob die deutsche Historie angesichts des Nationalsozialismus noch an den methodologischen Grundsätzen der Rankerenaissance festhalten kann, mit anderen Worten: ob nur die Macht als normgebende Realität angesehen werden kann. Walther Hubatsch gibt unzweideutig zu erkennen, daß er die Frage

[94] Martin Gerhardt/Walther Hubatsch, Norwegische Geschichte, a. a. O., S. 289 u. 292.
[95] Ebd., S. 290.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der norwegischen Forschung, die Frage nach Recht und Unrecht und die Frage nach einer besonderen historischen Qualität des Nationalsozialismus für unhistorisch hält. Die „Nazifizierung" Norwegens, die die norwegische Forschung auch im historischen Sinne als Verstoß gegen Recht und Gesetz begreift, ist für ihn eine machtpolitische Realität. Die Leiden, die der Versuch mit sich brachte, „das norwegische Geistesleben und politische Denken zwangsweise in faschistische Formen zu bringen"[96], kennt Hubatsch – jedenfalls bis zu einem gewissen Grade – gut genug. Aber sie stellen kein historisches Problem dar. Er führt sie zurück auf „mehr oder minder befähigte oder geschickte Vertreter [Deutschlands] in Norwegen"[97] und auf die eigenständigen Ideen und Pläne Quislings[98]. Im Hinblick auf Recht und Unrecht scheinen sie ihm nur im Sinne des Tragischen, dem alle Nationen gleichermaßen unterworfen sind, faßbar zu sein. So erklärt er etwa, man möge „in Norwegen bedenken, daß das deutsche Volk den gleichen Leidensweg mit einem noch schrecklicheren und bis heute nicht überwundenen Schicksal hat gehen müssen"[99]. Die historische Irrelevanz der Frage nach Recht und Unrecht wird schließlich noch durch das Bild verstärkt, das Hubatsch von dem eingangs erwähnten Nachkriegs-oppgjør in Norwegen entwirft. Er stellt es dar als einen Kampf um die „Führung", der zwischen den heimkehrenden „Emigranten" und denjenigen ausgefochten wurde, „die während der ganzen Besatzungszeit im Lande geblieben" und die wiederum in „Quisling-Anhänger" und „deren Gegner" „gespalten" waren. Er erklärt, daß „unter solchen Umständen . . . an eine rasche Regierungsbildung nicht zu denken" war, stellt die Nachkriegsprozesse als Moment dieses „Kampfes um die Führung" dar und meint berechtigt zu sein, den ganzen Vorgang mit folgenden Sätzen zu charakterisieren[100]:

> „So stand am Anfang nicht der Wille zur Toleranz und zum gemeinsamen Aufbau, sondern eine inquisitorische strenge Abrechnung, die Verbitterung und Haßgefühle auf beiden Seiten nährte."

Wird das Nachkriegsoppgjør so gesehen, scheint die Frage nach dem Recht in der Tat irrelevant. Nur, das Bild, das Hubatsch entwirft, ruft wieder die Frage nach dem Begriff der historischen Realität hervor. Der „Kampf um die Führung" spielte sich so ab: die Regierung Nygaardsvold beauftragte die Leitung der Heimatfront unmittelbar nach der deutschen Kapitulation mit der provisorischen Ausübung der Regierungsgewalt. Als die Regierung am 31. Mai 1945 wieder norwegischen Boden betrat, wurde sie von Paal Berg, dem Leiter der Heimatfront, empfangen.

[96] Ebd., S. 289.

[97] Ebd., S. 290.

[98] Hubatsch führt S. 290 den Aufruf Quislings zum totalen Arbeitseinsatz auf dessen Initiative zurück. In Wirklichkeit handelte es sich bei dem „Gesetz über den nationalen Arbeitseinsatz" vom 22. 2. 43 um eine Ausführung der Forderungen, die der Gauleiter Sauckel in der „Anordnung Nr. 10 des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz über den Einsatz von Arbeitskräften der besetzten Gebiete" vom 22. 8. 42 erhoben hatte; vgl. Kjeldstadli, a. a. O., S. 274ff.

[99] Martin Gerhardt/Walther Hubatsch, Norwegische Geschichte, a. a. O., S. 291.

[100] Ebd., S. 292.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gleichzeitig erklärte Berg die Aufgaben der Heimatfront für erfüllt. Am 12. Juni trat Nygaardsvold, wie er bereits während des Krieges angekündigt hatte, zurück. Zehn Tage später konnte die neue Regierung Gerhardsen die Amtsgeschäfte übernehmen. Daß Nygaardsvold nicht sogleich zurücktrat, hatte verfassungsrechtliche Gründe. Die Legislaturperiode des Storting war während des Krieges abgelaufen und es mußte geklärt werden, ob sogleich Neuwahlen ausgeschrieben werden sollten oder ob das alte Storting noch einmal zusammentreten konnte. Darüber mußte ein Spruch des Obersten Gerichts herbeigeführt werden, das sich nach der Befreiung ebenfalls neu zu konstituieren hatte[101]. „Unter solchen Umständen" läßt sich wohl nur sagen, daß das Gegenteil dessen richtig ist, was Walther Hubatsch schrieb: Die Regierungsbildung ging ungemein „rasch" vor sich. Daß die Darstellung, die Hubatsch von den norwegischen Nachkriegsprozessen gibt, nicht richtiger ist, liegt nahe. Er nennt richtige Zahlen, berücksichtigt aber nicht die Bestimmungen des norwegischen Strafverfahrens und fälscht sie mit Hilfe von Invektiven – „inquisitorische strenge Abrechnung, die Verbitterung und Haßgefühle auf beiden Seiten nährte" – in eine Maßnahme um, die den von der nationalsozialistischen Besatzungsmacht ausgehenden Verfolgungen vergleichbar erscheint[102].

---

[101] Vgl. dazu: Jens Chr. Hauge, Fra krig til fred, in: Norges Krig, a. a. O., Bd. 3, S. 711 ff., sowie neuerdings Thomas Chr. Wyller, Frigjøringspolitikk, Oslo 1965.

[102] Es ist hier nicht der Raum, die gesetzlichen Vorschriften für den Landesverrat und die Motive der Landesverratsgesetzgebung der Kriegszeit darzustellen. Letztere betrafen jede nur denkbare Handlung, die der Besatzungsmacht von Nutzen sein konnte bis hin zur bloß passiven Mitgliedschaft in der Nasjonal Samling oder zum noch so geringen finanziellen Gewinn aus der Beteiligung an militärischen Bauvorhaben. Hier ist vor allem auf folgendes hinzuweisen: Hubatsch schreibt unmittelbar im Anschluß an die zu Anm. 100 zitierten Sätze: „Acht Jahre lang beschäftigten sich Sondergerichtshöfe mit der Aburteilung von über 50 000 Norwegern, von denen 30 zum Tode verurteilt, viele mit Freiheitsstrafen, die meisten mit Geldbußen belegt wurden. Von den lebenslänglich Verurteilten befanden sich im Jahre 1957 noch 4 in Gewahrsam." Das Wort „Sondergerichtshof" ist insofern irreführend, weil es Assoziationen an die nationalsozialistischen „Sondergerichtshöfe" hervorruft. Es handelt sich lediglich um die aus technischen Gründen notwendig gewordene Einrichtung von besonderen Kammern, die sich ausschließlich mit Landesverratsfällen zu beschäftigen hatten, im übrigen aber an das normale norwegische Strafverfahren gebunden waren und den Angeklagten das Berufungsrecht nicht versagten. Die Zahl „über 50 000" ist falsch, wenn sie auf „Aburteilungen" durch Gerichte bezogen wird. Richtig ist sie nur insofern, als gegen 52 796 Personen ein Untersuchungsverfahren eingeleitet wurde. Das norwegische Strafverfahren erlaubt es, Vergehen und geringfügige Verbrechen auf dem Wege der „Vorlage" zu erledigen. Anklage wird in solchen Fällen nur dann erhoben, wenn der Beschuldigte, die ihm von der Untersuchungsbehörde „vorgelegte" Buße nicht annimmt. 26 144 Fälle wurden auf dem Wege der „Vorlage" erledigt. In 5325 Fällen wurde von den Untersuchungsbehörden von der „Vorlage" und von der Anklageerhebung abgesehen. Zur „Aburteilung" verblieben also nur 19 527 Fälle. Dabei wurden 1445 Personen freigesprochen. Richtig ist, daß 30 Todesurteile gefällt wurden. Ebenso richtig ist aber, daß nur 25 Todesurteile vollstreckt worden sind. Richtig ist auch, daß sich von den „lebenslänglich Verurteilten im Jahre 1957 noch vier in Gewahrsam" befanden. Ebenso richtig ist, daß diese vier im Jahre 1958 entlassen waren. Walther Hubatsch war das vor Drucklegung nachweislich bekannt.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Bild, das Walther Hubatsch von der jüngsten norwegischen Geschichte entwirft, wird ganz offenkundig dem Grundsatz des „Wertrelativismus" gerecht, wie er in der sogenannten Rankerenaissance seine besondere Ausprägung erfuhr. Wenn man die von der norwegischen Forschung beigebrachten Nachrichten berücksichtigt, stimmt es ebenso offenkundig nicht mit dem überein, was Ranke die „Tatsachen" zu nennen pflegte. Der Wertrelativismus wird hier ad absurdum geführt. Das aber leitet uns auf das Problem der deutschen Zeitgeschichtsschreibung und auf die Frage zurück, wie weit der Blick auf die norwegische Forschung dazu beitragen kann, das Problem andeutungsweise zu charakterisieren. Die deutsche Geschichtsschreibung stand in politischer Hinsicht im Jahre 1945 vor einer ähnlichen Aufgabe wie die norwegische. Sie hatte einen Beitrag zum deutschen „oppgjør" mit dem Nationalsozialismus zu leisten. Ihre methodologische und historische Situation war aber offenkundig mit der Situation der norwegischen Wissenschaft nicht zu vergleichen. Der deutschen Geschichtsschreibung waren im Laufe ihrer eigenen Geschichte die verläßlichen historischen Normen abhanden gekommen. Uns scheint, daß sie politisch und wissenschaftlich richtig reagierte, als sie bei der Auseinandersetzung mit dem Problem des Nationalsozialismus auf die Grundsätze einer allgemeinen Moral oder auf naturrechtliche Gedankengänge zurückgriff. Der deutsche Widerstand hatte ihr gleichsam den Weg gewiesen. Aber – und das ist das Problem, vor dem sie letztlich auch heute noch steht – sie vermag nicht in derselben Weise wie die norwegische Geschichtswissenschaft die verbindlichen Normen als historische Realität in der eigenen nationalen Überlieferung aufzuweisen. Die deutsche Zeitgeschichtsforschung mag manchem als Geschichtsschreibung ohne Tradition und so als Widerspruch in sich selbst erscheinen. Gleichwohl scheint uns kein Anlaß zur Resignation vorhanden zu sein. Die Rankerenaissance hat gewiß in Deutschland Tradition. Aber sie hat zugleich den Rankeschen Respekt vor der „Tatsache" eher verschüttet als erneuert. Und wenn man der deutschen Zeitgeschichtsschreibung eines nicht vorwerfen kann, dann ist es der Mangel an Tatsachensinn. Es ist gerade die imponierende „Stoffhuberei", die Hoffnung erweckt. Soll die entsagungsvolle Versenkung in die Massen des historischen Stoffs nicht auch die Einsicht wiedererwecken, daß die Normen in den Bereich jener „Tatsachen" gehören und daß es eine historische Konstanz solcher Normen gibt? Freilich wird es nicht die zeitgeschichtliche Forschung allein sein, die diese Einsicht, die eine wahrhaftige Rankerenaissance bedeuten würde, hervorbringen kann. Die Zeitgeschichte ist nicht aus sich selbst zu verstehen, nicht im engen Horizont der Jahre von 1917 bis 1945 oder gar von 1933 bis 1945. Hans Rosenbergs Buch über die Entstehung der preußischen Bürokratie trägt für das Verständnis der Zeitgeschichte mehr bei als manches der jüngsten Vergangenheit gewidmete Werk. Und wenn erst die deutsche Geschichtswissenschaft den Rankeschen Empirismus als wesentliches Moment seiner „geistig-religiösen Wertvorstellung" wiederentdeckt haben wird, dann wird auch die Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland keine Geschichtsschreibung ohne Tradition mehr sein.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

DIE AUFLAGEN-KURVE DES VÖLKISCHEN BEOBACHTERS UND DIE ENTWICKLUNG DES NATIONALSOZIALISMUS DEZEMBER 1920–NOVEMBER 1923

Ein Dokument eigener Art, das die nationalsozialistische Aktivität während der Jahre vor Adolf Hitlers erfolglosem Putsch im November 1923 näher beleuchtet, ist eine Auflagen-Kurve des Völkischen Beobachters (VB), die von einem alten völkischen Kameraden Hitlers, Regierungsrat Fritz Lauböck sen., gezeichnet wurde. Die Auflagen-Kurve gibt ein graphisches Porträt der Parteigeschichte von Dezember 1920, als die NSDAP den VB kaufte, bis zur ersten Partei-Auflösung im November 1923. Das Dokument wurde vor kurzer Zeit entdeckt[1]. Es kann als ein Kriterium für Popularität und Einfluß der NSDAP während der turbulenten Jahre, die dem Ersten Weltkrieg folgten, gewertet werden; gleichzeitig wirft es aber auch ein Streiflicht auf die Absatzfähigkeit eines solchen völkischen Kampf- und Propagandablattes in jener Zeit.

I

Als offizielles Organ der NSDAP machte der VB drei Entwicklungsstadien durch, von denen jedes folgende länger dauerte als das vorhergehende. Das erste Stadium waren die „Wachstumsjahre" von 1920–1923[2], das zweite die Jahre auf dem Wege zur Macht, 1925–1933; im dritten, 1933–1945, wurde der VB die Stimme der Autorität. Die erwähnte Auflagen-Kurve selbst betrifft den VB während des ersten Stadiums seiner Entwicklung, als er die Interessen einer politischen Gruppe vertrat, die praktisch auf Bayern beschränkt war. Der VB war das Echo leidenschaftlicher Unzufriedenheit einer Gruppe, deren politischer Antrieb aus der Niederlage im Ersten Weltkrieg hervorgegangen war.

Die NSDAP kaufte den VB von einer Verlagsgesellschaft, die das Vertrauen zu ihren völkisch-orientierten Schriftleitern verloren hatte, da diese nicht in der Lage waren, mit Gewinn zu arbeiten[3]. Die Schriftleiter und Herausgeber des VB waren auch häufig in Verleumdungsklagen verwickelt – hauptsächlich mit Juden oder kleineren Beamten. Beständige Schwierigkeiten dieser Art und viele verlorene Klagen kosteten Arbeitskapital der Zeitung und bedeuteten einen Prestigeverlust

[1] Es befindet sich unter der Korrespondenz an die Parteileitung vom Frühsommer 1923; National Archives (Washington D. C.), Mikrofilm T 84, Roll 6, Frame 5165.

[2] Vgl. Sonja Noller, Die Geschichte des „Völkischen Beobachters" von 1920–1923, München, phil. Diss. 1956.

[3] Zur Frühgeschichte der NSDAP ist unbeschadet schwerer Mängel das Buch von Georg Franz-Willing, Die Hitlerbewegung, Hamburg 1962, heranzuziehen, da es das meiste Material bietet. Über den Kauf des VB vgl. dort, S. 180 ff.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für die Geschäftsführung, der sich wiederum auf den Zeitungsverkauf auswirkte. Von besonderer Bedeutung war die Tatsache, daß die Gesellschafter des VB nicht willens waren, die Zeitung zu unterstützen, solange ihre Auflage von nur 11 000 Stück ihre finanzielle Situation so unsicher gestaltete. Doch wurde die Lage des VB noch schwieriger, nachdem im Dezember 1920 die NSDAP ihn gekauft hatte.

Um ein klares Besitzrecht am Eher-Verlag und seiner Zeitung, dem VB, zu erhalten, wäre die NSDAP gezwungen gewesen, alte Schulden abzudecken und die ehemaligen Gesellschafter auszuzahlen, was aber bis zum Jahre 1940 noch nicht vollständig geschehen war[4]. Einmal gekauft, mußte der VB gedruckt und verkauft werden. Wurde er weiterhin unter Verlust gedruckt, wie es unter der alten Geschäftsführung der Fall war, so waren nun keine Gesellschafter mehr da, auf die man sich stützen konnte, so daß die NSDAP ein Defizit selbst tragen mußte. Fast augenblicklich wurden deshalb die Parteibeiträge verdoppelt, um die Unkosten der Zeitung decken zu helfen. Ein anderer Versuch, die Schulden zu verringern, wurde durch den Verkauf kleiner Anteilscheine gemacht[5]. Anton Drexler, der um seine bürgerliche Sicherheit fürchtete, als die von ihm geschaffene Partei diese finanziellen Verpflichtungen auf sich nahm, äußerte sich Gottfried Feder gegenüber im Februar 1921 unmutig darüber, daß alle Bemühungen, den VB finanziell autark zu machen, gescheitert seien[6].

II

In der Tat sank die Auflage des VB in wenigen Monaten unter einen Stand, auf dem bereits die früheren Herausgeber die Zeitung nicht hatten halten können. Diese ständige Abnahme dauerte bis zum Juni 1921. Auch Hitlers erste Massenkundgebung im riesenhaften Zirkus Krone, Februar 1921, verhalf nur zu einem kurzen Aufschwung der sonst eindeutig rückläufigen Entwicklung, so daß es schließlich zu einem Absatz von weniger als 8000 Exemplaren kam. Diese Periode des Rückgangs wurde begleitet von zunehmender Spannung zwischen den Führern der NSDAP und einer Verschärfung der Opposition gegen Hitler von seiten völkischer Gruppen außerhalb der Partei. In dieser Zeit zerstritt sich Hitler mit dem NSDAP-Ausschuß, dessen Sitzungen er schließlich nicht mehr besuchte. Außerdem bemühten sich die Führer der DSP und Männer wie Otto Dickel gegen den Willen Hitlers darum, das Salzburger Abkommen, in welchem die völkischen politischen Kräfte ihre gemeinsamen Grundsätze verkündeten und eine vereinigte Organisation schaffen wollten, zu verwirklichen[7].

Eine gewisse Regelmäßigkeit der Steigung zeigt sich in der Auflagen-Kurve zu Zeiten von Spannungen zwischen München und Berlin, die durch den bayerischen

[4] Vgl. Franz-Willing, a. a. O., S. 180.

[5] Ebenda, S. 182.

[6] Bf. Drexlers an Feder vom 13. 2. 1921, Hauptarchiv d. NSDAP, Gruppe III, Stück 76 (Fot. im Inst. f. Zeitgeschichte, München, Sign. Fa 88).

[7] Vgl. Franz-Willing, a. a. O., S. 103ff.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Partikularismus verursacht werden; ein Abfallen der Kurve gewöhnlich in Zeiten innerpolitischer Beruhigung. Der Abfall in der ruhigen Zeit des Frühjahrs 1921 ist auf die damalige innerparteiliche Krise zurückzuführen.

Während dieser Zeit ging eine Phase der Unstimmigkeiten über Reparationszahlungen zwischen Deutschland und den Alliierten zu Ende. Am 5. Mai stellten die Alliierten Deutschland ein Ultimatum, das sehr scharf in der Sprache war, jedoch gewisse Erleichterungen zu erkennen gab. Am Ende der fünfmonatigen Verhandlungen nahm Deutschland nach einer Kabinettsumbildung das Ultimatum an. Außerdem forderten die Alliierten die Auflösung der Einwohnerwehren, ein Verlangen, dem die bayerische Regierung Kahr vom Februar bis zum Juni widerstrebte. Am 4. Juni wurde der Befehl, die Einwohnerwehr zu entwaffnen, gegeben. Zu diesem Zeitpunkt, gerade als Hitler sich anschickte, die absolute Herrschaft über die NSDAP zu gewinnen, nahm der VB einen überraschenden Aufschwung. Von Juni bis in den September hinein stieg die Auflage.

Nachdem Hitler sich zum unbestrittenen Führer der NSDAP gemacht hatte, reorganisierte er den VB, indem er Dietrich Eckart als Chefredakteur einsetzte und Max Amann als Parteigeschäftsführer anstellte. Im Oktober 1921 jedoch, als die DSP sich im Prozeß der Auflösung befand, fiel die Auflage plötzlich wieder von 9500 auf 8500. Dieser Rückgang erfolgte nach einer weiteren schweren Krise zwischen Bayern und dem Reich. Die Reichsregierung hatte von der bayerischen Regierung verlangt, den Druck des VB und des „Miesbacher Anzeigers" einstellen zu lassen, da beide Blätter schwere Angriffe gegen die republikanische Regierung geführt hatten. Nach der Ermordung Matthias Erzbergers am 26. August wurde vom Reich der Artikel 48 der Reichsverfassung in Kraft gesetzt. Aber Kahr weigerte sich, der Reichsregierung zu entsprechen. Schließlich mußte er Ende September zurücktreten und Graf Lerchenfeld wurde von der schwankenden BVP zum bayerischen Ministerpräsidenten ernannt[8].

Zwischen November und Dezember folgte ein kurzer Anstieg der Auflage auf 10 000. Ab Januar 1922 wiederholte sich der regelmäßige langsame Abfall bis zum April 1922, so daß es schließlich zu einer Auflagenziffer von nur 8000 kam. So war die NSDAP in den sechs Monaten von Oktober 1921 bis Mai 1922 außerstande gewesen, den Absatz ihres offiziellen Propagandablattes zu vergrößern. Seitdem Hitler die Führung der NSDAP an sich gerissen hatte, war somit kaum eine Auflagesteigerung der Zeitung festzustellen – im Gegenteil, es wurden 2000 Exemplare weniger gedruckt als im Dezember 1920. Dieser Mangel an Erfolg mit der Zeitung war aber kein zuverlässiger Gradmesser im Hinblick auf das Wachstum der Partei, wenn auch die Zunahme an Parteimitgliedern im Jahre 1920 regelmäßig höher war als in den gleichen Monaten des Jahres 1921. Man kann daraus eher ersehen,

[8] Zur allg. Entwicklung in Bayern zwischen 1920 und 1925 vgl. Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, München 1954, und W. G. Zimmermann, Bayern und das Reich 1918–1923, München 1953. Über die Rolle der NSDAP innerhalb der bayerischen Politik 1920–1923 orientiert am besten die Einleitung von Ernst Deuerlein in: Der Hitler-Putsch, Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

welche Wirkung die Umwandlung des VB in eine Partei-Zeitung hatte: daß nämlich Abonnenten für eine streng parteipolitische Kampfzeitung schwer zu finden waren. Der VB wurde immer mehr programmatisches Sprachrohr, besonders in Rassen- und Wirtschaftsfragen. Auf der anderen Seite verschwanden Informationen über andere völkische Gruppen, sogar über den kaum konkurrenzfähigen Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutz-Bund.

Lerchenfelds Stellung in Bayern verschlechterte sich indes zusehends. Die Schwierigkeiten mit dem Reich blieben latent. Kahr hatte wieder seine alte Stellung als Regierungspräsident von Oberbayern inne; die Einwohnerwehr war in eine Organisation, genannt Bund Bayern und Reich, verwandelt worden. Bezeichnenderweise konnte die Auflage des VB gegen Ende April 1922 einen Zuwachs verzeichnen, als sich nämlich eine der chronischen Krisen Bayerns mit dem Reich entwickelte, und als zum ersten Mal eine Rede Hitlers „Die ‚Hetzer' der Wahrheit" vollständig im VB gedruckt wurde. Diese Zeitungsnummer verkaufte sich so gut, daß eine neue Auflage gedruckt werden mußte. Im Sommer 1922 hatte Hitler einen Monat Gefängnis abzusitzen als Folge eines Konflikts mit dem Führer des Bayernbundes, Dipl.-Ing. Albert Ballerstedt. Während seines Gefängnisaufenthaltes wurde der Reichsaußenminister Walter Rathenau ermordert und danach der VB für eine kurze Zeit verboten.

Ende des Sommers 1922 erließ die bedrohte Weimarer Republik das Republikschutzgesetz. Wieder wurde Bayern zum Mittelpunkt allgemeinen politischen Interesses, als die Reichsregierung einen verspäteten Versuch machte, Respekt für Gesetz und menschliches Leben wiederherzustellen. Dieser Versuch führte jedoch zu einem Wiederaufleben des Streites zwischen Bayern und dem Reich. Die bayerische Regierung unterließ jeden Versuch, das Republikschutzgesetz in Kraft zu setzen. Schließlich kam ein Kompromiß zustande, der Bayern seine Eigenstaatlichkeit garantierte. Während dieser Zwistigkeiten zwischen Berlin und München erhöhte sich die VB-Auflage auf 17 000 Exemplare im Dezember 1922. Dieser Aufstieg lief parallel mit dem deutsch-französischen Konflikt über Reparationszahlungen, der schließlich im Dezember in einer Sackgasse endete. Einen Monat zuvor mußte Graf Lerchenfeld zurücktreten, ein Opfer, das gebracht wurde, um eine Beruhigung in Bayern herbeizuführen. Mussolinis Marsch auf Rom im Oktober 1922 wurde für die Rechte zum Vorbild und erhöhte die Hoffnungen der extremistischen Organisationen, die im November nach Lerchenfelds Sturz die „Vereinigten Vaterländischen Verbände" gründeten.

Die französische Besetzung des Ruhrgebiets und der passive Widerstand, den die Reichsregierung erklärte, wurden zum schwierigsten Problem für diese Gruppen, die zuerst gar nicht wußten, wie sie darauf reagieren sollten. Diese Unsicherheit zeigte sich auch im Rückgang der VB-Auflage von Dezember 1922 bis in den Februar 1923, einer Zeit, in der Bayern und Berlin in relativ guter Beziehung standen. Im frühen Februar lag die Auflage wieder bei nur 13 500. Bald darauf begann sich die Situation jedoch rasch zu ändern. Die Inflation nahm ein reißendes Tempo an; die Reichsregierung blieb in ihrer Auseinandersetzung mit Frankreich

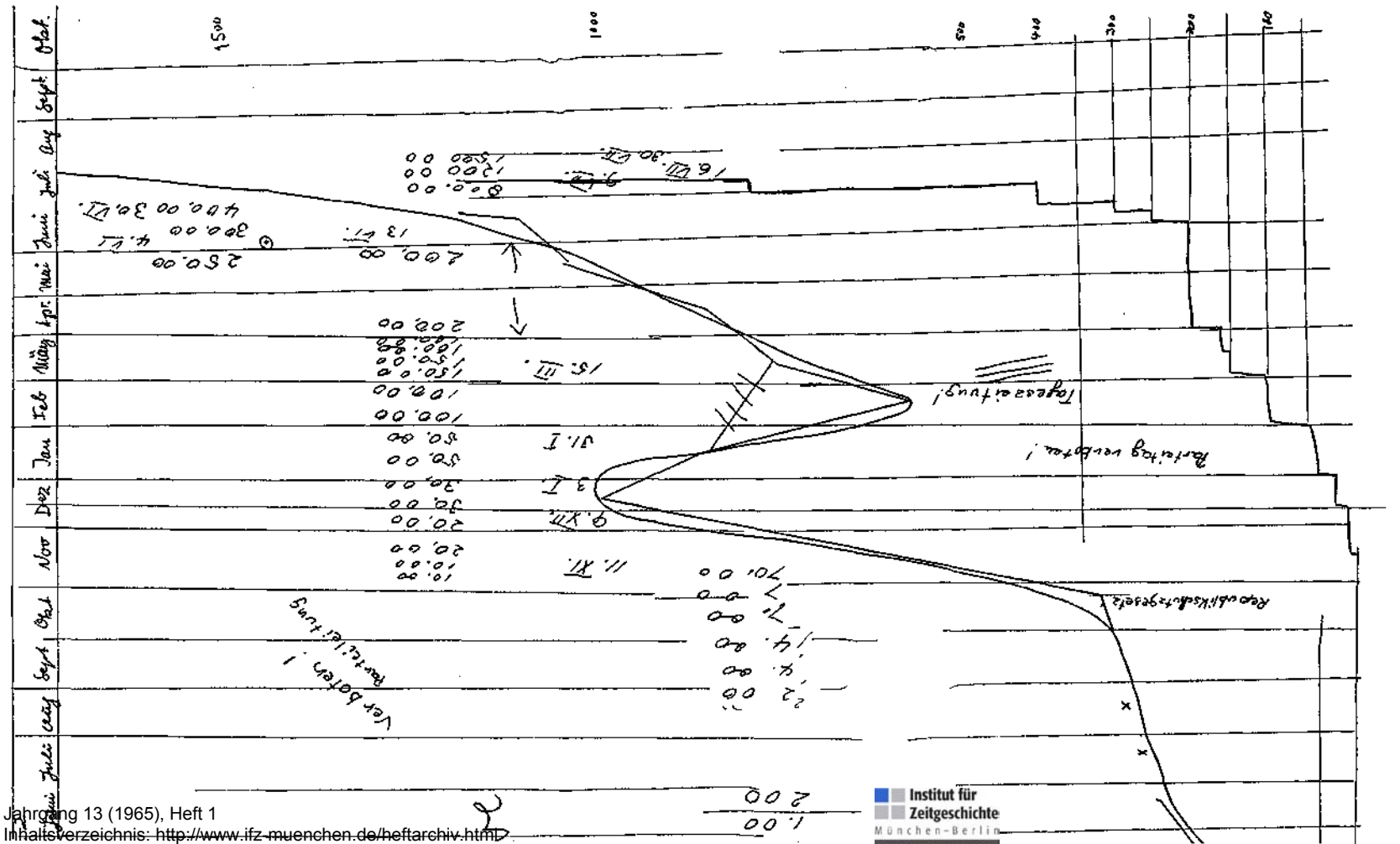
Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erfolglos. Bayerischer Partikularismus und allgemeiner Anti-Republikanismus blühten. Anfang Februar wurde der VB in ein kleinformatiges Tagesblatt umgewandelt, das alle Menschen ansprach, die mit der Inflation zu kämpfen hatten, indem es politische und wirtschaftliche Rettung versprach oder auf Fragen des täglichen Lebens einging. Es war der richtige Augenblick für diese Entscheidung, und Hitler wußte ihn zu nutzen. Die Auflage stieg nunmehr pausenlos steil an, ganz entsprechend der schwindelnden Inflation, bis sie sich im Juli auf mehr als 25 000 Exemplare belief. Der Preis des VB am 28. Februar, als er eine Auflage von 13 500 hatte, betrug 100 M; am 31. Juli, als die Auflage 25 000 überschritt, lag der Preis bei 3500 M in München und 4000 M an anderen Orten.

In den vier Jahren von Januar 1920 bis November 1923 wurde der VB von einer sechsseitigen Halbwochenzeitschrift, die samstags und mittwochs erschien und deren Preis 25 Pfg. betrug, in ein sechsseitiges Tagesblatt umgewandelt, das 8 000 000 000 M in München kostete. Im Verlauf dieser zerstörenden Inflation wurde der Nationalsozialismus zum politischen Faktor in Bayern und der VB sein *enfant terrible*.

Charles F. Sidman

Bemerkungen zur Auflagen-Kurve:

1. Auf der Rückseite des Dokumentes befand sich eine Bleistiftnotiz „VB Auflage? Statistik von Lauboeck sen."
2. Monats- und Jahresangaben oben in Tinte; Auflagenzahlen ebenfalls in Tinte
3. Genaue Kurve in Tinte ausgezogen; Durchschnittskurve in Bleistift dick darüber ausgezogen; Bemerkungen zur Kurve in deutscher Handschrift (von Lauboeck?)

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen:

XII. INTERNATIONALER HISTORIKERKONGRESS IN WIEN 1965

Vom 29. August bis 2. September 1965 findet in Wien der XII. Internationale Historikerkongreß statt. Das vorbereitende Generalsekretariat steht unter der Leitung von Herrn Univ.-Dozent Dr. Hanns-Leo Mikoletzky und befindet sich in Wien IX, Alserstraße 4.

Aus dem umfangreichen Vortrags- und Diskussionsprogramm seien im folgenden, soweit feststehend, die zeitgeschichtlichen Themen genannt.

Eines der „großen Themen" der ersten Sektion ist der „Nationalismus und Internationalismus im 19. und 20. Jahrhundert" (Leitung: H. Kohn, New York). Referate: K. D. Erdmann (Kiel): Briands Europaplan in der internationalen Diskussion; G. Stourzh (Berlin): Les nations de l'Europe centrale et du Sud-Est et la dissolution de l'Autriche-Hongrie; D. Kossev (Sofia): Les luttes de libération nationale dans les pays balkaniques et la politique des grandes puissances au XIX^e^s.; P. Renvalls (Finnland): Die Entwicklung neuer nationaler Staaten, d. h. Nationalismus, dynastischer Staat und Internationalismus in der Neuzeit; T. D. Williams (Dublin): The Irish revolutionary movement (1916–1939), revolution and counter-revolution; L. Valiani (Rom): Correnti politiche italiane favorevoli alla dissoluzione dell' Austria-Ungheria 1914–1918; V. Cherestesiu (Rumänien): L'importance internationale de la révolution de 1848–1849; M. Gosiorovsky (Tschechoslowakei): Le mouvement pour la paix et pour l'entendement des peuples au XX^e^s.

In der zweiten Sektion, Geschichte der Kontinente, wird unter sowjet-russischer Leitung die Dekolonisation behandelt. Referate u. a. von A. A. Gouber und A. F. Miller (Moskau): Les changements politiques et économiques dans les pays d'Asie et d'Afrique au XX^e^ siècle; R. v. Albertini (Heidelberg): Dekolonisation als historisches Problem; D. Rothermund (Marburg): Forschungen über die Rolle der westlichen Bildungsschicht in den politischen Massenbewegungen Indiens im 20. Jahrhundert.

Unter den Kommissionssitzungen sei auf die der „Commission internationale d'histoire des mouvements sociaux et des structures sociales" hingewiesen, in der über den Anteil des Volkes an den nationalen Unabhängigkeitsbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert diskutiert wird (Beiträge: Mme Fauvel-Rouif, D. Demarco, J. Dhondt).

In der Sektion für allgemeine Geschichte stehen u. a. politische Probleme des Ersten Weltkriegs zur Diskussion; dazu halten Referate: G. Ritter, Freiburg (Die politische Rolle Bethmann Hollwegs während des Ersten Weltkriegs) und F. Engel-Janosi, Wien (Die Friedensbemühungen Kaiser Karls). Besonderes Interesse für die deutsche Zeitgeschichtsforschung erregt das Referat von Gordon Craig, Stanford: The impact of the German military on the political and social life of Germany during World War II.

Die beiden Abendvorträge werden von Th. Schieder, Köln (Der Nationalstaat in Europa als historisches Phänomen) und J. Droz, Paris (Sozialismus und Nationalitätsfrage am Ende des 19. Jahrhunderts) gehalten.

Im Zusammenhang mit dem Historikerkongreß hält das „Comité international de liaison pour l'organisation de con-

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

férences sur l'histoire de la résistance en Europe" am 30. August 1965 in der Wiener Universität ein Kolloquium über das Thema

Geschichte des antifaschistischen Widerstandes in Europa, Methodologie und Dokumentation.

Das Kolloquium wird eingeleitet mit einem Referat von Professor Henri Michel (Paris). Es ist als Fortsetzung früherer Tagungen zum gleichen Thema zu betrachten.

Die Anmeldung zum Internationalen Historikerkongreß berechtigt zur Teilnahme an dieser Veranstaltung.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Rudolf von Albertini, ordentl. Professor für neuere Geschichte an der Universität Heidelberg, Heidelberg, Oberer Gaisbergweg 16.

Dr. Wilhelm Alff, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstr. 26.

Dr. Volker R. Berghahn, M. A., St. Antony's College, Oxford, Großbritannien.

Dr. Hans-Dietrich Loock, Assistent und Lehrbeauftragter am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Berlin 62, Grunewaldstraße 24.

Charles Sidman, Ph. D., Associate Professor, Department of History, University of Kansas, Lawrence, Kansas, USA.

Jahrgang 13 (1965), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1965_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte